



Ein Versprechen an die Jugend –

UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023

Prof. Dr. Hans Bertram

Impressum

Autor: Prof. Dr. Hans Bertram

Ein Versprechen an die Jugend
UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023

Eine Analyse für das Deutsche Komitee für UNICEF e.V.

Die Ergebnisse, Interpretationen und Schlussfolgerungen der Analyse
geben die Auffassung des Autors wieder.

Fachliche Redaktion: Jan Braukmann, Dr. Sebastian Sedlmayr
Layout: Ingo Fabig

Bestellnummer: AR023

September 2023
Alle Rechte vorbehalten
© Deutsches Komitee für UNICEF e. V

Unter dem Leitsatz «Für jedes Kind» setzt sich UNICEF weltweit dafür ein, die Kinderrechte für jedes Kind zu verwirklichen. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen wurde 1946 gegründet und arbeitet heute in über 190 Ländern. UNICEF hilft, dass Kinder gut versorgt werden, zur Schule gehen können und vor Gewalt geschützt werden. Auch in Deutschland ist UNICEF aktiv, um Kinderrechte bekanntzumachen und zu ihrer Durchsetzung beizutragen – mit politischer Arbeit, programmatischen Initiativen und vielen ehrenamtlich Engagierten.

Deutsches Komitee für UNICEF e.V.
Bundesgeschäftsstelle Büro Berlin
Höninger Weg 104 Schumannstraße 18
50969 Köln 10117 Berlin
Tel: 0221/93650-0 buerobertin@unicef.de
mail@unicef.de
www.unicef.de

Ein Versprechen an die Jugend

UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder
in Deutschland 2023



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.....	6
Zu den Fotos in diesem Bericht.....	8
1 Ein Versprechen an die Jugend	10
1.2 Was die Leserinnen und Leser erwartet	14
2 Corona ohne Folgen? Zum gesundheitlichen Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (SDG3)	16
2.1 Die Perspektive	16
2.2 Optimismus, Zukunftsgestaltung und Lebenszufriedenheit.....	17
2.3 Lebenserwartung und gesundheitliche Risiken	21
2.4 Die Lebenserwartung und ein gesundes Leben.....	23
2.5 Perspektiven für ein gesundes Leben: europäische Hinweise.....	26
2.6 Herausforderungen durch die Krise.....	27
2.7 Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche	33
3 Die vergessene Vielfalt – Bildung in einer diversen Welt	38
3.1 Die Perspektive	38
3.2 Vom Mittelmaß zum Schlusslicht.....	39
3.3 Schlusslicht auch bei den Kompetenzen?.....	44
3.4 Das neue Wachstum	53
3.5 Perspektiven für eine diverse Schule.....	59
4 Arme Kinder in einem reichen Land	62
4.1 Die Perspektive	62
4.2 Einkommensarmut und die Vielfalt kindlicher Lebensformen.....	64
4.3 Materielle Deprivation und dauerndes Armutsrisiko	80
5 Sichere Lebenswelten: Es braucht ein Dorf ... (SDG 16).....	86
5.1 Die Perspektive	86
5.2 Subjektive und tatsächliche Sicherheit	88
5.3 Der Staat: vom Wächter zum Partner	94
5.4 Gemeinsam hinschauen	99
5.5 Jugendhilfe und Schule: Auf dem Weg zum Dorf	100
6 Eine nachhaltige Zukunft.....	104
6.1 Die vergessenen Kinder.....	104

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1: Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der UNO	10
2: Die subjektive Zufriedenheit von Jugendlichen	17
3: Lebenszufriedenheit junger Erwachsener	19
4: Mortalität von Kindern in drei Altersgruppen (5–9, 10–14, 15–19 Jahre).....	21
5: Gewonnene und verlorene Jahre – Lebenserwartung nach Bundesländern 2005–2021.....	23
6: Gesunde Lebensjahre, Eintritt in die Rente und die Differenz	25
7: Selbsteinschätzung Gesundheit, junge Frauen und Bildung	28
8: Depressive Symptome (Selbsteinschätzung) junger Europäer und Europäerinnen (15-24 Jahre)	30
9: Krankenhausdiagnosen „Psychische und Verhaltensstörungen“ junger Frauen (15–20 Jahre)	31
10: Aufmerksamkeitsdefizite bei Kindern, regionale Variationen.....	32
11: Krankenhausdiagnosen bei jungen Frauen (15–20 Jahre).....	34
12: Krankenhausdiagnosen bei jungen Männern (15–20 Jahre).....	35
13: Jugendliche (18–24 Jahre) ohne Schulabschluss und ohne Migrationserfahrung	39
14: Jugendliche (bis 24 Jahre) ohne Schulabschluss, aus Ländern in der Europäischen Union	40
15: Jugendliche (bis 24 Jahre) ohne Schulabschluss aus dem außereuropäischen Ausland	41
16: Frühe Schulabgänger (18- bis 24-Jährige ohne Abschluss)	42
17: Gute und schlechte Leseleistung 2009 und 2018, 9. Jahrgangsstufe	44
18: Kompetenzstufenbesetzung im Trend für den Kompetenzbereich Lesen 2011–2021	45
19: Schülerkompetenzen – Verfehlen der Mindeststandards in Mathematik 2018	47
20: Familiärer Sprachgebrauch und Zuwanderungshintergrund.....	51
21: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach vorwiegend gesprochener Sprache 2019	52
22: Bevölkerung nach Geburtsland – im Ausland geborene Personen	53
23: Bevölkerungsentwicklung der 6-Jährigen 2013–2045.....	54
24: Bevölkerungsentwicklung der unter 1-Jährigen 2013–2035.....	54
25: Ausgaben für die frühkindliche Bildung in Prozent GDB/BIP	56
26: Ausgaben für die tertiäre Bildung	57
27: Ausgaben für die Grundschulbildung in Relation zum GDB/BIP	57
28: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin/Schüler nach Schularten 2010 und 2019	59
29: OECD: relative Einkommensarmut.....	64
30: Armutsgefährdungsquote OECD-Skala (50 %) und EU-Skala (60 %).....	65
31: Armutsgefährdungsquote – OECD-Skala, EU-Skala und Absolutwerte	66
32: EU-Skala Haushaltszusammensetzung.....	67
33: Armutsgefährdungsquote, gemessen am Bundesmedian, Lebensformen und Bundesländer.....	69
34: Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp-Median und mittlerem Einkommen	70
35: Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp	71
36: Haushalte mit geringer Inklusion und Herkunftsland.....	73
37: Erwerbsbeteiligung, Lebensalter der Kinder und schulische Qualifikation	74
38: Kindliches Armutsrisiko, Familienwanderer und Beschäftigungsquote.....	77
39: Junge Erwachsene ohne Arbeit, nicht in Ausbildung und nicht im Studium (2022).....	79
40: Materielle Deprivation, Bildung der Eltern (2021).....	83
41: Dauerhafte Armut im Altersvergleich, Kinder und Jugendliche und die aktive Bevölkerung	84
42: Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit aus Furcht vor Gewalt und Vandalismus	89
43: Tatverdächtige Jugendliche im europäischen Vergleich	90
44: Verurteilte Jugendliche im europäischen Vergleich.....	91
45: Verurteilte in Deutschland nach Art der Straftat (1993–2020)	92
46: Gewaltsame Todesfälle von Kindern	93
47: Latente Gefährdung des Kindeswohls, unterschiedliche Formen seit 2013	95
48: Akute Kindeswohlgefährdung seit 2013, Formen der Kindeswohlgefährdung	97
49: Kindeswohlgefährdung und Lebensformen.....	98
50: Hinweisgeberinnen und -geber für Kindeswohlgefährdungen 2020	100
51: Regionale Jugendhilfe.....	101



VORWORT



Seit 70 Jahren setzt sich UNICEF Deutschland dafür ein, Kindern weltweit zu einer guten Kindheit zu verhelfen – Fundament eines möglichst gesunden, erfüllten Lebens. Zu unserem Auftrag aus der UN-Kinderrechtskonvention gehört damit auch, den Blick auf Deutschland und die Rechte aller hier lebenden Kinder zu lenken.

Die große Mehrheit der jungen Menschen wächst bei uns unter positiven, in vieler Hinsicht privilegierten Bedingungen auf. Doch immer mehr Kinder geraten ins gesellschaftliche Abseits und können die Chancen, die ihnen zustehen, nicht nutzen. Dazu gehören Kinder, die in Familien mit niedrigen Einkommen leben, deren erste Sprache nicht Deutsch ist oder die als Geflüchtete nach Deutschland kommen. Auch Kinder, die mit nur einem Elternteil oder ohne Eltern aufwachsen sowie Kinder, die mehr als zwei Geschwister haben, brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Die Rechte aller Kinder umfänglich zu berücksichtigen, fällt selbst einer materiell gut gestellten Demokratie wie unserer nicht immer leicht. Im vorliegenden UNICEF-Bericht gibt Prof. Dr. Hans Bertram wertvolle Hinweise darauf, wo wir besonders genau hinsehen und wo wir investieren müssen – zum Wohl der unmittelbar Beteiligten und unseres Landes.

„Ein Versprechen an die Jugend“, so der Titel des Berichts, nannte Eleanor Roosevelt, Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission, die Vereinten Nationen im Jahr 1950. Damals wie heute war ein Ziel der Weltgemeinschaft, bessere Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Mit der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 und der Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) im Jahr 2015 haben die Regierungen dieses Versprechen erneuert, für jedes Kind in jedem Land der Erde.

EIN UNZULÄNGLICH ERFÜLLTES VERSPRECHEN

UNICEF leitet aus dem Versprechen ab, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert und Kinder in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden müssen. Der Erkenntnisgewinn aus dem Bericht untermauert diese Intention.

Wir wissen, dass sich in den Grundschulen entscheidet, ob Kinder unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft ihre Talente entfalten können. Wird die individuelle Förderung in dieser Altersgruppe vernachlässigt, wird die Zahl der jährlich rund 47.000 Schulabgänger*innen ohne Abschluss vermutlich weiter steigen. Im internationalen Vergleich sind die Ausgaben für den Grundschulbereich in Deutschland sehr niedrig. Im Jahr 2019 wurden hier nur 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert.

Auch für Eltern ist gute Bildung wichtig. Sie verringert das dauerhafte Armutsrisiko einer Familie, das aktuell 1,3 Millionen Kinder begleitet. Der entscheidende Faktor bleibt jedoch ein geringes Familieneinkommen, betont Hans Bertram. Dauerhafte Armut wirkt sich stark auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Zukunftschancen und die persönliche Resilienz von Kindern aus. Die bereits ergriffenen und geplanten politischen Maßnahmen sind wichtige Bausteine, aber reichen nicht aus.

Niedrige Umfragewerte bei der subjektiven Zufriedenheit und hohe Werte beim Unsicherheitsgefühl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland sind weitere Indikatoren für Gesprächs- und Handlungsbedarf. Die Zufriedenheitswerte zeigen einen einzigartigen Abwärtstrend für Deutschland, der zudem deutlicher ist als in allen anderen betrachteten Ländern. Ebenfalls ist das Unsicherheitsgefühl junger Menschen sehr ausgeprägt.

Trotz aller Ernüchterung in den genannten und einigen anderen Bereichen: Viele der beschriebenen Probleme sind lösbar. Dazu bedarf es am realen Bedarf ausgerichteter Investitionen in Bildungschancen, einer materiellen Grundausstattung für Familien und niedrigschwelliger Qualifizierungsmaßnahmen für Eltern und Berufsgruppen, die mit Kindern arbeiten. Für politische und andere Akteure mit unterschiedlichen Interessen gilt es, einen gemeinsamen Willen zu entwickeln, um den Umfang und das Tempo ihrer Bemühungen zu steigern.

DANKSAGUNG AN PROF. DR. HANS BERTRAM

Aus der sechsteiligen UNICEF-Berichtsreihe zur Lage der Kinder in Deutschland spricht die starke Empathie des Autors für junge Menschen, die in ihrem persönlichen Umfeld mit Problemen konfrontiert sind, diese aber nicht allein bewältigen können. Für sein langjähriges Engagement gebührt Prof. Dr. Hans Bertram unser großer Dank.

Für ausnahmslos jedes Kind gilt das Recht, angemessen geschützt, gefördert und beteiligt zu werden. Nur dann kann es als erwachsener Mensch die Welt von morgen nachhaltig und lebenswert gestalten.



Georg Graf Waldersee
Vorstandsvorsitzender, UNICEF Deutschland



ZU DEN FOTOS IN DIESEM BERICHT

UNICEF hat Kinder in Deutschland begleitet und fotografiert. In diesem Bericht stellen wir drei Kinder vor und zeigen ihren Alltag: **NINA (13 JAHRE), LEBT ZUSAMMEN MIT IHREN ELTERN UND ZWEI JÜNGEREN GESCHWISTERN.** Ihr ist wichtig, unabhängig zu sein und Freunde und Hobbies zu haben. Sie wünscht sich für die Zukunft, dass die Menschen überall auf der Welt gleich gut leben können, dass es genug Frauenrechte gibt und dass niemand Angst vor der Zukunft haben muss. **FLORIAN (7 JAHRE), LEBT ZUSAMMEN MIT SEINEN ELTERN UND SEINEM ÄLTEREN BRUDER.** Ihm ist wichtig, mit Freunden unterwegs zu sein oder Fußball spielen zu können. Für die Zukunft wünscht er sich eine Erfindung, die die Umwelt wieder sauber macht. **MAXI (12 JAHRE), LEBT ZUSAMMEN MIT SEINEN ELTERN.** Ihm ist sein Leichtathletik-Training wichtig ganz besonders das Kugelstoßen. In der Zukunft möchte er gerne in einem Sportverein arbeiten, z. B. als Trainer.





FLORIAN



MAXI

1 EIN VERSPRECHEN AN DIE JUGEND

Bei der Gründung der UNO 1945 gaben die teilnehmenden Staaten das Versprechen ab, die nachfolgenden Generationen vor Kriegen und den Folgen zu schützen, die Grundrechte und die Würde der Menschen zu achten, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern und für sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu sorgen.¹

Dieses Versprechen liegt auch den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung zugrunde, die die UNO-Vollversammlung 2015 verabschiedete. Die Verbesserung der Lebenssituation durch Verringerung der Unterschiede in den Lebensverhältnissen von Menschen in der ganzen Welt, der sorgfältige Umgang mit den Ressourcen dieser Erde und die Sicherung des Friedens sind Kernelemente dieser 17 Ziele. Dahinter steht die Vorstellung, durch die Konkretisierung des allgemeinen Versprechens der Verbesserung der Lebensbedingungen die Menschen besser zu erreichen und die Menschenrechte besser zu berücksichtigen.² Diese Ziele orientieren sich an den Bedürfnissen und Prioritäten der schwächsten Bevölkerungsgruppen in den einzelnen Ländern³, und das sind die Kinder und Jugendlichen.

ABBILDUNG 1: DIE 17 NACHHALTIGKEITZIELE (SDGS) DER UNO



Quelle: United Nations. Make the SDGs a Reality. <https://sdgs.un.org/>.

Diese Orientierung greift auf Überlegungen zurück, die Eleanor Roosevelt, die „Mutter der Menschenrechte“, wie der Spiegel sie nannte, schon 1950 in dem gemeinsam mit Helen Ferris publizierten Buch „Partners“ skizzierte⁴. Roosevelt war die erste UNO-Botschafterin der USA und zwischen 1946 und 1948 auch Vorsitzende des Ausschusses, der die UN-Menschenrechtscharta erarbeitete. Sie hatte die Ehre, die Charta 1948 öffentlich zu verkünden. Das Buch wurde zu einem Zeitpunkt publiziert, als Nordkorea

1 Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945.

2 Vereinte Nationen – Regionales Informationszentrum für Westeuropa. 17 Ziele. <https://unric.org/de/17ziele/>.

3 United Nations. Communications Materials. United Nations Sustainable Development (blog). <https://www.un.org/sustainabledevelopment/news/communications-material/>.

4 Roosevelt, Eleanor / Ferris, Helen: Partners: United Nations and Youth. New York: Doubleday, 1950.



Nach der Schule sitzen **Nina** und ihre Schwester **Helen** (10 Jahre) in der Küche. Nina mag es, wenn die Familie gemeinsam am Abendbrottisch sitzt und sich unterhält.

Südkorea militärisch überrannt hatte. Der amerikanische Präsident Truman hatte Südkorea nicht zur amerikanischen Einflussosphäre gerechnet mit dem Ergebnis, dass der Norden Koreas in den Süden einfiel. Die UNO-Truppen benötigten drei Jahre, um den Süden wieder zu befreien. In einer solchen Situation würde man erwarten, dass jemand, der so prominent die Menschenrechtscharta mitentwickelt hat, vorwiegend die Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen durch Gewalt und die Friedenspflicht betont. Roosevelt widmet sich in ihrem Buch jedoch dem Schicksal von Kindern und Jugendlichen, die für sie die Partner der neu entstandenen Weltgemeinschaft sind. Sie zeigt die Unterstützung für Kinder und Jugendliche durch verschiedene UNO-Organisationen, wobei zentrale Ziele aus den später entwickelten 17 Zielen nachhaltigen politischen Handelns schon präsent sind. Das gilt für Armut (SDG2), Hunger (SDG1), Gesundheit (SDG3), Bildung (SDG4), starke Institutionen (SDG16), weniger Ungleichheit (SDG10) und Partnerschaft zur Erreichung der Ziele (SDG17).

Aus ihren Beispielen und dem Schlusskapitel wird deutlich, dass sie gegenüber der heutigen Debatte um eine nachhaltige Entwicklung eine wichtige Perspektive betont. Ihr ging es um die Kinder und Jugendlichen, während die heutige Umsetzung der empirischen Überprüfung dieser Ziele diese kaum berücksichtigt. Für Roosevelt bedeutet das Versprechen, für Kinder und Jugendliche eine bessere Welt zu schaffen, den jetzt lebenden Kindern und Jugendlichen zu helfen und sie zu unterstützen. Bei der Partnerschaft zwischen der UNO als Weltgemeinschaft und den Kindern und Jugendlichen geht es nicht um die ferne Zukunft, sondern darum, den Kindern und Jugendlichen heute zu helfen.

Aus Roosevelts Sicht bedeutet dieses Versprechen aber auch, sich klarzumachen, dass kindliche Entwicklung immer voraussetzt, dass Kinder und Jugendliche Freude und Spaß – sie schreibt „Fun“ – am Leben und im Alltag entwickeln können. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der eigenen Lebensperspektive und eigenen Entwicklung. Das Schluss-

kapitel thematisiert allein die Frage der Teilhabe, was die ausgewählten Beispiele verdeutlichen. So berichtet sie von geflüchteten Kindern, die sich in verlassenen landwirtschaftlichen Anwesen versteckten und mit der Unterstützung eines Pfarrers begannen, gemeinsam eine dörfliche Gemeinschaft aufzubauen – mit einem 15 Jahre alten Bürgermeister. Doch auch in dieser Gemeinschaft wurden Schule und Unterricht nicht vergessen.

Diese auf die nachwachsende Generation bezogene Perspektive liegt dem Konzept des kindlichen Wohlbefindens von UNICEF zugrunde, das auch die konkreten kindbezogenen Indikatoren enthält, die zum Teil Bestandteil der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sind. Denn auch dort geht es um Bildung, Gesundheit, Vermeidung von Risiken und Gefahren, Verminderung der Ungleichheit, die subjektive Selbsteinschätzung des eigenen Wohlbefindens, aber auch um starke Institutionen, wie Familie und kommunale Infrastruktur. Es ist daher naheliegend, Roosevelt zu folgen und die Nachhaltigkeitsperspektive der 17 Ziele für die Möglichkeiten der kindlichen Entwicklung und die Interessen von Jugendlichen stärker zu betonen, als das gegenwärtig geschieht.

Roosevelts kindbezogene Perspektive ist eine wertvolle Ergänzung der aktuellen Debatte um die nachhaltige Entwicklung moderner Gesellschaften. Denn die öffentliche Debatte um Nachhaltigkeit konzentriert sich zu schnell auf fernliegende Ziele in 2045 oder am Ende des Jahrhunderts. Die „Mutter der Menschenrechte“ macht deutlich, dass auch angesichts großer Bedrohungen, schwerster politischer Verwerfungen und gewaltiger Herausforderungen beim Neuaufbau einer Gesellschaft – darum ging es damals in Europa – die jetzt lebenden Kinder und Jugendlichen nicht vergessen werden dürfen. Auch ohne in der Ordnung der 17 Nachhaltigkeitsziele eine Hierarchie zu sehen, sind sie als gleich wichtig

Florian bei der Stillarbeit an seiner Grundschule. Er findet, dass seine Klassenlehrerin die beste Lehrerin ist.



einestufen. Das Aufwachsen von Kindern ohne materielle Deprivation, eine angemessene Bildung für alle Kinder, eine gesunde Entwicklung für alle Kinder, die Möglichkeit, Lebensfreude und Lebenslust zu entwickeln, sind genauso wichtig wie Ziele, die in ferner Zukunft erreicht werden sollen. Das bedeutet, dass es eine Güterabwägung zwischen den verschiedenen Zielen geben muss. Für Roosevelt war es selbstverständlich, dass auch in höchst schwierigen Zeiten die Zukunftsgestaltung nur dann gelingen kann, wenn man die Kinder und Jugendlichen nicht vergisst. Dabei ist die heutige Situation unter einer rechtlichen Perspektive sogar einfacher als zu Roosevelts Zeiten. Die UN-Kinderrechtskonvention⁵ wurde von so gut wie allen Staaten dieser Erde anerkannt und ist damit Teil der Menschenrechte. Wenn es mit diesem Bericht gelänge, noch einmal zu verdeutlichen, dass eine nachhaltige Zukunftsgestaltung immer auch die Kinderrechte zu berücksichtigen hat, wäre viel gewonnen.

UNICEF als von der UNO beauftragte Institution, um die kindbezogenen Elemente der Nachhaltigkeitsziele zu sammeln und aufzubereiten⁶, ordnet die über 140 Indikatoren der 17 Ziele ganz neu unter sehr allgemeine Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens. Das ist für die Organisation einer Datenbank, auf die unter verschiedenen Perspektiven zugegriffen werden kann, nachvollziehbar, jedoch für die Leserinnen und Leser, die einen Text in seiner Entwicklung nachverfolgen wollen, kein gutes Ordnungsprinzip. Auch die einfache Abfolge der Nachhaltigkeitsziele erhöht nicht die Lesbarkeit eines Textes.

In ihrem Buch „Partners“ beschreiben Roosevelt und Ferris die Schicksale der Kinder aus aller Welt von Italien bis Bolivien, Ägypten und Deutschland. Auch ein Bericht des kindlichen Wohlbefindens auf der Basis der Nachhaltigkeitsziele in Deutschland sollte eine solche Perspektive enthalten. Deswegen werden in diesem Bericht die deutschen Ergebnisse so weit wie möglich in eine europäische Perspektive eingebettet. Damit unterscheidet sich dieser Bericht von vielen anderen Publikationen, die im Wesentlichen deutsche Daten und Deutschland als Bezugspunkt nehmen. Nur durch den internationalen Vergleich lässt sich abschätzen, ob und inwieweit die Zielvorgaben für Kinder und Jugendliche erreicht wurden. Roosevelt und Ferris richten ihren Blick vor allem auf die Kinder und Jugendlichen, für die es besonders schwer war, die Folgen der damaligen Ereignisse zu überwinden.

In diesem Bericht werden daher vielleicht stärker, als es für ein reiches Land wie Deutschland erwartet wird, die Schwierigkeiten und Probleme von bestimmten Gruppen von Kindern benannt. Die Ergebnisse sind nicht immer erfreulich. Sowohl die 17 Ziele wie auch das Konzept des kindlichen Wohlbefindens sind mehrdimensionale Modelle, die die Lebensbedingungen der Kinder nicht auf die verschiedenen Einkommenslagen der Eltern reduzieren, sondern die verschiedenen Aspekte, die das kindliche Leben bestimmen, auch voneinander getrennt zu beeinflussen versuchen.

Es ist ausgeschlossen, alle kindbezogenen Bestandteile der 17 Ziele in einem etwa 150-seitigen Bericht abzuhandeln, weil dies sowohl die Leserinnen und Leser als auch den Autor überfordern würde. Um dennoch zu zeigen, wie sinnvoll die hier gewählte Perspektive der Verknüpfung des kindlichen Wohlbefindens mit den Nachhaltigkeitszielen ist, wurden zwei Selektionskriterien angewandt. Um nicht Ergebnisse und Diskussionen des letzten Reports⁷ zu wiederholen, wurde bei der Datenselektion so weit wie möglich nur auf Daten von 2020, 2021 und 2022 zurückgegriffen. Das schließt bestimmte Themenfelder aus, etwa das Verhältnis zu den Eltern, weil die letzten großen internationalen Vergleichsuntersuchungen aus 2018 sind und die Untersuchungen von 2022 noch nicht zur Verfügung stehen.

5 UNICEF Deutschland. UN-Kinderrechtskonvention. <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention>.

6 UNICEF. SDGs for Children – UNICEF Data. <https://data.unicef.org/sdgs/>.

7 Bertram, Hans. Kinder – unsere Zukunft! Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2021. Köln: UNICEF Deutschland, 2021. <https://www.unicef.de/informieren/materialien/kinder-unsere-zukunft-bericht-2021/239414>.

Das zweite wichtige Kriterium ist die internationale Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit, um die Ergebnisse auch im internationalen Kontext einordnen zu können. Durch diese Selektionskriterien reduziert sich aktuell die Analyse auf die kindliche Zufriedenheit, die kindliche Gesundheit (SDG3), die Bildung (SDG4), die kindliche Armut (SDG1) und die starken Institutionen (SDG16). Die anderen Dimensionen, die erforderlich sind, um das Modell zu vervollständigen, werden bei Vorliegen der Daten ebenfalls aufbereitet und publiziert. Die Leserinnen und Leser sollten sich von vornherein darauf einstellen, dass diese internationale Perspektive der Einbettung der deutschen Kinder in die internationale Entwicklung insgesamt, um es zurückhaltend zu formulieren, sehr ernüchternd ist. Der Bericht hätte auch den Titel „Reiches Land, arme Kinder“ tragen können. Aber ganz so pessimistisch sollte die Botschaft nicht sein.

Im Schlussteil wird eine knappe Perspektive entwickelt in der Hoffnung, dass in der Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland die Bedürfnisse der Kinder doch stärker berücksichtigt werden, als das gegenwärtig geschieht, und die Bedürfnisse der Kinder nicht immer irgendwelchen großen weltbewegenden Themen untergeordnet werden. Der handfeste Pragmatismus von Eleanor Roosevelt auf der Basis der Menschenrechte kann dafür eine gute Perspektive sein.

1.2 WAS DIE LESERINNEN UND LESER ERWARTET

Themen wie kindliche Gesundheit, Bildungschancen, Armutsgefährdung und kindliche Sicherheit sind neben einer wissenschaftlich-sachlichen Berichterstattung auch immer stark mit Emotionen und Engagement verbunden. Das ist im Interesse der Kinder auch gut und richtig. Als Wissenschaftler, auch bei einem Bericht für das Kinderhilfswerk der UNO, ist man verpflichtet, die Ergebnisse der Analyse sachlich und nachvollziehbar darzustellen. Da in der öffentlichen Debatte in diesen Bereichen häufig mit Zahlen gearbeitet wird, die nicht immer nachprüfbar sind, wurde hier ein anderer Weg gewählt. Soweit möglich stammen alle Daten aus der amtlichen Statistik, wobei für den europäischen Vergleich Eurostat das Material lieferte und für Deutschland und die Bundesländer auf die Bundesstatistik zurückgegriffen wurde. Da diese Ämter inzwischen ihre Daten so gut und transparent aufbereiten, finden sich bei jeder Grafik und jeder Tabelle in der Regel zwei Links. Der eine Link in der Fußnote gibt die genaue Quelle und den Ort der Daten an, sodass sich, sofern die Links inzwischen nicht geändert wurden, die Originaldaten nachprüfen lassen. Der zweite Link ist der spannendere. Er führt zu einer Datenbank, die bei UNICEF in Köln aufgebaut wurde und nicht nur die Quelle angibt, sondern es auch erlaubt, sich die aktuellen Daten zu dem jeweiligen Thema aufzubereiten und anzuschauen. Da die amtlichen Statistiken fortgeschrieben werden, kommt man mit den Daten dann immer auf den aktuellen Stand⁸.

Eine Datenbank zum kindlichen Wohlbefinden auf der Basis der 17 Nachhaltigkeitsziele gibt es in Deutschland bisher nicht. Das ist schade, weil im Bericht deutlich wird, dass eine Fülle von Daten im Bereich von Kindheit und Jugend gesammelt wird, aber nicht in allen Bereichen der Nachhaltigkeitsziele so aufbereitet wird, um zur aktuellen Entwicklung Stellung nehmen zu können.

Auch bei der Literatur wurde versucht, den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit zu geben, immer direkt auf die Volltexte zugreifen zu können. Für die deutschen Quellen war das verhältnismäßig einfach, weil durch die gute Aufbereitung im Fachportal Pädagogik relativ viel und auch hervorragende Literatur zum Thema als Volltext heruntergeladen werden kann. All diese Bemühungen sind nicht perfekt, es wird gebrochene Links geben, es wird manchmal langsam gehen und mancher wird sich bessere Quellenverweise wünschen. Für diese Unvollständigkeiten und Probleme entschuldigt sich der Autor schon im Vor-

⁸ www.unicef.de/cwb-deutschland

hinein, aber er ist weiterhin überzeugt, dass auch in Zukunft Texte zunehmend in dieser Form publiziert werden. Denn nur so ist es möglich zu prüfen, ob die Ergebnisse und Darstellungen richtig und realitätsgenau sind. Auch ermöglicht eine solche Konzeption auf Dauer, insbesondere in Verknüpfung mit einer Datenbank, die Texte aktuell zu halten, weil jederzeit geprüft werden kann, ob neue Entwicklungen von den hier beschriebenen abweichen. Eine solche kontinuierliche Berichterstattung im Bereich von Kindern und Jugendlichen im Gesundheitsbereich wäre auch schon während der Corona-Pandemie möglich gewesen, und vermutlich wäre dann manche Entscheidung anders gefallen.

Das ist keine Kritik an der Politik, sondern eher an den beratenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die die vorhandenen Quellen wohl nicht immer kannten. Wenn dieser Bericht und die damit entstandene Datenbank dazu beitragen können, dass die Lebenslage und die Lebensbedingungen von Kindern sowie die Entwicklung des kindlichen Wohlbefindens bei zukünftigen Debatten eine stärkere Berücksichtigung finden als bisher, hätten sich die zwei Jahre Arbeit gelohnt. Die Leserinnen und Leser werden deshalb auch keine intensive Kritik an den Maßnahmen der letzten Jahre finden. Vielmehr war die Idee zu zeigen, wie man aus den amtlichen Daten auch zu praktischen Schlussfolgerungen zur Verbesserung der kindlichen Lebensbedingungen kommen kann. Denn nur wenn daraus bestimmte Konsequenzen abgeleitet werden können, lohnt sich ein solcher Aufwand.

Man kann die folgenden Kapitel in ihrer Reihenfolge lesen oder auch einzeln. Zu Beginn jedes Kapitels gibt es eine kurze Beschreibung des folgenden Inhaltes, so dass man sich darüber kurz informieren kann. Diese teilweise mühevollen Arbeit war nur möglich, weil UNICEF Deutschland den Autor in allen Phasen intensiv unterstützt hat. Das gilt vor allem für Herrn Braukmann, dem der Autor an dieser Stelle ausdrücklich für seine Geduld dankt.

*Beim TSV Leverkusen trainiert **Maxi** dreimal in der Woche im Parasport-Leichtathletik-Nachwuchsteam. Zuhause macht er zusätzlich Krafttraining, damit sein Wunsch, 2028 an den Olympischen Spielen teilzunehmen, in Erfüllung gehen kann.*



2 CORONA OHNE FOLGEN? ZUM GESUNDHEITLICHEN WOHLBEFINDEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN (SDG3)

2.1 DIE PERSPEKTIVE

Trotz der 1950 drohenden Kriegsgefahr und dem unsäglichen Elend, dem Kinder damals weltweit ausgesetzt waren, betont Eleanor Roosevelt, dass zur Gesundheit von Kindern und ihrer gesunden Entwicklung auch Lebenslust und Vergnügen (Fun) gehören. Diese Perspektive entspricht auch heute noch den Vorstellungen über kindliches gesundheitliches Wohlbefinden⁹. Auch die generellen Messungen von Wohlbefinden, wie sie von der OECD und UNICEF durchgeführt werden, um Länder und Regionen zu vergleichen, orientieren sich an dieser Perspektive.

Dahinter steht die alte Einsicht, dass Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft nur zu bewältigen sind, wenn man sich das subjektiv selbst zutraut. Selbstvertrauen und Zufriedenheit mit sich selbst sind bessere Ratgeber als Ängstlichkeit und Verzagtheit. Kinder und Jugendliche mussten sich während der Corona-Pandemie in Deutschland viel mehr zurücknehmen als Erwachsene, denn der Staat verbannte sie für lange Zeit aus allen öffentlichen Räumen. Kindertagesstätten, Spielplätze, Schulen und Sportstätten wurden geschlossen. Die Bewegungsmöglichkeiten der Kinder und ihre Möglichkeiten, mit anderen Kindern zu kommunizieren, wurden viel stärker eingeschränkt als die der Erwachsenen.

In Umfang und Ausmaß dieser restriktiven Maßnahmen unterschieden sich die europäischen Länder deutlich. Die im Dezember 2020 vorliegenden Zahlen rechtfertigten für Deutschland wie auch für andere Länder diese Maßnahmen nicht, und die Empfehlung von UNICEF¹⁰ war es auch, von generellen Schulschließungen abzusehen. Aber hier war die Ängstlichkeit vor dem neuen und ungewissen Ereignis größer als die Zuversicht, dass Kinder und Jugendliche genauso verantwortlich mit Gefahren und Bedrohungen umgehen können wie berufstätige Erwachsene.

Die Lebenszufriedenheit von Jugendlichen wie von Erwachsenen wird durch konkrete Ereignisse stärker beeinflusst als andere Dimensionen von Gesundheit und Entwicklung. Daher benötigt man für die Beurteilung der gesundheitlichen Entwicklung in einer Gesellschaft Zeitreihen, um solche Entwicklungen nachzeichnen zu können. In diesem Abschnitt wird aber hoffentlich auch deutlich, wie wichtig eine kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche auf Bundes- und Landesebene ist. Die Daten dazu sind vorhanden, es gibt auch teilweise vorzügliche Einzeldarstellungen, doch fehlen die Kontinuität und Aufbereitung. Das ist schade, weil eine Verbesserung der gesunden Lebensführung von Kindern und Jugendlichen, auch das wird hier gezeigt, die Lebensqualität der Erwachsenen und älteren Generation signifikant verbessert.

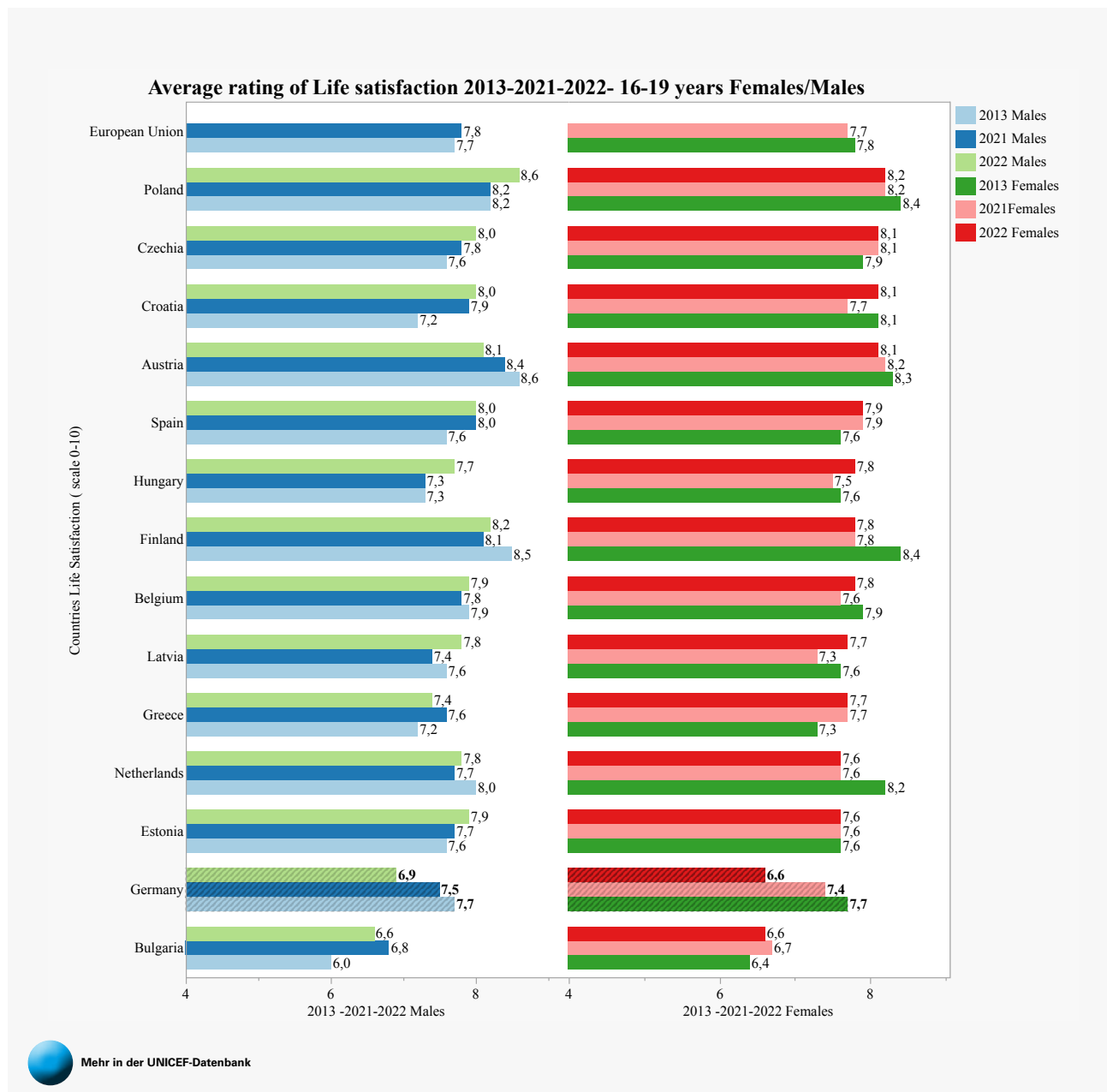
9 Requejo, Jennifer et al. Child Health and Wellbeing Dashboards: Accountability for Children's Rights. The Lancet 399, Nr. 10338 (14. Mai 2022): 1847–49. Doi: 10.1016/S0140-6736(22)00738-3.

10 Bertram, Hans. Kinder – unsere Zukunft! Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2021. Köln: UNICEF Deutschland, 2021. <https://www.unicef.de/informieren/materialien/kinder-unsere-zukunft-bericht-2021/239414>.

2.2 OPTIMISMUS, ZUKUNFTSGESTALTUNG UND LEBENSZUFRIEDENHEIT

Nach dem Ende der Corona-Pandemie wird nun intensiv diskutiert, inwieweit das zur Verunsicherung von Kindern und Jugendlichen beigetragen und negative psychische Konsequenzen gehabt habe. Das Europäische Statistkamt (Eurostat) hat 2013, 2018, 2021 und 2022 die subjektive Lebenszufriedenheit auf der Basis der amtlichen Daten verglichen und dabei auch die Altersgruppen der 16- bis 19-jährigen Jugendlichen und der 20- bis 24-jährigen Erwachsenen befragt und ausgewiesen.

ABBILDUNG 2: DIE SUBJEKTIVE ZUFRIEDENHEIT VON JUGENDLICHEN



Quelle: Eurostat. Average rating of satisfaction by domain, sex, age and educational attainment level, [ILC_PW01], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/ec713584-06f9-48f5-b0e7-382cd4b84757?lang=en>.

Auch wenn dieser Aspekt im Nachhaltigkeitsziel 3¹¹ (Gesundheit) fehlt, wird die subjektive Zufriedenheit hier als erster Indikator behandelt. Denn kindliche Entwicklung braucht auch Spaß und Lebenszufriedenheit, wie schon Eleanor Roosevelt betonte. Eine positive Zukunftsgestaltung setzt eine entsprechende kindliche Perspektive voraus. Denn selbst die einfachsten Lernschritte erfordern Optimismus, um die vor einem liegenden Aufgaben bewältigen zu können. Das wird in der öffentlichen Debatte allerdings oft vergessen, wie auch, dass diese Kinder und Jugendliche vor großen Herausforderungen stehen, wie die weltweite Bevölkerungsentwicklung, Migration und der Klimawandel.

Diese Herausforderungen werden nur bewältigt, wenn die jetzigen Eltern ihren Kindern den Mut und die Zuversicht vermitteln können, die für die Bewältigung dieser Aufgaben erforderlich sind.

Im internationalen Vergleich gehörte Deutschland 2021 in Europa zu den Ländern mit einer mittelmäßigen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben¹². Besonders zufrieden sind die Österreicherinnen und Österreicher; hier liegen auch die jungen Frauen und jungen Männer in ihrer Lebenszufriedenheit deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Das gilt auch für die 16- bis 19-Jährigen und 20- bis 24-jährigen jungen Frauen und jungen Männer. In diesen Altersgruppen sind auch die Spanier und Spanierinnen mit ihrem Leben sehr zufrieden, wie auch die 16- bis 19-jährigen Schweizerinnen und Schweizer.

Deutschland liegt bei diesen Altersgruppen sowohl 2013 wie 2021 im unteren Mittelfeld. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind nicht besonders zufrieden, aber auch nicht besonders unzufrieden wie etwa die jungen Erwachsenen und Kinder und Jugendlichen in Bulgarien. Die Werte für 2018, die hier nicht wiedergegeben wurden, unterscheiden sich kaum von den Werten von 2013 und 2021.

2022 ändert sich das Bild deutlich (Eurostat publizierte die Daten im Mai 2023): Die Zufriedenheitswerte gehen in Deutschland in beiden Altersgruppen und bei beiden Geschlechtern deutlich zurück. Deutschland bildet jetzt zusammen mit Bulgarien, wo sich die Werte in dieser Zeit verbessert haben, das europäische Schlusslicht bei den Zufriedenheitswerten. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass sich die Zufriedenheitswerte von Jugendlichen von 16 bis 19 Jahren und von jungen Erwachsenen von 20 bis 24 Jahren in den einzelnen Ländern in der Pandemiezeit sehr unterschiedlich entwickelten. In manchen Ländern, wie Belgien, haben sich die Zufriedenheitswerte kaum geändert, oder liegen, wie in Polen, seit 2013 mit einem kleinen Einbruch 2021 heute höher als 2013. Das gilt auch für andere Länder, z. B. Spanien oder Ungarn. Wieder andere Länder haben bei den Jugendlichen einen kleinen Einbruch erlebt, wie die Niederlande oder Finnland, und sich anschließend wieder erholt. Ein einheitliches systematisches Muster, das auf die Restriktionen während der Pandemie zurückzuführen ist, lässt sich aus den internationalen Daten nicht ableiten.

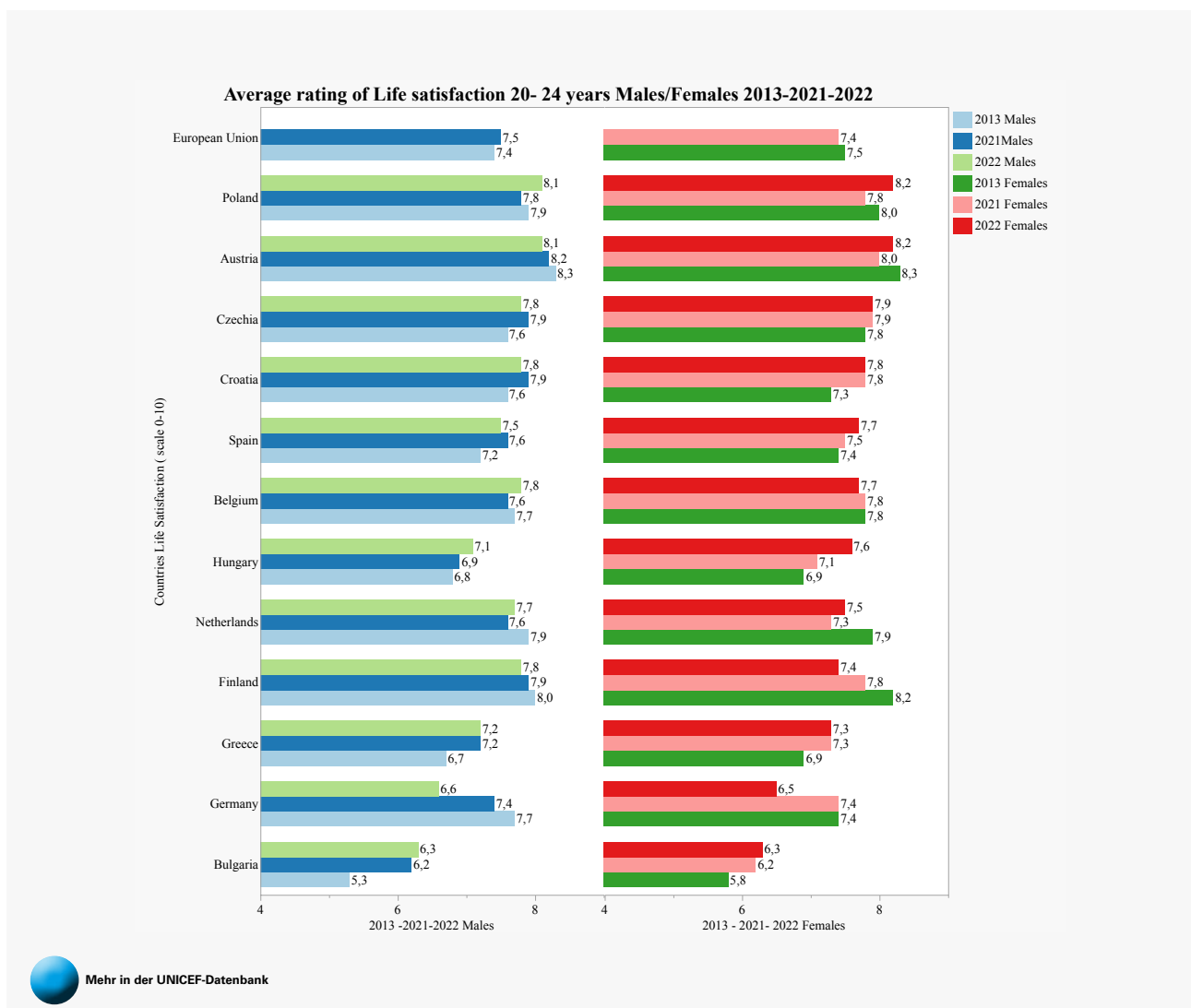
Das deutsche Muster ist in diesem Vergleich einzigartig: In 2021 gibt es einen Einbruch, der vermutlich auf die Pandemie zurückzuführen ist¹³, doch muss diese Hypothese noch international bestätigt werden. Andere Länder, etwa Österreich, weisen ähnliche Entwicklungen auf, allerdings auf einem

11 Requejo, Jennifer et al. Child Health and Wellbeing Dashboards: Accountability for Children's Rights. The Lancet. 2022; 399(10338): 1847–49. Doi: 10.1016/S0140-6736(22)00738-3.

12 Average rating of satisfaction by domain, sex, age and educational attainment level [ILC_PW01__custom_5479421]. Deutsches Jugendinstitut. Pandemie macht Jugendliche unzufriedener mit Möglichkeiten, ihre Zukunft selbst zu gestalten. <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/pandemie-macht-jugendliche-unzufriedener-mit-den-moeglichkeiten-ihre-zukunft-selbst-zu-gestalten.html>.

13 Deutsches Jugendinstitut. Pandemie macht Jugendliche unzufriedener mit Möglichkeiten, ihre Zukunft selbst zu gestalten. <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/pandemie-macht-jugendliche-unzufriedener-mit-den-moeglichkeiten-ihre-zukunft-selbst-zu-gestalten.html>

ABBILDUNG 3: LEBENSZUFRIEDENHEIT JUNGER ERWACHSENER



Quelle: Eurostat. Average rating of satisfaction by domain, sex, age and educational attainment level, [ILC_PW01], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/077f2139-de50-4375-94a0-b067fade21a2?lang=en&page=time:2021>.

höheren Niveau. Ob das generelle Muster sind, die insgesamt auf solche Einschränkungen zurückzuführen sind, ist aktuell nicht zu beurteilen. Allerdings ist der Einbruch 2022 nach der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen in Deutschland deutlich und einmalig bei den hier verglichenen europäischen Ländern; er zeigt, dass die deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wenig zufrieden mit ihrem Leben sind. Dieser Rückgang der Zufriedenheit, der sich deutlich von den anderen europäischen Ländern unterscheidet, muss also andere Ursachen haben. Solche Effekte können situativ sein und in den nächsten Erhebungen wieder verschwinden, sodass man mit zu weit gehenden Interpretationen zurückhaltend sein sollte. Erst nach ein oder zwei Wiederholungsmessungen lässt sich von einem stabilen Trend sprechen.

Möglicherweise dokumentiert sich in der geringen Zufriedenheit der deutschen Kinder und Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ein Jahr nach Beendigung der Pandemiemaßnahmen zu beobachten ist, auch in gewisser Weise der öffentliche Umgang mit Krisen und Zukunftsperspektiven. Denn mit der Pandemie entstand, intensiv unterstützt von der Regierung, eine sehr gefahrenorientierte Kommunikation. Die Risiken, mögliche Gefährdungen und insbesondere die Konsequenzen eines



Nina liest ihrem jüngeren Bruder Till (7 Jahre) aus einem Buch aus der Stadtbibliothek vor.

nicht „richtigen“ Verhaltens für andere waren zentrales Thema. UNICEF¹⁴ wies als eine der wenigen Organisationen darauf hin, dass Schul- und Kindertagesstättenschließungen keinen Einfluss auf den Pandemieverlauf haben. Auch die negativen Effekte der Schließungen wurden dargestellt.

Festzuhalten bleibt, dass Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern eine sehr geringe Zufriedenheit mit dem eigenen Leben artikulieren und dieser Einbruch zwischen 2021 und 2022 erfolgt ist. Da dieser Einbruch in keinem anderen europäischen Land zu beobachten ist, kann die Pandemie nicht die alleinige Ursache sein, weil auch in anderen europäischen Ländern die Bewegungsfreiheit von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie deutlich eingeschränkt war. Es lohnt sich, die Ursachen für diese Entzwickelung genauer zu untersuchen, weil die Zukunft dieser Gesellschaft vom Optimismus der nachwachsenden Generation abhängt. Ob eine öffentliche Kommunikation, die vor allem Zukunftsgefahren beschreibt, diesen Optimismus unterstützt, ist zumindest infrage zu stellen.

Der eher zurückhaltenden Interpretation der Ergebnisse als Folge der Pandemie wird noch etwas genauer nachgegangen. Da das Thema Zufriedenheit in diesem Bericht als erster zentraler Punkt der kindlichen Gesundheit (SDG 3) thematisiert wurde, lässt sich im Folgenden auch prüfen, ob noch weitere Indikatoren dafür sprechen, dass es sich hier um eine längerfristige oder kurzfristige Entwicklung handelt.

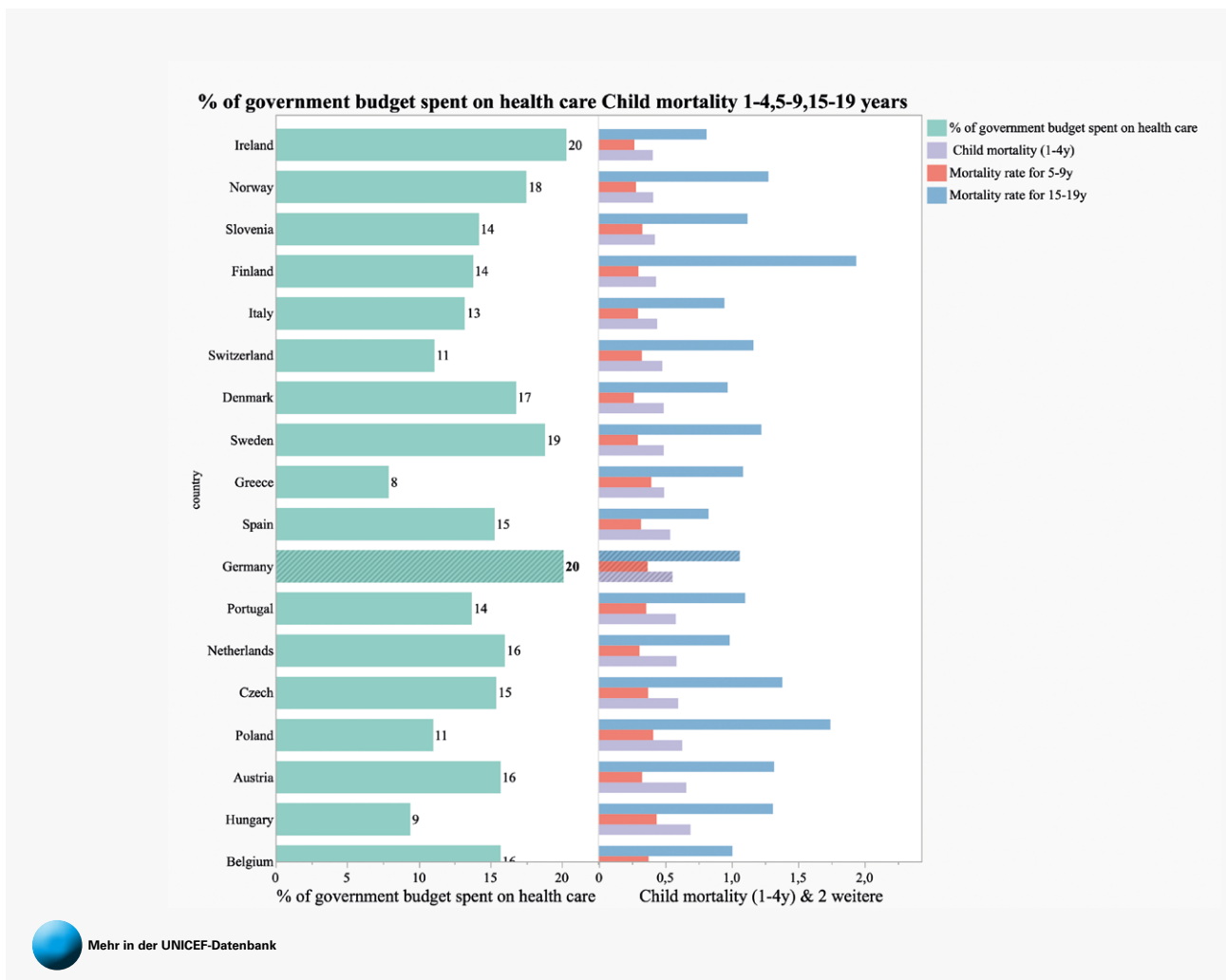
¹⁴ Bertram, Hans. Kinder – unsere Zukunft! Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2021. Köln: UNICEF Deutschland, 2021. <https://www.unicef.de/informieren/materialien/kinder-unsere-zukunft-bericht-2021/239414>

2.3 LEBENSERWARTUNG UND GESUNDHEITLICHE RISIKEN

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind zwischen dem 1. und 5. Lebensjahr oder dem 5. und 15. Lebensjahr stirbt, ist in Deutschland ähnlich gering wie in vielen anderen europäischen Ländern. Das Risiko für einen Unfall oder für eine entsprechende Krankheit ist in den meisten europäischen Ländern, außer in einigen osteuropäischen Ländern, relativ niedrig. Deutschland liegt auf Basis eines großen Mittlereinsatzes im Gesundheitswesen bei den bis zu 14-jährigen Kindern im vorderen Drittel; bei den 15- bis 19-Jährigen ist in Deutschland das Risiko, vorzeitig zu sterben, wesentlich geringer als in den meisten europäischen Staaten.

Abbildung 4 zeigt, dass Geldmittel allein nicht ausschlaggebend sind, um die vorzeitige Mortalität von Kindern und Jugendlichen gering zu halten. Zum einen spielen bestimmte kulturelle Faktoren eine Rolle, etwa die Ausprägungen selbstschädigenden Verhaltens, das vor allem bei Jungen und jungen Männern in Europa deutlich variiert, zum anderen sind externe Einflussfaktoren relevant, etwa die Einwohnerdichte, die das Unfallgeschehen und die Unfallhäufigkeit beeinflussen können. Um die vorzeitige Sterblichkeit nicht nur zu erfassen, wie hier im Indikatorensystem von UNICEF, sondern zu prüfen, ob bestimmte Maßnahmen auch Einfluss auf eine positive Entwicklung haben können, muss die Todesfall-

ABBILDUNG 4: MORTALITÄT VON KINDERN IN DREI ALTERSGRUPPEN (5-9, 10-14, 15-19 JAHRE)



Quelle: UNICEF Data. Child health and well-being dashboard, <https://data.unicef.org/resources/child-health-and-well-being-dashboard/>.

statistik herangezogen werden. In Deutschland wird diese für alle Altersgruppen durch das Statistische Bundesamt dokumentiert, womit übersichtliche Tabellen zu entsprechenden Zeitreihen vorliegen. Doch sind diese Tabellen nur teilweise in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes aufbereitet, so dass hier nur wenige Punkte benannt werden; dann wird die unbefriedigende Gesundheitsberichterstattung noch angesprochen.

Die Todesfallstatistik der Statistischen Bundesamts¹⁵ zeigt in allen Altersgruppen einen deutlichen Rückgang bei den Transportunfällen, was meistens Verkehrsunfälle betrifft, aber auch insgesamt bei allen äußeren Ursachen in Bezug auf Mobilität und Mortalität. Auch bei den tätlichen Angriffen mit Todesfolge sind Rückgänge zu beobachten, auch bei den 20- bis 25-Jährigen. Teilweise sind diese Rückgänge beeindruckend. In 2000 starben unter den 15- bis 20-jährigen männlichen Jugendlichen noch 717 durch äußere Ursachen und bei den 20- bis 25-Jährigen etwas mehr als 1000, wobei der größte Teil der Todesfälle auf Transportunfälle zurückzuführen ist. Diese Zahlen haben sich bis 2021 halbiert, wobei sich ein kontinuierlicher Prozess über die Jahre abzeichnet. Diese Zahlen machen deutlich, dass Investitionen in Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung erhebliche Effekte haben können, und das sollte so weitergehen.

In anderen Bereichen sind ebenfalls positive Entwicklungen zu beobachten, etwa bei der Selbstschädigung von Jungen und jungen Männern, aber es bleibt noch viel zu tun. Die insgesamt größeren Überlebenswahrscheinlichkeiten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben schließlich einen positiven Effekt auf die Berechnung der Lebenserwartung der heutigen jüngeren Generationen.

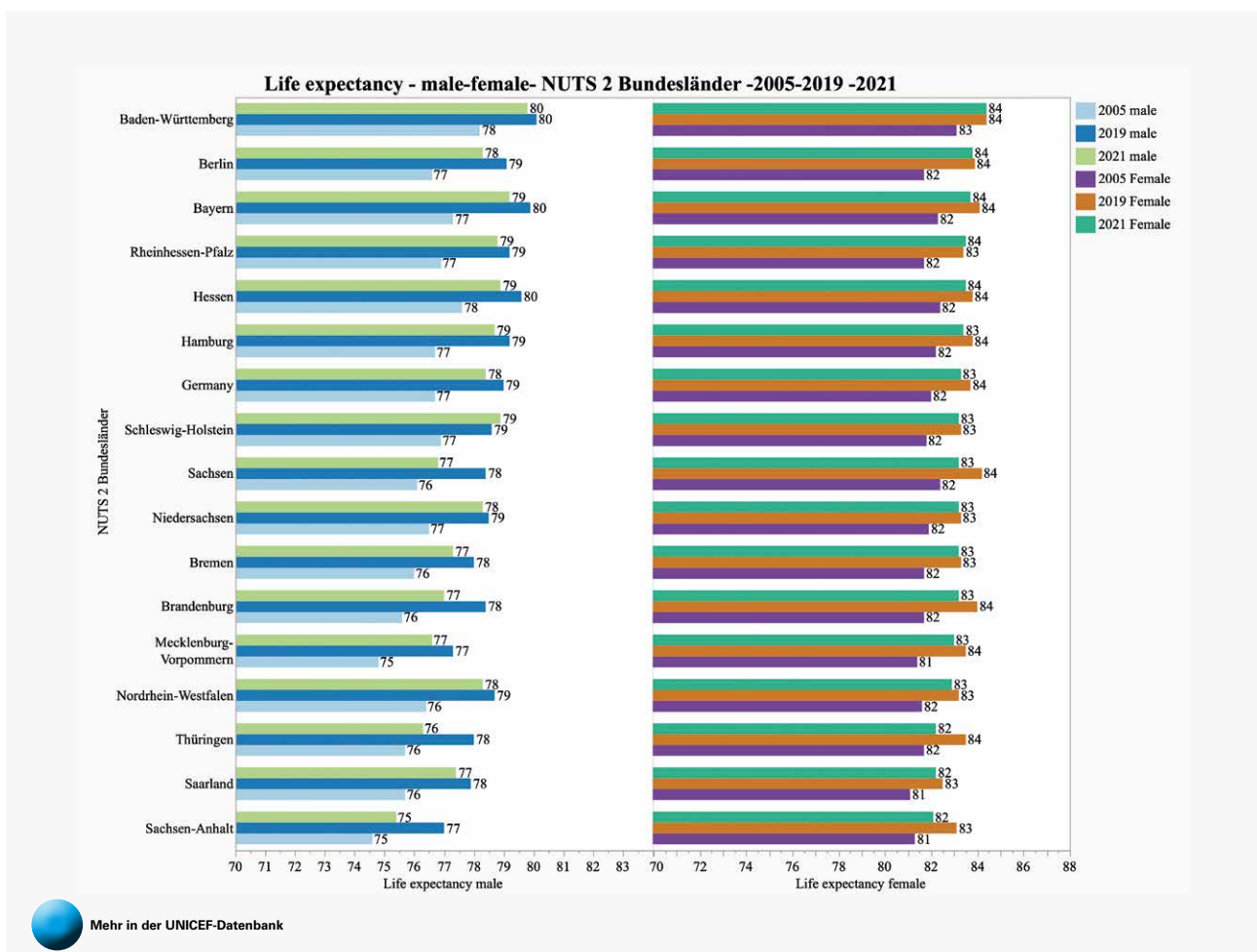
Auch bei den tätlichen Angriffen mit Todesfolge gegen Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene zeigt sich ein Rückgang gegenüber 2000. Zwar ist aus den teilweise sehr kleinen Fallzahlen kein Trend abzuleiten, aber es ist eindrücklich, wenn sich in einzelnen Altersgruppen die Todesfolgen infolge tätlicher Angriffe mehr als halbiert haben. Das ist möglicherweise auch ein Hinweis darauf, dass das genaue Hinschauen, wie es heute die Jugendhilfe in vielen Bereichen macht, solche positiven Effekte mitbewirkt hat. Die damit zusammenhängende Frage der starken Institutionen (SDG16) und der Sicherheit von Kindern wird später noch diskutiert. Doch sollen dabei keine Tendenzen interpretiert werden, denn jeder Angriff gegen ein Kind ist einer zuviel.

15 Statistisches Bundesamt (GENESIS). 23211-0003: Gestorbene: Deutschland, Jahre, Todesursachen, Altersgruppen.

2.4 DIE LEBENSERWARTUNG UND EIN GESUNDES LEBEN

Der Rückgang der Kindersterblichkeit führt zum Anstieg der Lebenserwartung, und das gilt in Deutschland für alle Bundesländer.

ABBILDUNG 5: GEWONNENE UND VERLORENE JAHRE – LEBENSERWARTUNG NACH BUNDESLÄNDERN 2005–2021



Quelle: Eurostat. Life expectancy by age, sex and NUTS 2 region, [DEMO_R_MLIFEXP_custom_5487922], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/DEMO_R_MLIFEXP_custom_5487922/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=9f8884e9-f3e2-4156-81fb-72bc85895034.

Abbildung 5 zeigt für Männer und für Frauen die Entwicklung der Lebenserwartung von 2005 bis 2021, und dabei gerade die Jahre 2005, 2019 und 2021, weil hier auch der Effekt der Corona-Pandemie auf die Lebenserwartung sichtbar gemacht werden kann.

Die Steigerung der Lebenserwartung zwischen 2005 und 2021 ist eindrücklich: Im Durchschnitt liegt sie bei 2 Jahren, in manchen Bundesländern bei 2,5 bis 3 Jahre, was für einen so kurzen Zeitraum erstaunlich ist. Offensichtlich ist das Leben in Deutschland wesentlich sicherer und gesünder geworden. Allerdings bestehen immer noch signifikante Unterschiede zwischen der Lebenserwartung von Frauen und Männern, in Baden-Württemberg etwa 4 Jahre. Aber insgesamt ist das eine sehr positive Entwicklung. Im europäischen Kontext liegt Deutschland mit diesen Daten im Mittelfeld, weil manche

europäischen Länder, etwa Spanien oder Schweden, im Durchschnitt eine Lebenserwartung erreichen, die noch über der von Baden-Württemberg liegt, dem Bundesland mit der insgesamt höchsten Lebenserwartung für Männer und Frauen. Die früheren Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern sind bei den Frauen weitgehend und bei den Männern fast vollständig verschwunden.

Am Verlauf zwischen 2019 und 2021 wird aber auch deutlich, dass Corona deutliche Spuren hinterlassen hat. In Thüringen verschwanden die Gewinne zwischen 2005 und 2019 fast völlig, ebenso in Sachsen-Anhalt und in gewisser Weise auch in Sachsen. Die geringsten Verluste hat Baden-Württemberg, trotz der höchsten Lebenserwartung in Deutschland, aber auch Berlin, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen kamen gut durch diese Krise. Ohne diese zum Teil deutlichen Unterschiede zwischen den Bundesländern zu einer Interpretation des politischen Handelns heranzuziehen, sei darauf verwiesen, dass die teilweise eklatanten Unterschiede mit einer unterschiedlichen Todesfallhäufigkeit für solche Pandemien typisch sind. Selbst Japan, das besser als Deutschland durch die Pandemie gekommen ist und zentralistisch regiert wird, verzeichnete zwischen den Großräumen Osaka und Tokio ähnlich große Unterschiede wie Deutschland¹⁶. Das sind zufällige Entwicklungen, die weltweit auftreten.

Die Veränderungen in der Lebenserwartung zeigen, dass die Pandemie deutliche Spuren hinterlassen hat. Die EU¹⁷ weist dennoch darauf hin, dass Deutschland die Pandemie insgesamt etwas besser bewältigt hat als der Durchschnitt der EU-Länder. Für die Kinder und Jugendlichen ist zu hoffen, dass bei ihnen die gewonnenen Jahre zwischen 2005 und 2019 wieder zur Verfügung stehen und nicht wieder solche Ereignisse eintreten.

Während die internationale Literatur in der Regel die Lebenserwartungen von Ländern und Regionen vergleicht, so auch, was das SDG3 (Gesundheit) angeht, berechnet Eurostat die Erwartung, wie lange jemand in einem Land durchschnittlich damit rechnen kann, ohne ernsthafte Krankheiten und Beeinträchtigungen zu leben. Die OECD berechnet zudem, in welchem durchschnittlichen Alter die Menschen in den einzelnen europäischen Ländern in die Rente oder Pension gehen. Abbildung 6 zeigt das Ergebnis für die europäischen Länder mit der Differenz zwischen beiden Werten, getrennt nach Männern und Frauen.

Schwedische Frauen und Männer können auf fast 73 gesunde Lebensjahre hoffen und arbeiten bis zum 65. und 66. Lebensjahr. Trotz der langen Lebensarbeitszeit können sie noch weitere rund 7 gesunde Lebensjahre erwarten. In Italien liegt die gesunde Lebenszeit schon erheblich niedriger: 69 und 67 Lebensjahre und eine Lebensarbeitszeit von 61 bzw. 62 Jahren führen noch zu einem deutlichen Gewinn an gesunden Lebensjahren nach Eintritt in die Rente. Deutsche Frauen liegen wiederum 2 Jahre hinter den italienischen Frauen, die deutschen Männer gut 3 Jahre hinter den Italienern und sogar 7 Jahre hinter den Schweden.

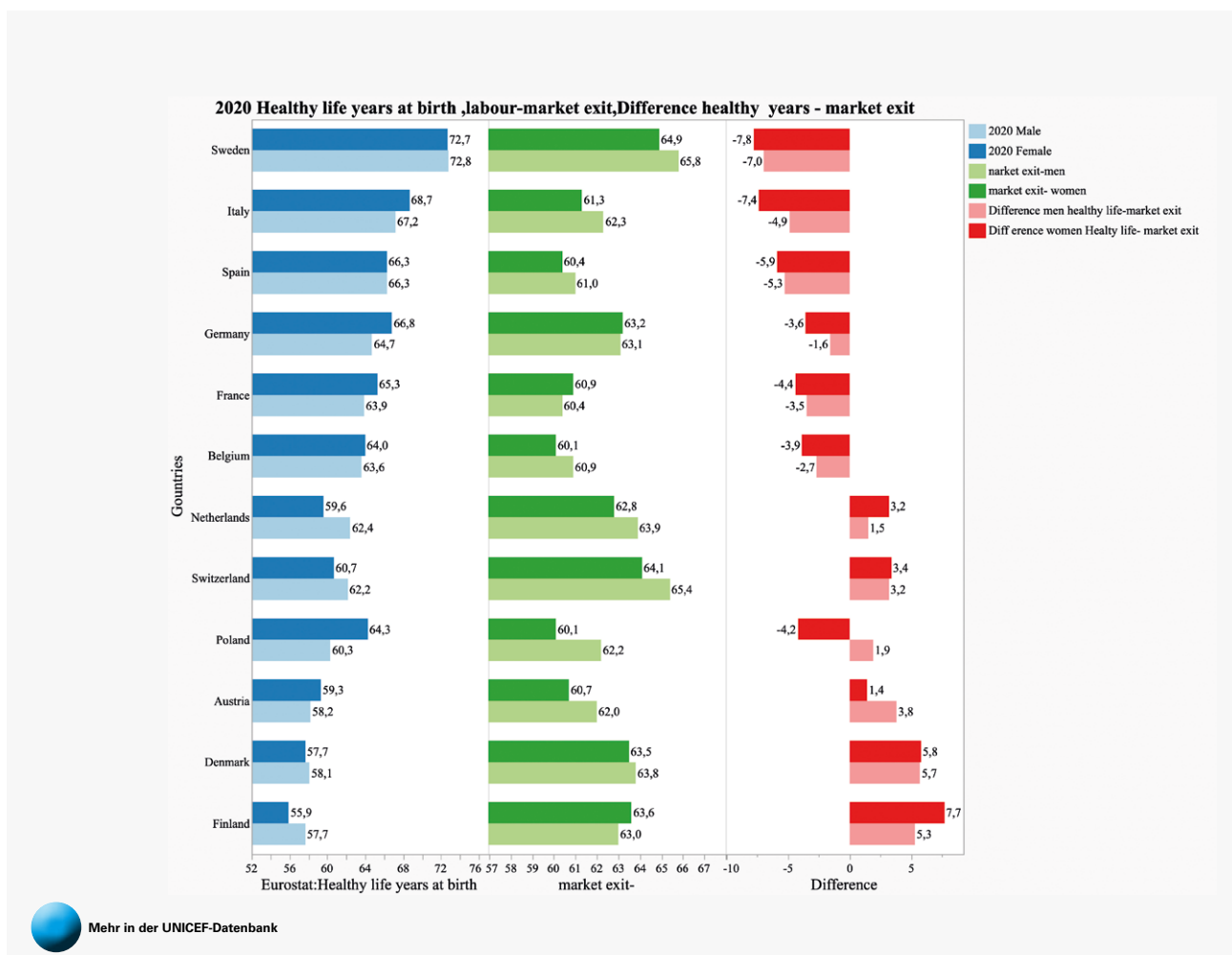
Auch bei zurückhaltender Interpretation dieser Daten ist festzuhalten, dass die Lebensarbeitszeit und die gesunden Lebensjahre in Europa in keinem Zusammenhang stehen. So gehen die Deutschen im Durchschnitt früher in die Rente als etwa die Schweizerinnen und Schweizer oder auch die Däninnen und Dänen, obwohl sie eine längere gesunde Lebenszeit zu erwarten haben.

Diese positive Entwicklung der gesunden Lebensjahre in Deutschland ist eine relativ junge Entwicklung, daher ist gut nachzuvollziehen, dass die Erwartungen auf eine frühe Pensionierung und Rente an den

16 Japan Coronavirus Map and Case Count. The New York Times. 21.7.2021. <https://www.nytimes.com/interactive/2021/world/japan-covid-cases.html>.

17 OECD / European Observatory on Health Systems and Policies. Deutschland: Länderprofil Gesundheit 2021. https://health.ec.europa.eu/system/files/2021-12/2021_chp_de_german.pdf.

ABBILDUNG 6: GESUNDE LEBENSJAHRE, EINTRITT IN DIE RENTE UND DIE DIFFERENZ



Quellen: Eurostat. Healthy life years at birth by sex, [SDG_03_11], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_03_11/default/table?lang=en. OECD. Figure 6.14. Average effective age of labour-market exit and normal retirement age in 2020, <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/f735ea2f-en/index.html?itemId=content/component/f735ea2f-en>.

Lebensvorstellungen früherer Generationen orientiert sind. Allerdings stellt sich die Frage an die ältere Generation, wie solidarisch der Eintritt eines leistungsfähigen und gesunden Menschen in die Rente oder Pension gegenüber der nachwachsenden Generation ist. Denn die Rente wie die dynamische Altersrente wurden in den 1950er-Jahren konstruiert, um denjenigen, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Leistung im Arbeitsprozess zu erbringen, ein würdiges Leben ohne die Last der Arbeit zu ermöglichen. Die Frage, ob und wie lange leistungsfähige und gesunde Menschen ohne jede körperliche Einschränkung zu arbeiten haben, um solidarisch gegenüber den nachwachsenden Generationen zu sein, die das finanzieren müssen, wurde damals nicht gestellt, muss heute jedoch berücksichtigt werden.

Hier steht noch eine zweite Frage im Raum: Wie gelingt es den Menschen in anderen Ländern, etwa Schweden, deutlich länger gesund zu leben als die Deutschen? Der Aufwand für das medizinische System in Deutschland zählt europaweit zur Spitze, und zugleich gingen die Sterbefallrisiken der Kinder und Jugendlichen deutlich zurück.

2.5 PERSPEKTIVEN FÜR EIN GESUNDES LEBEN: EUROPÄISCHE HINWEISE

2.5.1 ZUR GESUNDEN LEBENSFÜHRUNG IN EUROPA. JUGENDLICHE IN SCHWEDEN UND DEUTSCHLAND¹⁸

Die OECD und das Europäische Labor für Gesundheit haben 2021 für die europäischen Länder Gesundheitsreporte vorgelegt und dazu die im europäischen Kontext verfügbaren Daten bis etwa 2017/2018 zusammengestellt und versucht, eine integrative Perspektive zu entwickeln.

In Schweden können Kinder erwarten, bis zum 72. Lebensjahr ohne ernsthafte Beeinträchtigungen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Beim Vergleich der Lebensführung schwedischer und deutscher Erwachsener sowie schwedischer und deutscher Jugendlicher fällt es schwer, die gesündere Lebensführung der Schweden in der Jugend wie im Erwachsenenalter nicht für diese erheblichen Unterschiede verantwortlich zu machen.

Schwedische Erwachsene treiben im europäischen Vergleich viel Sport, trinken und rauchen wenig („Lebensführung in Schweden und Deutschland“). Sie haben eher selten Übergewicht und essen tendenziell häufiger Gemüse als der in Europa. Dieses Bild korrespondiert mit dem der Jugendlichen: Die Jugendlichen haben kaum Übergewicht, Trunkenheit ist eher selten, sie rauchen wenig und essen viel Gemüse. Dagegen ist Obst weder bei den Jugendlichen noch bei den Erwachsenen ein besonderer Favorit.

Die Ähnlichkeit des Verhaltens zwischen den Älteren und den Jungen in diesem Land zeigt, dass die Älteren in ihrer Lebensführung Vorbild für die nachwachsende Generation sind. Auch in Deutschland sind zwischen dem Verhalten von Jugendlichen und Erwachsenen erstaunliche Übereinstimmungen festzustellen. Die Erwachsenen wie die Jugendlichen haben Gewichtsprobleme, beim Alkoholkonsum liegen die Erwachsenen im europäischen Vergleich im oberen Bereich und die Jugendlichen nur wenig darunter. Gemüse steht weder bei den Jugendlichen noch bei den Erwachsenen auf dem Speiseplan, und bei Obst liegen sie im europäischen Durchschnitt. Bei der körperlichen Aktivität sind die Erwachsenen besser gestellt als die Jugendlichen, die sich eher unterdurchschnittlich bewegen. Die Lebensführung der Schweden – bei den Erwachsenen wie den Jugendlichen – macht die im europäischen Vergleich längere Gesundheit plausibel. Das Trinken, eine nicht sonderlich gesunde Ernährung, soweit das von wenigen Indikatoren beurteilt werden kann, und die geringen körperlichen Aktivitäten der Jugendlichen sind gute Prädiktoren für Übergewicht und damit auch für eine kürzere beschwerdefreie Lebenszeit.

Diese Vergleiche sind nicht nur für die individuelle Verbesserung der Lebensführung von Jugendlichen von Bedeutung, sondern haben auch eine erhebliche sozialpolitische Bedeutung. In einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung das 70. Lebensjahr als aktiver und gesunder Mensch erlebt, ist eine Diskussion um die Lebensarbeitszeit einfacher zu führen als in Deutschland. Der Wunsch, nach einem langen Berufsleben noch einige Jahre ein unbeschwertes, aktives Leben zu führen, ist dort gut zu erfüllen. Wenn zwischen der gesunden Lebensführung und dem Renteneintrittsalter nur wenig Zeit bleibt, sind solche Diskussionen schwieriger. Zudem haben die Jugendlichen heute unabhängig von ihrer körperlichen Gesundheit ein sehr langes Leben zu erwarten, denn die Lebenszeit und die Länge der gesunden Lebenszeit müssen nicht kovariieren.

¹⁸ Europäische Kommission. Länderspezifische Gesundheitsprofile. https://health.ec.europa.eu/state-health-eu/country-health-profiles_de.



*Den Weg zur Schule legt **Maxi** mit dem Schulbus zurück. Mit seinen Freunden **Til** und **Luca** ist er gerade ausgestiegen und auf dem Heimweg.*

Ein entsprechender Vergleich zwischen den deutschen Bundesländern ist aktuell nicht möglich. Obwohl in Deutschland im Gesundheitswesen so viele Daten produziert und von der amtlichen Statistik gesammelt werden wie in keinem anderen sozialpolitischen Bereich, ermöglicht die Gesundheitsberichterstattung solche Vergleiche nicht. Dabei setzt eine Verhaltensänderung oder die Idee, eine Verhaltensänderung zu bewirken, immer eine genaue und gezielte Ansprache der jeweiligen Zielgruppe voraus. Offensichtlich ist den regionalen Gesundheitsministerinnen und dem Bundesgesundheitsministerium die gesunde Lebensführung und die Information über die gesunde Lebensführung nicht so wichtig wie der OECD und dem europäischen Laboratorium für Gesundheitsberichterstattung. Darauf wird noch einmal zurückgekommen.

2.6 HERAUSFORDERUNGEN DURCH DIE KRISE

Ulrike Ravens-Sieberer et al.¹⁹ weisen in ihrer lesenswerten Studie zum Einfluss der veränderten Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie zu Recht darauf hin, dass die den Kindern und Jugendlichen auferlegten Einschränkungen in sorgfältiger Abwägung zwischen möglichen Wirkungen für die Pandemieverläufe und möglichen psychischen Konsequenzen für Kinder und Jugendliche hätten erfolgen sollen. Ihre Studie zeigt wie auch andere Studien²⁰ Veränderungen bei Ängstlichkeit, Depressionen und Zufriedenheit.

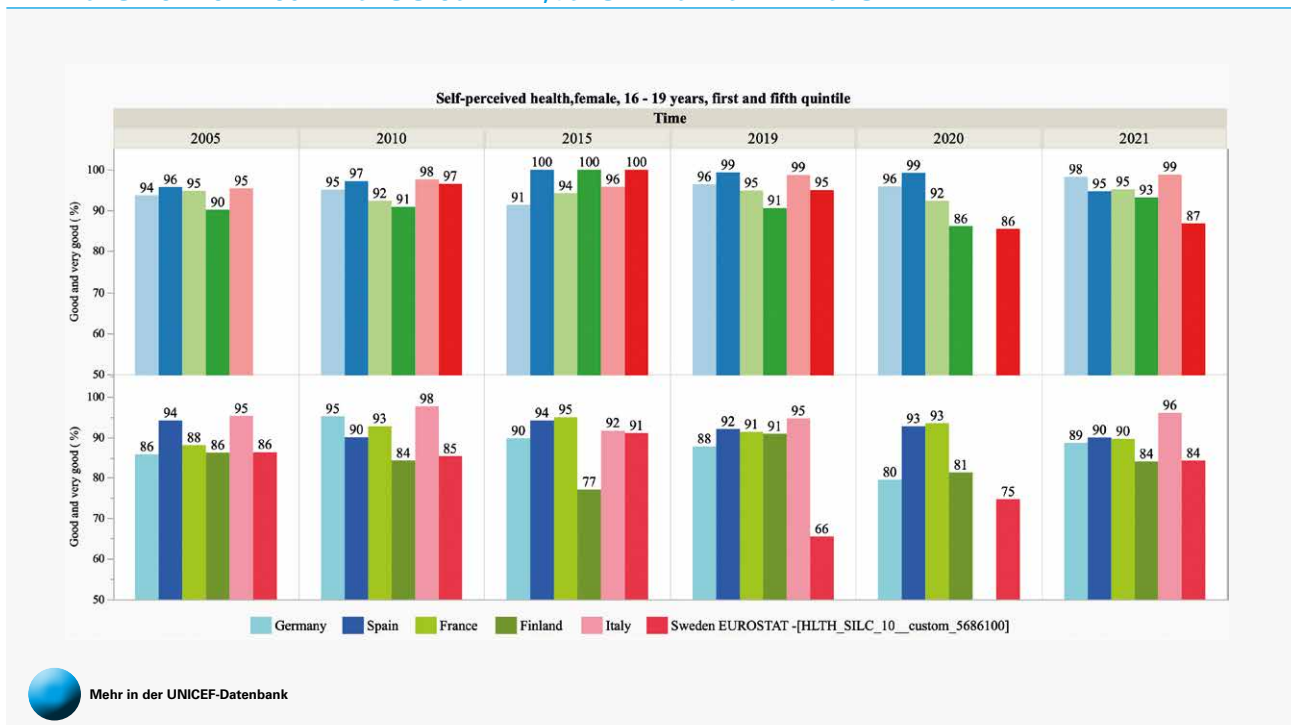
¹⁹ Ravens-Sieberer, Ulrike et al. Impact of the COVID-19 pandemic on quality of life and mental health in children and adolescents in Germany. *European Child & Adolescent Psychiatry*. 2022; 31: 879–889. Doi: 10.1007/s00787-021-01726-5.

²⁰ Schlack, Robert et al. Veränderungen der psychischen Gesundheit in der Kinder- und Jugendbevölkerung in Deutschland während der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse eines Rapid Re-views. *Journal of Health Monitoring*. 2023; 8(S1). Doi: 10.25646/10760.

Die Pandemie und die begleitenden Maßnahmen liegen nun einige Zeit zurück. Es wurde darauf verwiesen, dass ein dramatischer Einbruch in der Lebenszufriedenheit von jungen Erwachsenen und Jugendlichen bis 2021 nicht zu beobachten ist; das geschah ein Jahr später. Das heißt nicht, dass bei einer durchschnittlichen Betrachtung nicht auch Veränderungen in einzelnen Gruppen auftreten können, die sich wechselseitig aufheben.

2.6.1 SUBJEKTIVE EINSCHÄTZUNG DER EIGENEN GESUNDHEIT

ABBILDUNG 7: SELBSTEINSCHÄTZUNG GESUNDHEIT, JUNGE FRAUEN UND BILDUNG



Quelle: Eurostat. Self-perceived health by sex, age and income quintile, [HLTH_SILC_10__custom_6729268], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/f496329f-52c7-496d-b2bf-4cb2c80e31e2?lang=en>.

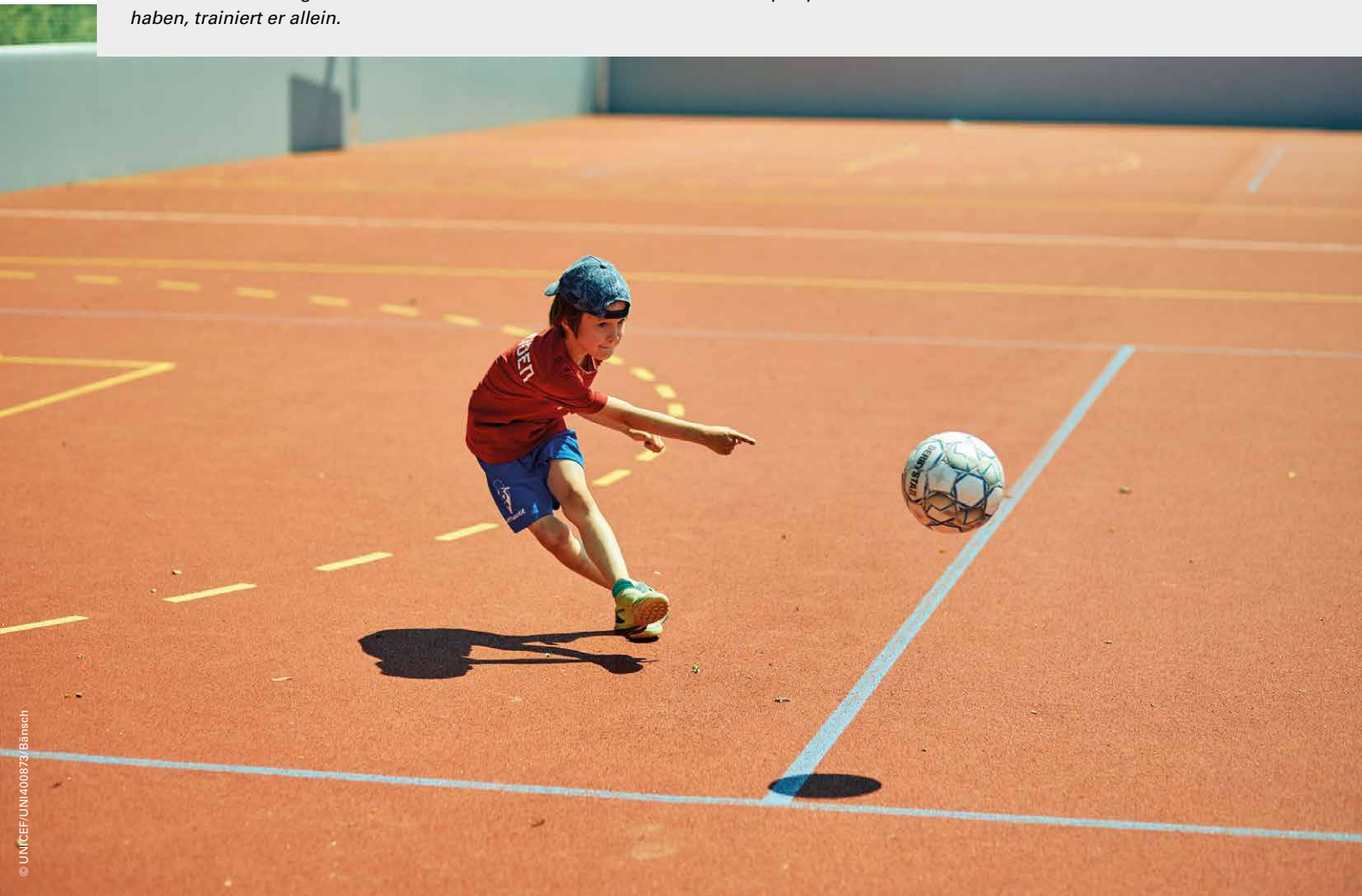
Eurostat misst die subjektive Einstellung zur eigenen Gesundheit mit einer anderen Skala als der generellen Zufriedenheitsskala. In Abbildung 7 werden nur einige Länder zwischen 2005 und 2021 verglichen, beschränkt auf die Altersgruppe der 16- bis 19-jährigen Frauen. Entsprechend der Ergebnisse der oben erwähnten Studien werden die obersten und untersten Einkommensgruppen verglichen. Die hellblaue Säule in der oberen Reihe gibt die subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit der deutschen Altersgruppe in der obersten Einkommensgruppe wieder. In dieser Einkommensgruppe ist kein Effekt der Einschränkungen zwischen 2019 und 2020 zu erkennen. Die subjektive Selbsteinschätzung, gesund zu sein oder die eigene Gesundheit ganz gut oder sehr gut einzuschätzen, liegt 2019 und 2020 bei 96 % und 2021 bei 98 %. Das ist eine deutliche Zunahme gegenüber früheren Befragungen, etwa 2015 mit 91 %, und das gilt auch für andere Länder, sodass das Ergebnis als recht stabil anzusehen ist. Italien – die hellrote Säule – weist immer Werte zwischen 95 und 99 % positiver Selbsteinschätzung aus, ebenso wie Spanien. In Frankreich sind leichte Schwankungen zu beobachten. Hingegen sind in den beiden hier ausgewiesenen nordeuropäischen Ländern Finnland und Schweden erstaunliche Variationen zu beobachten. Die positive Selbsteinschätzung sinkt in Finnland von 91 % auf 86 % und in Schweden von 95 % auf 86 %. In Finnland steigt sie in 2021 wieder deutlich an, während sie in Schweden niedrig

bleibt. Es ist festzuhalten, dass in den obersten Einkommensgruppen die subjektive Selbsteinschätzung der eigenen Gesundheit in den verschiedenen Ländern keiner einheitlichen Linie folgt. In Deutschland, Italien und Spanien bleibt die subjektive Selbsteinschätzung der Gesundheit relativ stabil, völlig unabhängig von den Einschränkungen. In manchen Ländern sinkt die subjektive Selbsteinschätzung deutlich, wie in Finnland oder Schweden, und steigt später wieder wie in Finnland.

In Deutschland gibt es in der untersten Einkommensgruppe genau den Effekt, den die Autorinnen und Autoren beschrieben. Die subjektive Selbsteinschätzung, schon viel niedriger als in der obersten Einkommensgruppe, sinkt auf 80 %, erholt sich in 2021 aber und steigt auf 89 %. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass die Differenz der subjektiven Selbsteinschätzung der Gesundheit zwischen den beiden Einkommensgruppen um 9 % variiert. Der Einkommenseffekt auf die subjektive Selbsteinschätzung ist ebenso stark oder sogar stärker als die Einschränkungen durch die Corona-Krise.

Auch hier gibt es das gleiche uneinheitliche Bild zwischen den Ländern. Die junge Italienerin, auch in der untersten Einkommensgruppe, zeigt überhaupt keine Variation ihrer insgesamt sehr positiven subjektiven Selbsteinschätzung. In Frankreich und Spanien sind keine Effekte zu beobachten, allerdings sinkt die subjektive Selbsteinschätzung bei den untersten Einkommensgruppen der jungen Frauen nach der Pandemie. Finnland zeigt ein Muster, das in gewisser Weise mit Deutschland vergleichbar ist: leichter Rückgang und Wiederanstieg. Hingegen ist in Schweden zwischen 2015 und 2019 ein deutlicher Rückgang in der untersten Einkommensgruppe zu beobachten, und der Anstieg 2020 und 2021 entspricht etwa den Ergebnissen aus 2005 und 2010.

Am liebsten verbringt **Florian** Zeit in seinem Fußballverein oder auf dem Sportplatz. Wenn seine Freunde oder Familie mal keine Zeit haben, trainiert er allein.

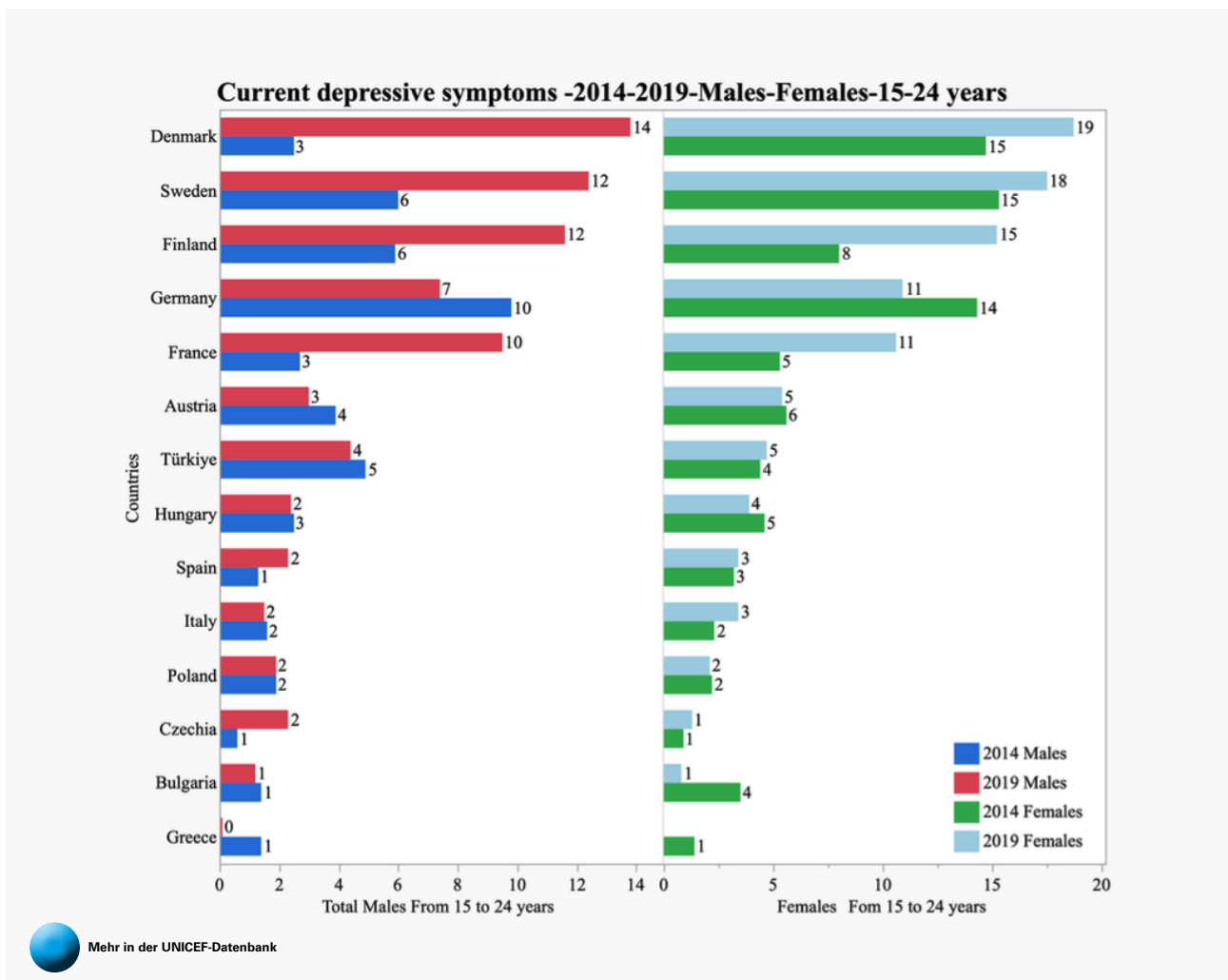


Dieser Vergleich macht zunächst deutlich, dass es wohl länderspezifische Reaktionsmuster gibt, sodass selbst gleiche Ereignisse und gleiche Maßnahmen in verschiedenen Kontexten zu unterschiedlichen Effekten führen können. Insofern ist es zu begrüßen, dass auf europäischer Ebene begonnen wird, die Gesundheitsberichterstattung länderspezifisch so durchzuführen, dass sie auch Jugendliche und Kinder explizit einzeln ausweist. Für Deutschland wird das noch deutlicher ausgeführt.

Eurostat erhebt auch depressive Ereignisse und orientiert sich dabei an den internationalen Skalen. Solche Untersuchungen werden aber nur in größeren Abständen durchgeführt; die letzte Untersuchung stammt von 2019. Die hier nachgewiesenen unterschiedlichen Selbsteinschätzungen der eigenen Gesundheit führen aber zu der Fragestellung, ob möglicherweise auch in Bezug auf solche depressiven Tendenzen ähnliche länderspezifische Unterschiede auftreten.

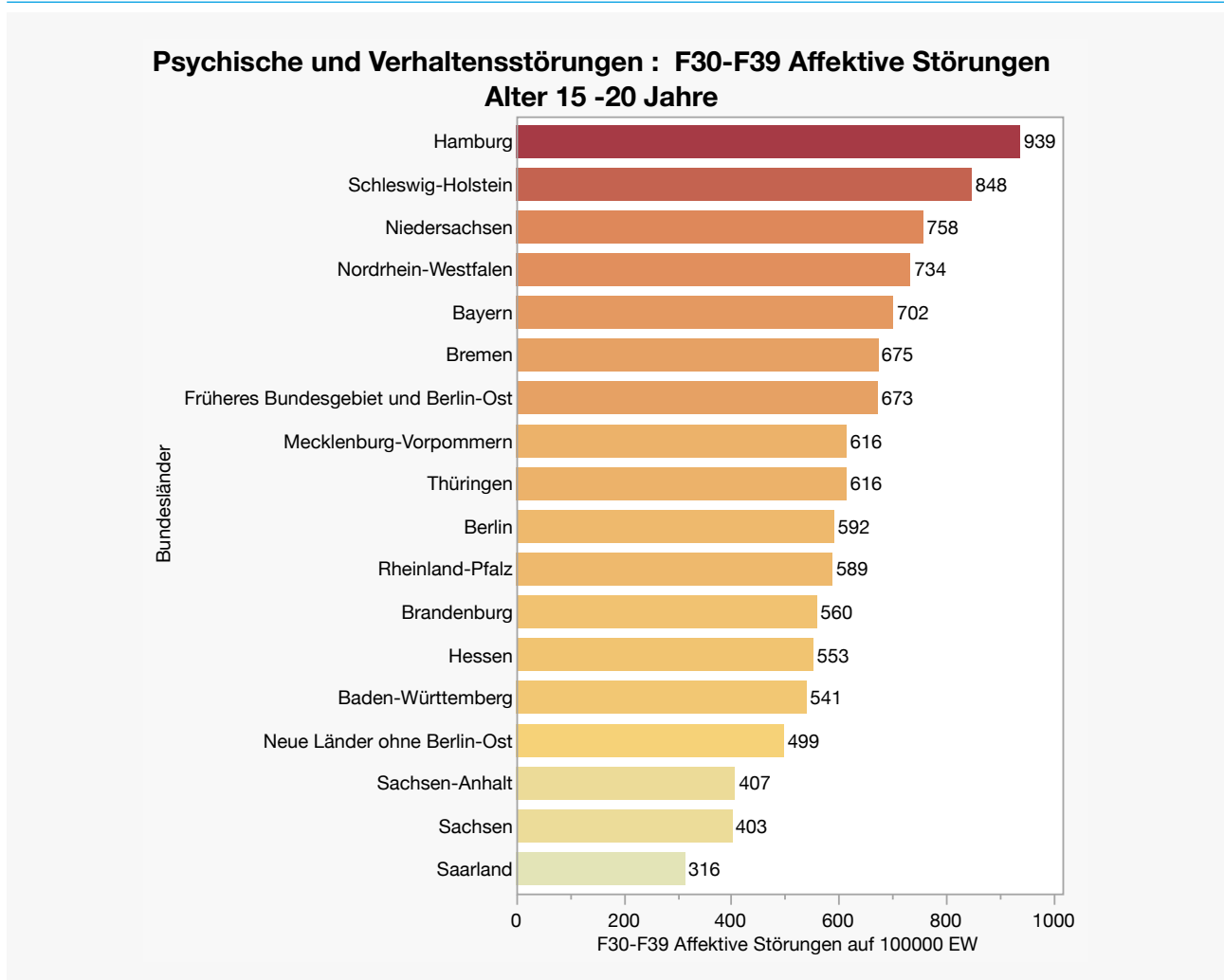
Der Vergleich der Angaben über allgemeine depressive Symptome mit der subjektiven Selbsteinschätzung der eigenen Gesundheit führt zwischen den Ländern zu gleichen Unterschieden. Auch wenn hier die Altersgruppen etwas anders sind, weil die europäische Statistik das nur so ausweist, zeigen die jungen Italienerinnen ähnlich wie die Spanierinnen nur relativ geringe Werte, während die jungen Schwedinnen

ABBILDUNG 8: DEPRESSIVE SYMPTOME (SELBSTEINSCHÄTZUNG) JUNGER EUROPÄER UND EUROPÄERINNEN (15-24 JAHRE)



Quelle: Eurostat. Current depressive symptoms by sex, age and income quintile, [HLTH_EHIS_MH11__custom_6287113], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/b7711ac5-80f7-43bd-8180-b5b9c6561ce3?lang=en>.

ABBILDUNG 9: KRANKENHAUSDIAGNOSEN „PSYCHISCHE UND VERHALTENSSTÖRUNGEN“ JUNGER FRAUEN (15-20 JAHRE) IM REGIONALVERGLEICH



Quelle: Akmatov, Manas K. et al. Die Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung bei Kindern und Jugendlichen in der ambulanten Versorgung in Deutschland. Teil 3 – Identifizierung raumzeitlicher Cluster der Diagnoseprävalenz im Zeitraum 2009 bis 2016. Doi: 10.20364/VA-18.02.

und Däninnen wie die jungen Deutschen viel häufiger depressive Symptome angeben als die vorgenannten Länder. Aufgrund der anderen Altersgruppenzusammensetzung sind die Zahlen nicht genau zu vergleichen, aber der Unterschied zwischen den Einkommensgruppen bleibt bestehen: In den unteren Einkommensgruppen sind depressive Symptome viel stärker ausgeprägt als in den oberen Gruppen.

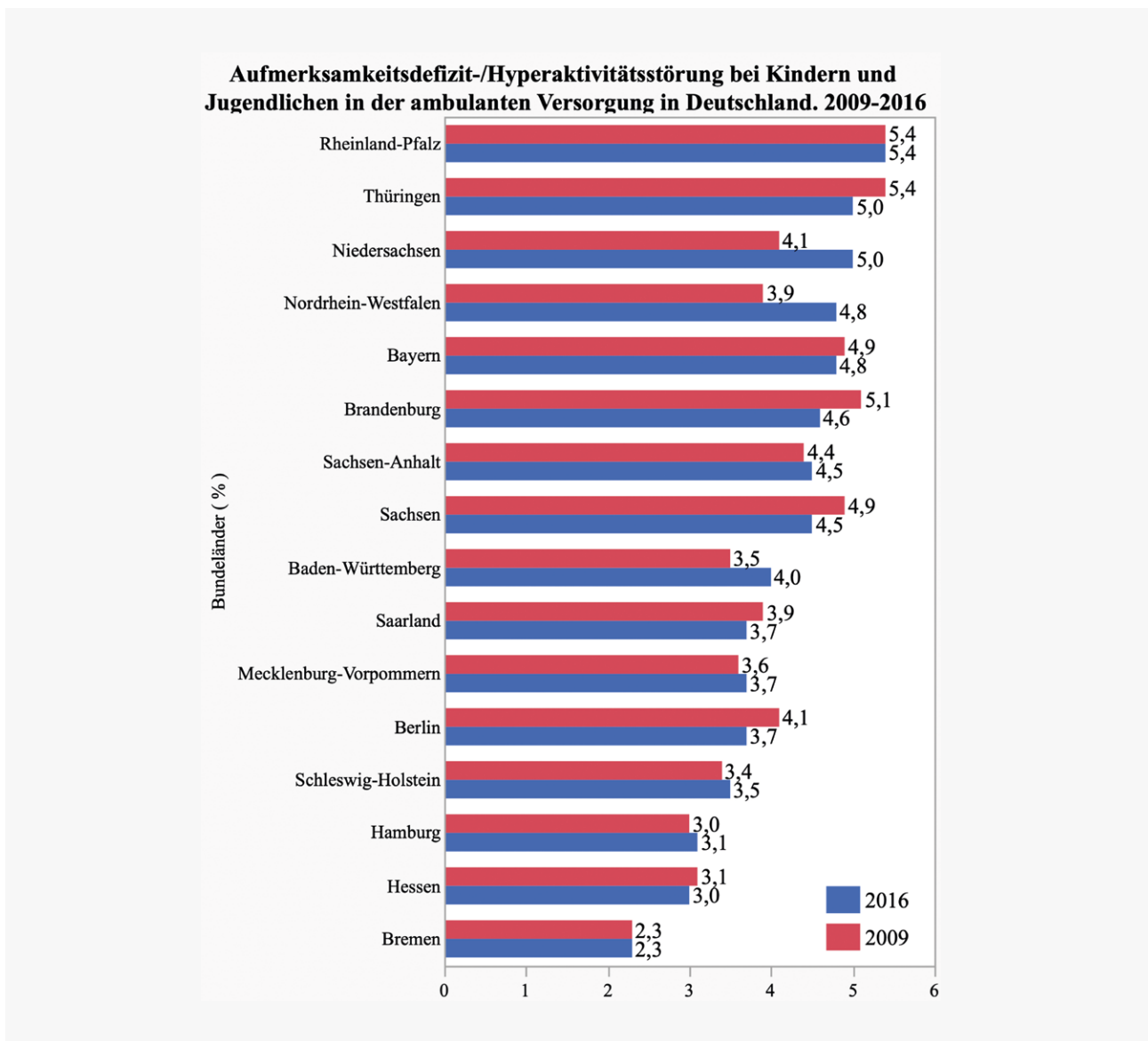
Diese Daten und Ergebnisse decken sich mit den Berichten über die Wirkungen von Corona-Maßnahmen, unterscheiden sich aber in einem wesentlichen Merkmal. Die depressiven Symptome bestanden schon vor den Corona-Maßnahmen mit einer erheblichen Variationsbreite in Europa. In Deutschland wird häufig darauf verwiesen, dass hier Diagnostik und Versorgung besser seien als in diesen anderen Ländern. Vergleicht man aber psychische Probleme und Verhaltensstörungen (F30–F39) im Alter von 15 bis 20 Jahren, wobei diese Altersgruppe von der Gesundheitsberichterstattung des Bundes vorgegeben wird, zeigen sich in Deutschland ähnlich große Variationen wie zwischen einzelnen europäischen Ländern.

Abbildung 9 gibt die Diagnosedaten der Krankenhäuser für 2021 wieder. In Hamburg werden, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, fast dreimal so viele Störungen dieser Art behandelt wie im Saar-

land. Auch Berlin mit einer sehr guten medizinischen Infrastruktur liegt nicht weit hinter Hamburg, Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen. Baden-Württemberg liegt mit der Zahl der Fälle näher bei Sachsen, dem Saarland und Sachsen-Anhalt als bei Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. Solche Unterschiede allein auf eine unterschiedliche Diagnosepraxis zurückzuführen ist nicht plausibel. Bei der Suche nach einer Erklärung für solche Variationen ist festzustellen, dass es zwar Daten gibt, aber nur selten eine Aufbereitung und eine medizinisch qualifizierte Analyse.

Diese erstaunliche Variation führte dazu, ein häufig bei Jungen nachzuweisendes Krankheitsmerkmal, das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom/die Hyperaktivitätsstörung, vom Zentralinstitut der kassenärztlichen Versorgung (ZI) regional untersucht, hier als Vergleich hinzuzufügen. Auch hier gibt es erstaunliche regionale Variationen. In Bremen treten solche Phänomene kaum auf, jedoch in Thüringen, Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen mehr als doppelt so häufig. Die Versuche, das zu erklären, gelingen nur teilweise.

ABBILDUNG 10: AUFMERKSAMKEITSDEFIZITE BEI KINDERN, REGIONALE VARIATIONEN



Quelle: Akmatov, Manas K. et al. Die Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung bei Kindern und Jugendlichen in der ambulanten Versorgung in Deutschland. Teil 3 – Identifizierung raumzeitlicher Cluster der Diagnoseprävalenz im Zeitraum 2009 bis 2016. Doi: 10.20364/VA-18.02.

Der größte Teil der Varianz bleibt ungeklärt. Die Frage einer Schlussfolgerung für die Effekte der Corona-Krise für die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen kann nur festhalten, dass die Reaktionsmuster im europäischen Kontext, auch innerhalb von Deutschland, heterogen sind. Eine eindeutige kausale Beziehung lässt sich nicht ableiten, dazu sind die Variationen innerhalb Europas und auch innerhalb Deutschlands zu groß. Das ist nicht das Verdienst der Autorinnen und Autoren, die mit ihren Studien im Kontext von Corona auf die Frage der affektiven Störungen/Depressionen aufmerksam gemacht haben. Sowohl die europäischen Vergleichsdaten wie auch die innerdeutschen Daten zeigen, dass hier Probleme in der psychischen Entwicklung und Gesundheit vorliegen, die so in anderen Ländern nicht vorhanden sind und die auch in Deutschland außerordentlich heterogen verteilt sind. Dabei springt vor allem die Differenz zwischen den Einkommensgruppen ins Auge und, wie später noch deutlich wird, auch zwischen den Geschlechtern. Corona ist also nicht die Ursache dieser Entwicklung, sondern trug zu deren Entdeckung bei. Diese These wiederum lässt sich gut auf der Basis der Krankenhausdaten seit 2000 belegen.

2.7 GESUNDHEITSBERICHTERSTATTUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes ermöglicht es, auf der Basis der im Krankenhaus behandelten Fälle zu prüfen, ob die Entwicklung „depressiver Störungen“ ein Phänomen der Corona-Krise oder eine längerfristige Entwicklung ist. Da am Ende dieses Abschnitts den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UNICEF²¹ zu den Konsequenzen aus der Coronakrise gefolgt wird, werden im Folgenden auch die Originalgrafiken genutzt, die das Statistische Bundesamt heute schon zur Verfügung stellt, um zu zeigen, dass auf Basis der vorhandenen Daten eine kontinuierliche, auf Bundeslandebene bezogene Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche möglich ist. Hier stellt sich die Frage, warum es das noch nicht gibt.

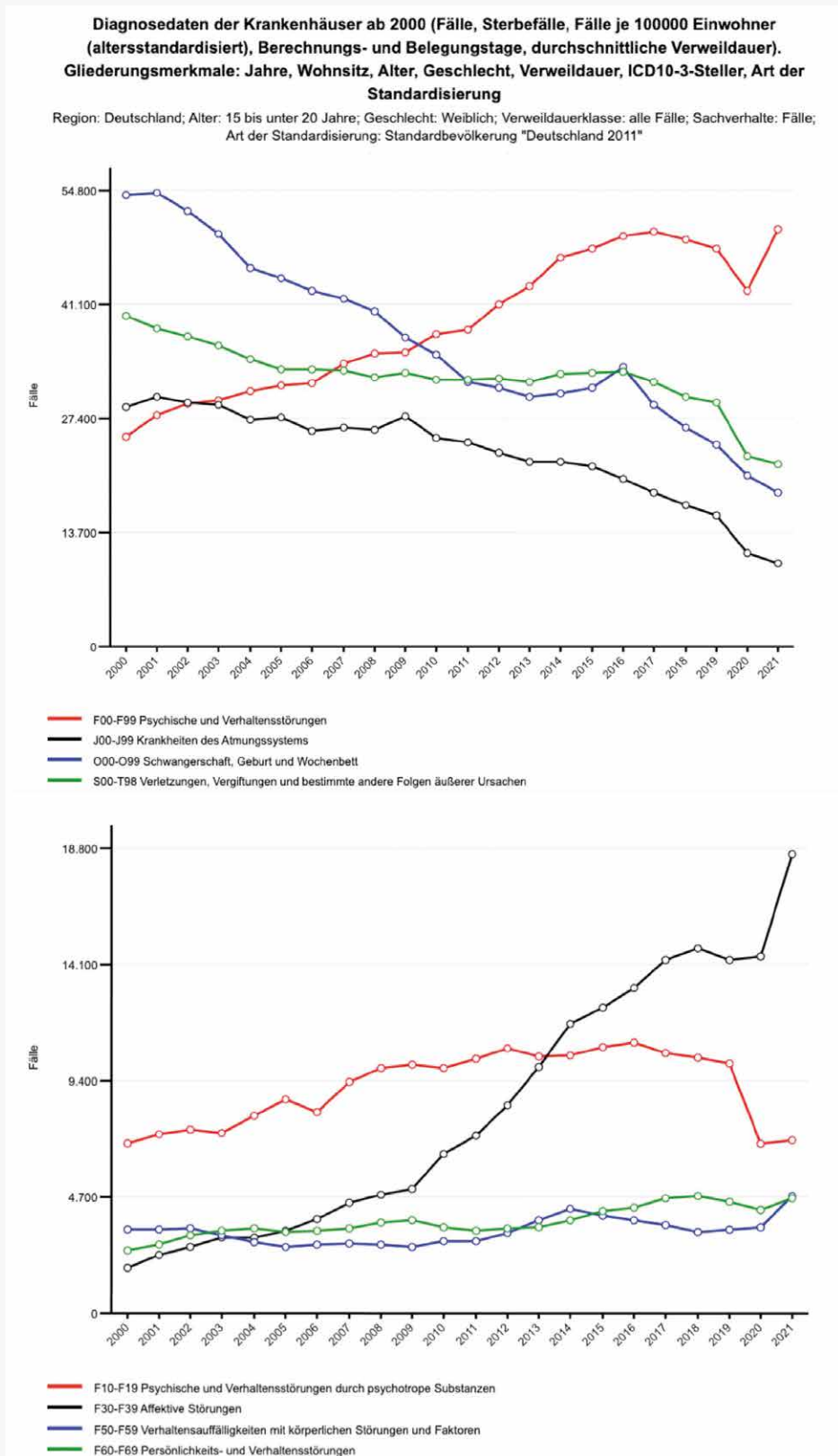
In den folgenden vier Grafiken (Abbildung 11 und 12) wird nach jungen Frauen und jungen Männern differenziert und für die Altersgruppen der 15- bis 20-Jährigen die Entwicklung der Diagnosedaten ab 2000 für ausgewählte Krankheiten und für ausgewählte psychische Erkrankungen dargestellt. Bei den ausgewählten psychischen Erkrankungen bei den jungen Frauen (Abbildung 11 unten) tritt sofort die schwarze Linie auf, die sich in Deutschland von niedrigen dreistelligen Fallzahlen im Zeitraum von 2000 bis 2018 auf eine Fallzahl von über 14.000 Fällen entwickelt hat. Die Corona-Krise erhöhte diese Fallzahlen von 2020 auf 2021 noch einmal deutlich auf jetzt knapp 19.000. Diese Entwicklung lässt sich auch für die einzelnen Bundesländer darstellen, weil es eine Varianz zwischen den Ländern gibt.

Corona hat für die Entwicklung der Fallzahlen im Krankenhaus nicht nur negative Effekte. So sind die Diagnosedaten der Rubrik „psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen“ zu denen auch Alkohol gehört, deutlich zurückgegangen. Ohne das im Einzelnen zu analysieren, gibt es offenkundig in Deutschland einen Interaktionseffekt zwischen einer langfristigen Entwicklung bei affektiven Störungen, zu denen auch die Depressionen gehören, und einem neuen Schub durch die Corona-Krise, allerdings nur für die akute Corona-Zeit. Hier stellt sich die Frage, wieso ein privatwirtschaftliches Unternehmen statt der eigentlich dafür zuständigen Bundesbehörden wie das RKI eine entsprechende Analyse in Auftrag gibt und finanziert. Aus Sicht der WHO und UNICEF²² ist eine solche Berichterstattung Aufgabe der dafür eingerichteten Bundesinstitute.

21 World Health Organization. Rise, Respond, Recover: Renewing Progress on Women's, Children's and Adolescents' Health in the Era of COVID-19. 2021. <https://apps.who.int/iris/handle/10665/349920>.

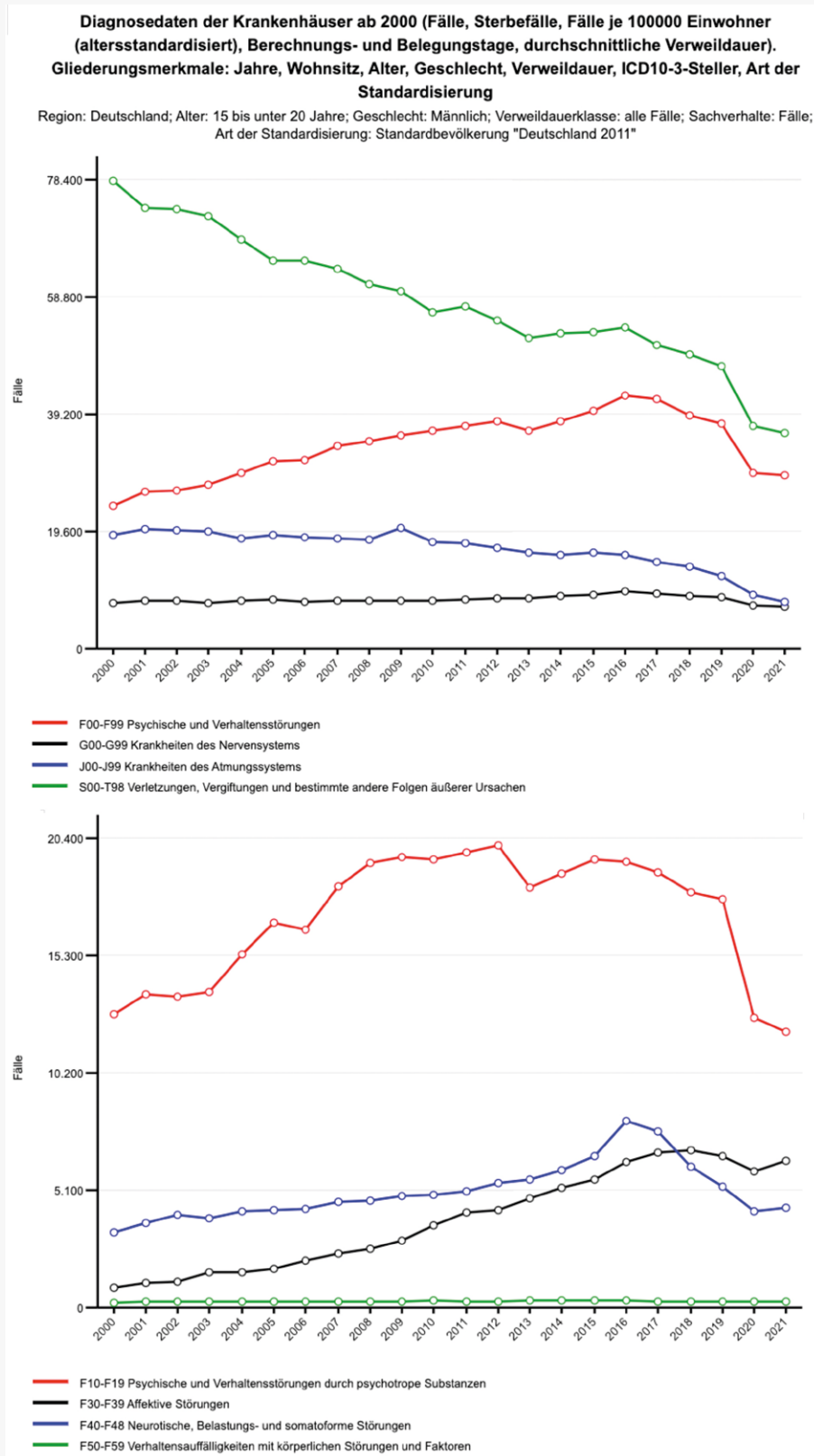
22 Digital Health Centre of Excellence. <https://www.digitalhealthcoe.org>.

ABBILDUNG 11: KRANKENHAUSDIAGNOSEN BEI JUNGEN FRAUEN (15–20 JAHRE)



Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Diagnosedaten der Krankenhäuser ab 2000 für die 10/20/50/100 häufigsten Diagnosen, https://www.gbe-bund.de/gbe/pkg_olap_tables.prc_reset_ind?p_uid=gast&p_aid=63347829&p_indnr=564&p_sprache=D.

ABBILDUNG 12: KRANKENHAUSDIAGNOSEN BEI JUNGEN MÄNNERN (15–20 JAHRE)



Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Diagnosedaten der Krankenhäuser ab 2000 für die 10/20/50/100 häufigsten Diagnosen, https://www.gbe-bund.de/gbe/pkg_olap_tables.prc_reset_ind?p_uid=gast&p_aid=63347829&p_indnr=564&p_sprache=D.

Wenn nicht nur die psychische Entwicklung, sondern auch andere jugendspezifische Krankheitsdaten analysiert werden, ist zunächst festzustellen, dass Verletzungen, Vergiftungen und andere äußere Ursachen ähnlich wie Schwangerschaften und Geburten im Jugendalter und die Erkrankungen des Atemwegssystems seltener geworden sind, während die psychischen Probleme und Verhaltensstörungen häufiger auftraten. Solche Entwicklungen stellen eine therapeutische wie auch eine sozialmedizinische Herausforderung dar, weil zu klären ist, warum sich innerhalb von 20 Jahren die Fallzahlen mehr als verdoppelten. In anderen Bereichen nahmen hingegen die Sicherheit des Lebens und der Schutz vor Verletzungen deutlich zu.

Der Vergleich der Entwicklung bei den gleichaltrigen jungen Männern zeigt, dass auch bei diesen das Leben sicherer geworden ist. Verletzungen und Vergiftungen durch äußere Ursachen sind deutlich zurückgegangen, die Atemwegserkrankungen haben abgenommen und die psychischen Probleme und Verhaltensstörungen sind nach einem Anstieg anders als bei den jungen Frauen in der Corona-Zeit zurückgegangen. Die Differenzierung wie bei den jungen Frauen nach psychischen und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen zeigt, dass der Rückgang aller psychischen Störungen auf den Rückgang in diesem Bereich zurückzuführen ist. Die größere Häuslichkeit oder auch mehr elterliche Kontrolle führten dazu, dass Alkohol und andere Substanzen im Leben der jungen Männer eine viel geringere Rolle spielten. In diesem Sinne machte Corona für die jungen Männer das Leben sicherer.

Zwar nahmen auch bei den jungen Männern die affektiven Störungen zu, aber im Verhältnis zu den jungen Frauen nur gering. Diese Tabellen und Grafiken ließen sich noch für viele andere Bereiche fortsetzen, etwa die Zahl der Verkehrsunfälle²³ und Verletzungen und andere Indikatoren, die ein sicheres Leben gewährleisten. Dies unterbleibt aber, weil es nicht zum Konzept gehört, das kindliche Wohlbefinden so aufzubereiten, wie es notwendig ist, um bestimmte, auch gesundheitspolitische, Fragestellungen zu formulieren und zu beantworten.

Die WHO und UNICEF forderten 2021 bestimmte Konsequenzen auch für die Verfügbarkeit von Daten der Gesundheitsberichterstattung von Kindern, Jugendlichen und Frauen. Das Konzept, das offenbar bei der Neuformulierung der Politikperspektive des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit eine erhebliche Rolle gespielt hat, weil die jetzt auch diesen integrativen Ansatz verfolgen, enthält klare Forderungen an die Gesundheitspolitik.

Schon in der Einleitung des Reports weist Kersti Kaljulaid, die damalige Staatspräsidentin von Estland und zugleich Beauftragte des UN-Generalsekretärs für Frauen und Kinder („Every Woman Every Child“), darauf hin, dass eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Frauen in der ganzen Welt und in jedem Land der Zugang zu qualitativ hochwertigen und möglichst aktuellen Daten sei. Im Report selbst wird dies im Einzelnen ausgearbeitet.

Diese Konzentration auf aktuelle Daten und eine systematische Aufbereitung als Konsequenz der Corona-Pandemie ist auch für Deutschland nachvollziehbar. Denn wenn es erst wissenschaftlicher Forschungsprojekte wie der COPSY-Studie aus Hamburg bedarf, um auf längerfristige Entwicklungen in Krankheitsverläufen aufmerksam zu werden, ist das ein Beleg dafür, dass die Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche in Deutschland nicht den Vorstellungen entspricht, was die WHO und UNICEF in dem Report fordern. Dabei soll dieser Abschnitt deutlich machen, dass die Daten in

²³ Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Verletzte und getötete Kinder unter 15 Jahren bei Straßenverkehrsunfällen (Anzahl und je 100.000 Einwohner). Gliederungsmerkmale: Jahre, Deutschland, Ortslage, Verkehrsbeteiligung, Art des Personenschadens. <https://www.gbe-bund.de>.

Deutschland beim Statistischen Bundesamt im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung, bei den Krankenkassen und beim Zentralinstitut der Krankenkassen vorliegen.

Auch die Gesundheitsberichterstattungen der DAK²⁴ wie auch die der betroffenen Institutionen, wie des Robert Koch-Instituts (RKI), machen deutlich, dass für eine solche Berichterstattung die entsprechenden Kompetenzen vorhanden sind. Das entscheidend Neue an der Perspektive von UNICEF und der WHO ist allerdings, dass nicht mehr allein über einzelne Entwicklungen berichtet wird, sondern die Perspektiven kombiniert werden, wie beim Europäischen Observatorium für Gesundheit. Denn nur so gibt es einen sinnvollen Blick für die Lebensführung von Kindern und Jugendlichen.

Zugleich zeigen sowohl die Daten der Gesundheitsberichterstattung und der Videoanalysen der DAK, dass es aktuell recht viele aussagekräftige Daten gibt. Eine solche Berichterstattung ist nicht allein einer Arbeitsgruppe des Statistischen Bundesamts zu überlassen, sondern muss in kontinuierlicher konstruktiver Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen entwickelt werden, ohne daraus abzuleiten, immer wieder neue Kommissionen generieren zu müssen. Eine Gesundheitspolitik für Kinder und Jugendliche, die zudem die regionalen Besonderheiten von Entwicklungen nicht außer Acht lässt, kann auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland zukünftig ähnlich lange gesund leben können wie vergleichbare Altersgruppen in Schweden und anderen Ländern.

Hier fehlt allerdings noch der politische Wille, der sich in dem entsprechenden Auftrag an die beteiligten Bundesinstitutionen richten müsste. In den USA gibt es einen regelmäßigen Report der entsprechenden Behörde (CDC)²⁵. Das ist auch der Grund, warum der vorliegende Bericht im Wesentlichen mit amtlichen Daten arbeitet, wie sie auch im internationalen Kontext verwandt werden. Dazu sind keine neuen empirischen Studien erforderlich. Vielmehr steht im ersten Schritt die Frage – und das hätte schon während der Pandemie geschehen können –, wie der Datenreichtum so organisiert wird, dass, wie es das Europäische Büro für Gesundheitsbeobachtung dieses Jahr beispielhaft demonstrierte, nicht nur einzelne Krankheiten und Entwicklungen thematisiert werden, sondern auch ein Gesamtbild der gesunden Lebensführung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entsteht. Erst wenn der vorhandene Datenreichtum gesichtet und sinnvoll aufbereitet ist, wofür das Statistische Bundesamt in anderen Bereichen durch die Entwicklung von Dashboards auch schon entsprechende Anregungen gibt, stellt sich die Frage, ob es noch Lücken gibt.

Wenn es das Ziel ist, dass Kinder in Deutschland ebenso lange wie in den in diesem Punkt führenden europäischen Ländern eine gesunde Lebenszeit vor sich haben sollen, müssen regelmäßig nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Länderebene die eigenen Stärken und Schwächen analysiert werden. Eine solche kontinuierliche Berichterstattung hätte mit Sicherheit bei Schulschließungen und Kindergartenschließungen wahrscheinlich zu anderen Ergebnissen geführt.

24 Witte, J. / Zeitler, A. / Diekmannshemke, J. Sonderanalyse RSV-Infektionen und andere akute Atemwegserkrankungen in der Krankenhausversorgung DAK Gesundheit. Bielefeld, 2023. <https://www.dak.de/dak/download/dak-sonderanalyse-rsv-sachsen-2614320.pdf>. Witte, J. et al. Kinder- und Jugendreport 2022. Kinder- und Jugendgesundheit in Zeiten der Pandemie. DAK-Gesundheit. Bielefeld, 2022. <https://caas.content.dak.de/caas/v1/media/27568/data/5b0387cd24815b7b4200773f4d9912dd/kinder-und-jugendreport-2022-studie.pdf>.

25 Centers for Disease Control and Prevention. Youth Risk Behavior Survey. Data Summary & Trends Report. 2011–2021. https://www.cdc.gov/healthyyouth/data/yrbs/pdf/YRBS_Data-Summary-Trends_Report2023_508.pdf.

3 DIE VERGESSENE VIELFALT – BILDUNG IN EINER DIVERSEN WELT

3.1 DIE PERSPEKTIVE

Dem Nachhaltigkeitsziel 4 „qualitativ gute Bildung“ schreibt UNICEF²⁶ für alle anderen Nachhaltigkeitsziele, einschließlich der Klimaziele, eine zentrale Bedeutung zu. Nur mit einer qualitativ hochwertigen Bildung, so UNICEF, können die Kinder als Erwachsene ihr Potenzial für die weitere Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft gezielt einsetzen. Es kommt zudem zentral darauf an, dass auch arme Kinder, Kinder mit Behinderungen und Flüchtlingskinder die gleichen Chancen auf eine qualitativ hochwertige Bildung erhalten. Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden als Indikatoren zur Messung einer qualitativ hochwertigen Bildung die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss, die sprachlichen und mathematischen Kompetenzniveaus und der Anteil der akademisch qualifizierten Bevölkerung im jungen Erwachsenenalter angegeben. UNICEF weist demgegenüber darauf hin, dass die sozial-emotionale Entwicklung von Kindern nicht nur ein Indikator für das kindliche Wohlbefinden ist, sondern auch ein wesentliches Element für die kognitive Entwicklung der Kinder.

Im Gegensatz zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie enthalten die Vergleichsuntersuchungen der OECD (PISA²⁷) neben den Kompetenzniveaus von Kindern und Jugendlichen, wie die Untersuchungen des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB)²⁸ zur sprachlichen und mathematischen Kompetenz im Bundesländervergleich, auch Elemente, die diese psychischen Aspekte der kindlichen Entwicklung berücksichtigen. Da die OECD 2022 Vergleichsuntersuchungen (PISA) durchgeführt hat, werden diese Elemente hier nicht behandelt, weil die OECD-Autoren die Wirkungen der Pandemie auf die kognitive und soziale Entwicklung umfassend darstellen werden. Dennoch werden hier einige Aspekte thematisiert, die für das Verständnis der folgenden Ergebnisse von Bedeutung sind.

Der vorliegende Text ist in seiner Grundannahme an der Diskussion der Bildungsreform der 60er- und 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts orientiert. Seit dem sogenannten PISA-Schock Anfang 2000 konzentrierten sich die Bildungspolitik und die öffentliche Diskussion vorwiegend auf die Förderung von Spitzenleistungen. Im universitären Bereich sollten Eliteuniversitäten geschaffen werden, im Schulbereich bestand das Ziel darin, sich bei den Kompetenzen in den verschiedenen Disziplinen im Spitzenfeld zu positionieren. Die eingangs genannte Bildungsreform sowie die sich damals entwickelnde schichtspezifische Sozialisationsforschung verfolgten eine radikal andere Perspektive, die vor allem die Benachteiligten in den Blick nahm. Es ging um die, die keine Chancen hatten, ein elitäres altsprachliches Gymnasium oder überhaupt ein Gymnasium zu besuchen. Die Vorstellung, die unabhängig von der jeweiligen politischen Position der einzelnen Parteien auch der Politik in den unterschiedlichen Bundesländern zugrunde lag, bestand darin, möglichst vielen jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend ihrer Potenziale zu entwickeln.

26 UNICEF. Education is a key element of children's and adolescents' development. <https://www.unicef.org/lac/en/education-fundamental-part-children-and-adolescents-development>.

27 Schleicher, Andreas. PISA 2018. Insights and interpretations. OECD: 2019. https://www.oecd.org/pisa/PISA_2018_Insights_and_Interpretations_FINAL_PDF.pdf. Schleicher, Andreas et al. PISA 2018 Results. What School Life Means for Students' Lives. OECD: 2019. <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/acd78851-en.pdf?expires=1691165957&id=id&accname=guest&checksum=0F4751C6B226C867F0E673B13F3FA3B8>.

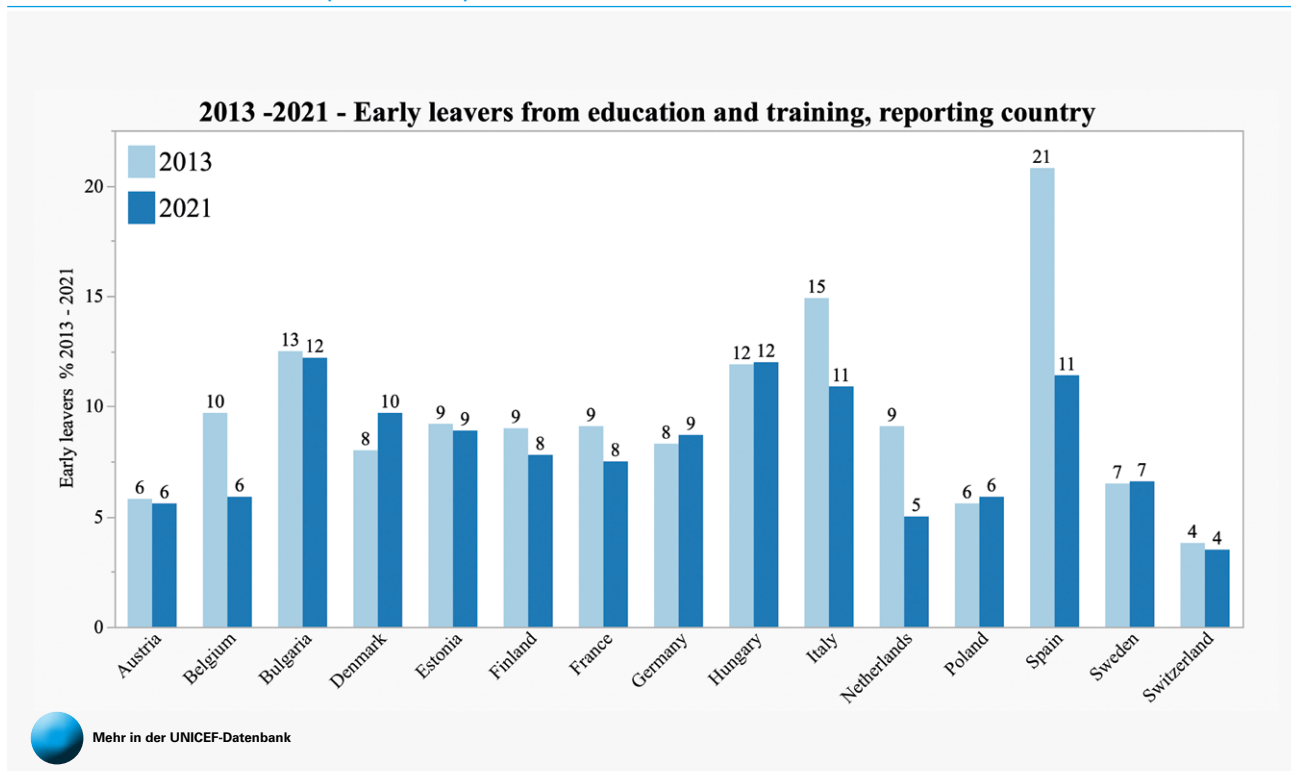
28 Stanat, Petra (Hrsg.). IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Münster, New York: pedocs, 2022. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0111-pedocs-260770>.

In einer diversen Gesellschaft mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen erscheint eine solche Perspektive angemessener als eine, die auf die Förderung der Eliten setzt. Daher werden auch in den folgenden Analysen im Wesentlichen jene Gruppen untersucht und beschrieben, die im gegenwärtigen System benachteiligt werden. Diese Perspektive kann sich sowohl auf Eleanor Roosevelt als auch auf die UN-Kinderrechtskonvention berufen, die beide übereinstimmend darauf hinweisen, dass es um die Bildung eines jeden Kindes geht. Ebenfalls in der Tradition der schichtspezifischen Sozialisationsforschung wird bei der folgenden Analyse kindlicher Kompetenzen der Schwerpunkt auf der sprachlichen Entwicklung liegen. So war es schon damals, unabhängig von den unterschiedlichen fachlichen Positionen, in der Wissenschaft unbestritten, dass die Sprachentwicklung und eine gute Sprachfähigkeit der zentrale Schlüssel für den Bildungserfolg von Kindern sind. Das hat sich nach Ansicht des Autors dieser Zeilen bis heute nicht geändert.

3.2 VOM MITTELMASS ZUM SCHLUSSLICHT

Beim Vergleich des Anteils der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren in Deutschland ohne Schulabschluss mit den Daten aus anderen europäischen Ländern zeigt sich das typische deutsche Mittelmaß, das in der OECD-Untersuchung zu den kognitiven Kompetenzniveaus immer wieder aufgezeigt wurde²⁹.

ABBILDUNG 13: JUGENDLICHE (18–24 JAHRE) OHNE SCHULABSCHLUSS UND OHNE MIGRATIONSERFAHRUNG

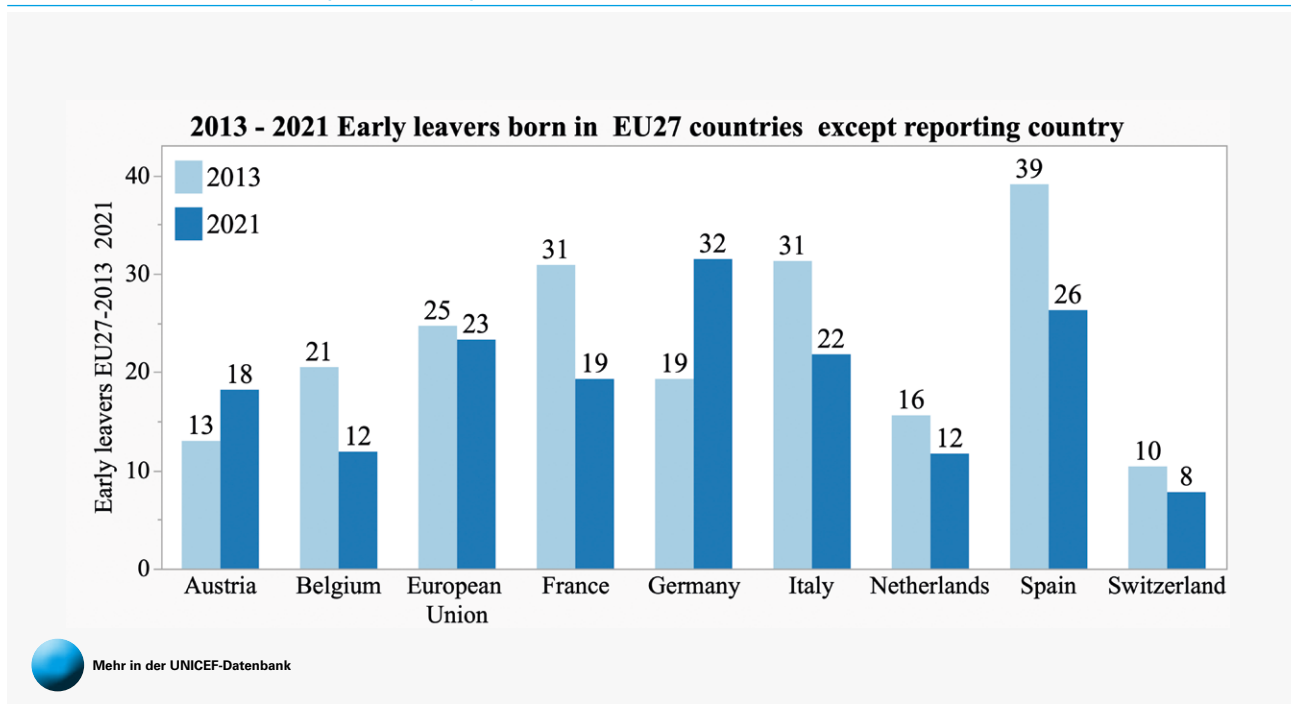


Quelle: Eurostat. Early leavers from education and training by sex and citizenship, [EDAT_LFSE_01__custom_6733651], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/1d408895-1925-41e9-a10c-ec428f99dad8?lang=en>.

²⁹ Bertram, Hans (Hrsg.). Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. München: Beck, 2008.

In manchen Ländern, wie der Schweiz, Polen, Österreich und den Niederlanden, beträgt der Anteil der einheimischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, der keinen qualifizierten Abschluss erreicht, lediglich 4 bis 6 %; einige andere Länder, wie Frankreich, Deutschland, Finnland und Schweden liegen hier zwischen 7 und 9 %. Das liegt nicht daran, dass in den zuerst genannten Ländern von den Kindern und Jugendlichen in der Schule weniger verlangt wird, denn die Kompetenzniveaus etwa in Polen liegen oberhalb von denen in Deutschland. Andere Länder wie Spanien, Italien und Bulgarien liegen jenseits von 10 %. Wenn die Daten für Jugendliche und junge Erwachsene aus dem europäischen Ausland europaweit verglichen werden, verliert Deutschland seine mittlere Position und befindet sich am unteren Ende der Skala.

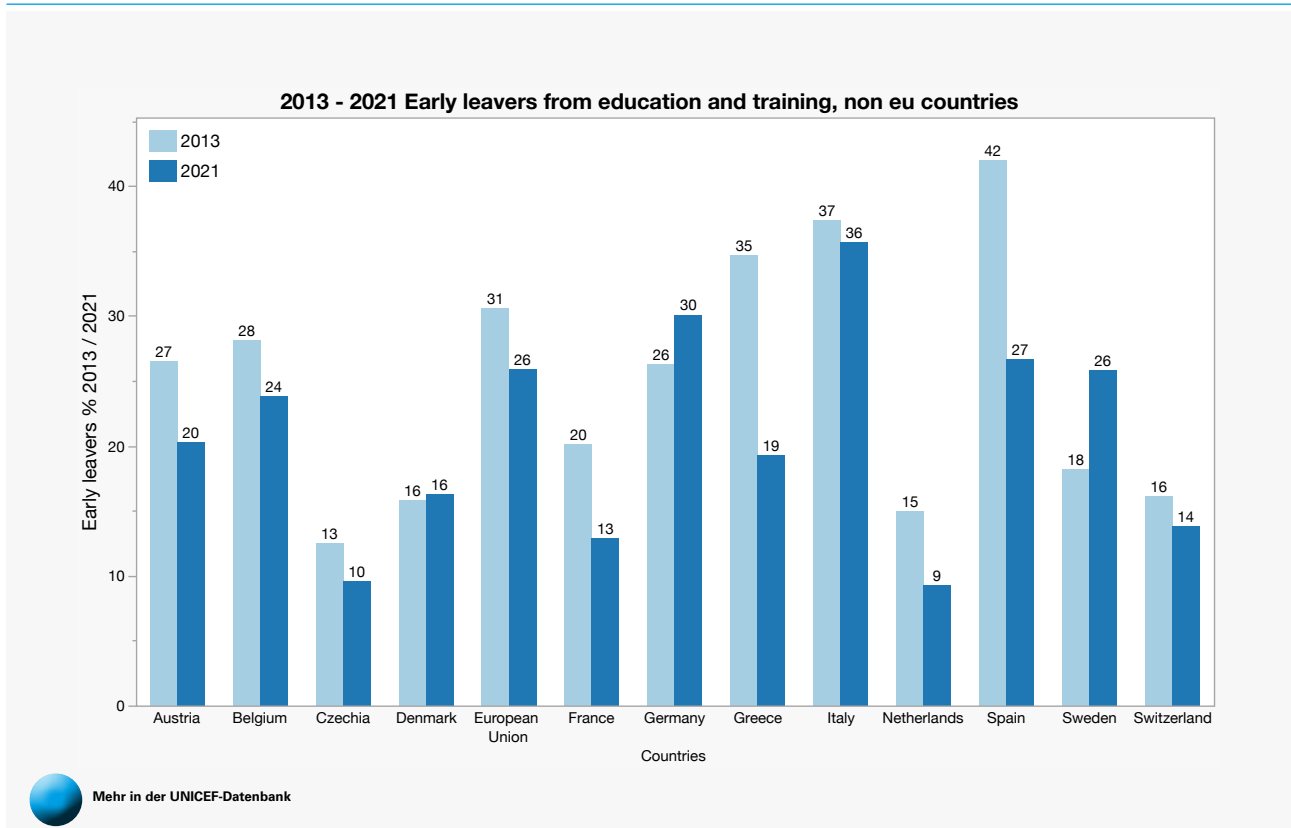
ABBILDUNG 14: JUGENDLICHE (BIS 24 JAHRE) OHNE SCHULABSCHLUSS, AUS LÄNDERN IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Quelle: Eurostat. Early leavers from education and training by sex and citizenship, [EDAT_LFSE_01__custom_6733651], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/1d408895-1925-41e9-a10c-ec428f99dad8?lang=en>.

Auch in den Ländern, die im ersten Vergleich gut abschnitten, erhöht sich die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss in 2021 deutlich. So sind es in der Schweiz nicht mehr 4 % ohne Schulabschluss, sondern 8 %, und Ähnliches gilt für Österreich und die Niederlande. In Deutschland ist der Anteil hingegen auffällig hoch: 32 % der jungen Erwachsenen aus dem europäischen Ausland haben keinen Schulabschluss. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem nichteuropäischen Ausland in Deutschland sind 30 % ohne Schulabschluss, wobei auch hier der Abstand zum Niveau der Schweiz oder von Österreich wie auch von Dänemark oder den Niederlanden deutlich ist.

ABBILDUNG 15: JUGENDLICHE (BIS 24 JAHRE) OHNE SCHULABSCHLUSS AUS DEM AUSSEREUROPÄISCHEN AUSLAND



Quelle: Eurostat. Early leavers from education and training by sex and citizenship, [EDAT_LFSE_01__custom_6733651], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/1d408895-1925-41e9-a10c-ec428f99dad8?lang=en>.

Die Forderung von UNICEF, Kindern und Jugendlichen aus anderen Ländern, die jetzt bei uns leben, die gleiche qualitativ gute Bildung zu ermöglichen wie den Kindern aus Familien ohne Migrationshintergrund, wird offensichtlich nicht erfüllt. Angesichts dieser deutlichen Unterschiede ist die in Deutschland gleichermaßen verbindliche UN-Kinderrechtskonvention kaum als umgesetzt anzusehen. Auch die Vorstellung von Eleanor Roosevelt aus den späten 40er Jahren des letzten Jahrhunderts kann nicht nur annähernd als nicht erfüllt betrachtet werden, obwohl sie damals außerordentlich optimistisch in der damals schwierigen Situation weltweit Beispiele zusammengetragen hat, um deutlich zu machen, dass die Bildung von Kindern unter allen Umständen und zu jeder Zeit Vorrang zu haben hat.

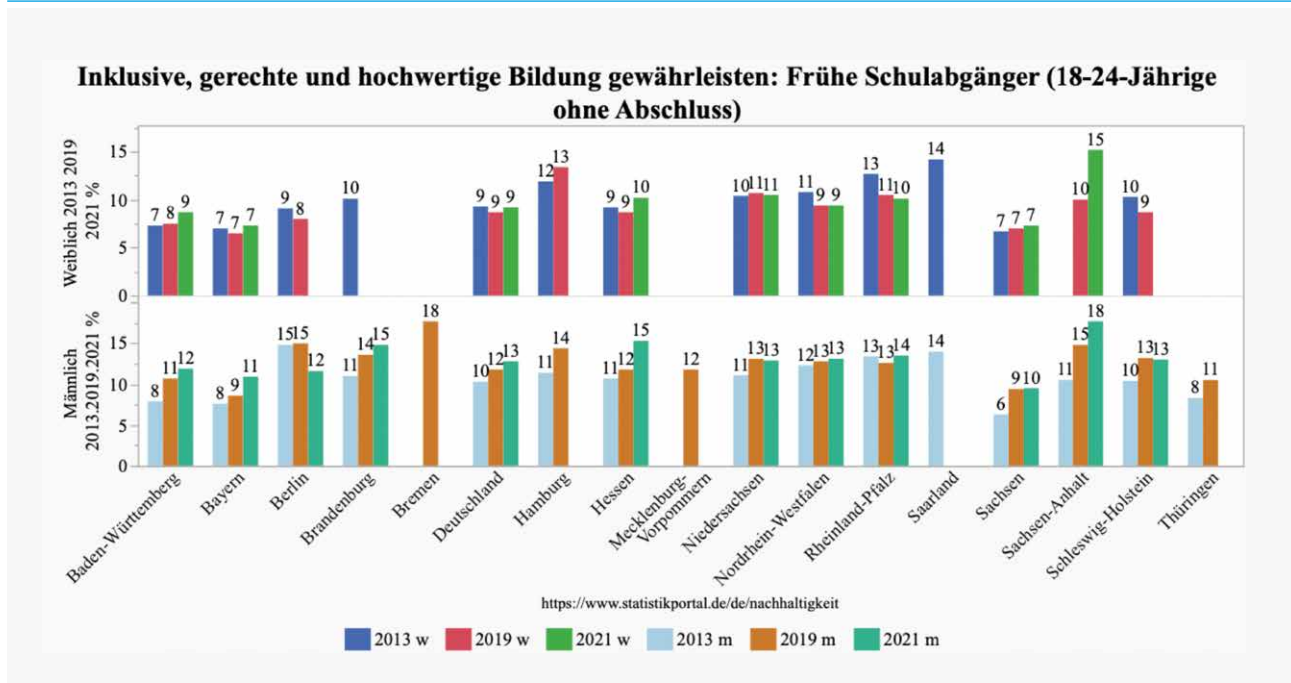
Diese wenigen Ergebnisse von Eurostat lassen sich weder mit den Hoffnungen durch die Einführung der Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg noch mit den Kinderrechten von 1989 vereinbaren. Das gilt umso mehr, als Länder wie die Schweiz mit einem hohen Anteil an Zuwanderung solche Differenzen zwischen Kindern mit und jenen ohne Migrationshintergrund nicht aufweisen.

Wird schließlich unabhängig von der Kinderrechtsperspektive unter einem ökonomisch pragmatischen Blickwinkel die Frage des Facharbeitermangels thematisiert, ist festzustellen, dass hier große Potenziale an jungen Menschen, die in Deutschland aufgewachsen sind, nicht so entfaltet werden, dass sie dieser Gesellschaft etwas zurückgeben können, wie UNICEF das an anderer Stelle formuliert. Die Forderung von UNICEF, auch den Kindern und Jugendlichen aus anderen Ländern, die jetzt in Deutschland leben, die gleiche qualitativ gute Bildung zu ermöglichen wie den Kindern aus Familien ohne Migrationshintergrund, wird nicht erfüllt.

In den 1960er Jahren wurde auf der Basis solcher Zahlen die deutsche Bildungskatastrophe ausgerufen, was zu weitreichenden Reformen des Bildungswesens geführt hat. Heute diskutieren die Kultusministerinnen und -minister sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler³⁰ öffentlich, ob die Probleme durch eine Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrer zu lösen wären, denn insgesamt „sei man auf dem richtigen Wege“³¹. Dabei zeigen diese Unterschiede, dass Deutschland von einer inklusiven Bildung, die allen Kindern entsprechend ihrer Talente die Möglichkeit gibt, sich in der Gesellschaft zu bewähren, weit entfernt ist.

Der Vergleich der Daten aus der Übersicht zum Nachhaltigkeitsziel SDG4 des Statistischen Bundesamts³² nach Geschlecht und Bundesländern zeigt einen großen Unterschied zwischen den Geschlechtern und den Bundesländern.

ABBILDUNG 16: INKLUSIVE, GERECHTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN: FRÜHE SCHULABGÄNGER (18- BIS 24-JÄHRIGE OHNE ABSCHLUSS)



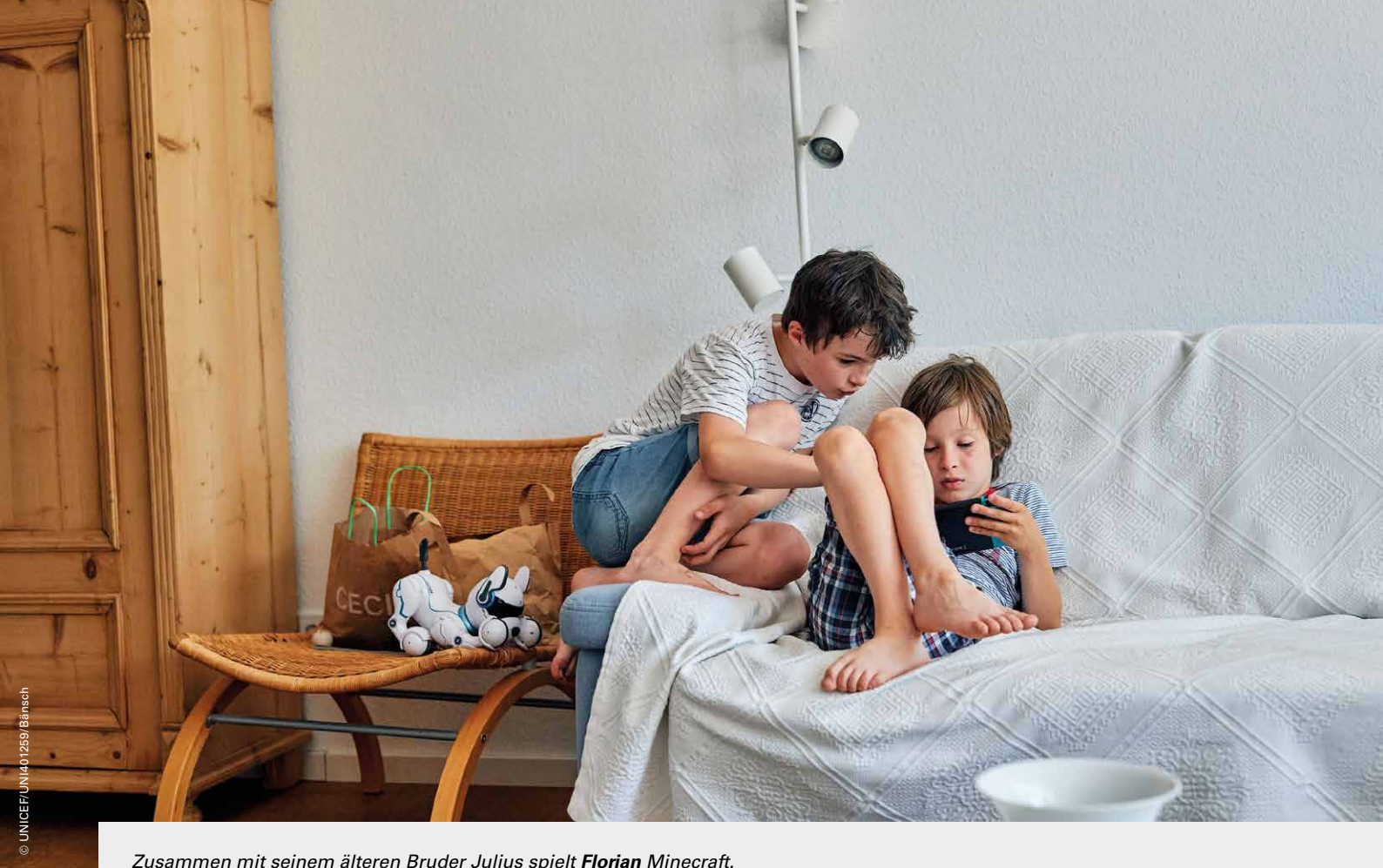
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger, <https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-4-hochwertige-bildung/fruehe-schulabgaengerinnen-und-schulabgaenger#11589>.

Im Jahr 2013 lag der Anteil der jungen Frauen ohne Schulabschluss bei 9 % und bei den jungen Männern bei 10 %. Bei den jungen Frauen hat sich über die Jahre nichts verändert, während der Anteil der jungen Männer auf 13 % gestiegen ist. Diese Unterschiede lassen sich in allen Bundesländern beobachten, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß.

30 tagesschau.de. Kultusministerkonferenz: Lehrkräfte sollen mehr arbeiten. 27.1.2023. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/lehrermangel-115.html>.

31 Baden-Württemberg.de. Förderung der Basiskompetenzen ist der richtige Weg. 17.10.2022. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/foerderung-der-basiskompetenzen-ist-der-richtige-weg>.

32 GOVDATA. Absolventen/Abgänger allgemeinbildender Schulen nach Geschlecht und Abschlussarten – Schuljahr – regionale Ebenen. Tabelle :21111-02-06-4-B: Absolventen/Abgänger allgemeinbildender Schulen. <https://www.govdata.de/daten/-/details/absolventen-abganger-allgemeinbildender-schulen-nachgeschlecht-und-abschlussarten-schuljahr-reg>.



Zusammen mit seinem älteren Bruder Julius spielt **Florian** Minecraft.

So blieb die Anzahl der jungen Frauen ohne Schulabschluss im Beobachtungszeitraum in allen Bundesländern stabil, wenn auch mit kleinen Abweichungen. Damit ist auszuschließen, dass die Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen einen gleichförmigen Effekt auf die schulischen Leistungen hatten. Denn die jungen Frauen haben mit Ausnahme jener 9 % immer die notwendigen Mindestleistungen für den Schulabschluss erbracht.

Bei den jungen Männern hat sich der Anteil ohne einen qualifizierten Abschluss um ein gutes Drittel erhöht. Wenn Jungen und Mädchen in etwa die gleichen Talente für einen Schulabschluss mitbringen, sprechen die Unterschiede ebenso gegen eine inklusive Bildung wie der europäische Vergleich. Diese Ergebnisse legen vielmehr die Hypothese nahe, dass die Schule durch die Veränderung der Schülerschaft infolge der Zuwanderung zunehmend mit Anforderungen konfrontiert ist, die sie mit ihrer derzeitigen Ausstattung und Struktur nicht bewältigen kann. Diese Frage umfassend zu beantworten und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, setzt voraus, dass Messungen von Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Ländern und nach Geschlecht differenziert in längeren Zeitreihen vorliegen. Mit dem Erscheinen der nächsten PISA-Studie (OECD o.J.), bei deren Erhebung auch der soziale Kontext der Schule einbezogen wird, gibt es auf nationaler und internationaler Ebene einen Datensatz, der zur Analyse dieser Fragen geeignet ist.

Die Erhebung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), die in einer Welle für die 10-Jährigen schon vorliegt, bietet zudem die Möglichkeit, die Differenzen zwischen den Bundesländern genauer zu analysieren. Da bislang Daten mit den richtigen Messzeitpunkten fehlen, sind die hier gefundenen Unterschiede zurückhaltend zu interpretieren. Anhand der vorliegenden Zeitreihen lässt sich lediglich prüfen, ob die Unterschiede nach Geschlecht und nationaler Herkunft in den Kompetenzniveaus, durch die das Leistungsvermögen von Schülerinnen und Schülern in Mathematik, Sprache und Wissenschaft bestimmt wird, schon vorher bestanden. Dann ist zumindest die Pandemie-These für diese Unterschiede nicht verantwortlich zu machen.

3.3 SCHLUSSLICHT AUCH BEI DEN KOMPETENZEN?

Beim Vergleich der Lesekompetenzen 2009 und 2018 bei den 15-jährigen Schülerinnen und Schülern lässt sich für Deutschland zunächst feststellen, dass der Anteil derjenigen, die gut lesen können, gestiegen ist. Allerdings hat sich auch der Anteil derjenigen erhöht, die die unterste Kompetenzstufe nicht erreichen. Wenn die neuen Ergebnisse ähnliche Resultate erbringen, hat Deutschland sein Mittelmaß gehalten. Spitzenreiter 2018 sind in dieser Tabelle immer noch Finnland und Polen, das sich deutlich verbessert hat; hier stehen nicht nur die Schüler mit den Bestleistungen gut da, auch die Gruppe unterhalb der letzten Kompetenzstufe ist sehr klein. Die Forderung nach einer inklusiven guten Bildung für alle bedeutet auch, dass das Schulsystem möglichst wenig „Versagerinnen und Versager“ produziert. In dieser Hinsicht ist das dänische System, obwohl die Spitzengruppe kleiner ist, besser aufgestellt als das deutsche, da mehr Kinder mitgenommen und weniger ausgegrenzt werden.

Ein Wechsel der Perspektive, mit dem nicht allein auf die Spitze und die guten Durchschnitte geachtet, sondern zugleich geprüft wird, wie viele Kinder ausgegrenzt werden, ist Grundlage der Forderung nach einer qualitativ guten Bildung für alle. Dabei geht es nicht nur um das kindliche Wohlbefinden und eine

ABBILDUNG 17: GUTE UND SCHLECHTE LESELEISTUNG 2009 UND 2018, 9. JAHRGANGSSTUFE

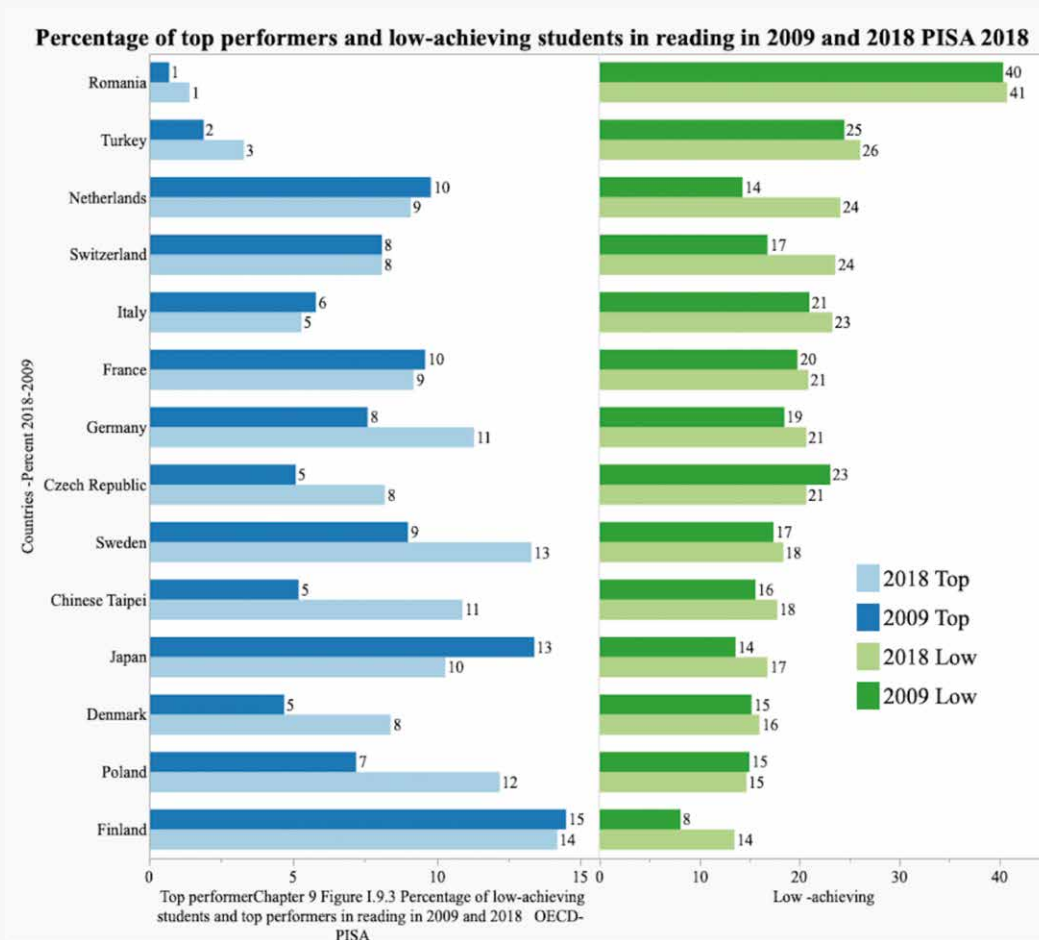
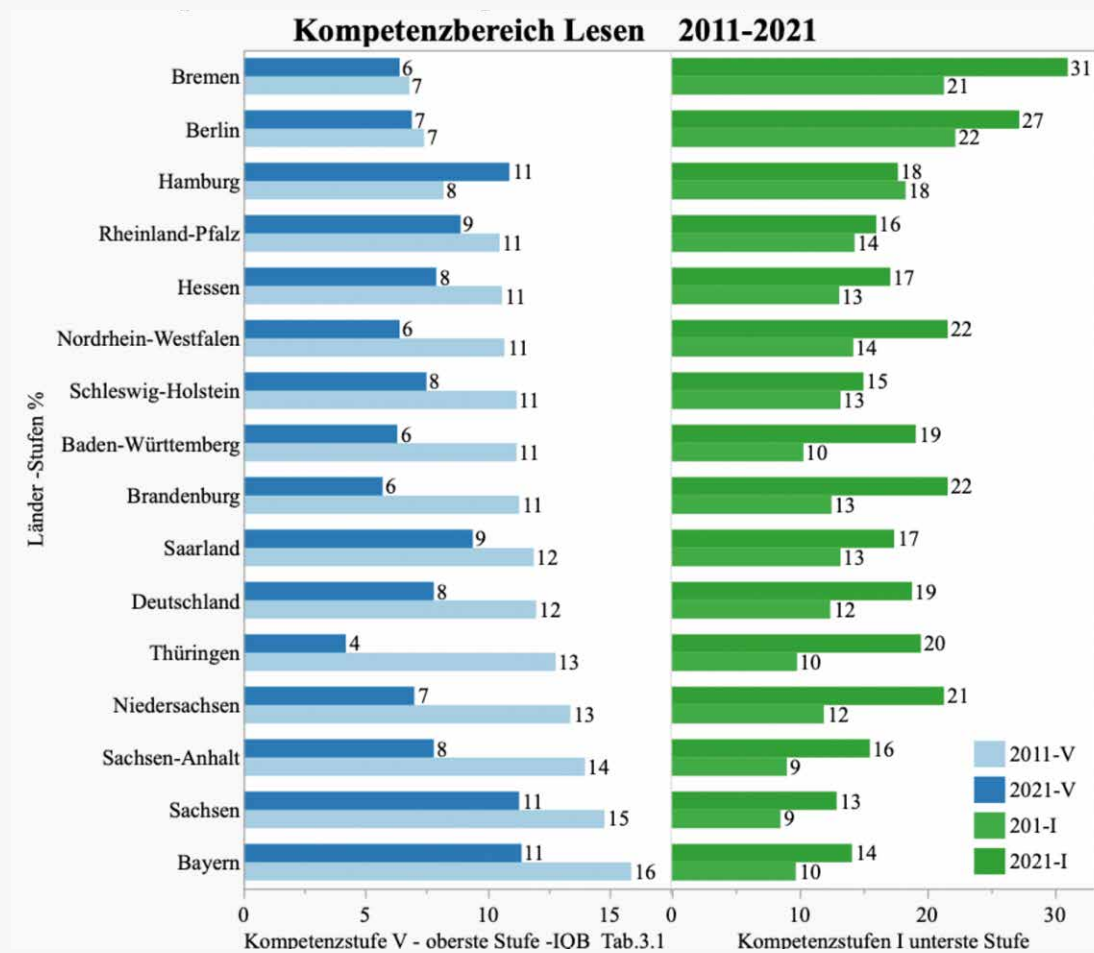


ABBILDUNG 18: KOMPETENZSTUFENBESETZUNG V/I (ANTEILE IN %) IM TREND FÜR DEN KOMPETENZBEREICH LESEN 2011–2021


Quelle: Stanat, Petra (Hrsg.). IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Münster, New York: pedocs, 2022, https://www.pedocs.de/volltexte/2023/26077/pdf/Stanat_et_al_2022_IQB_Bildungstrend_2021.pdf.

inklusive Bildung. Vielmehr ist es in einer alternden Gesellschaft auch für die Erwachsenen und die älteren Bevölkerungsteile von wesentlichem Vorteil, wenn alle Kinder mitkommen. Weist diese eine große kulturelle Vielfalt der Sozialisation der Kinder auf, bedeutet ein nur kleiner Anteil derer, die die Mindeststandards nicht erreichen, dass das System relativ inklusiv ist.

Auch wenn eine abschließende Analyse der Wirkung der Corona-Pandemie bis zur Vorlage der entsprechenden Daten durch die OECD warten muss, bietet die Erhebung des IQB³³ zumindest für die Viertklässler auf Bundeslandebene die Gelegenheit, die Entwicklungen zu vergleichen. Da die Coronafolgen später auf der Basis der OECD-Daten im Detail zu diskutieren sein werden, sollen hier die Entwicklungen zwischen 2011 und 2021 verglichen werden. Das Muster der Grafik entspricht der PISA-Tabelle in der vorangehenden Abbildung. Bayern hatte 2011 eine sehr große, leistungsstarke Gruppe in der obersten

33 Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). IQB-Bildungstrend 2022 in der Sekundarstufe I. <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2022/>.

Kompetenzstufe, zugleich ist die Gruppe derjenigen, die die unterste Leistungsstufe nicht erreichen, mit 10 % relativ klein. Ein ähnliches Muster findet sich in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Thüringen. Demgegenüber ist die Gruppe der Leistungsstarken in Bremen sehr klein und jene der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler recht groß. Ähnliches gilt für Berlin und Hamburg.

Für das Jahr 2011 sind nur die vier Bundesländer Bayern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen als inklusiv zu bezeichnen, weil dort einer großen Gruppe von leistungsstarken Kindern eine nur kleine Gruppe leistungsschwächerer Kinder gegenübersteht. Diese Länder haben damals recht viele Kinder im Bereich des Lesens mitgenommen. Für 2021 zeigen die Daten des IQB³⁴, dass Bayern bei der Gruppe der Leistungsstarken weniger Kinder auf die oberste Stufe bringen konnte und zugleich auf der untersten Stufe deutliche Zuwächse verzeichnet. Diese Entwicklung ist auch bei den anderen erwähnten Ländern zu beobachten.

Vor allem in Thüringen ist die Verschiebung extrem mit nur noch 4 % leistungsstarken Kindern gegenüber 13 % im Jahr 2011 und 20 % leistungsschwachen Kindern gegenüber vormals 10 %. Ähnliche Veränderungen lassen sich in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erkennen. Am deutlichsten ist diese negative Entwicklung in Bremen und Berlin, wo 31 % (Bremen) und 27 % (Berlin) der Kinder die unterste Leistungsstufe nicht erreichen. Aber auch in Bundesländern, die 2011 ein gutes Mittelfeld darstellten, wie Baden-Württemberg, hat sich die Spitzengruppe von 11 auf 6 % nahezu halbiert, während die unterste Gruppe von 10 auf 19 % annähernd doppelt so groß ist. Damit wird nicht nur das Ziel einer qualitativ guten Bildung (SDG4) als Ausdruck der Selbstverpflichtung der Länder verfehlt.

Das IQB hat diese Untersuchung auch 2016 durchgeführt und weist zu Recht darauf hin, dass die Entwicklung zu einer zunehmend exklusiven Schule nicht durch die Pandemie hervorgerufen wurde, da der Prozess bereits zwischen 2011 und 2016 zu beobachten ist. Diese Hypothese entspricht der in diesem Bericht vorgenommenen Analyse der Gesundheitsdaten in Bezug auf affektive Störungen und depressive Entwicklungen. Auch dort gibt es einen längerfristigen Prozess, der durch die Pandemie wie in einem Brennglas sichtbar gemacht wurde. Wenn die PISA-Daten der OECD diese Aussage bestätigen, hat die deutsche Bildungspolitik ein Problem.

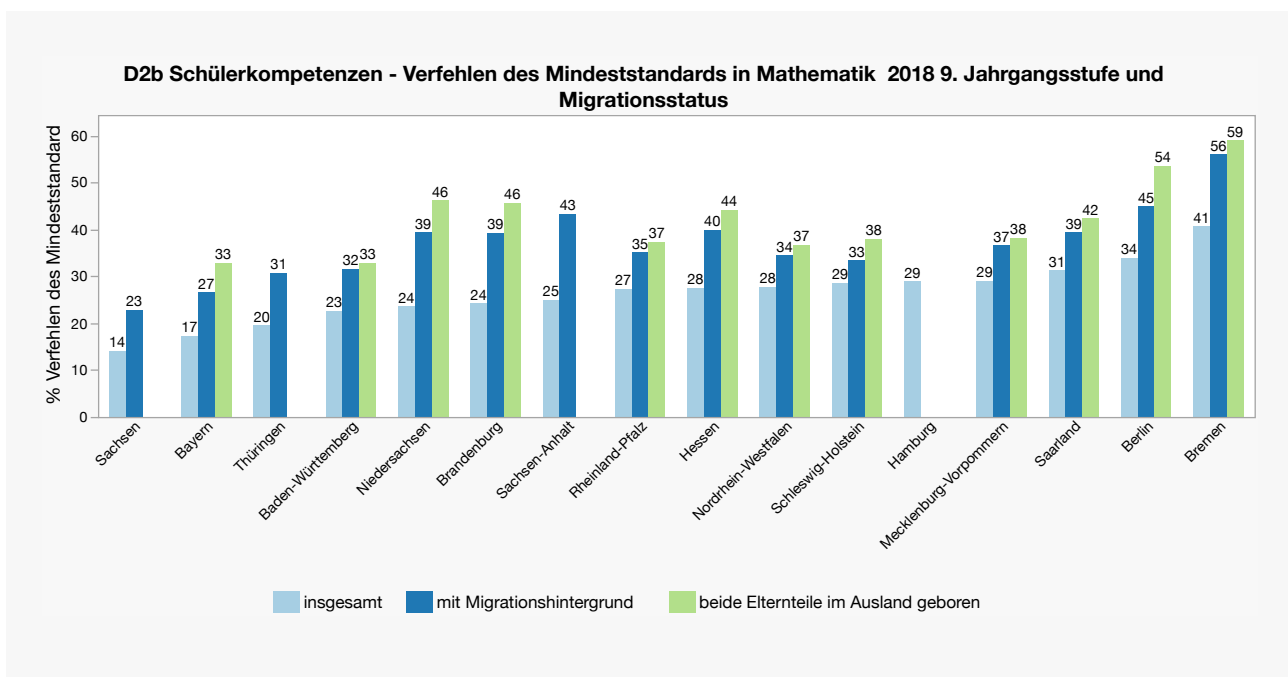
Einerseits will die Politik durch große Investitionen in den Klimabereich die nachhaltige Entwicklung Deutschlands sichern, andererseits muss sie sich aber, wenn sich die vorliegende These empirisch bestätigt, der Frage stellen, warum ausgerechnet die Kinder, für die diese nachhaltige Entwicklung angestrebt wird, auf die eigene Zukunft auf der Basis einer qualifizierten Bildung verzichten sollen.

Die Integrationsministerkonferenz hat auf einer informativen Webseite³⁵ Daten und Literatur zum Thema Integration zusammengetragen und auch Auswertungen und empirische Untersuchungen amtlicher Daten vornehmen lassen. In diesem Zusammenhang wurden die Daten des IQB zur Mathematikkompetenz der 9. Jahrgangsstufe aufbereitet. Abbildung 19 zeigt für alle Schüler der 9. Klasse die Unterschiede zwischen den Kindern mit Migrationshintergrund und jenen, deren Eltern beide aus Ausland kommen. Auch bei diesen älteren Kindern zeigt sich das oben beschriebene Muster wie in der vorigen Grafik.

34 Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Bericht 2021. Zusatzmaterial Tabellen. <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht/>.

35 Integrationsmonitoring der Länder. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK). <https://www.integrationsmonitoring-laender.de/>.

ABBILDUNG 19: SCHÜLERKOMPETENZEN – VERFEHLEN DER MINDESTSTANDARDS IN MATHEMATIK 2018, 9. JAHRGANGSSTUFE UND MIGRATIONSSTATUS



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder. D2 Schülerkompetenzen – Integrationsministerkonferenz (IntMK), <https://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren-d-bildung-d2-schuelerkompetenzen.html>.

In Bremen erreichen 41 % aller Kinder nicht den Mindeststandard in Mathematik; bei den Kindern mit Migrationshintergrund sind es 56 %, und wenn beide Elternteile im Ausland geboren sind, 59 %. Berlin steht bei allen Kindern mit 34 % zwar besser da, doch liegen 45 % der Kinder mit Migrationshintergrund und 54 % der Kinder mit zwei Elternteilen aus dem Ausland unterhalb des Mindeststandards in Mathematik der 9. Jahrgangsstufe. Das legt den Eindruck nahe, dass diese Schulen weder eine qualitative Bildung für alle anstreben, noch dass sie Inklusion für ein wichtiges Anliegen der Gesellschaft halten.

In Sachsen, Bayern und Thüringen, wo die Gesamtheit der Schülerinnen und Schüler zu 14, 17 und 20 % die unterste Leistungsstufe in Mathematik nicht erreicht, bestehen deutliche Diskrepanzen zu den Kindern mit Migrationshintergrund oder jenen, deren Eltern beide aus dem Ausland kommen. In Bayern liegt der Anteil der Kinder, die die unterste Leistungsstufe nicht erreichen, wenn ihre Eltern aus dem Ausland kommen, beinahe doppelt so hoch. Auch das sind sehr große Differenzen.

Warum es die Bundesländer im Durchschnitt einem Viertel bis einem Drittel ihrer Schülerinnen und Schüler in der 9. Jahrgangsstufe nicht ermöglichen, zumindest die unterste Mathematikstufe zu erreichen, scheint kein zentrales Thema für die Kultusministerinnen und -minister zu sein: Auf ihrer Internetseite findet sich nicht viel dazu. Die faktische Exklusion fast der Hälfte der Kinder, bei denen beide Elternteile im Ausland geboren sind, aus dem untersten mathematischen Leistungsniveau wird von den Integrationsministerinnen und -ministern zwar publiziert, aber von den Kultusministerinnen und -ministern nicht kommentiert. Es lässt sich nur spekulieren, weshalb diese öffentlich zugänglichen Ergebnisse, die die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dokumentieren (IOB), politisch keine Bedeutung haben.



*Mit ihrer Freundin verbringt **Nina** gern Zeit in der Stadtbücherei und leiht sich dort Bücher zum Lesen aus.*

Angesichts der Ergebnisse dieser Analysen mit dem vorigen Kapitel kann auf die Frage nach Mittelmäßigkeit oder Schlusslicht nur eine recht unerfreuliche Antwort gegeben werden. Bei den Kindern, Jugendlichen sowie den jungen Erwachsenen, die die Schule nicht schaffen, liegt Deutschland im Mittelfeld aller europäischen Länder. Das Gleiche gilt auch für die Kompetenzniveaus im Lesen in der 9. Jahrgangsstufe. Beim Vergleich der Kinder, die oder deren Eltern im Ausland geboren wurden, liegt Deutschland im europäischen Vergleich weit hinten. Dieses Ergebnis bestätigt sich bei der Analyse der Kompetenzstufen in Mathematik in der 9. Jahrgangsstufe. Kinder mit Migrationshintergrund oder jene, deren Eltern beide aus dem Ausland kommen, haben in manchen Bundesländern kaum eine Chance, überhaupt einen guten Schulabschluss zu erreichen. Mindeststandards, die zu 50 oder mehr Prozent nicht erreicht werden, kennzeichnen eine exklusive Schule, die nur wenig dazu beiträgt, allen Kindern eine qualitative Bildung zu bieten. In der Diskussion über die soziale Ungleichheit des Bildungssystems der 1960er-Jahre sprachen Dahrendorf, Picht, von Friedeburg und Peisert, um nur einige Namen zu nennen, von einer Bildungskatastrophe. Auch wenn der Autor selbst nicht zur Dramatisierung neigt, lassen sich die hier vorgestellten Ergebnisse kaum auf andere Art interpretieren.

3.3.4 DIE NEUE VIELFALT

Die bis jetzt zusammengetragenen Ergebnisse weisen auf eine strukturelle Benachteiligung, die nicht nur ausländische Kinder und Jugendliche betrifft, sondern insgesamt vor allem auch Jungen und männliche Jugendliche. So wurde darauf verwiesen, dass die Differenz zwischen den männlichen und den weiblichen Schulabgängern bzw. Schulabgängerinnen ohne Abschluss angestiegen ist. Der Nachteil einer solchen Interpretation liegt darin, dass so keine Lösungen erarbeitet werden, wie aus der Bildungsdiskussion der 60er und 70er Jahre zu lernen ist..

Mit dem Typus des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande“ wurde damals die bestehende strukturelle Benachteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen beschrieben. Die Lösung wurde dann in dem politischen Konsens gefunden, dass die Bildung zu den Menschen kommen müsse und nicht die Menschen zur Bildung. Die Neugründung von Gymnasien und Hochschulen/Universitäten in den ländlichen Regionen zeugt von dieser Grundüberzeugung. Auch gab es den Konsens, dass der Übergang zum weiterführenden Schulsystem formal und materiell so gestaltet sein muss, dass die Chancen, in diesem System weiterzukommen, deutlich steigen. Damit verbunden war eine Reform der Bildungsinhalte, um über die Inhalte größere gesellschaftliche Gruppen anzusprechen. Und nicht zuletzt haben einzelne Bundesländer mit unterschiedlichem Erfolg versucht, die Bildungswege so offen zu gestalten, dass zwischen ihnen gewechselt werden kann. Diese Perspektiven trugen dazu bei, dass heute über 50 % eines Jahrgangs über eine Zugangsberechtigung zur Universität/Hochschule verfügen gegenüber 8 % in den 1960er-Jahren und dass in einem Bundesland wie Baden-Württemberg an den technischen Universitäten etwa die Hälfte der Studierenden bereits eine Lehre absolviert hat³⁶. Ein deutlicher Schwerpunkt der damaligen Bildungsreform lag auf der Verbesserung des Übergangs zum weiterführenden System und der Öffnung der weiterführenden Schulstufen.

Der Ausbau der frühkindlichen Betreuung einschließlich des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz und eine Nachmittagsbetreuung in der Grundschule wurde nicht mit den Bedürfnissen der Kinder begründet, sondern mit der notwendigen besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So führt das Statistische Bundesamt im Abschnitt „nachhaltige qualitativ bessere Bildung“ (SDG 4) den Indikator „frühkindliche Betreuung“ nach wie vor nicht auf die Bedürfnisse der Kinder zurück, sondern auf das Argument der Vereinbarkeit und der Notwendigkeit einer steigenden Frauenerwerbsquote³⁷.

In dieser teilweise politischen, teilweise wissenschaftlichen Argumentation wurde vergessen oder übersehen, dass in einer Gesellschaft, in der etwa 40 % der Kinder unter sechs Jahren³⁸ einen Migrationshintergrund haben, in Teilen Deutschlands auch eine sprachliche Vielfalt entstanden ist, die zu einer gänzlich neuen Chancenverteilung der Kinder führt. Kinder chinesischer Eltern, die dafür sorgen, dass ihre Kinder sowohl Deutsch als auch Chinesisch lernen, haben andere Voraussetzungen, die Schule zu durchlaufen, als Kinder, deren Familien aus Kulturkreisen kommen, in denen die Schriftsprache und das Lernen der eigenen Kultur nicht diese Bedeutung haben.

36 Baumert, Jürgen. Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ Empfehlungen für Bildungspolitische Weichenstellungen in der Perspektive auf das Jahr 2020 (BW2020). Stuttgart: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, 2011. Herkunft und Bildungserfolg, Empfehlungen für Bildungspolitische Weichenstellungen in der Perspektive auf das Jahr 2020 Baumert, J. <https://www.fachportal-paedagogik.de/literatur/vollanzeige.html?Fid=990184>.

37 Allmendinger, Jutta et al.. „Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik.“ Berlin, 2006.

38 Bundeszentrale für politische Bildung. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. 29.4.2023. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/>.

Diese Diskussionen wurden schon in den 1960er-Jahren in der schichtspezifischen Sozialisationsforschung³⁹ (Zweiter Familienbericht) geführt, aber die Differenzierungen bezogen sich nur auf die Variationen innerhalb einer Kultur und innerhalb einer Sprache. Für diese Sprachvarianten wurde der Begriff „Soziolekt“ eingeführt⁴⁰. Intensiv diskutiert wurde damals die Frage, ob und inwieweit sich die Sprache so vereinfachen lässt, dass Kinder mit unterschiedlichem sprachlichem Hintergrund in der Schule nicht benachteiligt werden. Schon damals war klar, dass die Entwicklung einer ausdifferenzierten Sprachkompetenz eine wesentliche Voraussetzung für die intellektuelle und damit auch für die schulische Entwicklung ist. Der Umgang mit Begriffen ist ein kognitiver Vorgang, der nicht nur auf das intellektuelle Vermögen eines Kindes Einfluss hat, sondern auch sein soziales Verhalten erheblich mitbestimmt. Die Fähigkeit, sich in einen anderen Menschen hineinzusetzen, seine Perspektive einzunehmen und ihn damit zu verstehen, setzt voraus, vom eigenen Standpunkt „abstrahieren“ zu können. Diese kognitiven Elemente können und müssen unterstützt werden und sind Teil der kindlichen Entwicklungsphase im Grundschulalter⁴¹.

Gegenüber der damaligen Diskussion hat sich die Situation heute geändert. Damals ging es um die verschiedenen Varianten einer Sprache, wobei Lehrer, Eltern und Kinder davon ausgehen konnten, dass das Sprachverständnis zwar variiert, aber die Begriffe, die Kinder lernen und benutzen, die gleiche Bedeutung hatten.

Wenn in einer Klasse von 25 Kindern 15 aus Familien kommen, in denen Deutsch gesprochen wird, gibt es dort auch die seit den 1960er-Jahren bekannte Variation unterschiedlicher Soziolekte. Neben diesen sprachlichen Deutschvariationen gibt es aber weitere 10 oder auch 12 Kinder, die eine andere Sprache in die Schule einbringen mit teilweise kulturell anders geprägten Begrifflichkeiten. Eine solche Unterrichtssituation ist mit den Bedingungen, die im Wesentlichen nur soziokulturelle Variationen der gleichen Kultur kennen, nicht mehr vergleichbar.

Variationen zwischen Kulturen und unterschiedlichen Sprachgruppen führen zu Herausforderungen, die in der damaligen Bildungsdiskussion keine Rolle gespielt haben. So geht es nicht mehr nur um die Vermittlung einer Sprache und die Entwicklung zusätzlicher sprachlicher Kompetenzen, die für die weiterführenden Schulen benötigt werden, vielmehr wird mit Sprache und den Begriffen der Sprache auch immer Kultur vermittelt. Nicht umsonst weist die UN-Kinderrechtskonvention darauf hin, dass Kinder einen Rechtsanspruch darauf haben, nicht nur die Kultur des Landes, in dem sie leben, kennenzulernen, sondern auch die Kultur der Länder, aus denen ihre Eltern stammen⁴².

Die IQB-Autorinnen und -Autoren versuchten in ihrer Studie, die hier beschriebene Entwicklung des Sprachgebrauchs nachzuzeichnen, und fragten den Sprachgebrauch zu Hause in den Jahren 2011, 2016 und 2021 ab.

Die Bundesländer unterscheiden sich hinsichtlich des häuslichen Sprachgebrauchs. In Thüringen geben 79 % der Kinder an, zu Hause Deutsch zu sprechen, in Bremen liegt die Quote bei 44 %. Abbildung 20 zeigt, dass sich diese Entwicklung in den letzten 10 bis 11 Jahren vollzogen hat, denn 2011 gaben noch

39 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Familie und Sozialisation – Leistungen und Leistungsgrenzen hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generationen. 2. Familienbericht. Bonn, 1974.

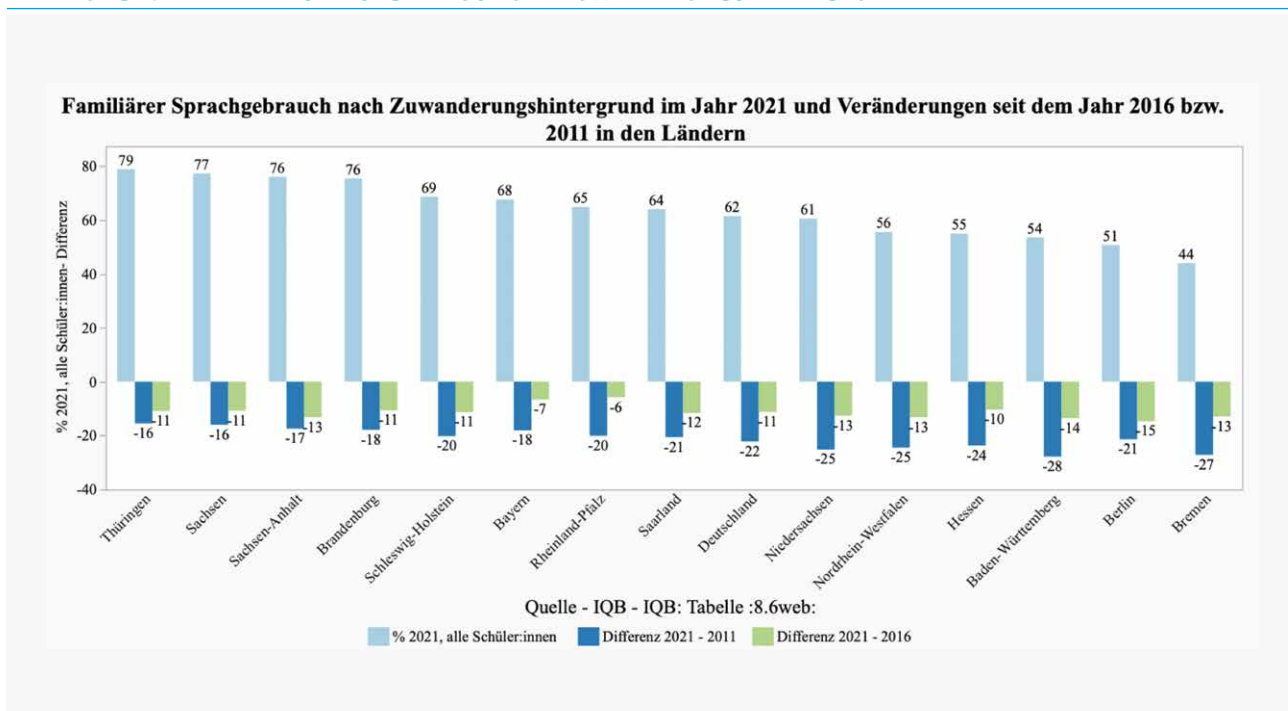
40 Wildemann, Anja. Kulturen der Großstadt als Ausgangspunkt für sprachlich-kulturelle Diversität in Gesellschaft und Schule. Annäherungen an eine transkulturelle Deutschdidaktik. Zeitschrift für interkulturellen Fremdsprachenunterricht. 2011; 16(1). <https://zif.tu-journals.ulb.tu-darmstadt.de/article/2414/galley/2346/download/>.

41 Bertram, Hans, Bertram, Birgit. Familie, Sozialisation und die Zukunft der Kinder.“ Opladen: Barbara Budrich, 2009.

42 Vgl. Art. 29 c) UNKRK.

93 % in Thüringen als Hauptsprache Deutsch an, und auch in Bremen, Berlin oder Baden-Württemberg lagen die Angaben der Kinder zwischen 82 % in Baden-Württemberg und 73 % in Bremen. Ein solcher schneller Wandel stellt die Lehrkräfte und das Bildungssystem vor radikale Herausforderungen, wenn nicht mehr nur einzelne Kinder besondere Unterstützung in der sprachlichen Entwicklung brauchen, sondern ein Großteil der Klasse. Angesichts der Unterschiede zwischen den Bundesländern sind die verschiedenen Ergebnisse in den sprachlichen Tests teilweise nicht nachvollziehbar. Die Lehrer in Bremen oder Berlin stehen vor ganz anderen Herausforderungen als die in Thüringen oder Sachsen, sodass ein Ranking zwischen den Bundesländern nicht plausibel ist, weil die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler auch nach Bundesländern variiert.

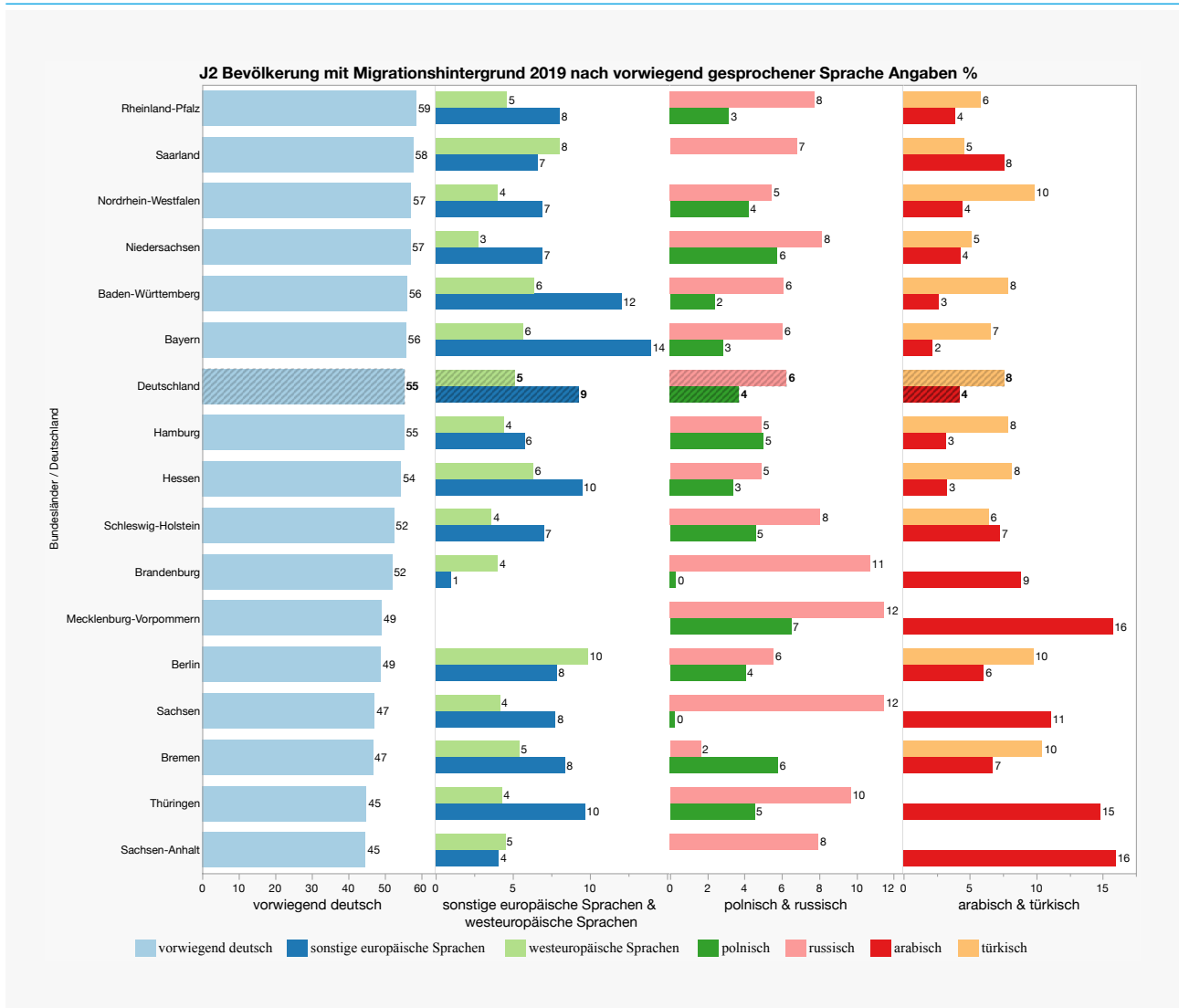
ABBILDUNG 20: FAMILIÄRER SPRACHGEBRAUCH UND ZUWANDERUNGSHINTERGRUND



Quelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen. IQB-Bericht 2021. Zusatzmaterial Tabellen. Tabelle 8.6web, <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht/>.

Den Angaben auf der Internetseite der Integrationsministerkonferenz kann, für die einzelnen Bundesländer, nach Sprachgruppen geordnet und für die gesamte Bevölkerung gerechnet, entnommen werden, welche Sprache im Jahr 2019 zu Hause vorwiegend gesprochen wurde. Dabei wird deutlich, dass ein signifikanter Teil der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund auch zu Hause Deutsch spricht (Abbildung 21). Wenn Sachsen-Anhalt oder Thüringen hier einen relativ geringen Anteil ausweisen, hängt das auch damit zusammen, dass die Zuwanderung in diese Bundesländer erst in den vergangenen Jahren einsetzte, während in den westdeutschen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg die Zuwanderung seit längerem Teil der Landesgeschichte ist.

Unter einer schulpolitischen Perspektive interessanter ist das Ergebnis, dass die Zuwanderung in Deutschland in sprachlicher Hinsicht außerordentlich heterogen ist. In der Öffentlichkeit wird infolge der Ereignisse der letzten Jahre vor allem die Zuwanderung aus arabischen Ländern thematisiert, obwohl die Hauptzuwanderung in Deutschland aus dem europäischen Ausland erfolgt, mit einem großen Teil aus dem russischen Sprachraum und aus Polen. Darauf hinzuweisen ist deswegen wichtig, weil die

ABBILDUNG 21: BEVÖLKERUNG MIT MIGRATIONSHINTERGRUND NACH VORWIEGEND GESPROCHENER SPRACHE 2019


Quelle: Integrationsmonitoring der Länder. J2 Im Haushalt vorwiegend gesprochene Sprache – Integrationsministerkonferenz (IntMK), <https://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren-d-bildung-d2-schuelerkompetenzen.html>.

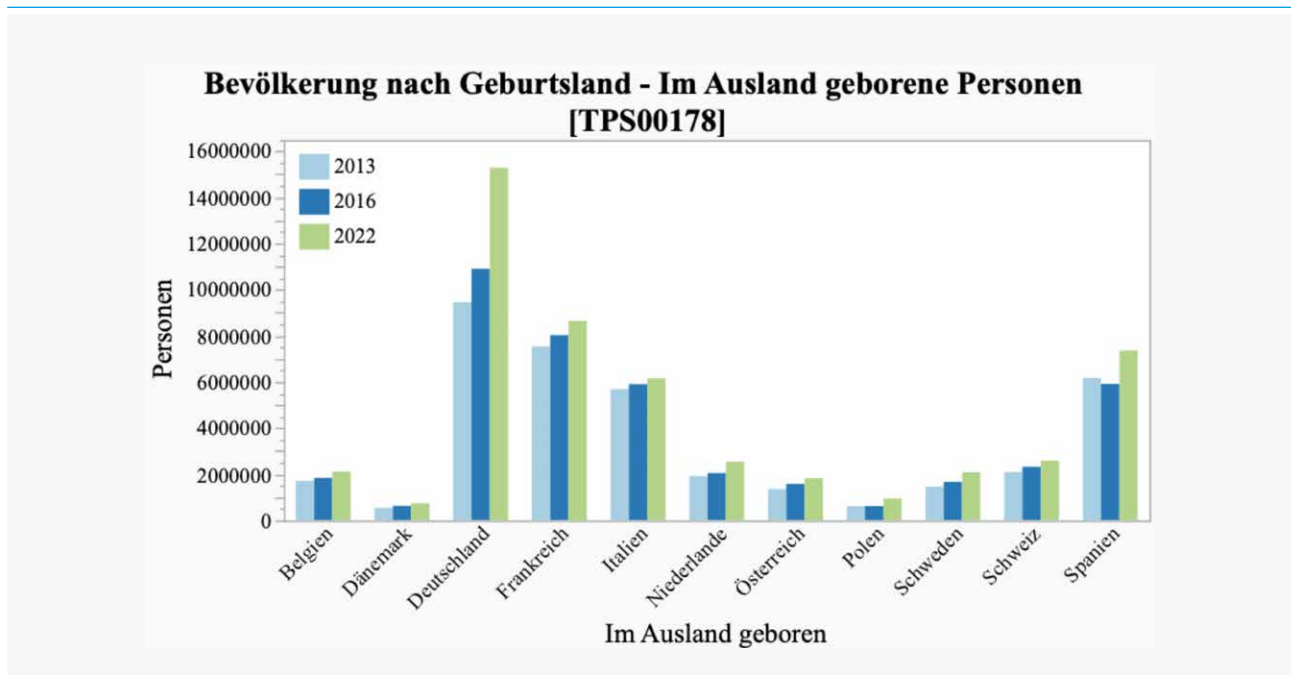
Zuwanderung aus EU-Ländern keiner staatlichen Steuerung unterliegt, sodass völlig unabhängig von der Zuwanderungspolitik der Bundesregierung diese Vielfalt bestehen bleibt, denn Familien aus Polen, Rumänien, Spanien oder Italien können ihren Wohnsitz in Europa frei wählen.

Auch bei den anderen sprachlichen Gruppen hat die Zuwanderungspolitik nur begrenzt Einfluss auf die neu entstandene sprachliche Vielfalt. Ohne eine stabile politische Ordnung im Nahen Osten und Nordafrika wird es immer wieder Fluchtbewegungen aus diesen Regionen geben. Es ist daher sinnvoll, die damit verbundene Herausforderung für das Bildungssystem nicht nur zu akzeptieren, sondern genauso wie in den 1960er- und 1970er-Jahren die sich aus solchen Prozessen ergebende strukturelle Benachteiligung bestimmter Gruppen offensiv zu thematisieren und zu prüfen, welche Strategien entwickelt werden können, damit alle Kinder aus den verschiedenen Regionen, die jetzt in Deutschland leben, die Chance haben, ihre Talente zu entfalten und ihre Fähigkeiten in Zukunft in und für die Gesellschaft einzubringen. Das entspricht nicht nur den Erwartungen an Deutschland auf der Basis der UN-Kinderrechtskonvention, sondern auch der Selbstverpflichtung Deutschlands zur Einhaltung des SDG4 (qualitative Bildung).

3.4 DAS NEUE WACHSTUM

Die Zuwanderung von Familien mit Kindern oder von jungen Leuten, die sich für Kinder entscheiden, ist in der demografischen Perspektive für Deutschland von Vorteil. Eine alternde Gesellschaft kann sich glücklich schätzen, wenn Kinder und Jugendliche einwandern bzw. hier geboren werden. Durch eine kluge Bildungspolitik besteht zum einen die Chance, die Talente dieser Kinder und Jugendlichen so zu entfalten, dass die Gesellschaft, ökonomisch gesprochen, vom Humankapital dieser Kinder profitieren kann. Zudem hat die Politik die Aufgabe, durch die staatlichen Institutionen und Angebote an die Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten, dass eine stabile Gesellschaft bestehen bleibt und sich entlang neuer Herausforderungen weiterentwickeln kann.

ABBILDUNG 22: BEVÖLKERUNG NACH GEBURTSLAND – IM AUSLAND GEBORENE PERSONEN

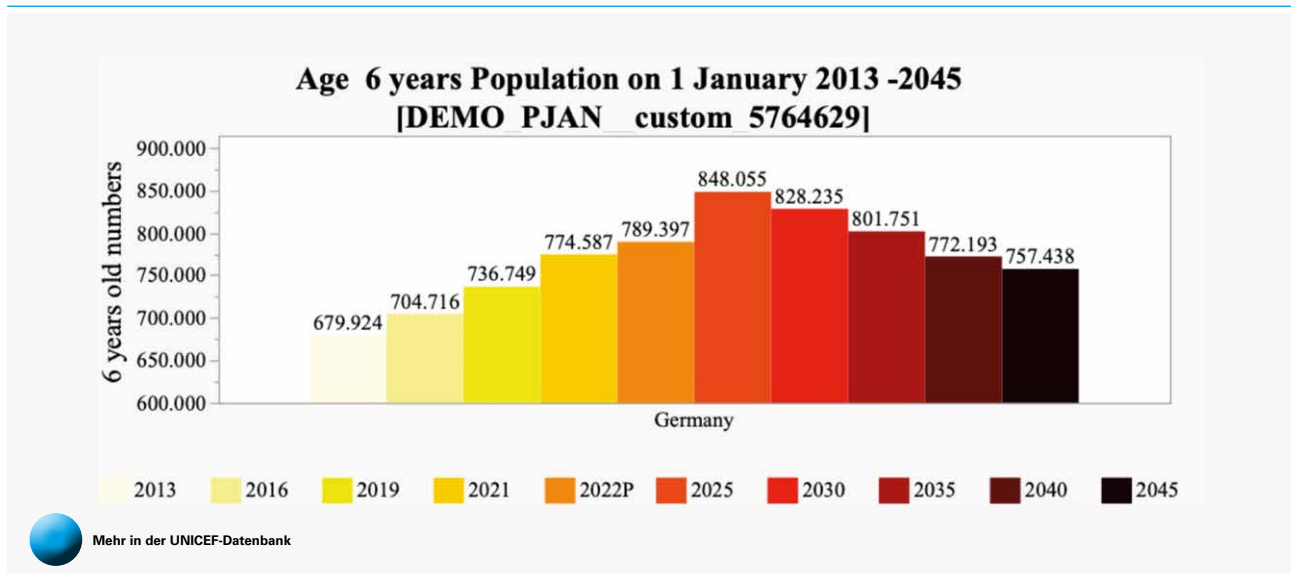


Quelle: Eurostat. Population on 1 January by age group, sex and country of birth, [MIGR_POP3CTB], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/687af282-70e8-4ebf-9c18-ba0e9d45d771?lang=en>.

Die weitere Entwicklung ist schwer abzuschätzen. Manchen Bevölkerungsprognosen zufolge ist mit zu 90 Millionen Bewohnern in Deutschland zu rechnen, aber das ist wie bei allen Prognosen nicht als verbindlich zu betrachten. Sicher ist hingegen, dass sich der Anteil der 6-jährigen Kinder zwischen 2013 und 2022 von 680.000 auf 790.000 gesteigert hat. Eurostat rechnet mit einer weiteren Zunahme bis 2025 auf 850.000 Kinder und prognostiziert dann einen Rückgang auf 760.000 Kindern im Jahr 2045, wobei diese Zahl noch höher liegt als 2013 und ungefähr dem Anteil von 2021 entspricht.

Nun geht in diese Prognose die Annahme ein, dass sich die Zuwanderung nach Deutschland insgesamt verringert. Eine Steigerung um 100.000 Kinder in 10 Jahren bedeutet auch, dass der Bedarf an Lehrern, Räumen und Material zunimmt. Diese Tendenz zeigt sich heute schon im Vorschulbereich, wo die Zahl der Kinder um rund 100.000 gestiegen ist, sodass wie in der Schule pro Altersjahrgang 100.000 zusätzliche Plätze zur Verfügung stehen müssen. Nun ist die Nachfrage nach Plätzen im Vorschulbereich anders als in der Schule bei den unter 3-Jährigen geringer, sonst würde der Platzmangel noch deutlicher ausfallen. Denn die 100.000 zusätzlichen Vorschulkinder oder auch die 150.000 zusätzlichen Schülerinnen

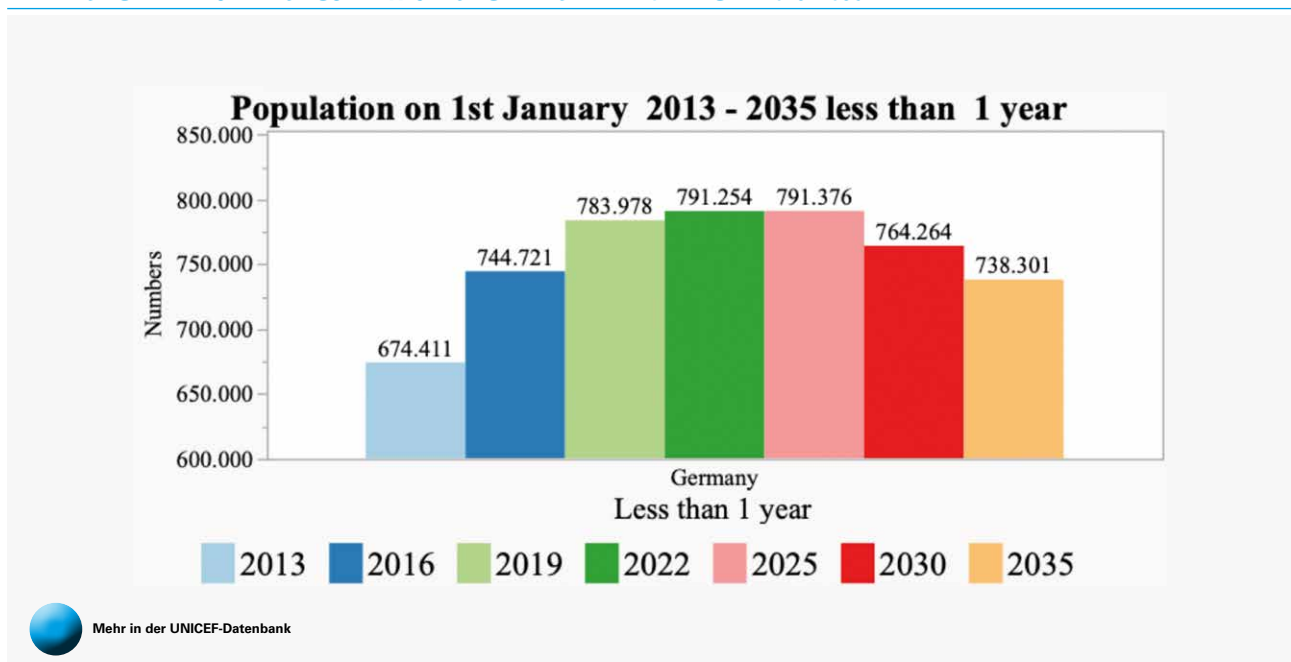
ABBILDUNG 23: BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG DER 6-JÄHRIGEN 2013–2045



Quelle: Eurostat. Population on 1st January by age, sex and type of projection, [PROJ_23NP__custom_5764408], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/99e23d94-4f87-4d61-8346-83680f7d29d0?lang=en>.

und Schüler bedeuten die Notwendigkeit, im Vorschulbereich die dreifache Zahl und im Grundschulbereich die vierfache Zahl an zusätzlichen Plätzen zur Verfügung zu stellen. Unter einer demografischen Perspektive lässt es sich angesichts dieser zahlenmäßig gewaltigen Veränderungen nicht nachvollziehen, dass lediglich die Arbeitszeit der Lehrer für das fehlende Angebot verantwortlich gemacht wird.

ABBILDUNG 24: BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG DER UNTER 1-JÄHRIGEN 2013–2035



Quelle: Eurostat. Population on 1 January by age and sex, [DEMO_PJAN__custom_5782320], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/DEMO_PJAN__custom_5782320/default/table?lang=en.



Maxis Lieblingsdisziplin in der Leichtathletik ist Kugelstoßen. Er nimmt erfolgreich an Wettbewerben teil und freut sich, dort seine sportlichen Vorbilder treffen zu können.

Klemm⁴³ weist in seiner Kritik an der Prognose der Kultusministerinnen und -minister hinsichtlich des Lehrkräftebedarfs darauf hin, dass es nicht nur mehr Kinder gibt, sondern dass mittlerweile auch ein Rechtsanspruch auf die Nachmittagsbetreuung nach der Schule besteht. Angesichts der Tatsache, dass die sprachliche Vielfalt und der Umgang mit ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergründen Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte vor neue Herausforderungen stellt, wären in diesem Bereich in den letzten Jahren eigentlich umfangreiche Investitionen nötig gewesen.

3.4.4 VON DEN STARKEN ZU DEN SCHWACHEN: QUALITATIV GUTE BILDUNG NEU GEDACHT

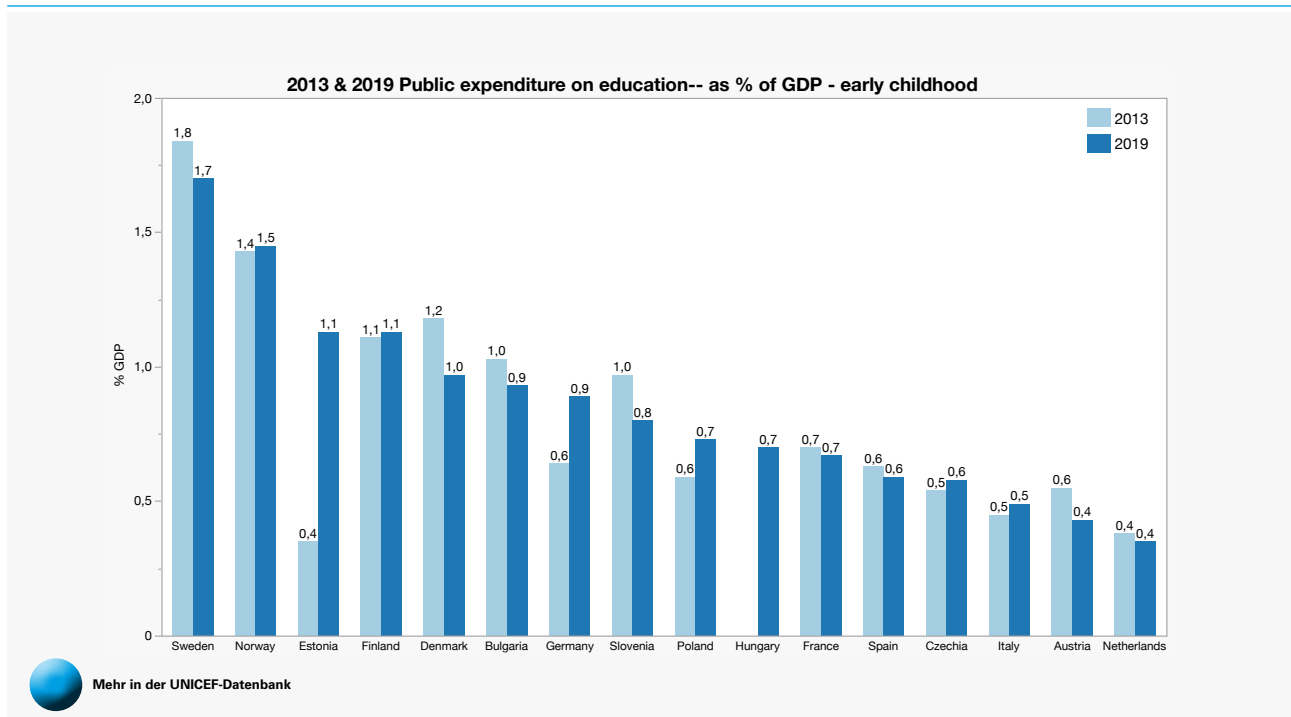
Wenn öffentlich über Bildung und Geld gesprochen wird, geht es meist um die Frage, ob der Bund, die Länder oder die Kommunen für die Leistungen und die daraus entstehenden Kosten im Bildungssystem zuständig sind. Manchmal werden als Grund für den Lehrkräftemangel die Gehälter thematisiert. Und es lohnt sich, über Geld und Finanzen zu reden, weil sich im internationalen Vergleich die Prioritätensetzung in den einzelnen Bildungsbereichen und den einzelnen Bundesländern abschätzen lässt.

Die Ausgaben für den vorschulischen Bereich haben von 2013 bis 2019, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), von 0,6 % auf 0,9 % deutlich zugenommen, was als beeindruckende Leistung zu werten ist. Das gilt vor allem für die Kommunen und die Bundesländer. Diese Steigerung wurde mit der kontinuierlich zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit begründet, wie es im Nachhaltigkeits-Dashboard

⁴³ Klemm, Klaus. Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030. Berlin: Verband Bildung und Erziehung, 2022.

des Statistischen Bundesamts⁴⁴ heißt. Dabei ist dieser Zusammenhang auch in wirtschaftlicher Hinsicht für alle Beteiligten lohnend, weil bei den Familien mit Kindern eine solide ökonomische Basis besteht, wenn beide Eltern erwerbstätig sind. Kommunen, Länder und der Bund können in ihren Bereichen auf qualifiziertes Personal zurückgreifen, weil viele öffentliche Dienstleistungen eine deutliche Dominanz weiblicher Beschäftigter zeigen. Weiterhin ist nicht nur die Steigerung des BIP wesentlich der Integration der Frauen ins Erwerbsleben zu verdanken, sondern auch die Steigerung der Steuereinnahmen, wie der 4. Familienbericht (1994) gezeigt hat.

ABBILDUNG 25: AUSGABEN FÜR DIE FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN PROZENT GDB/BIP



Quelle: Eurostat. Public expenditure on education by education level and programme orientation - as % of GDP, [EDUC_UOE_FINE06_custom_5760500], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/EDUC_UOE_FINE06_custom_5760500/default/table?lang=en.

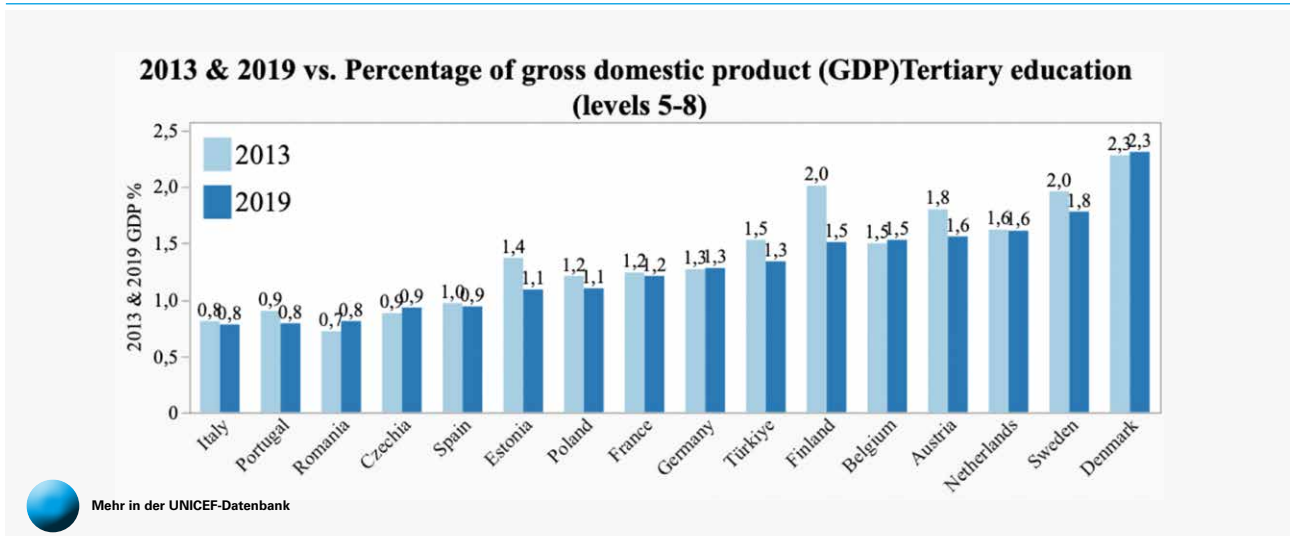
Trotz dieser erfolgreichen Politik sind die Ausgaben für Bildung im europäischen Vergleich auf einem mittleren Niveau. Der Spitzenreiter Schweden kommt auf etwa 1,7 % Aufwendungen, gemessen am BIP, Norwegen auf 1,4 % und Finnland auf 1,1 %. Italien, Österreich, aber auch die Niederlande liegen bei 0,5 % und weniger. Die Planungen zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung waren wesentlich an der vermuteten höheren Nachfrage als Folge der antizipierten Steigerung der Integration der Mütter ins Erwerbsleben orientiert. Die deutliche Steigerung der Kinderzahlen wie die Zunahme der Geburten von etwa 1,3 Kindern auf etwa 1,5 bis 1,6 Kinder pro Frau oder die verstärkte Migration wurden in diesen ursprünglichen Planungen kaum berücksichtigt⁴⁵. So konnte durch die zwar insgesamt finanziell erfolgreiche Politik und den erstaunlich zügigen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze der Nachfrage nicht entsprochen werden. Die in manchen Bundesländern neue und größere Vielfalt führt zu neuartigen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den

44 Destatis. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern. <http://dns-indikatoren.de/4/>.

45 Strecker, Alica et al. (Hrsg.). Qualifizierung für Inklusion. Elementarbereich. Münster, New York: Waxmann, 2022. <https://www.fachportal-paedagogik.de/literatur/>.

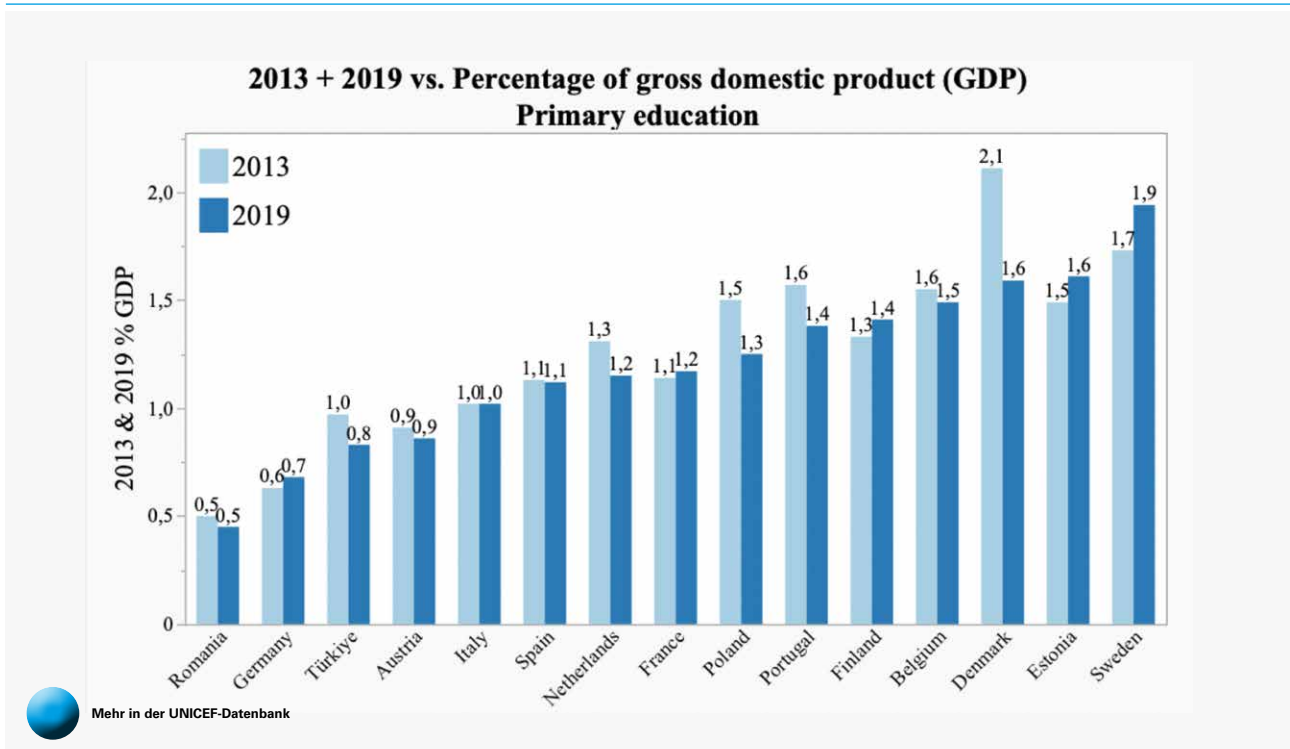
Kindertagesstätten, die sie ad hoc „aus dem Bauch heraus“ bewältigen müssen. Elternarbeit mit Vätern und Müttern, die neu zugewandert sind und sich noch nicht richtig verständigen können, ist ebenso herausfordernd wie das Schlichten eines Streits zwischen Kindern, die zudem Verständigungsschwierigkeiten haben. Die vorschulischen Bildungsinstitutionen sind in diesem Sinne Orte gesellschaftlicher Integration. Bei gestiegenen Geburtenraten, deutlich gewachsener Migration und neuen Aufgaben ist der Mittelplatz, den Deutschland hier einnimmt, als nicht hinreichend zu bewerten.

ABBILDUNG 26: AUSGABEN FÜR DIETERTIÄRE BILDUNG



Quelle: Eurostat. Public expenditure on education by education level and programme orientation – as % of GDP, [EDUC_UOE_FINE06_custom_5760500], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/c5660bf8-ba70-4589-a82f-6857ba4a8510?lang=en>.

ABBILDUNG 27: AUSGABEN FÜR DIE GRUNDSCHULBILDUNG IN RELATION ZUM GDB/BIP



Quelle: Eurostat. Public expenditure on education by education level and programme orientation – as % of GDP, [EDUC_UOE_FINE06_custom_5760500PRIMARY], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/EDUC_UOE_FINE06_custom_5760500/default/table?lang=en.

Bei der obersten Bildungsstufe, den letzten Schuljahren bis zum Abitur, bewegt sich Deutschland ebenfalls im Mittelfeld. Auch hier liegen Schweden und Dänemark mit etwa 2 % Ausgaben gemessen am BIP weit vorn, während Finnland seine Ausgaben von 2 % auf 1,5 % deutlich zurückgefahren hat. Deutschland steht hier wie die Türkei bei 1,3 %. Länder wie Italien, die auch in den anderen Bildungsstufen wenig investieren, gehören auch hier zu den Schlusslichtern. Das mittlere Kompetenzniveau der Spitzengruppe in der PISA-Studie (OECD) korrespondiert erkennbar mit dem Investitionsverhalten von Deutschland und auch manchen anderen Ländern. Bei diesem Verhalten beschränkt sich der Wille, zur Spitze zu gehören, eher auf die Hoffnung, besonders effiziente Strategien zur Kompetenzentwicklung von Kindern und Jugendlichen im eigenen System zu haben.

Daran ist jedoch zu zweifeln, weil die Ausgaben für die Grundschule, gemessen am BIP, mit 0,7 % näher beim Schlusslicht Rumänien mit 0,5% liegen als bei den Ländern in der Mitte. Frankreich, Polen, die Niederlande oder Spanien investieren zwischen 1,1 und 1,3 % des BIPs, Finnland mit 1,4 % ziemlich genau das Doppelte von Deutschland, und Schweden mit 1,9 % noch mehr. Gemessen am BIP ist das fast die dreifache Summe wie in Deutschland.

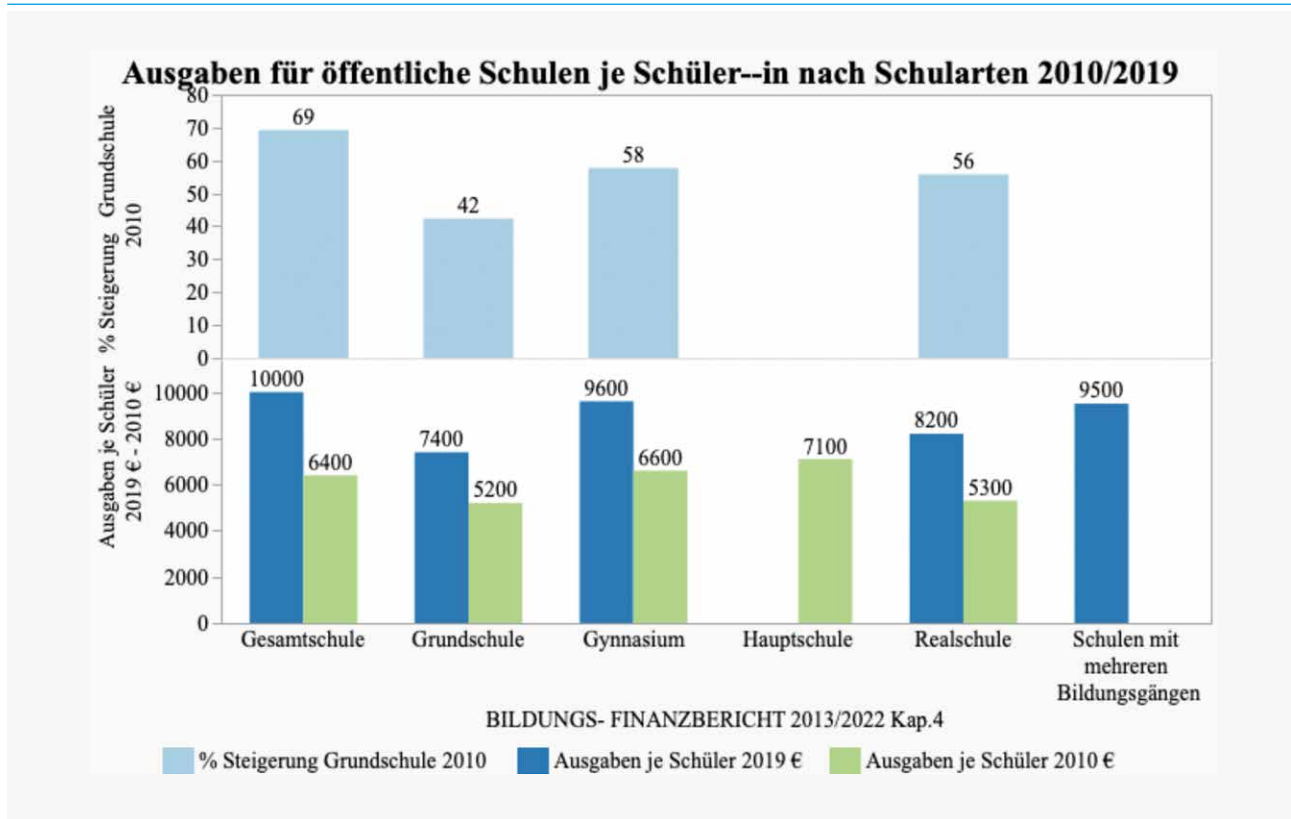
Nun führt diese Tabelle wieder zur Diskussion um Deutschland als Schlusslicht bei der erfolgreichen Ausbildung von Kindern mit Migrationshintergrund. Das betrifft 32 % der in Europa geborenen und 35 % der nicht in Europa geborenen Kinder, die Deutschland den kritischen Spitzenplatz in diesem Bereich eingebracht haben. In einer kulturell vielfältigen Gesellschaft mit einer wachsenden Bevölkerung sind jedoch Einrichtungen, wie Krippe, Kindergarten, Vorschule und Grundschule die zentralen Orte, an denen sich entscheidet, ob Kinder unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft ihre Talente frei entfalten können oder ob sie als „Versagerin“ oder „Versager“ aus dem Schulsystem ausgegrenzt werden und damit auch im späteren Leben häufig vor verschlossenen Türen stehen werden.

Diese Auffassung wird von den Kultusministerinnen und -ministern offensichtlich nicht geteilt. Abbildung 28 gibt die Ausgaben für die öffentlichen Schulen je Schüler nach Schularten zwischen 2010 und 2019 wieder. Hier sind auch die prozentualen Steigerungen, gemessen an den Ausgaben für Grundschülerinnen und -schüler, in 2010 wiedergegeben. Das Bild zeigt eindeutig, dass die Gesamtschulen die Lieblinge der zuständigen Kultuspolitikerinnen und -politiker sind: Rund 10.000 Euro kostet dort eine Schülerin/ein Schüler, im Gymnasium 9.600 Euro und in Schulen mit mehreren Bildungsgängen 9.500 Euro. Für die Grundschule müssen 7.400 Euro pro Schülerin/Schüler reichen. Bezogen auf die Ausgaben für die Grundschule in 2010 erreichen die Gesamtschulen eine Steigerung von fast 70 %, die Gymnasien folgen mit 58 %, und die Grundschule liegt bei 42 %. Diese Zahlen stammen aus den Bildungsfinanzberichten 2013 und 2022.

Grundschulen und Hauptschulen standen bei den Bildungsreformen nicht im Zentrum des Interesses. Wissenschaft und Politik konzentrierten sich im Wesentlichen darauf, den Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Systeme zu ermöglichen, und nahmen dafür viel Geld in die Hand. Der Erfolg für einen Großteil der jungen Erwachsenen mit Abitur und der Möglichkeit zu studieren, blieb nicht aus.

Trotz dieser im Grundsatz erfolgreichen Politik blieb der Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und der Option, das weiterführende System zu besuchen, erstaunlich konstant. Eine Ursache besteht darin, dass sich die Form der sozialen Ungleichheit und der Benachteiligung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten deutlich verändert hat. Diese war, wie empirische Untersuchungen zeigen konnten (Peisert), sozioökonomisch und religiös bedingt und betraf vorwiegend Kinder aus ländlichen Regionen sowie Mädchen. Diese Faktoren haben heute an Bedeutung verloren, da sich die strukturelle Benachteiligung im Wesentlichen auf Kinder mit Migrationshintergrund konzentriert.

ABBILDUNG 28: AUSGABEN FÜR ÖFFENTLICHE SCHULEN JE SCHÜLERIN/SCHÜLER NACH SCHULARTEN 2010 UND 2019



Quelle: Destatis. Bildungsfinanzbericht 2022, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-1023206227004.pdf?__blob=publicationFile.

3.5 PERSPEKTIVEN FÜR EINE DIVERSE SCHULE

Aus den hier zusammengetragenen Daten lässt sich für die 9. Jahrgangsstufe (15-Jährige) festhalten, dass Deutschland sowohl in der Spitzengruppe als auch bei denjenigen, die diese Kompetenzleistung nicht erbringen, im Mittelfeld liegt. Die Daten vom IQB zeigen für die Grundschule seit 2011 deutliche Verschlechterungen, die sich schon bei der Erhebung 2016 erkennen ließen. Durch die Pandemie wurden in dieser Altersgruppe die vorhandenen Tendenzen noch verstärkt; eine endgültige Analyse der Wirkungen der Pandemie und der damit verbundenen Schulschließungen wird auf der Basis der OECD-Erhebungen von 2022 durchgeführt werden. Hier ist auch deutlich geworden, dass das Hauptproblem im deutschen Bildungssystem nicht die mangelnden Spitzenleistungen sind, sondern die Probleme im Vorschul- und im Grundschulbereich. Die durch die zunehmende Geburtenrate und die Zuwanderung deutlich gestiegene Zahl der Kinder belastet aktuell Vor- und Grundschule. Diese Belastung ist nicht vorübergehend, sondern wird nach den Prognosen von Eurostat bis in die 2040er-Jahre anhalten. Sie ist aber nicht allein den Zahlen und der gestiegenen Nachfrage zuzurechnen, sondern resultiert auch aus der diversen Zusammensetzung der Kinder in der Vorschule und Schule. Stammen 40 % der Kinder aus unterschiedlichen Kulturkreisen Sprachräumen, stellt dies die Vorschule und die Schule vor bisher ungekannte Probleme, denn die Kinder kommen nicht aus einem homogenen Kulturkreis. Das Spezifische an der Zuwanderung in Deutschland ist die Vielfalt aus unterschiedlichen europäischen Kulturen innerhalb und außerhalb der EU, sowie der Kinder aus Vorderasien und Afrika.

In keinem der hier verglichenen europäischen Länder scheitern so viele Kinder und Jugendliche an einem erfolgreichen Schulabschluss wie in Deutschland. Ziel der klassischen Bildungspolitik, die noch heute politische Entscheidungen und wissenschaftliche Urteile prägt, war es, unterschiedlichen sozialen Gruppen den Zugang zum weiterführenden System zu ermöglichen. Heute jedoch geht es darum, in einer diversen Schülerschaft zu gewährleisten, dass Kinder mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in etwa die gleichen Chancen erhalten wie die Kinder, die hier geboren wurden und in dieser Kultur groß geworden sind. Das entspricht nicht nur der Forderung der UN-Kinderrechtskonvention, vielmehr haben grundsätzlich alle Kinder in Deutschland den Anspruch auf die gleiche Förderung, unabhängig davon, ob sie hier geboren wurden oder nicht..

Diesen Anspruch zu erfüllen, geht über die UN-Kinderrechtskonvention hinaus, im schlichten ökonomischen Interesse Deutschlands. Der Facharbeitermangel wäre signifikant geringer, wenn Deutschland den nur als peinlich zu bezeichnenden Schlussplatz bei den Schulabsolventinnen und -absolventen ohne Abschluss verlieren könnte. Dieser Ansatz bietet mehr Potenzial als die abstrakte Hoffnung auf qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer. Denn welcher junge Mann und welche junge Frau mit guter Qualifikation etwa aus Spanien, Italien oder der Türkei wird Deutschland als Zuwanderungsort wählen, wenn sie wissen, dass ihre Kinder mit großer Wahrscheinlichkeit im deutschen System untergehen werden? Zudem birgt der mittlerweile bestehende Rechtsanspruch der Kinder auf eine Nachmittagsbetreuung in der Grundschule die Chance, den Vorschul- und Grundschulbereich neu zu strukturieren, mit dem Ziel der gleichen Chancen für alle Kinder, unabhängig vom kulturellen Hintergrund.

Hier ist nicht der Ort für ein entsprechendes Reformkonzept, daher werden nur einige Fragen formuliert, die es zu diskutieren gilt. Die kindliche Sprachentwicklung ist ein einheitlicher Prozess, der unter einer institutionellen Perspektive in der Krippe und im Kindergarten beginnt und in der Grundschule wesentlich abgeschlossen wird. Müssten daher nicht die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Grundschullehrerinnen und -lehrer eine aufeinander abgestimmte Ausbildung haben, um den Übergang zwischen diesen Bereichen so gestalten zu können, dass sich um einen gemeinsamen Prozess handelt?

Manche Eltern gehen davon aus, dass allein die Schule als Lernort für das Lernen der Kinder verantwortlich ist. Unser System der Vormittagsschule setzt hingegen auf die konstruktive Mitarbeit der Eltern. Für eine Bildungsministerin mag es selbstverständlich sein, dass die schlechten Leseleistungen der Kinder in der IQB-Studie durch Leseübungen zu Hause kompensiert werden. Das entspricht dem deutschen Selbstverständnis, möglicherweise aber nicht jenem von Kindern und Eltern aus anderen Kulturen.

Deutschland braucht daher eine Debatte dazu, die Grundschule auf Dauer als Ganztagschule mit verpflichtendem Charakter einzurichten, auch wenn viele deutsche Eltern dieser Forderung ambivalent gegenüberstehen. In diesem Zusammenhang ist an die Einführung der Schulpflicht in der Weimarer Republik zu erinnern. Die vorher herrschende Unterrichtspflicht, die die Verantwortung für das Lernen allein den Eltern überließ, war für Mittel- und Oberschichteltern in Preußen und im Deutschen Reich kein Problem. Dennoch wollten die Weimarer Verfassungsmütter und -väter, dass alle Kinder unabhängig vom Engagement ihrer Eltern die gleichen Chancen erhalten. Daher wurde nicht nur die Schulpflicht eingeführt, sondern auch eine Bestrafung der Eltern, wenn sie der Schulpflicht nicht Genüge leisteten.

Die einfache Frage heute ist, ob fünf Stunden Deutschunterricht für alle Kinder wirklich ausreichen. Für die Verbesserung des Sprach- und des Deutschunterrichts gibt es eine Fülle von Anregungen⁴⁶, zu deren

46 Gentrup, Sarah. Sprach- und Schriftsprachförderung wirksam gestalten. Evaluation umgesetzter Konzepte. Stuttgart: Kohlhammer, 2021.

Umsetzung in Vorschule und Schule jedoch Zeit und Personal benötigt werden. Statt über die Arbeitszeit von Erzieherinnen, Erziehern und Lehrkräften zu diskutieren, erscheint es sinnvoller, die Attraktivität – nicht allein die finanzielle – des Berufs zu thematisieren. Eine inklusive Schule setzt voraus, dass die Unterrichtenden genügend Zeit haben, sich mit den diversen Ansprüchen der Kinder richtig auseinanderzusetzen. Dazu wurde das Team-Teaching entwickelt, sodass eine Lehrkraft im Unterricht die Möglichkeit hat, die besonderen Bedürfnisse von Kindern gemeinsam mit einem Kollegen oder einer Kollegin aufzugreifen. Das erfordert notwendigerweise einen anderen Personalschlüssel.

In diesem Zusammenhang ist es lohnend, noch einmal auf die Bildungsreform der 1960er- und 1970er-Jahre zurückzublicken, als die Expansion des Schulsystems und die Bewältigung des Babybooms die damaligen Kultusministerinnen und -minister vor ähnliche Probleme stellten. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Mikat prägte damals die sogenannten „Mikätzchen“: Voraussetzung, um in den Schuldienst einzutreten, waren eine 2-jährige pädagogische Ausbildung und das Abitur.

Welche Ideen oder Wege entwickelt werden, muss hier nicht im Einzelnen diskutiert werden, aber es sollte deutlich geworden sein, dass in einer diversen Schule und einem diversen Bildungssystem nicht von der Schule oder vom Bildungssystem aus zu denken ist, sondern ausgehend von den betroffenen Kindern. Das bedeutet auch, dass nicht traditionelle Alters- und Eintrittsgrenzen in Vorschule und Schule zur Differenzierung des Angebots führen dürfen, sondern die kontinuierliche Entwicklung des Kindes im Mittelpunkt stehen muss.

Angesichts der kulturell sehr unterschiedlichen Erwartungen an die Schule und den Kindergarten sind auch neue Formen der Elternarbeit erforderlich, um das System auch jenen Menschen verständlich zu machen, die aus einer anderen Kultur kommen. Bei dieser Diskussion, die hier nicht im Einzelnen geführt werden kann, kann auf die Erfahrungen aus den 1980er-Jahren zurückgegriffen werden. Um mehr Menschen in das Bildungssystem zu integrieren und ihnen mehr Möglichkeiten einzuräumen, muss die Bildung zu den Menschen kommen. Die Zielgruppen sind sehr genau zu adressieren. Nach Deutschland kommen heute Kinder aus EU-Ländern, aus anderen europäischen Ländern, aus Asien und aus Afrika. Sie sind ein Gewinn für diese Gesellschaft, weil sie diese mit ihren Talenten bereichern. Das setzt voraus, dass die Bildungspolitikerinnen und -politiker akzeptieren, für die nächste Zeit das Kernproblem einer zukunftssicheren Bildungspolitik in der Neugestaltung von Vorschule und Schule zu sehen, weil das derzeitige System einen großen Teil dieser Kinder so schlecht fördert, dass Deutschland im europäischen Vergleich bei den erfolgreichen Schulabschlüssen dieser Kinder das Schlusslicht ist.

4 ARME KINDER IN EINEM REICHEN LAND

4.1 DIE PERSPEKTIVE

Bei einem UNICEF-Report zur kindlichen Armut in wohlhabenden Ländern muss der Armutsbegriff sehr genau betrachtet werden. Denn UNICEF stellt weltweit die Daten für die kindbezogenen Elemente der Nachhaltigkeitsziele zusammen, auf deren Basis geprüft wird, ob und inwieweit einzelne Länder ihre Ziele erreicht haben. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, sich mit den unterschiedlichen Konzeptionen relativer Armut im Einzelnen zu befassen. So wird auf der internationalen Ebene mit der relativen Armut operiert, die durch die OECD-Skala gemessen wird, während im europäischen und im deutschen Kontext eine eigene EU-Skala angewandt wird. Es ist ein wesentlicher Aspekt dieses Kapitels, die unterschiedlichen Vorstellungen relativer Armut und auch ihre Auswirkungen auf die Zahl der davon betroffenen Kinder zu charakterisieren und dann zu versuchen, jene Gruppen zu identifizieren, die von relativer Armut betroffen sind. Gleichzeitig soll deutlich gemacht werden, welche zentralen Ursachen für die Armutsgefährdung verantwortlich sind und welche Konsequenzen zu erwarten sind.

Der Titel dieses Kapitels stammt von Rainwater und Smeeding⁴⁷, die auf der Basis einer Serie unterschiedlicher Untersuchungen den Versuch unternommen haben, einen auch international vergleichbaren Indikator zur Definition des soziokulturellen Existenzminimums zu entwickeln. Dieses Konzept war so erfolgreich, dass es nicht nur in zahlreichen internationalen Studien genutzt wurde, sondern als neue OECD-Skala noch heute weltweit angewandt wird. Die Autoren weisen nach, dass Haushalte, in denen mehrere Personen zusammenleben, ökonomisch deutlich effizienter wirtschaften können als Einpersonenhaushalte. Dabei wird weniger Wohnfläche benötigt und Geräte lassen sich effizienter nutzen, zudem lässt sich der alltägliche Verbrauch effizienter gestalten. Wird bei einer alleinlebenden Person der Aufwand der Haushaltsführung mit 1 berechnet, dann beträgt nach den Berechnungen von Rainwater und Smeeding der Vorteil für die zweite Person, im selben Haushalt zu leben, 50 %. Ein Kind bis zu 14 Jahren kostet in einer solchen familiären Konstellation nur 30 %, so dass diese drei Personen zusammen gegenüber zwei alleinlebenden Personen mit 1,8 gewichtet werden, um das notwendige Haushaltseinkommen zu berechnen. Entsprechend sind es bei zwei Erwachsenen und zwei Kindern 2,1, wenn die Kinder noch unter 14 Jahren sind.

Rainwater und Smeeding versuchten, ein soziokulturelles Existenzminimum zu definieren, das ihrer Meinung nach etwa bei 50 % des Medianeinkommens einer Gesellschaft liegt. Dieses Modell übernahm die OECD und nutzt es noch heute international, um die relative Armut in einzelnen Gesellschaften einzuschätzen und auch die relative Kinderarmut international zu vergleichen. Der Nobelpreisträger Amartya Sen hat in diesem Zusammenhang jedoch darauf verwiesen, dass durch diese nur auf das Einkommen bezogene Interpretation von relativer Armut die Bedeutung der Teilhabe einzelner Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht hinreichend abgebildet wird. Teilhabe bedeutet für Sen die Möglichkeit des Einzelnen, nach eigenen Vorstellungen und auf der Basis der eigenen Kompetenzen die gesellschaftliche Entwicklung mitzubeeinflussen. Einkommen allein, auch wenn damit das soziokulturelle Existenzminimum erreicht wird, heißt nicht notwendigerweise, dass in einer Gesellschaft die Möglichkeit besteht, dass jedes Individuum sich entsprechend seiner eigenen Kompetenz in die Gesellschaft einbringen kann. Der im vorigen Abschnitt nachgewiesene, im internationalen Vergleich sehr

⁴⁷ Rainwater, Lee / Smeeding, Timothy M. Doing Poorly: The Real Income of American Children in a Comparative Perspective. Luxembourg Income Study. Working Paper No. 127. Syracuse University, 1995.



Ninas Familie spielt das „Stäbchenspiel“. Da es allen drei Kindern gefällt, spielt die Familie regelmäßig Gesellschaftsspiele.

hohe Anteil von Kindern ohne Schulabschluss, deren Eltern im Ausland geboren wurden, belegt eine erhebliche Einschränkung der Teilhabechancen dieser Kinder. Sen weist zudem darauf hin, dass auch in reichen und gut entwickelten Gesellschaften die ungleiche Verteilung von Infrastruktur zu erheblichen Benachteiligungen beitragen kann. So hat die Corona-Pandemie deutlich gemacht, dass eine gute Infrastruktur für das Internet eine zentrale Basis für Homeschooling ist. Nur gibt es in Deutschland qualitative Variationen dieser Infrastruktur.

In der öffentlichen Debatte um Kinderarmut dominiert in Deutschland immer noch das Modell relativer Armut auf der Basis der Analyse von Einkommensdifferenzen. Demgegenüber begann Eurostat schon früh, eine mehrdimensionale Konzeption zu entwickeln, die an Sens Überlegungen orientiert ist. Einkommensarmut ist in dieser statistischen Konzeption als Armutsrisiko definiert. Es wird auf der Basis der OECD-Skala berechnet, wobei nicht 50 %, sondern 60 % des Medians als Grenze für das Armutsrisiko definiert werden.

Aus Sicht von Eurostat ist Inklusion, also das Bestehen von Teilhabechancen, daran geknüpft, ob Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene, seien es Väter oder Mütter oder Alleinlebende, als einzelne Person entweder eine berufliche Perspektive haben oder aber fest in die Arbeitswelt integriert sind. Das mag eine enge Definition von Inklusion sein, aber dass die beruflichen Perspektiven oder auch die berufliche Integration ein wesentliches Element von Inklusion darstellen, dürften die meisten Europäerinnen und Europäer bestätigen.

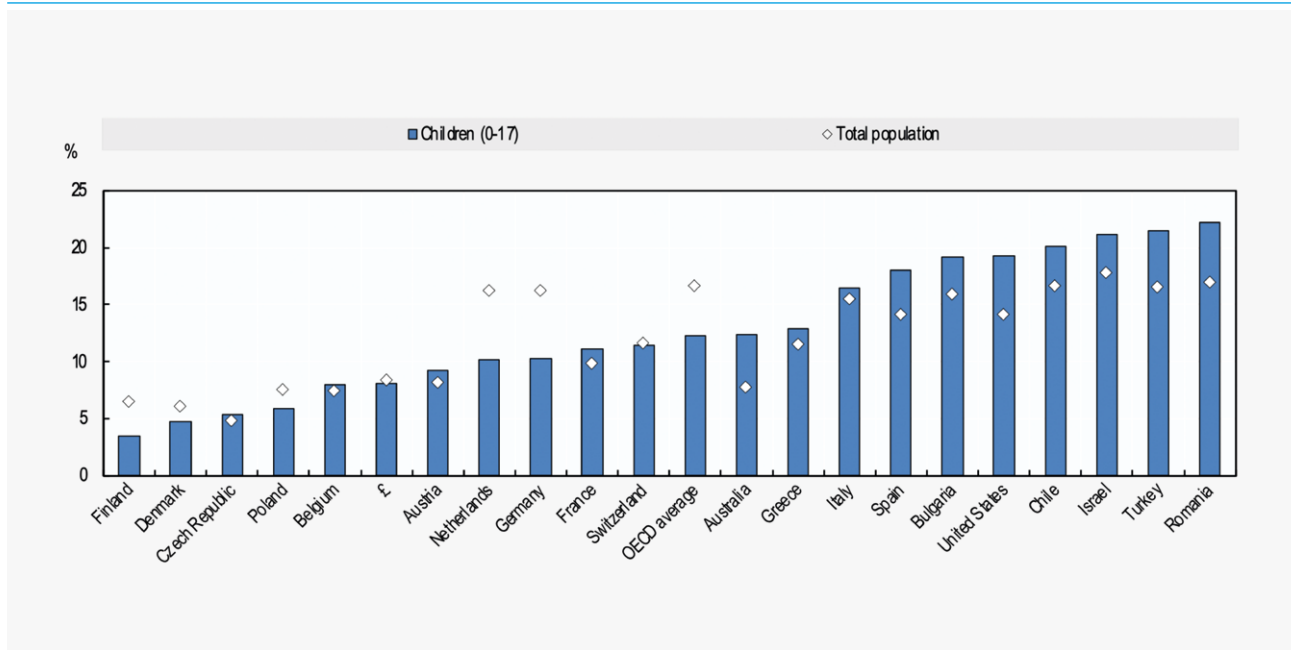
Materielle Deprivation wird von Eurostat als drittes Element genannt. Hier gehen Dinge des täglichen Bedarfs ein, aber auch Fragen zum Wohnraum und zur Infrastruktur. Da die Bundesstatistik Teile des europäischen Modells in den Mikrozensus integrierte, wird sich auf Dauer diese weitere Perspektive in der Armutsdebatte auch in der Öffentlichkeit durchsetzen.

Für politiktunhe Aussagen zum kindlichen Wohlbeftinden ist ein solches Konzept eher geeignet, weil die alleinige Konzentration auf die Einkommensarmut nur dazu führen kann, die Einkommenssituation zu verbessern. Das reicht aber nicht immer zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft aus. Da das zentrale Anliegen des kindlichen Wohlbeftindens darin zu sehen ist, die Zukunftsperspektiven und Teilhabechancen von Kindern zu verbessern, ist eine weitere Perspektive sinnvoll.

4.2 EINKOMMENSARMUT UND DIE VIELFALT KINDLICHER LEBENSFORMEN

Auf der Basis der OECD-Skala (50 % Median) ist in Deutschland keine Armut von Kindern festzustellen, die über das Ausmaß relativer Armut der Gesamtbevölkerung hinausgeht. Sowohl für die Gesamtbevölkerung wie für die Kinder und Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahr berechnet die OECD eine relative Armutsquote von etwa 10 %.

ABBILDUNG 29: OECD: RELATIVE EINKOMMENSARMUT



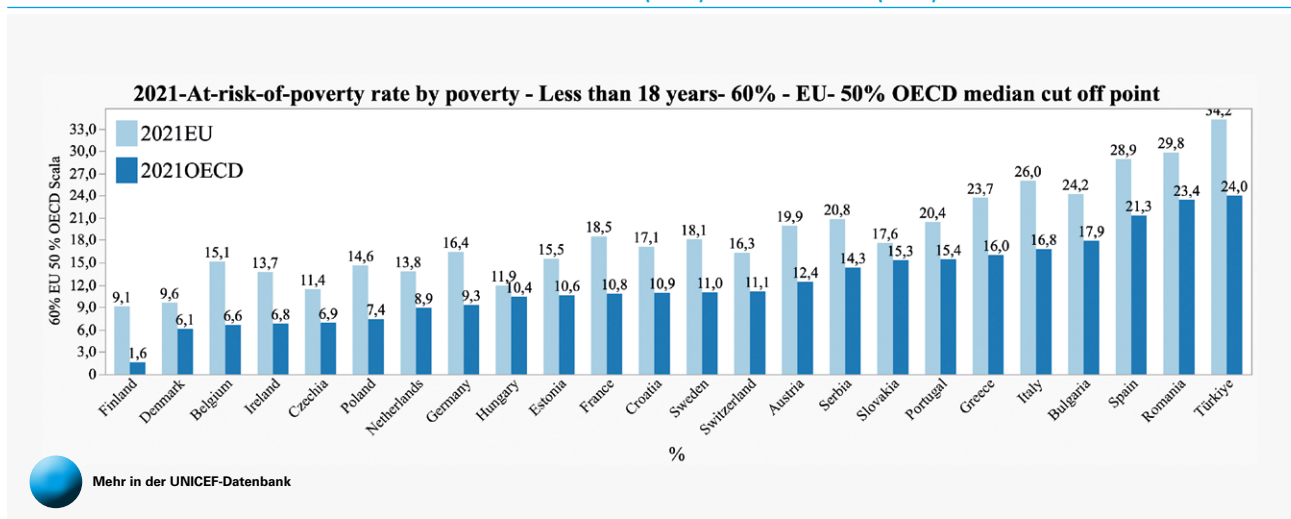
Quelle: OECD. OECD Income (IDD) and Wealth (WDD) Distribution Databases, <https://www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm>.

Nach der Originalgrafik der OECD liegt die relative Armutsquote in Deutschland im OECD-Vergleich unterhalb der Mitte. Finnland oder Dänemark weisen bei Kindern deutlich geringere Werte auf, obwohl die gesamte relative Armutsquote nur halb so hoch ist wie in Deutschland. Die OECD schätzt die relative Armutsquote der Gesamtbevölkerung höher ein. Daher wird hier die Originalgrafik der OECD wiedergegeben; in der Öffentlichkeit und in manchen Verbänden wird unter Bezugnahme auf die OECD-Skala anderes berichtet.

Weder die Armutsquoten der Gesamtbevölkerung noch die der Kinder folgen einem sozialpolitischen Modell verschiedener Wohlfahrtsstaaten. Die Kinderarmut in Schweden, gemeinhin als ein besonders guter Wohlfahrtsstaat interpretiert, ist höher als in Polen oder auch in der Slowakei und entspricht in

etwa den ungarischen Werten. In der Türkei, Rumänien, Bulgarien, Spanien oder Italien zeigen sich deutliche Differenzen zwischen der Gesamtbevölkerung und der kindlichen Armut; dort liegen die Armutswerte über 20 %. Beim Vergleich der offiziellen Werte der OECD mit den offiziellen Werten von Eurostat oder dem Statistischen Bundesamt zeigen sich deutlich unterschiedliche Ergebnisse, was damit zu begründen ist, dass die Gewichtung innerhalb der Skalen identisch ist, aber mit zwei unterschiedlichen Medianwerten gearbeitet wird. Eurostat und das Statistische Bundesamt definieren das Risiko der Einkommensarmut mit 60 % des Medianeinkommens, allerdings ohne zu begründen, warum vom etablierten OECD-Standard von 50 % abgewichen wird.

ABBILDUNG 30: ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE OECD-SKALA (50 %) UND EU-SKALA (60 %)



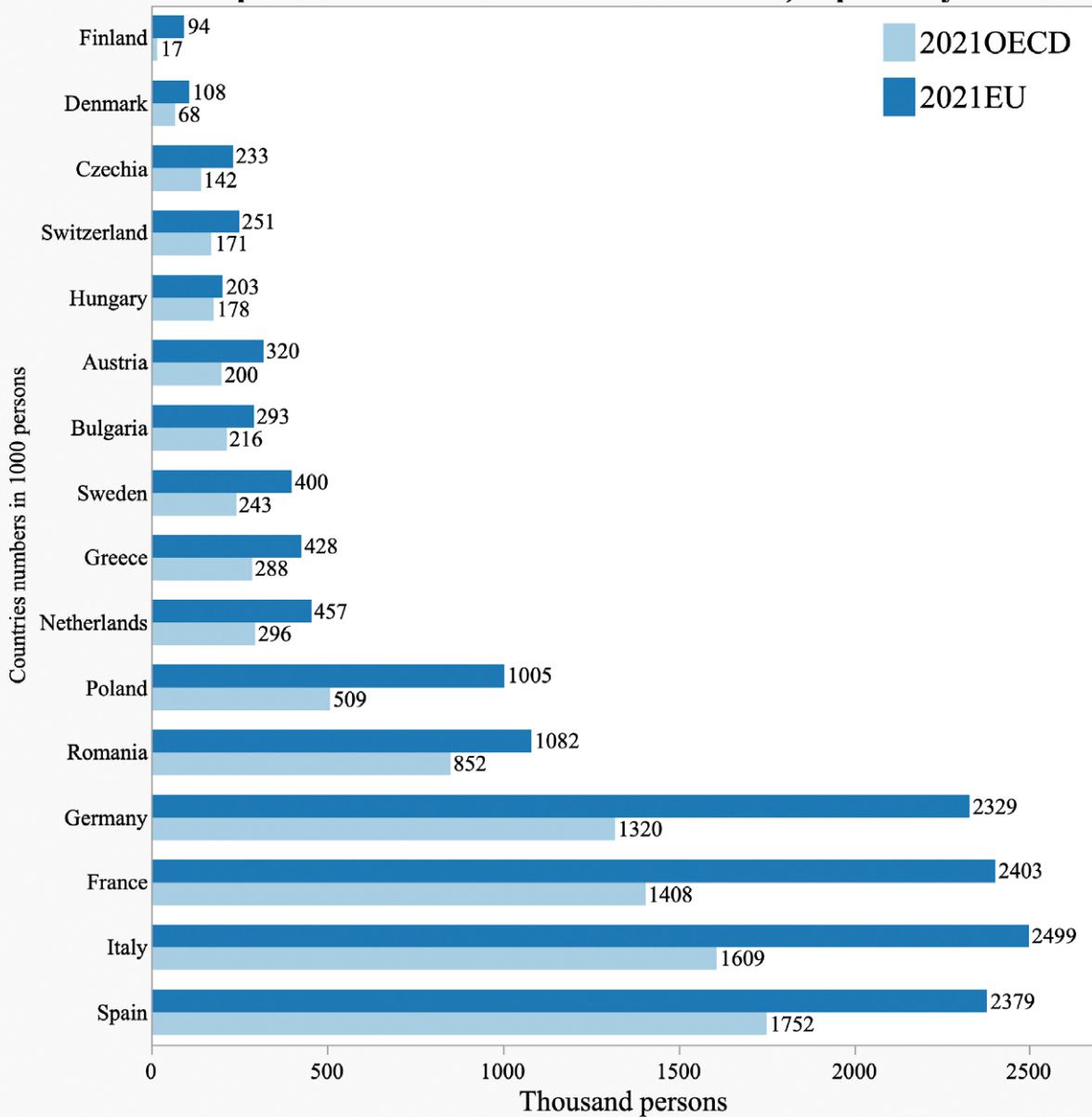
Quelle: Eurostat. At-risk-of-poverty rate by poverty threshold, age and sex – EU-SILC and ECHP surveys [ILC_LI02__custom_6025335], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/b69614da-c1a5-4b30-b1ee-81a390dc18ab?lang=en>.

Dass die EU-Skala (60 %) damit höhere Werte ausweist als die OECD-Skala, ist nachvollziehbar. Interessanter ist ein anderes Ergebnis: Die Differenzen zwischen der 50%-Skala (OECD) und der 60%-Skala (EU) variieren erheblich. In Ungarn weist die OECD-Skala etwa 10 % relativ arme Kinder aus, die 60%-Skala der EU etwa 12 %, was eine eher geringe Variation ist. Demgegenüber wächst in Finnland das Armutsrisiko von 1,6 % auf 9,1 % in der EU-Skala. In Deutschland ist der Anstieg weniger dramatisch, aber eine Differenz zwischen etwa 9 % berechneter relativer Armut auf der Basis der Eurostat-Daten zu 16,4 % weist wie in Schweden (von 11 auf 18 %) oder in Frankreich (von 11 auf 18 %) darauf hin, dass die Einkommensverteilungen in diesen Ländern deutlich unterschiedliche Werte beim durchschnittlichen Einkommen (Mittelwert) und dem Medianeinkommen (Teilung der Verteilung in zwei gleich große Hälften) aufweisen müssen.

Welche politischen Schlussfolgerungen sind aus einer solchen Verteilung der Armutsrisiken von Kindern in verschiedenen Gesellschaften oder aus der Analyse der relativen Armut auf der Basis der OECD-Skala zu ziehen? Aus der OECD-Skala ist nur zu schließen, dass es kein besonderes Armutsproblem von Kindern gibt. Das ist bei der Eurostat-Skala anders, vor allem wenn nicht in Prozent gerechnet wird, wie viele Kinder betroffen sind, sondern wenn an die Stelle der Prozentwerte die Absolutwerte gesetzt werden.

ABBILDUNG 31: ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE – OECD-SKALA, EU-SKALA UND ABSOLUTWERTE

At risk of poverty rate OECD (cut-off point: 50%)- EU (cut-off point: 60% of median equivalised income after social transfers) -up to 18 years-



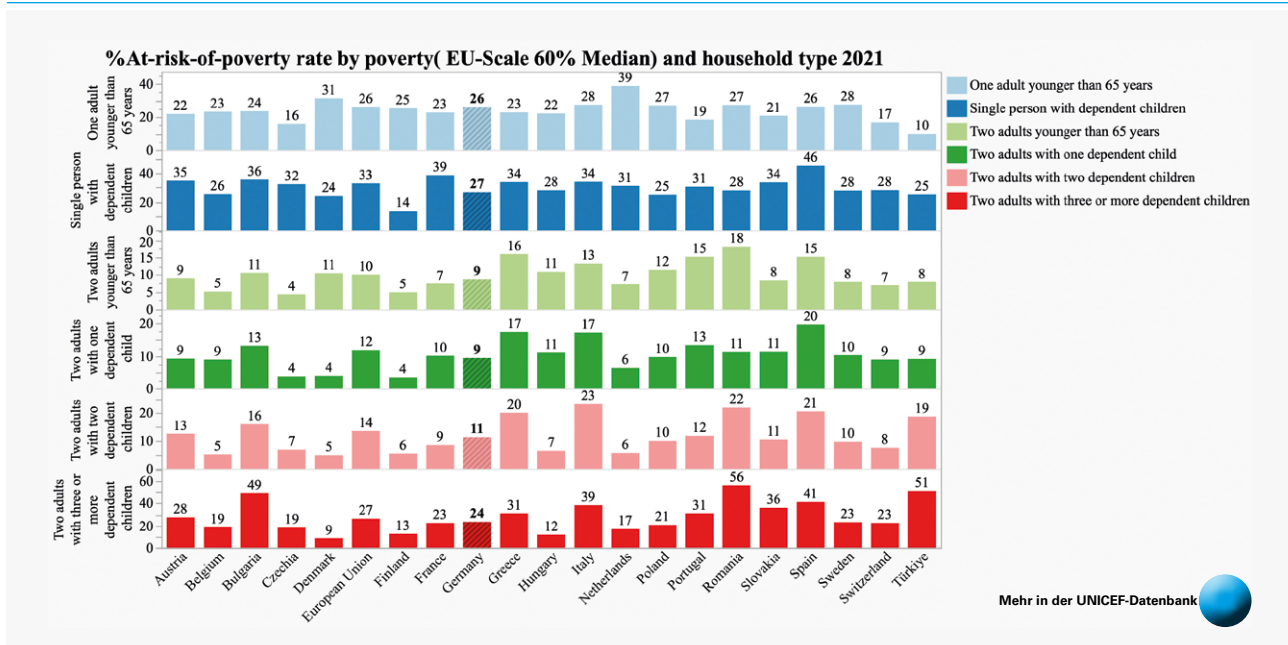
Quelle: Eurostat. At-risk-of-poverty rate by poverty threshold, age and sex – EU-SILC and ECHP surveys, [ILC_LI02_custom_6025335], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/b69614da-c1a5-4b30-b1ee-81a390dc18ab?lang=en>.

Abbildung 31 illustriert das eindrücklich: 2,3 Millionen von einem Armutsrisiko bedrohte Kinder sind eine so gewichtige Zahl, mit der auch Aufmerksamkeit erzielt wird. Wenn so viele Kinder von einem relativen Armutsrisiko bedroht sind, muss die gesamte Unterstützungsleistung für Kinder und Familien neu durchdacht und strukturiert werden. Stiftungen und Verbände nutzen diese Zahlen aus diesem Grund auch lieber als die OECD-Zahlen. Kindergelderhöhung, Kindergrundsicherung und andere finanzielle Forderungen lassen sich auf dieser Basis gut begründen. Dennoch stellt sich die Frage, ob

und inwieweit mit solchen generellen Konzepten jenen geholfen wird, die es besonders notwendig haben. Das gilt insbesondere dann, wenn dem Armutsmodell von Sen gefolgt wird, der darauf verwiesen hat, dass Einkommensarmut nicht notwendigerweise ein valides Kriterium für die Überprüfung des Ausschlusses von Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

Eurostat hat noch zwei weitere Indikatoren entwickelt, die das Armutsrisiko transparenter erscheinen lassen als eine pauschale Betrachtungsweise. Das Armutsrisiko und die relative Armut von Kindern werden auf der Basis der Haushaltszusammensetzung berechnet, in der die Kinder leben. Folglich ist es sinnvoll, nicht einfach pauschal die Quoten heranzuziehen, sondern die Kinder differenziert nach der Haushaltszusammensetzung zu betrachten.

ABBILDUNG 32: EU-SKALA HAUSHALTZUSAMMENSETZUNG



Quelle: Eurostat. At-risk-of-poverty rate by poverty threshold and household type – EU-SILC and ECHP surveys, [ILC_LI03_custom_6755165], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/34541e44-707b-4e86-9b9d-8c1ecc04c54d?lang=en&page=time:2022>.

Abbildung 32 zeigt, dass unabhängig von den sozialpolitischen Strategien der einzelnen Länder ein durchgängiges Muster des Armutsrisikos zu erkennen ist. Die unterste Reihe, rot eingefärbt, zeigt die relativen Armutsrisiken von Haushalten mit drei und mehr Kindern. In Deutschland sind 24 % dieser Lebensform von relativer Armut betroffen, in Frankreich mit seinem Konzept des Familiensplittings sind es 23 %, gleich viel wie in Schweden mit der Individualbesteuerung. Die verschiedenen Unterstützungssysteme zeigen somit keine Unterschiede in der Wirkung. Zudem ist das relative Armutsrisiko in dieser Lebensform ist doppelt so hoch wie in Ein- oder Zweikinderfamilien. Das gilt auch für Dänemark oder Finnland, wo die Armutsrisiken für Familien insgesamt sehr gering sind.

Auch das Risiko, als Alleinerziehende unter die 60%-Schwelle zu sinken, ist in allen europäischen Ländern überproportional hoch. Dieses Risiko teilen die Alleinerziehenden mit den alleinstehenden Personen in einem Haushalt. In allen europäischen Ländern gilt für die Lebensform des Einpersonenhaushalts ein überproportionales Armutsrisiko auf. Demgegenüber sind Familien mit einem oder zwei

Kindern ökonomisch genauso leistungsstark wie ein Zweipersonenhaushalt ohne Kinder. In Deutschland steigt das relative Armutsrisiko zwischen dem Zwei-Personen-Haushalt ohne Kinder lediglich um 2 % von 9 auf 11 % an, wenn es 2 Kinder gibt. Bei einem Kind besteht überhaupt kein Unterschied.

Kinder sind also kein Armutsrisiko, vielmehr ist die Lebensform entscheidend, die die Eltern wählen. Entscheiden sich die Eltern für eine Lebensform ohne Partner, tragen sie das gleiche Armutsrisiko wie andere alleinlebende Personen. Entscheiden sie sich für mehr als zwei Kinder, ergibt sich in Deutschland und in ganz Europa ein besonderes Armutsrisiko.

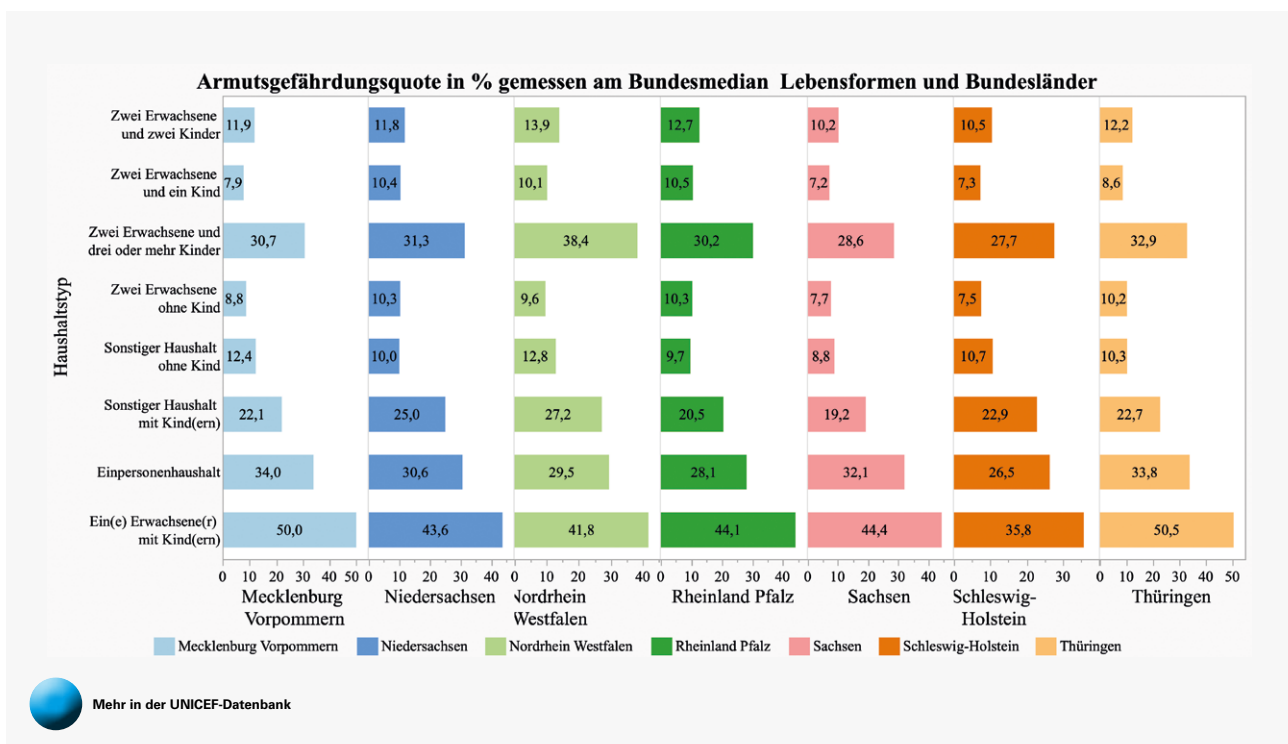
In der Vergangenheit wurde eine Fülle von Theorien entwickelt, um die verschiedenen Politiken zur Armutsbekämpfung voneinander abzugrenzen und zu bewerten. Keiner dieser theoretischen Ansätze findet sich in der Grafik der Eurostat-Daten wieder. Vermutlich ist der entscheidende Faktor, der im nächsten Abschnitt genauer untersucht wird, ob und inwieweit in einem Haushalt ein oder zwei Einkommen zur Verfügung stehen. Dafür spricht das hohe relative Armutsrisiko der alleinlebenden Personen. Eurostat weist hier die Personen bis zum 65. Lebensjahr aus, sodass die Wirkung von Rentensystemen hier nicht berücksichtigt werden muss; es geht nur um die aktive Erwerbsbevölkerung. Ein Einpersonenhaushalt ist, wie die in der Einleitung dargestellte Berechnung des relativen Armutsrisikos zeigt, ökonomisch gegenüber anderen Haushaltsformen kostenintensiver. Zudem sind viele dieser Haushalte in großen Städten konzentriert, wo die Mietpreise in der Regel relativ hoch sind, sodass es schwierig ist, die dafür notwendigen Ressourcen mit einem Einkommen zu mobilisieren.

Nun mag die Aussage, dass Kinder generell kein Armutsrisiko darstellen, in einer von UNICEF herausgegebenen Schrift überraschend sein – schließlich wird in der Regel von einer Kinderhilfsorganisation erwartet, im Interesse der Kinder und Jugendlichen die diese betreffenden Probleme besonders deutlich und klar zu artikulieren. Der Autor ist allerdings der Meinung, dass das den betroffenen Kindern nicht unbedingt hilft. Denn die aus dieser Sichtweise abzuleitende Forderung nach größerer finanzieller Unterstützung trägt nur dann zu einer Verbesserung der Teilhabechancen der Kinder bei, wenn deren Verwirklichungsmöglichkeiten durch den Mangel an Einkommen beeinträchtigt werden. Besser erscheint es aus der Sicht der hier vorgelegten Daten, die Ursachen der relativen Armutsrisiken in den konkret zu benennenden Gruppen zu identifizieren und sich zu fragen, wie sich diese Ursachen beseitigen lassen. Bevor das geschieht, soll der europaweit durchgeführte Vergleich in ähnlicher Form auch für die einzelnen Bundesländer vorgenommen werden, um nachzuweisen, dass sich dieses Muster auch in Deutschland auf der Basis der amtlichen Daten des Statistischen Bundesamts reproduzieren lässt.

Beim Vergleich der in den beiden Grafiken ausgewiesenen Lebensformen mit den von Eurostat untersuchten Lebensformen sind einige Unterschiede zu beachten. In Bezug auf die Einpersonenhaushalte besteht keine Altersbeschränkung. Die Definitionen der Alleinerziehenden unterscheiden sich durch die Altersbegrenzung bei den Kindern. Daher sollen die Zahlen nicht aufeinander bezogen, sondern wie bei der Interpretation der europäischen Daten als Muster betrachtet werden. Genau wie in den europäischen Daten gilt für die Bundesländer, dass zwei Erwachsene und ein Kind genauso wie zwei Erwachsene ohne Kinder die relativ geringsten Armutsrisiken aufweisen. Die Alleinerziehenden, die Einpersonenhaushalte und zwei Erwachsene mit drei und mehr Kindern unterliegen in allen Bundesländern einem erhöhten Armutsrisiko.

Dennoch bestehen zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede. Bremen zeigt Werte, die von keinem Bundesland übertroffen werden. Um diese Differenzen im Einzelnen zu klären, müssten die Einkommens- und beruflichen Situationen der jeweiligen Haushaltstypen in den einzelnen Bundesländern genau ausdifferenziert und überprüft werden. Das kann hier nicht die Aufgabe sein, weshalb zunächst

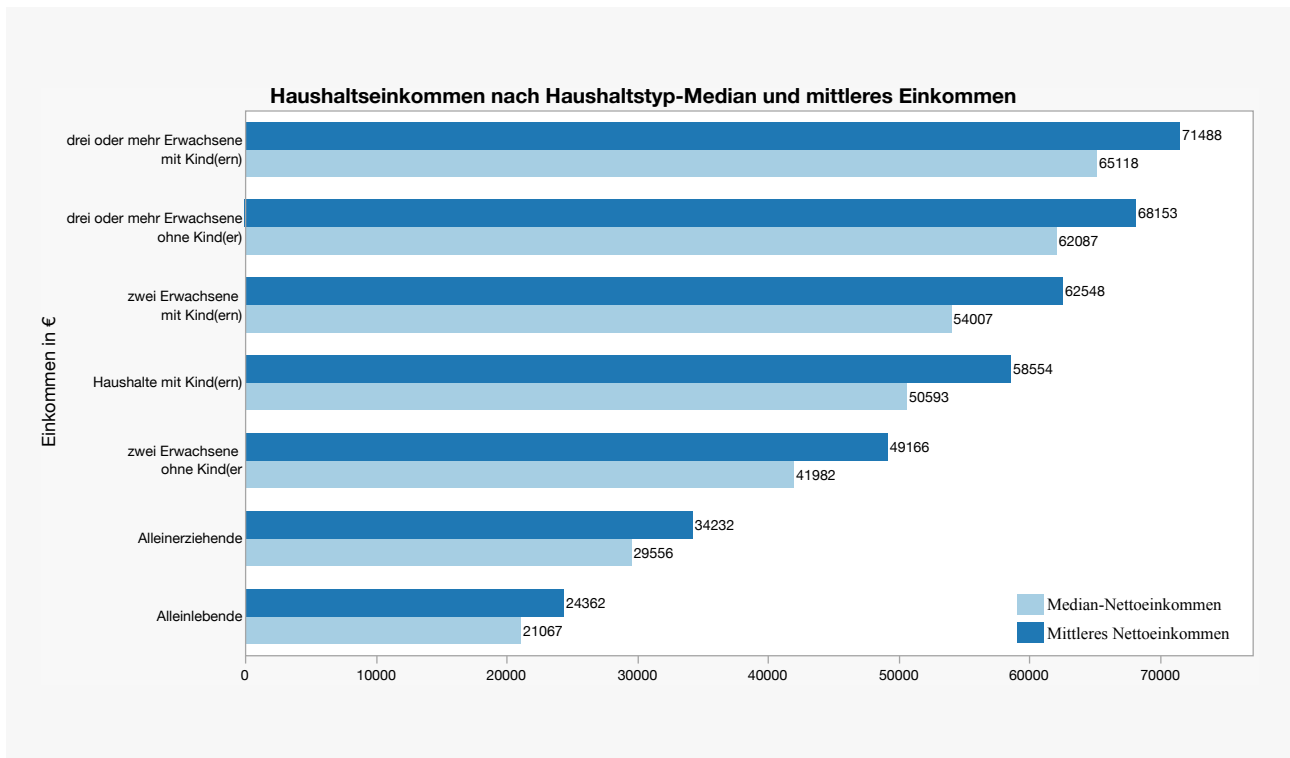
ABBILDUNG 33: ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE IN PROZENT, GEMESSEN AM BUNDESMEDIAN, LEBENSFORMEN UND BUNDESLÄNDER



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. A.2 Armutsgefährdungsquoten, <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrung-und-4>.

der Nachweis ausreicht, dass der auf europäischer Ebene aufgezeigte Effekt der Lebensformen auf das Armutsrisiko von Kindern auch in den einzelnen Bundesländern in gleicher Weise erkennbar ist. Damit bestätigt auch dieser Bundesländervergleich, dass Kinder kein Armutsrisiko darstellen, sondern dass durch die von den Eltern gewählte Lebensform unterschiedliche ökonomische Ressourcen für Eltern und Kinder zur Verfügung stehen. Da hier nicht die genaue Einkommensstruktur der jeweiligen Haushalte für die einzelnen Bundesländer untersucht werden kann, werden nur die Unterschiede zwischen den Bundesländern wiedergegeben; jede weitere Interpretation ohne eine solche Analyse wäre Spekulation. Solche differenzierten Analysen für die einzelnen Haushaltstypen sind aus Sicht des Verfassers allerdings Pflichtaufgabe der jeweiligen Sozialministerien, weil eine gezielte Unterstützung von Familien ohne diese Kenntnisse kaum möglich erscheint. Festzuhalten ist aber, dass sich die Unterschiede zwischen den Bundesländern nicht nach West und Ost ordnen lassen, weil Sachsen sich weniger von Baden-Württemberg unterscheidet als etwa Hamburg von Bremen. Bei der Prüfung der Einkommenssituation von Familien auf Bundesebene sind die hier dargestellten Unterschiede gut nachvollziehbar.

Beim Vergleich der Nettoeinkommen wird auf Medianbasis gerechnet, was bedeutet, dass die Einkommensverteilung so geteilt wird, dass jeweils 50 % der Menschen oberhalb und unterhalb des Medians liegen, und zudem des mittleren Nettoeinkommens, das den Durchschnitt des Einkommens darstellt, fallen zwei Dinge auf: Die Haushalte mit Kindern liegen sowohl beim Median-Nettoeinkommen wie auch beim Einkommen von zwei Erwachsenen ohne Kinder deutlich höher. Zwei Erwachsene mit Kindern verfügen beim Median-Nettoeinkommen im Jahr über etwa 54.000 Euro, während das mittlere Einkommen rund 62.000 Euro beträgt. Demgegenüber stehen Alleinlebenden beim Median-Nettoeinkommen 21.000 Euro und beim mittleren Einkommen 24.000 Euro zur Verfügung. Die Alleinerziehenden stehen nach den Daten des Statistischen Bundesamtes erheblich besser da als Alleinlebende. Das ist

ABBILDUNG 34: HAUSHALTSEINKOMMEN NACH HAUSHALTSTYP-MEDIAN UND MITTLEREM EINKOMMEN


Quelle: Destatis. Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen (Mikrozensus-Unterstichprobe zu Einkommen und Lebensbedingungen). Fachserie 15, Reihe. Erstergebnisse 2021, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrderung/Publikationen/Downloads-Lebensbedingungen/einkommen-lebensbedingungen-2150300217004.html?nn=206136>.

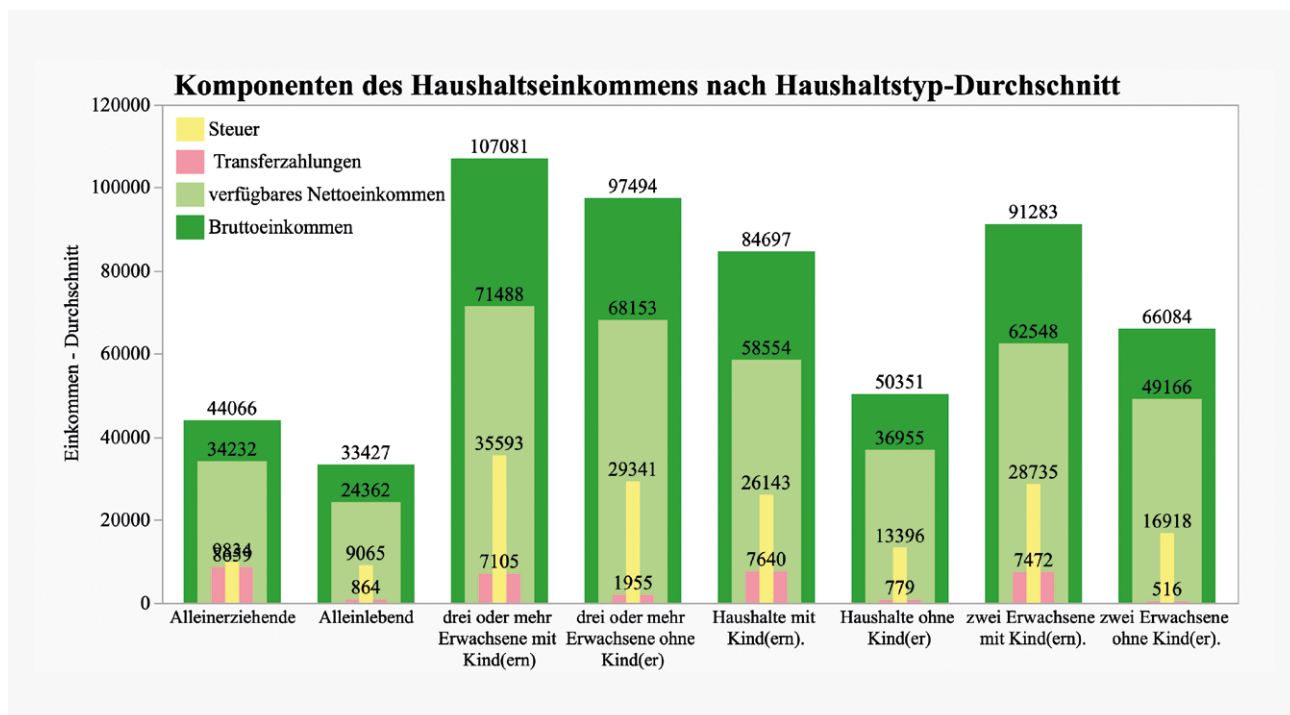
ähnlich wie bei den kinderlosen Paaren, die gegenüber den Familien mit Kindern deutlich zurückbleiben. Das Muster ist inzwischen bekannt. Die Differenz zwischen mittlerem Nettoeinkommen und Median-Nettoeinkommen macht aber auch deutlich, dass eine Reihe von Familien mit Kindern ein sehr hohes Einkommen erwirtschaften kann, weil die Abweichungen zwischen mittlerem Einkommen und Medianeinkommen doch teilweise beachtlich sind.

Aber zu glauben, das sei Ergebnis einer besonders starken staatlichen Förderung von Familien mit Kindern, dann zeigen die Daten des Statistischen Bundesamts, dass die einkommensstarken Familien die staatlichen Transferleistungen auch noch selbst finanzieren.

So erwirtschaftet ein Haushalt mit Kindern und zwei Erwachsenen ein jährliches Bruttoeinkommen (mittleres Einkommen) von 91.283 Euro (2021), entrichtet rund 29.000 Euro Steuern und erhält ca. 7.500 Euro Transferleistungen. Selbst bei den Alleinerziehenden halten sich die Steuerzahlungen und die Transferzahlungen fast die Waage.

Die bisherige Argumentation dürfte deutlich gemacht haben, dass die pauschale Argumentation mit Armutsrisiken von Kindern der Vielfalt ihrer Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland nicht gerecht wird. Kinder sind nicht generell ein Armutsrisiko, sondern es gibt spezifische Lebensformen, die mit und ohne Kinder nicht mit der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Familienhaushalts konkurrieren können. <Das ist kein deutsches Muster, vielmehr zeigen sich bei den Ländern, die europaweit auf der Basis der Daten von Eurostat verglichen wurden, im Grundsatz die gleichen Muster. Selbst durch die verschiedenen Sozialpolitiken und Finanzpolitiken, angefangen von unterschiedlichen Steuer-

ABBILDUNG 35: HAUSHALTSEINKOMMEN NACH HAUSHALTSTYP



Quelle: Destatis. Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen (Mikrozensus-Unterstichprobe zu Einkommen und Lebensbedingungen). Fachserie 15, Reihe 3. Erstergebnisse 2021, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrderung/Publikationen/Downloads-Lebensbedingungen/einkommen-lebensbedingungen-2150300217004.html?nn=206136>.

systemen, etwa vom Familiensplitting zur Einzelbesteuerung, lassen sich die hier gezeigten Unterschiede nur in unerheblichem Maße beeinflussen. Die Herausforderung, auf der Basis dieser kritischen Analyse Angaben zu Armutsrisiken zu machen, führt zu der noch zu lösenden Frage, welche Ursachen, welche Konsequenzen und welche validen Daten es gibt, um die Lebenssituation von Familien und Kindern in Bezug auf Armut so zu beschreiben, dass sie verständlich und gut nachvollziehbar politische Entscheidungsprozesse beeinflussen können. Die alleinige Analyse der Armutsrisiken oder der Einkommensarmut wirft mehr Fragen, als dass sie klare Antworten gibt. Aus diesem Grund beschränkt sich die Darstellung in diesem Abschnitt auf die Mustererkennung; dennoch werden in den folgenden Abschnitten werden einige Ursachen dieser Muster thematisiert, um zu versuchen, diese Fragen am Schluss zu beantworten.

4.2.8 TEILHABE UND INKLUSION

Eurostat definiert Inklusion über den Umfang und das Ausmaß von einzelnen Personen und Haushalten durch die Beteiligung am Arbeitsmarkt. Diese Interpretation von Inklusion ist sehr spezifisch und möglicherweise auch eingeschränkt, aber im europäischen Kontext nachvollziehbar. Eine eigenständige und selbstbestimmte Lebensführung ist für die meisten Menschen in Europa nur möglich, wenn sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. So musste auch in Europa, gerade in Deutschland, lange dafür gekämpft werden, dass Frauen und Mütter unabhängig von ihren Eltern und Männern selbst entscheiden konnten, eine eigenständige und vom Ehemann unabhängige ökonomische Lebensführung als Teil des eigenen Lebensentwurfs durchzusetzen. Noch in den 1960er-Jahren verließ ungefähr ein Drittel der Volksschulabsolventinnen die Schule, um ohne Ausbildung als angelernte Arbeiterinnen Geld für die Aussteuer anzusparen⁴⁸. Sen⁴⁹ beschreibt den gleichen Zusammenhang für die indische Gesellschaft, wo nach seiner Einschätzung auch beim Großteil der jungen Frauen aus den unteren Ständen auf Ausbildung und eine selbstständige Lebensführung verzichtet wird, weil in der Wahrnehmung der Eltern Haushalt und Familie das wesentliche Lebensziel darstellen.

Aus Sicht der Kinder ist die selbstständige und unabhängige Lebensführung auf der Basis der Beteiligung am Arbeitsmarkt aber ein wichtiges Vorbild. Sie sehen am Beispiel ihrer Eltern, wie sich die eigenen Talente und Fähigkeiten in der Gesellschaft konstruktiv einbringen lassen. Zugleich wird ihnen gezeigt, dass sie auf diesem Weg soziale Beziehungen aufbauen können, persönliche Anerkennung sowie die Möglichkeit erhalten, sich eigene Lebenswünsche zu erfüllen.

Diese Möglichkeit, sich selbst zu bewähren, auch außerhalb der Familie in einem fremden Kontext Anerkennung und Unterstützung zu finden und soziale Beziehungen aufzubauen, ist keine Frage des Geldes. Die soziale Relevanz von Arbeit für die persönliche Entwicklung ist auch keine neue Erkenntnis. So betonten schon in den 1970er-Jahren junge Mütter mit sehr kleinen Kindern die für sie große Bedeutung der Berufstätigkeit in Hinblick auf ihre soziale Beziehungen sowie ihre persönliche Anerkennung⁵⁰. Eltern, die ihren Kindern eine solche Lebenserfahrung vermitteln können, helfen ihnen dabei, ihren Platz und ihre Eigenständigkeit auf Basis der eigenen Talente in der Gesellschaft zu suchen. In der Perspektive des kindlichen Wohlbefindens ist es wichtig, das Thema der Inklusion neben der Frage ökonomischer Benachteiligung zu thematisieren.

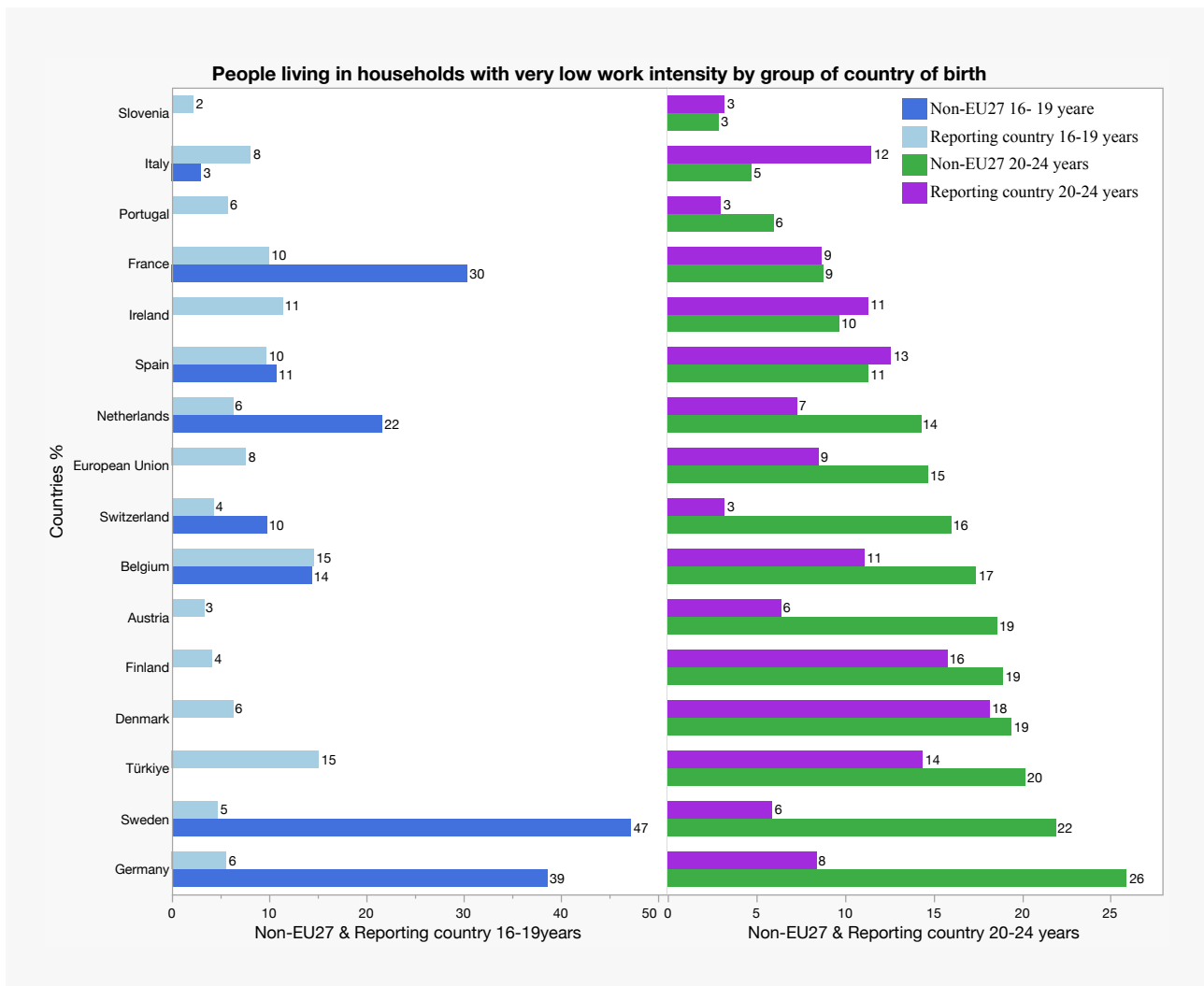
Die Lebensformen mit einem besonders hohen Armutsrisiko zeigen zudem einen hohen Anteil von Familien mit geringer Inklusion. Bei Mehrkinderfamilien gilt das fast ausschließlich für zugewanderte Familien.

48 von Friedeburg, Ludwig (Hrsg.). Jugend in der modernen Gesellschaft. 6. Auflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1969.

49 Sen, Amartya. India's Women: The Mixed Truth. The New York Review. 10.10.2013. <https://www.nybooks.com/articles/2013/10/10/indias-women-mixed-truth/>.

50 Bertram, Hans / Bayer, Hiltrud. Berufsorientierung erwerbstätiger Mütter. Zum Struktur- und Einstellungswandel mütterlicher Berufstätigkeit. München: DJI Forschungsbericht, 1984.

ABBILDUNG 36: HAUSHALTE MIT GERINGER INKLUSION UND HERKUNFTSLAND



Quelle: Eurostat. People living in households with very low work intensity by group of country of birth (population aged 18 to 64 years), [LC_LVHL16N_custom_6143270], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/23f5dff6-f32e-45b9-a5c6-f47f59403406?lang=en&page=time:2022>.

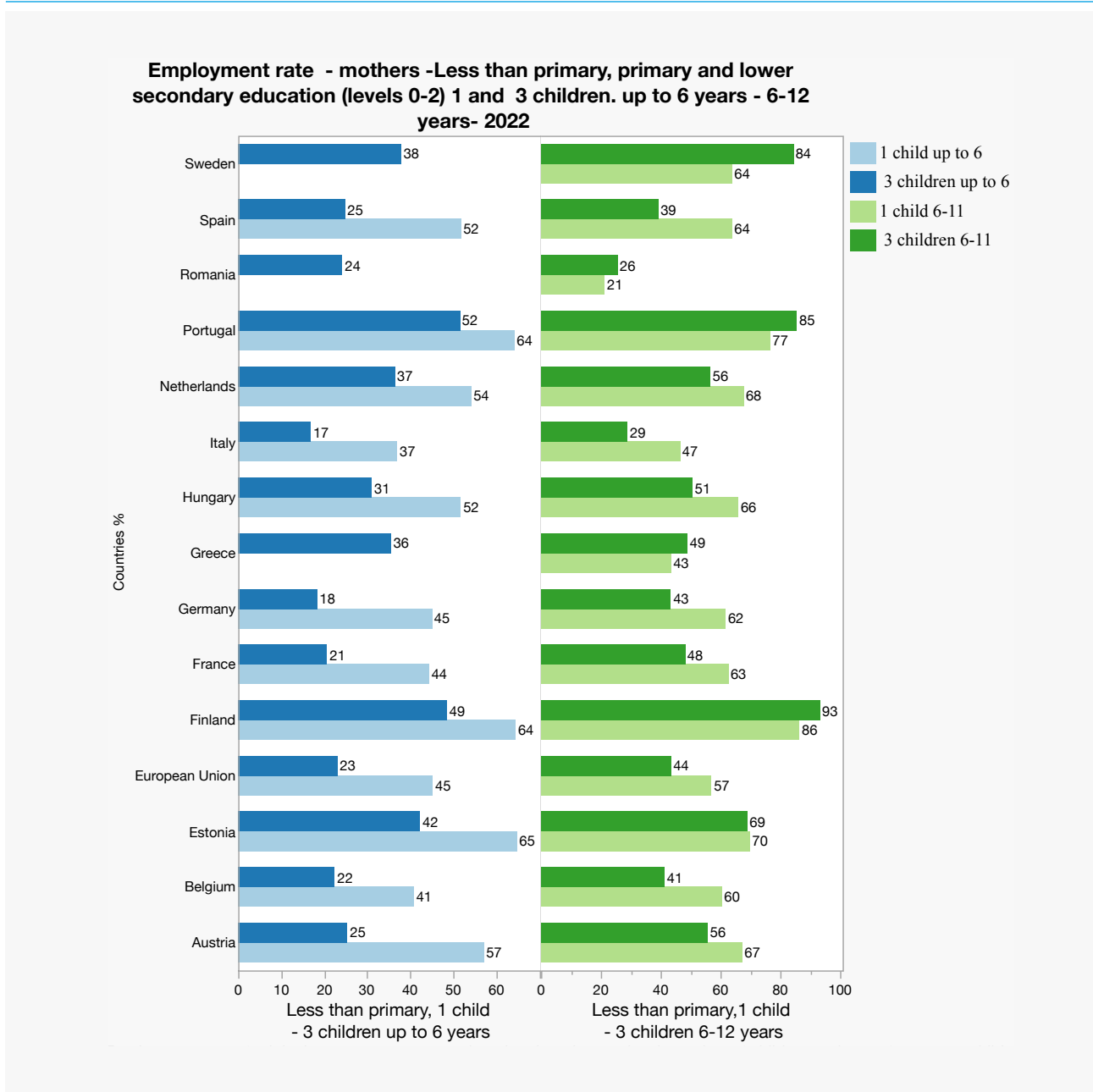
Abbildung 36 zeigt für Deutschland, dass 6 % der 16- bis 19-jährigen Jugendlichen in Familien mit einer sehr geringen Arbeitsmarktintegration aufwachsen. Bei den zugewanderten Kindern leben aber 40 % in einer solchen Familie. Bei den jungen Erwachsenen liegt das Verhältnis bei 8 % zu 26 %. Der europäische Vergleich zeigt, dass Deutschland hier wiederum das Schlusslicht ist. Frankreich, Schweden und Deutschland sind die drei Länder, in denen von den 16- bis 19-Jährigen 30 % und mehr in solchen Haushalten aufwachsen. Bei den 20- bis 24-Jährigen unterscheiden sich in Frankreich die Familien bezüglich der Herkunft nicht mehr, während Deutschland, Schweden, die Türkei, Österreich und die Schweiz hier besonders deutliche Unterschiede aufweisen. Das gilt auch für andere Länder, etwa die Niederlande. Das ist wichtig hervorzuheben, weil sich damit in Ländern mit unterschiedlicher sozial-politischer Tradition und verschiedenen ökonomischen Unterstützungsleistungen für Familien Ergebnisse feststellen lassen, die zeigen, dass die Teilhabechancen der Kinder dieser Familien begrenzt sind.

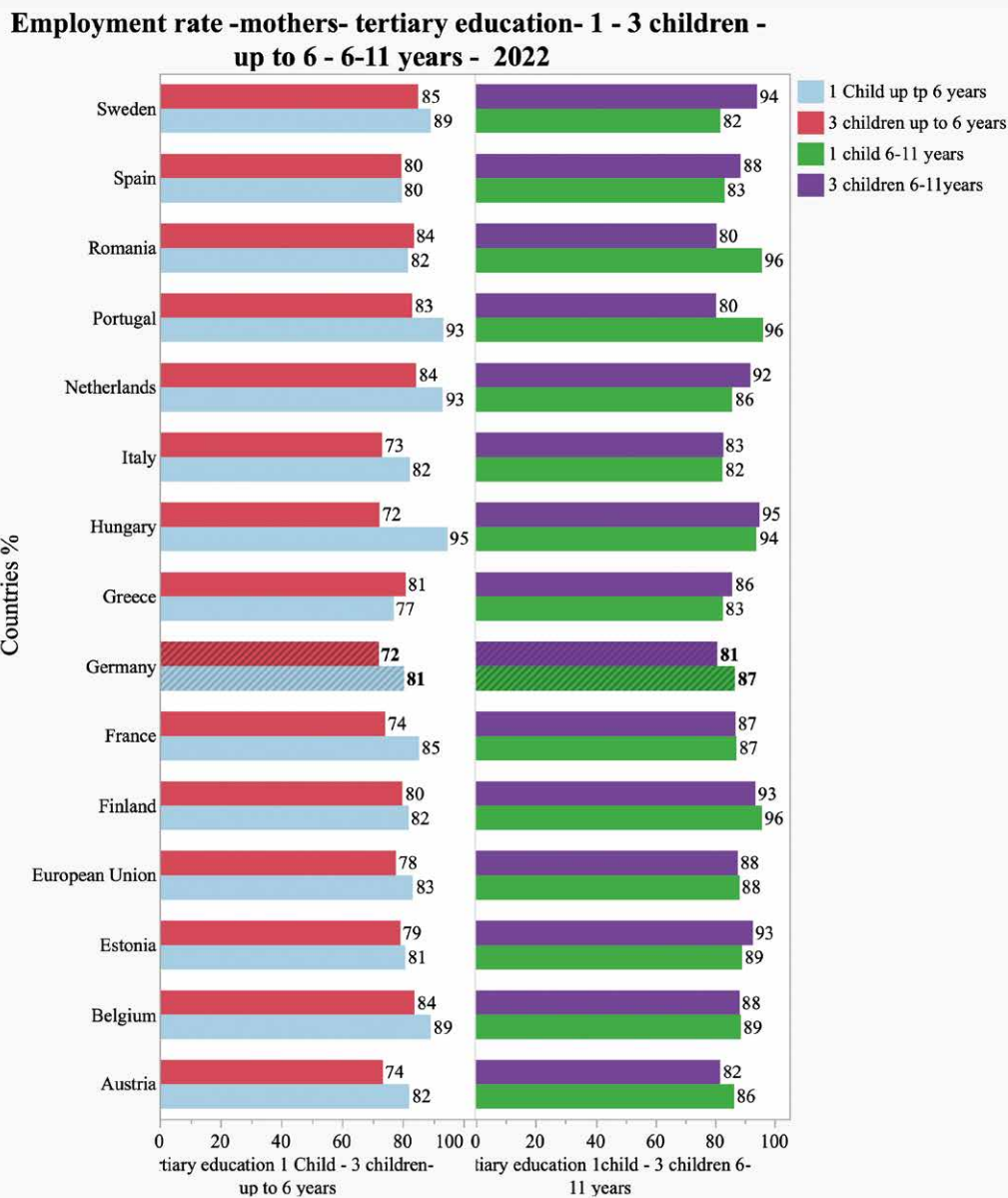
Daran schließt sich die Frage an: An wem sollen sich die Kinder solcher Familien orientieren, wenn es darum geht, die eigenen Teilhabechancen und eigenen Möglichkeiten in die Gesellschaft einzubringen? Die Eltern fallen in diesen Situationen aus, weil sie selbst ihre Möglichkeiten und Teilhabechancen nicht realisieren

können. Um diesen Kindern zu helfen, in der sie aufnehmenden Gesellschaft einen Platz zu finden und die eigenen Talente zu entfalten, sind die Teilhabechancen der Eltern so zu verbessern, dass sich die Kinder an gelebten Vorbildern orientieren können. Dabei spielt die Qualifikation der Mütter eine entscheidende Rolle.

Wie die beiden Grafiken in Abbildung 37 zeigen, sind die Qualifikation und das Alter der Kinder im internationalen Vergleich der entscheidende Faktor für die Teilhabe der Mütter am Erwerbsleben. Deutschland stellt gemeinsam mit Italien wiederum das Schlusslicht in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit geringer Qualifikation und drei Kindern dar: 18 % in Deutschland und 17 % in Italien haben eine berufliche Tätigkeit, wenn eines der Kinder unter 6 Jahren alt ist. Bei 6- bis 12-Jährigen steigt die Quote der berufstätigen Mütter in Deutschland bei einem Kind auf 62 % und bei drei Kindern auf 43 %. Diese Frauen leben in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder die klassische Rolle der Hausfrau und Mutter.

ABBILDUNG 37: ERWERBSBETEILIGUNG, LEBENSALTER DER KINDER UND SCHULISCHE QUALIFIKATION





Quelle: Eurostat. Beschäftigungsquote von Erwachsenen nach Geschlecht, Altersgruppe, Bildungsabschluss, Zahl der Kinder und Alter des jüngsten Kindes (%), [LFST_HHEREDCH_custom_6121438], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFST_HHEREDCH_custom_6121438/bookmark/table?lang=de&bookmarkId=3b81b9e5-d843-485f-92dc-1ffbfaa523be.

Sobald die Mütter über eine hohe Qualifikation verfügen, ändert sich das Bild umfassend. Bei den Müttern mit einem Kind unter sechs Jahren und drei Kindern insgesamt liegt die Erwerbsquote bei 72 % und bei einem Kind bei 81 %. Bei den Kindern ab sechs Jahren steigt die Erwerbsquote auf 87 bzw. 81%. Im europäischen wird deutlich, dass diese Differenzen bis auf Finnland und Portugal und auch noch in Schweden und den Niederlanden etwas kleiner sind. Das erklärt auch das insgesamt sehr geringe Armutsrisiko finnischer Kinder, auf das im letzten Abschnitt hingewiesen wurde. Dennoch gilt es hier zu betonen, dass nicht die sozialpolitischen Maßnahmen einzelner Regierungen zu diesen Entwicklungen führen, sondern die individuelle Qualifikation der jungen Frauen. Qualifikation ist eine Grundvoraussetzung für selbstständige und unabhängige Lebensentscheidungen. Diese unabhängigen Lebensent-

scheidungen der Mütter haben erhebliche Konsequenzen für das Leben der Kinder. Gelingt eine entsprechende selbstständige und eigenständige Lebensführung der Mütter – auch das wurde im vorigen Abschnitt gezeigt –, sinkt auch das Armutsrisiko, und die Kinder haben in beiden Eltern ein Vorbild, wie Inklusion in die Gesellschaft gelingen kann.

Nur zeigt die Differenzierung in verschiedene Qualifikationsniveaus, die sich in ganz Europa in der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern dokumentieren, und zwar sowohl mit einem wie mit mehreren Kindern, dass es nicht unterschiedliche kulturelle Traditionen sind, die die Erwerbsbeteiligung beeinflussen, sondern die Qualifikationsmöglichkeiten und die entsprechenden beruflichen Positionen. Das führt zu einer doppelten Herausforderung. Zum einen braucht es attraktive berufliche Möglichkeiten, die bei den jungen Frauen bei der Güteabwägung Beruf oder Familie zu dem Ergebnis führen können: „Ich will beides“. Das ist aus Sicht des Autors eine der zentralen zukünftigen arbeitsmarktpolitischen Aufgaben, weil die Kinder nur so in der eigenen Familie die Chancen von Inklusion selbst erleben können. Das muss nicht nur mit Arbeitsangeboten, sondern auch mit entsprechenden Qualifikations- und Überzeugungsstrategien verbunden sein, da es in dieser Gruppe viele junge Frauen aus Ländern gibt, die in ihrer kulturellen Tradition die Konzentration der Mütter auf den Haushalt zumindest in den ländlichen Regionen noch als selbstverständlich erachten. Zudem bedarf es einer verlässlichen Infrastruktur zur Betreuung der Kinder im Vorschul- und Schulalter, da viele der weniger qualifizierten beruflichen Möglichkeiten in Deutschland nicht die zeitliche Flexibilität bieten wie hoch qualifizierte Berufspositionen. Das beginnt mit dem Reinigen von Bürogebäuden, die zu bestimmten Uhrzeiten sauber sein müssen, und reicht bis zu Schichtdiensten in vielen Dienstleistungsberufen. So-

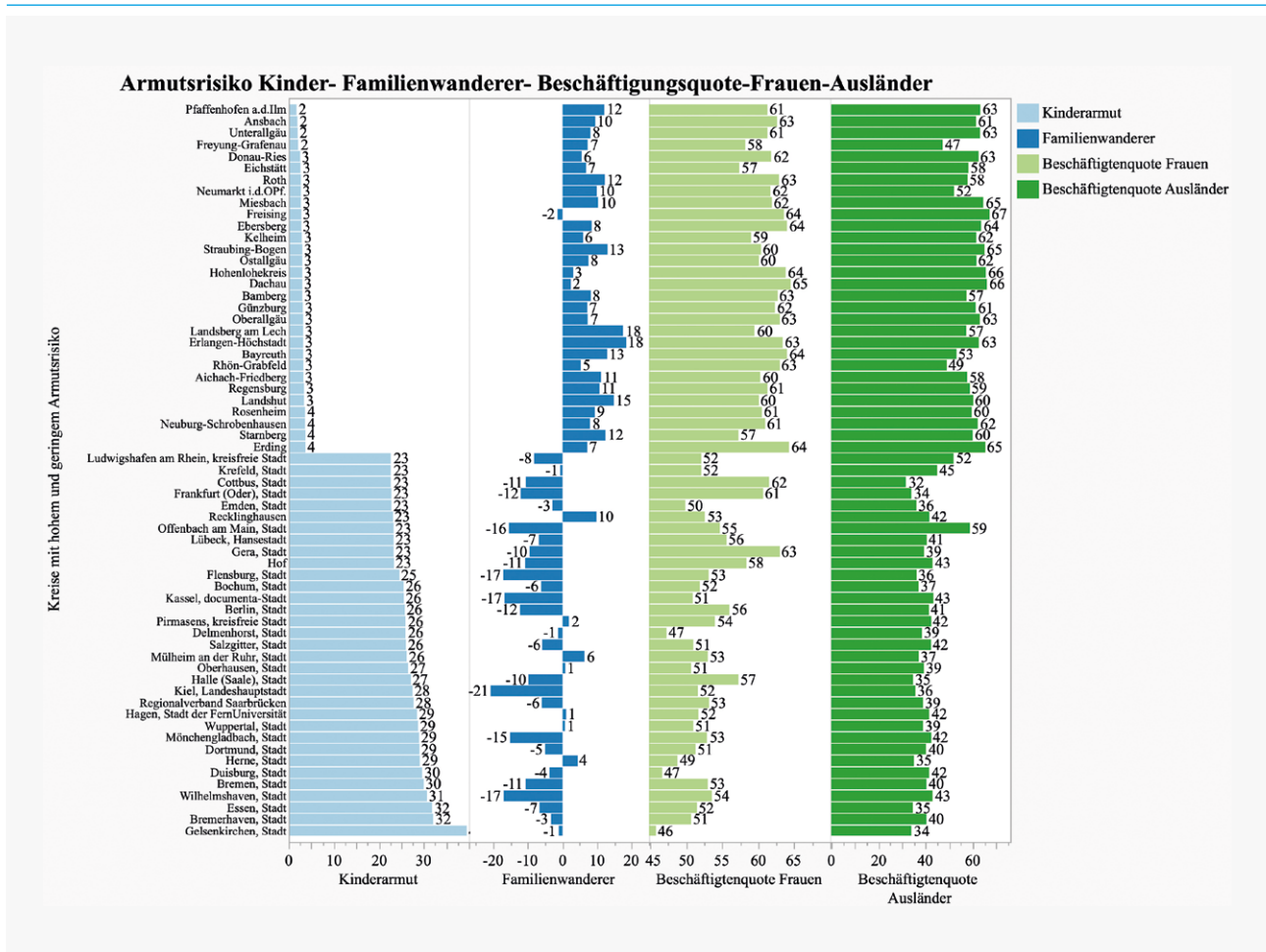
Florian fährt zusammen mit seinen Freunden mit dem Roller zur Schule. Trotz des Verkehrs sagt er, dass er sich auf dem Weg sicher fühlt.



lange die jungen Mütter nicht sicher sein können, dass ihre Kinder verlässlich und gut betreut und entwickelt werden, wird sich diese Situation nicht ändern. Damit wird auch deutlich, dass eine verlässliche Infrastruktur in diesem Bereich eine wesentliche Voraussetzung für die inklusive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in diversen Gesellschaften ist.

Im Hinblick auf die Familien- und Frauenpolitik der letzten Jahre bleibt zu fragen, ob diese Gruppe von Frauen mit geringer Qualifikation und geringer Möglichkeit, am Arbeitsmarkt Teilhabe zu entwickeln, die familien- und frauenpolitische Bedeutung zugemessen wurde, die ihr zukommt. Aufgrund der geringen Teilhabechancen dieser Mütter ist die Zukunft ihrer Kinder gefährdet, und das lässt sich nicht allein durch finanzielle Maßnahmen verbessern. In jedem Fall ist die Inklusion der Eltern in die Gesellschaft das Fundament der Inklusion der Kinder. Ob die alleinige Konzentration auf den Arbeitsmarkt, hier dem Vorschlag von Eurostat folgend, richtig ist oder in ein breites Konzept von Inklusion eingebettet werden muss, ist eine Frage der weiteren wissenschaftlichen Debatte. Im nächsten Abschnitt wird darauf zurückgekommen. Wenn Deutschland diese Herausforderung nicht annimmt und nicht auf Dauer Werte wie Finnland erreicht, dann zeichnet sich jetzt schon eine Tendenz ab, bei der Diversität ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung sehr heterogener und nicht miteinander kommunizierender Milieus wird. Diese Entwicklung ist jetzt schon zu beobachten.

ABBILDUNG 38: KINDLICHES ARMUTSRISIKO, FAMILIENWANDERER UND BESCHÄFTIGUNGSQUOTE



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. INKAR, <https://www.inkar.de/>.

Abbildung 38 zeigt auf Basis der Daten der Bundesanstalt für Raumordnung⁵¹ die strukturellen Effekte dieser Entwicklung. In dieser Grafik werden die 30 Landkreise mit dem geringsten Armutsrisiko von Kindern mit den 30 Kreisen verglichen, wo das Armutsrisiko besonders ausgeprägt ist. Die 30 Kreise mit dem geringsten Armutsrisiko liegen alle in Bayern. Die 30 Kreise mit dem höchsten Armutsrisiko verteilen sich auf das Ruhrgebiet, Regionen in Niedersachsen, die neuen Bundesländer und die norddeutschen Großstädte. Städte wie Gelsenkirchen mit 40 %, Bremerhaven, Essen, Wilhelmshaven und Bremen mit etwa 30 %, aber auch Städte wie Krefeld, Cottbus, Frankfurt an der Oder und Recklinghausen mit etwa 23 % weisen deutlich höhere Werte auf als etwa Erding mit 4 %, Bayreuth mit 3 % oder das Unterallgäu mit 2 %. Die Kreise mit einem geringen Risiko zeigen zudem eine hohe Zuwanderungsquote von Familien mit Kindern. Dabei sind das nicht allein Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Bayern, sondern aus der ganzen Republik wie auch aus dem Ausland, da der Freistaat ähnlich viele Zuwanderinnen und Zuwanderer aufgenommen hat wie Baden-Württemberg.

Für die Region mit dem sehr geringen Armutsrisiko sind diese Zuwanderer ein unmittelbarer ökonomischer Gewinn. So weisen sowohl die Zuwanderer aus dem Ausland als auch die zuwandernden Frauen weisen im Vergleich zu den Regionen mit einer hohen Armutsquote von Kindern eine hohe Beschäftigungsquote auf. Qualifizierte Arbeitskräfte, die nicht nur für sich selbst ökonomisch sorgen, sondern auch sicherstellen, dass die eigenen Kinder in Familien ohne Armutsrisiko aufwachsen, verbessern die ökonomische Ausgangslage dieser Regionen außerordentlich. Ökonomisch betrachtet können diese Regionen ohne vermehrte Eigenkosten ihr Humankapital in der Gegenwart durch die hohe Berufstätigkeit der Frauen und der ausländischen Bevölkerung erheblich steigern. Durch die gelungene Inklusion der zugewanderten Personen ist zudem zu erwarten, dass auch die nächste Generation, die jetzigen Kinder, das Humankapital der Regionen ebenfalls deutlich stärken werden.

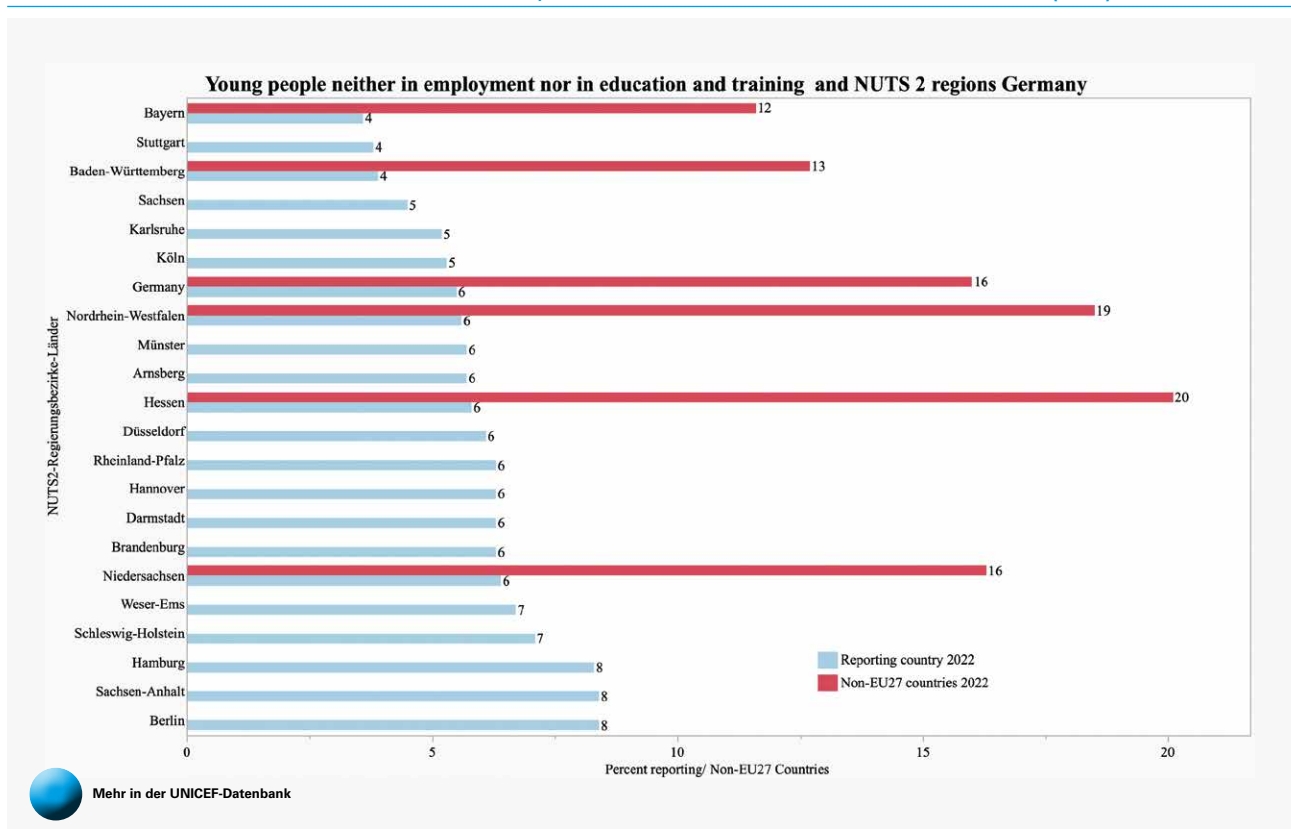
Für diese Regionen ist das eine erfreuliche Entwicklung. Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften kann gegenwärtig aufgrund dieser Zuwanderung besser befriedigt werden als in anderen Regionen, während sich die Kosten für die Zuwanderung in Grenzen halten, weil der Sozialstaat kaum zusätzliche Leistungen erbringen muss. Zudem konnte schon im Abschnitt zum Armutsrisiko gezeigt werden, dass Familien mit zwei Einkommen die ökonomisch leistungsstärkste Lebensform in Deutschland darstellen.

In den Regionen mit einem relativ hohen Armutsrisiko verläuft die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung. Ökonomisch leistungsstarke Familien wandern ab, die Beschäftigungsquote von Frauen und Personen aus dem Ausland ist relativ niedrig, und die Städte haben erhebliche Aufwendungen für die soziale Sicherung der Kinder sowie der beschäftigungslosen Erwachsenen. Die erstgenannten Regionen zeigen ein hohes Maß an Inklusion, die zweiten ein hohes Maß an Exklusion. Um dieses zunehmende Auseinanderdriften von Regionen in Deutschland auf Dauer zu vermeiden, wird zu fragen sein, wie sich die Abwanderung von ökonomisch leistungsstarken Familien aus einer Region verhindern lässt. So ist es kein Naturprozess, dass Anfang 1990 in Berlin noch rund 500.000 Familien lebten und 2010 nur noch 300.000; diese Zahl ist jetzt wieder auf 370.000 bis 380.000 gestiegen. Dabei ist dieser Anstieg nicht durch ökonomisch leistungsstarke Familien erzeugt worden, sondern durch die Verstärkung der Zuwanderung von Familien aus unterschiedlichen Regionen der Welt. Für die Inklusion von Kindern aus verschiedenen Regionen sind solche Prozesse der Segregation außerordentlich problematisch. Denn wer als Kind in einer Gegend aufwächst, in der es zwar viele Kinder gibt, die aber aus unterschiedlichen Regionen dieser Erde stammen, dem fehlen im Alltag die Spielkameradinnen und -kameraden, durch die man spielerisch in eine noch fremde Welt hineinwachsen kann.

51 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. <https://www.inkar.de/>.

Die zuwandernden Familien haben nicht nur ihr Hab und Gut verloren oder aufgegeben, sondern auch ihre sozialen Netzwerke und ihr Sozialkapital zurückgelassen. In der Armutsforschung werden diese Aspekte in der Regel kaum berücksichtigt. Dabei bedeutet Inklusion auch, diese sozialen Beziehungen in der neuen Gesellschaft wieder aufbauen zu können. Wenn es niemanden oder nur wenige gibt, denen das gelingt, bleibt diese isoliert. Inklusion, hier in Anlehnung an Eurostat nur als berufliche Inklusion interpretiert, ist in einer modernen Gesellschaft, in der aus vielen Nationen Menschen zuwandern, ein größeres Problem als die ökonomische Absicherung der zuwandernden Menschen. Obwohl mit dem Konzept von Sen eine in sich konsistente Konstruktion zur Analyse dieser Prozesse vorliegt, die vom Europäischen Statistikausschuss auch relativ gut umgesetzt wurde, findet diese Fragestellung in der öffentlichen Debatte keine Resonanz. Das Ergebnis der mangelnden Berücksichtigung dieser Frage findet sich in Abbildung 39.

ABBILDUNG 39: JUNGE ERWACHSENE OHNE ARBEIT, NICHT IN AUSBILDUNG UND NICHT IM STUDIUM (2022)



Quelle: Eurostat. Young people neither in employment nor in education and training by sex, age, citizenship and NUTS 2 regions (NEET rates), [EDAT_LFSE_38_custom_6226539], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/c23406cd-e3ef-4fe9-a7db-550327258ff1?lang=en>.

Abbildung 39 zeigt die Exklusion der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16–24 Jahre). In Bayern sind etwa 4 % der in Deutschland geborenen Kinder und Jugendlichen weder in Ausbildung noch studieren sie oder haben sie eine Arbeit. 12 % der Kinder aus nicht europäischen Ländern teilen in Bayern dieses Schicksal. In Nordrhein-Westfalen sind es 19 %, in Hessen 20 % und in Niedersachsen 16 %. In allen Bundesländern ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen doppelt bis dreimal so hoch wie die der Kinder und Jugendlichen, die in Deutschland geboren wurden. Inklusion sieht anders aus. Bei der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen schnellen die Zahlen noch weiter in die Höhe. Einzelne Bundesländer wie Schleswig-Holstein können sich in dieser Altersgruppe mit Kalabrien oder Sizilien messen: 45 % dieser jungen Menschen sind ohne Qualifikation, ohne Arbeit und ohne Ausbildung.

Angesichts dieser Zahlen, die über die amtliche Statistik jedermann, der sich für Arbeitskräfte interessiert, zugänglich sind und auch allen bekannt sein sollten, die in diesem Bereich politische Entscheidungen treffen müssen, ist die öffentliche Diskussion zum Facharbeitermangel nicht zu verstehen. Offenkundig wird davon ausgegangen, dass diese jungen Leute nicht die notwendigen Talente und Fähigkeiten haben, um bei entsprechender Ansprache auch die Qualifikation zu erwerben, die erforderlich ist, um in Deutschland auf eigenen Füßen zu stehen.

Auch wenn dieser Bericht mit möglichst wenig Wertungen auskommen soll, fällt es schwer, dies nicht als Versagen zu interpretieren. Denn wenn in unserer Gesellschaft Arbeit ein wesentliches Element der Inklusion in die Gesellschaft bedeutet, dann nimmt es diese Gesellschaft offensichtlich hin, dass Kinder mit Zuwanderungshintergrund in großem Umfang in Familien aufwachsen, die selbst Schwierigkeiten haben, hier ihre eigene Position zu finden.

Es besteht die Gefahr, dass die Folgegeneration dieses Muster zwar nicht zur Gänze, aber doch in großen Teilen übernimmt. Nach der Kritik der OECD am deutschen Schulsystem unternahmen der Bund und die Bundesländer große Anstrengungen, die Mängel, die die PISA-Studie Anfang 2000 aufzeigte, zu verringern. Angesichts der hier nur vorsichtig zusammengestellten Daten, die die Ergebnisse des vorigen Abschnitts zur Bildung, dem SDG 4, ergänzen, stellt sich allerdings die Frage, ob es nicht erneut ähnliche Anstrengungen im Hinblick auf diese Entwicklung braucht. Das Thema wird später noch einmal aufgegriffen.

4.3 MATERIELLE DEPRIVATION UND DAUERNDEN ARMUTSRISIKO

Die Stärke der Erweiterung des Armutsmodells um die Inklusionsperspektive ist darin zu sehen, dass neben der ökonomischen Existenzsicherung die Bedeutung der sozialen Beziehungen und die persönliche subjektiv befriedigende Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung Teile eines solchen Modells sind⁵². Durch diese Erweiterung wird das Modell auch politisch handlungsrelevant, weil es nicht um mehr oder weniger Geld geht, sondern um konkrete Anforderungen an politisches Handeln. Auch mögliche negative Konsequenzen unterlassenen Handelns lassen sich gut zeigen. Auf diesen Punkt wird im nächsten Abschnitt über das Nachhaltigkeitsziel 16 (starke Institutionen) eingegangen.

Die Vorstellung, dass Armutsrisiken und Benachteiligungen durch generelle Indikatoren nur teilweise erfasst werden können, teilt auch UNICEF⁵³. Denn die Klassifikation eines Haushalts mit Kindern als relativ arm trifft nicht notwendigerweise die spezifische Lebenssituation der Kinder. Manche Eltern investieren, so gut es geht, fast ausschließlich in ihre Kinder, sodass auch bei Benachteiligung ein innerfamiliärer Ausgleich stattfindet; zudem ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass diese relativen Armutsindikatoren die Lebenssituation von Kindern genau treffen.

Eurostat hat vor fast 20 Jahren (2005) zum ersten Mal versucht, die kindlichen Bedürfnisse durch eine genaue Liste zu erfassen; dieser Ansatz wurde weiterentwickelt zu einer Liste von 17 Indikatoren (2021), um die spezifische Benachteiligung und Mängel von Kindern in der amtlichen Statistik zu erfassen.

52 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Teilhabe von Migrantinnen und geflüchteten Frauen am Arbeitsmarkt verbessern. 5.10.2018. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/teilhabe-von-migrantinnen-und-gefluechteten-frauen-am-arbeitsmarkt-verbessern-128546>, AG Grundsicherung der Nationalen Arbeitskonferenz. Soziale Teilhabe durch Arbeit. Sozialpolitische Anforderungen an die Beschäftigungsförderung. Diskussionsgrundlage und Forderungen. 9.12.2014. <https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2017/08/nak-soziale-Teilhabe-durch-Arbeit-12-2014.pdf>.

53 UNICEF. UNICEF Annual Report 2022. <https://www.unicef.org/reports/unicef-annual-report-2022>.

INDIKATOREN MATERIELLER DEPRIVATION⁵⁴

- 1 Child: Some new clothes
- 2 Child: Two pairs of shoes
- 3 Child: Fresh fruits and vegetables daily
- 4 Child: Meat, chicken, fish daily
- 5 Child: Suitable books
- 6 Child: Outdoor leisure equipment
- 7 Child: Indoor games
- 8 Child: Leisure activities
- 9 Child: Celebrations
- 10 Child: Invite friends
- 11 Child: School trips
- 12 Child: Holiday
- 13 Household: Replace worn-out furniture
- 14 Household: Arrears
- 15 Adults in the household: Internet[1]
- 16 Household: Home adequately warm
- 17 Household: Car

Die Punkte auf dieser Liste unterscheiden sich von den Indikatoren der materiellen Deprivation für Erwachsene. Materielle Deprivation wird definiert als das Fehlen von drei der genannten Merkmale: Je mehr Merkmale fehlen, umso stärker ist die materielle Deprivation ausgeprägt. Auch das Statistische Bundesamt benutzt den Indikator „materielle Deprivation“, um das SDG 1 „Armut bekämpfen“ statistisch abzubilden. Allerdings wird dort die Variante für die Gesamtbevölkerung genutzt und nicht die kindspezifische Variante.

Laut Statistischem Bundesamt möchte die Bundesregierung erreichen, dass die materielle Deprivation in Deutschland unterhalb des europäischen Durchschnitts liegt. Die von Eurostat entwickelte Liste zur Bestimmung der materiellen Deprivation mit den 17 Indikatoren ist zur Beschreibung der kindlichen Entwicklungschancen und des kindlichen Wohlbefindens besser geeignet als die Kalkulation eines generellen Armutsrisikos auf Haushaltsebene. Die theoretische Perspektive wird in der allgemeinen Variante vom Statistischen Bundesamt genutzt, sodass zu hoffen ist, dass auch für die einzelnen Bundesländer entsprechende Informationen erhoben werden können.

Eurostat schlägt einen weiteren Indikator vor, der vermutlich gerade für Kinder und Jugendliche ebenfalls besser geeignet ist als die generelle Kalkulation eines allgemeinen Armutsrisikos. Kindliche Entwicklung und kindliche Lebensverhältnisse sind nicht stabil, sondern in den Lebensverlauf der Eltern eingebettet. Kinder werden heute häufig geboren, bevor die Eltern zusammenziehen; sie ziehen auch nicht immer zusammen. Auch die Heirat der Eltern wird von den Kindern häufig erlebt, während es noch in der Eltern- und Großelterngeneration dieser Kinder selbstverständlich war, dass Zusammenziehen und Heiraten der Geburt des Kindes vorangingen. Diese Veränderungen macht die Bundesanstalt für Arbeit deutlich,

⁵⁴ Eurostat. Children – material deprivation. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Children_-_material_deprivation.



Mit seinen Freunden spielt **Maxi** am liebsten Computerspiele, Tischtennis oder Fußball. Zum Sportplatz fahren sie mit dem Bus statt, Maxi würde sich einen Bolzplatz in der Nähe wünschen.

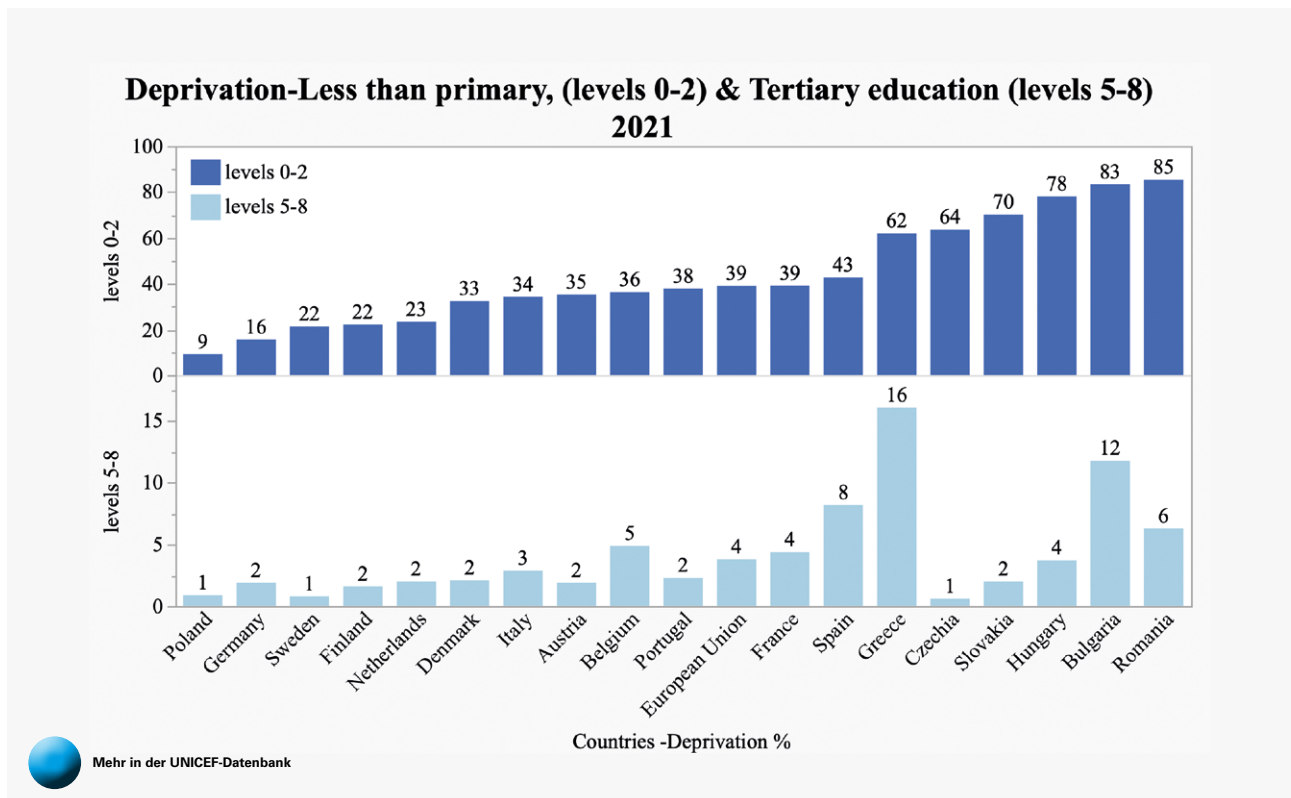
wenn sie die sozialen Unterstützungsleistungen für Kinder in Form eines Lebensbaums darstellt.⁵⁵ Dabei wird gezeigt, wie sich die Unterstützungsleistungen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder entwickeln, und zwar nicht nur in den ersten Lebensjahren, sondern auch für die spätere Entwicklung. Beziehungen gehen auseinander, Elternteile geben ihre Arbeit auf oder beginnen zu arbeiten. Das alles sind dynamische Entwicklungen, die die Kinder im Laufe ihres Älterwerdens erleben. Armutsrisiken oder Armutserfahrungen sind häufig temporäre Ereignisse im Lebensverlauf von Kindern. Eurostat definiert das Armutsrisiko deswegen auch danach, ob Kinder auch bei der folgenden Erhebungswelle noch unterhalb der Risikoschwelle liegen. Dieser Indikator heißt "fortdauernde Armut" und trifft damit im Wesentlichen das übliche sprachliche Verständnis von Armut, weil auch in umgangssprachlichen Debatten über Armut und Armutsrisiko zumeist bestimmte Wirkungen unterstellt werden. Diese treten nicht auf, wenn ein junges Paar zunächst nicht zusammenzieht und beide als Einpersonenhaushalte oder Alleinerziehenden-Haushalte gezählt werden, obwohl sie die Lebensform "living apart together" praktizieren, die heute unter jungen Erwachsenen durchaus verbreitet ist.

Durch ein solches Konzept von relativer Armut, bei dem neben dem generellen Indikator der Einkommensarmut - auch als Ausdruck sozialer Ungleichheit moderner Gesellschaften - die Teilhabechancen von Eltern und Kindern in der Arbeitswelt als konkrete Mangelindikatoren berücksichtigt werden, die die kindliche Entwicklung beeinflussen, berücksichtigt und zudem die Dauerhaftigkeit bestimmter Lebenssituationen einbezogen wird, lässt sich die kindliche Benachteiligung zwangsläufig genauer beschreiben als in der Diskussion um einen Indikator. Das soll abschließend gezeigt werden.

⁵⁵ Eurostat. Children in poverty or social exclusion. 27.10.2022. <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20221027-2>.

4.3.1 MATERIELLE DEPRIVATION UND DAUERHAFT ARMUT

ABBILDUNG 40: MATERIELLE DEPRIVATION, BILDUNG DER ELTERN (2021)



Quelle: Eurostat. Child specific material deprivation rate by educational attainment level of their parents (children aged less than 16 years), [ILC_CHMD03_custom_5815157], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_CHMD03_custom_5815157/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=f3caa9a7-527a-4c62-b87e-fa1efa2156f8.

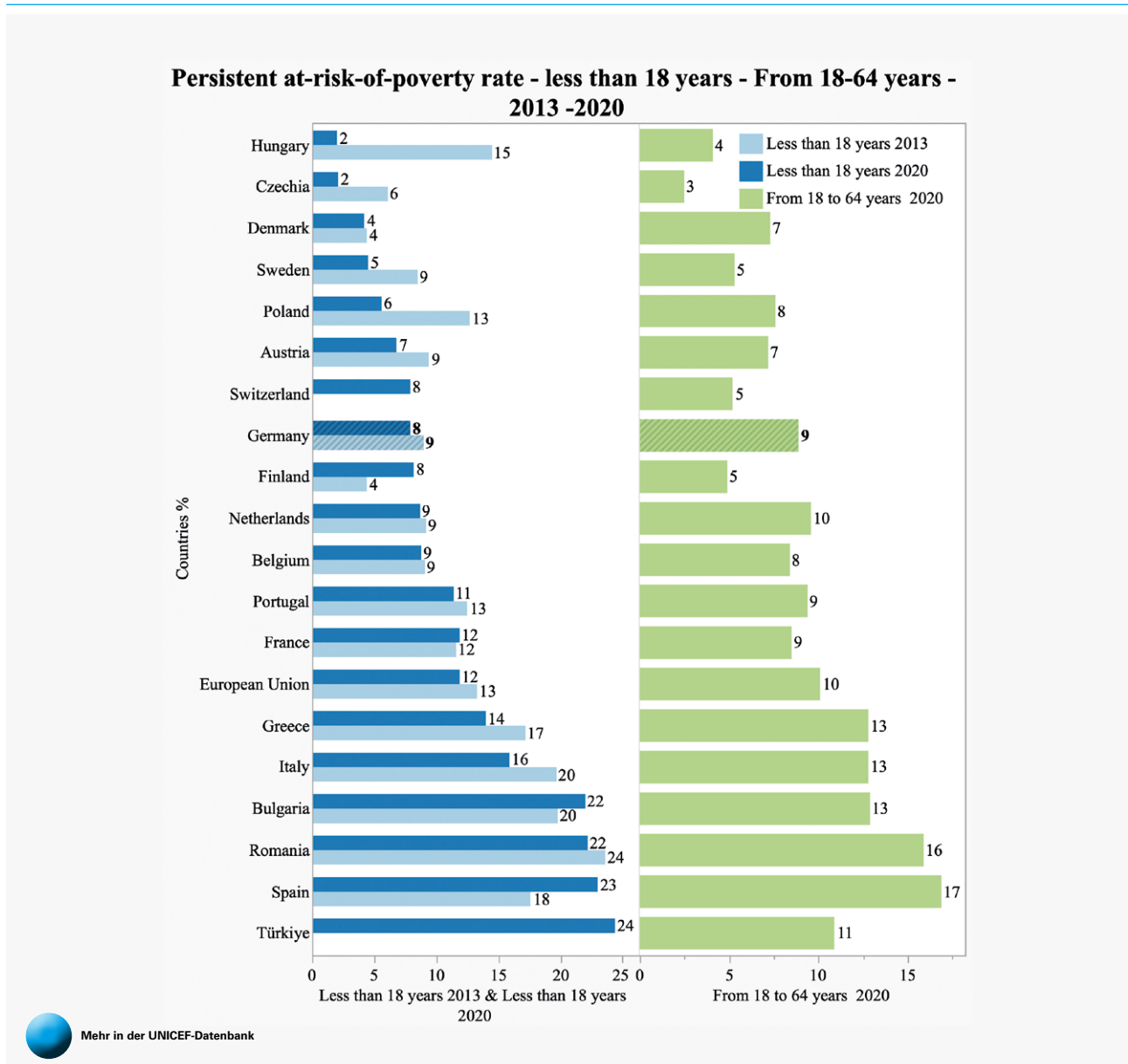
Wie schon beim Indikator „Teilhabe“ (Inklusion) zeigt Abbildung 40, dass das Bildungsniveau der Eltern entscheidend für die kindspezifische Deprivation ist. Verfügen die Eltern über höhere und höchste Bildungsabschlüsse, fehlen den Kindern von den 17 Merkmalen nur in 2 % der Fälle drei und mehr Merkmale, während es in den untersten Bildungsstufen 16 % sind. Allerdings steht Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern außerordentlich gut da. In Finnland, in dem bei den gut gebildeten Eltern auch nur 2 % der Kinder einen entsprechenden Mangel aufweisen, betrifft dies bei den Kindern aus den unteren Bildungsschichten 22 %, und im europäischen Durchschnitt leiden in den unteren Bildungsschichten sogar fast 40 % der Kinder unter materieller Deprivation, wie Eurostat sie definiert. Insofern hat die Bundesregierung ihr Ziel erreicht, unterhalb des EU-Durchschnitts zu liegen. Allerdings ist das Risiko, achtmal so häufig von relativer materieller Deprivation betroffen zu sein, wenn die Eltern ein geringes Bildungsniveau haben, ist kein Qualitätsmerkmal zur Erfüllung des Anspruchs, die materielle Deprivation in Deutschland zu überwinden. Aus theoretischer Perspektive sozialer Ungleichheit müsste es das Ziel sein, die Differenz zwischen den beiden Gruppen möglichst zu verkleinern.

Im Folgenden wird auf eine Analyse der einzelnen Indikatoren materieller Deprivation verzichtet, weil es in diesem Bericht um eine generelle Beschreibung der Lebenssituation von Kindern in Deutschland aus europäischer Perspektive geht. Aber im Grundsatz lassen sich auf der Basis der vorliegenden Daten für Deutschland, sofern das System voll in den Mikrozensus integriert ist, auch für die einzelnen Regionen in Deutschland relativ genau spezifische Merkmale materieller Deprivation identifizieren.

Eine solche Analyse hat sozialpolitisch mehr Relevanz als eine globale Analyse der Einkommensverteilung in einer Gesellschaft, denn konkret sollen den Kindern in spezifischen Situationen und in spezifischen Regionen die gleichen Teilhabechancen ermöglicht werden wie jenen, die keinerlei Deprivation erleben. Auch wenn Deutschland insgesamt in vielen Feldern sehr gut abschneidet, gehen die Kinderrechte als Grundlage dieses Textes davon aus, dass jedes Kind die gleichen Chancen haben sollte.

Der von Eurostat entwickelte Indikator „dauerhaftes Armutsrisiko“ entspricht dem Indikator zur Analyse des Armutsrisikos (60 % des Median-Einkommens). Allerdings werden bei bis zum Alter von 18 Jahren dieser Berechnung nur die Personen aufgenommen, die sich auch bei der jährlich durchgeführten Wiederholungsmessung immer noch in derselben ökonomischen Situation befinden. Bei den Kindern und Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren ist festzustellen, dass sowohl 2013 wie 2020

ABBILDUNG 41: DAUERHAFTE ARMUT IM ALTERSVERGLEICH, KINDER UND JUGENDLICHE UND DIE AKTIVE BEVÖLKERUNG



Quelle: Eurostat. Persistent at-risk-of-poverty rate by sex and age – EU-SILC and ECHP surveys, [ILC_LI21_custom_6762075], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_LI21_custom_6762075/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=9bae8d88-6788-454a-8e98-45e6bfd8a1d&page=time:2020.

8 bis 9 % bei der Wiederholungsmessung nach wie vor in einem Haushalt mit einem entsprechenden Armutsrisiko lebten. Dieser Befund unterscheidet sich nicht vom Armutsrisiko der aktiven Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren. Bei der älteren Generation sehen die Zahlen anders aus, doch hier soll der Fokus auf den Kindern und Jugendlichen liegen. Interessant ist zunächst, dass dieses Ergebnis in etwa den eingangs genannten Werten der OECD entspricht: Diese kalkulierte des Armutsrisiko für Deutschland mit etwa 11 % für Kinder und Jugendliche.

Auch wenn Deutschland im europäischen Vergleich relativ gut dasteht, weil sich in anderen Ländern wie Spanien, Rumänien oder der Türkei etwa ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen in einer solchen Lebenssituation befindet, ist das kein Zustand, der hingenommen werden sollte. Denn wie der Abschnitt über Inklusion zeigt, besteht die Gefahr, dass sich gerade diese Kinder, auch wegen des fehlenden Vorbilds der Eltern, in der Schule und bei der späteren Berufsfindung in der gleichen Situation wie ihre Eltern und sie in ihrer Kindheit wiederfinden.

In den 1980er-Jahren wurde in der Sozialisationsforschung die Annahme entwickelt, dass auf diese Weise ein Zirkel entsteht: Deprivation und dauerhafte Armut, so lautete die These, bergen immer die Gefahr, dass die Kinder, die unter solchen Umständen aufwachsen, als Erwachsene den gleichen Bedingungen leben wie ihre Eltern. Diese Zirkel- oder Reproduktionshypothese sozialer Ungleichheit sollte durch die Bildungsreformen überwunden werden, die schwerpunktmäßig auf die Verbesserung des Übergangs in das weiterführende Schulsystem gerichtet waren.

Aus den wenigen Daten zur Exklusion von Familien in bestimmten Regionen und der unzureichenden beruflichen Integration der Mütter mit relativ geringer Bildung wird ein weiterer Faktor sichtbar, der überwunden werden muss, um solche Reproduktionsprozesse auf Dauer aufzulösen. Notwendig ist eine Kombination aus Förderung der Kinder und Förderung der Mütter. So ist in Deutschland, daran sei erinnert, die Diskrepanz der beruflichen Integration der Mütter zwischen den verschiedenen Bildungsschichten recht groß. Das bedeutet zum einen ein hohes Maß an Exklusion dieser Familien, aber zugleich auch ein hohes relatives Armutsrisiko, weil Familienhaushalte heute in der Regel auf zwei Einkommen aufbauen.

Auch wenn Deutschland im europäischen Vergleich als eine reiche Gesellschaft recht gut dasteht und auch unter Betrachtung der materiellen Deprivation und eines dauerhaften Armutsrisikos zu den Ländern im vorderen Drittel Europas gehört, sollte nicht übersehen werden, dass selbst bei der hier vorgenommenen zurückhaltenden Schätzung insgesamt rund 1,3 Millionen Kinder betroffen sind. Das sind genau 1,3 Millionen Kinder zu viel. Auch ohne mit möglichst hohen Zahlen zu versuchen, Aufmerksamkeit und Interesse zu finden, was im politischen Diskurs legitim ist, muss unter einer strikt fachlichen Perspektive, allein aufbauend auf den amtlichen Daten von Eurostat, festgehalten werden, dass der uralte Reproduktionszyklus noch immer nicht überwunden ist und die zunehmende Diversität unserer Gesellschaft möglicherweise ganz neue Antworten zur Überwindung dieser Entwicklung erfordert.

5 SICHERE LEBENSWELTEN: ES BRAUCHT EIN DORF ... (SDG 16)

5.1 DIE PERSPEKTIVE

Die Lebenswelt von Kindern hat sich in den vergangenen 20 Jahren deutlich verändert. Sehr viel mehr Kinder als früher besuchen eine Kindertagesstätte, die Erwerbstätigkeit der Mütter in Deutschland liegt inzwischen im Durchschnitt höher als in Frankreich, und die elektronischen Medien sind ein fester Bestandteil des Lebensalltags von Kindern geworden. Die freien und unkontrollierten Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche wurden dadurch kleiner, die Kommunikation und die Interaktion von Kindern und Jugendlichen veränderten sich durch die elektronische Kommunikation deutlich. Diese Veränderungen sind je nach wissenschaftlichen und politischen Einsichten sehr unterschiedlich zu bewerten⁵⁶.

Im Folgenden werden wir uns nicht mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen, sondern Material zusammentragen und aufbereiten, um zu sehen, wie staatliche Institutionen, wie Polizei und Jugendhilfe, in dieser veränderten Welt mit den Gefährdungspotenzialen von Kindern und Jugendlichen umgehen. Dabei gilt die normative Position des Autors, einmal zu viel hinzuschauen, ist immer besser als einmal zu wenig. Die Leserinnen und Leser werden auch feststellen, dass das sich entwickelnde Kommunikationsnetzwerk zwischen Jugendhilfe, Schule, den Kindertageseinrichtungen und auch dem Gesundheitssystem eine sehr positive Einschätzung erfährt.

Kinder brauchen eine Person, die „crazy“ für das Kind ist. Auch wenn ein Kind Fehler macht, muss es wissen, dass die Beziehung zu dieser Person nicht in Frage gestellt wird. Diese unbedingte Zuneigung und Liebe sind die Grundvoraussetzung für die Entwicklung des kindlichen Vertrauens in sich selbst und in andere Menschen. Die Formulierung „crazy“ für das Kind findet sich in dem Standardwerk der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften zur Interaktion zwischen kindlicher Entwicklung und Umwelt⁵⁷. Aber für Kinder ist es auch wichtig, auf der Basis dieser stabilen Beziehung zunächst die nähere Umwelt und dann die Welt zu entdecken, die sich nicht notwendigerweise aus der unmittelbaren Erfahrung, sondern durch Unterricht und Schule erschließt.

Insoweit ist für die kindliche Entwicklung immer auch eine Umwelt wichtig, in der sich das Kind gemeinsam mit anderen Menschen entwickeln kann. Das afrikanische Sprichwort „Es braucht ein Dorf, um ein Kind zu erziehen“, trifft diese Wechselwirkung zwischen persönlicher Bindung und Entwicklung von Urvertrauen und Offenheit für eine vielfältige Umwelt mit ganz unterschiedlichen Anforderungen sehr gut. Daher ist es außerordentlich hilfreich, dass dieser Aspekt mit dem Nachhaltigkeitsziel 8 als eigenständiges Ziel dargestellt wird.

Obwohl in Deutschland die meisten Kinder bei beiden Elternteilen aufwachsen und auch schon gezeigt wurde, dass die Zwei-Verdiener-Familie ökonomisch gegenwärtig die leistungsstärkste Lebensform in Deutschland ist, wird es im Leben von Familien und Kindern immer wieder Situationen geben, in denen dieses „crazy“ in Frage gestellt wird. Traditionell wird in vielen Gesellschaften dem Staat die Aufgabe übertragen, Kenntnisse zu erwerben, wie Kinder in schwierigen Lebenssituationen nicht allein bleiben, sondern unterstützt werden können.

56 Twenge, Jean, M. Generation Me: Why Today's Young Americans Are More Confident, Assertive, Entitled – and More Miserable Than Ever Before. New York: Free Press, 2006.

57 Shonkoff, Jack P. / Philips, Deborah A. (ed.). From Neurons to Neighborhoods: The Science of Early Childhood Development. Washington: National Academies Press, 2000.

Die deutsche Verfassung von 1949 formuliert die Beziehung zwischen Familie und Staat in dieser Terminologie. Seit der Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) 1990 ist aus dem Konzept der alleinigen Verantwortung der Familie für die kindliche Entwicklung und dem Wächteramt des Staates eher eine kooperative Partnerschaft geworden. Das macht schon die Rechtskonstruktion des KJHG deutlich, wenn darin familienergänzende und familienunterstützende Maßnahmen für alle Kinder definiert werden. Der Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz macht das auch nachvollziehbar. Der Staat verpflichtet sich, um die kindliche Entwicklung zu fördern, eine Infrastruktur für Kinder und Familien aufzubauen, die das Familieninteresse der Kinder nutzen können, aber nicht nutzen müssen. Diese Perspektive unterscheidet sich deutlich von der staatlichen Perspektive, Sicherheit und Ordnung in der Gesellschaft zu garantieren.

Daher wird hier zunächst diese eher staatliche Perspektive in Bezug auf Jugendliche und Kinder dargestellt, die von Polizei und Justiz gewährleistet wird, um zu zeigen, inwieweit die Risiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland durch die staatlichen Ordnungsorgane gut kontrolliert werden. Unabhängig davon werden dann einige Aspekte skizziert, die sich aus der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe ergeben, da in diesem Kapitel die These entwickelt wird, dass dieser partnerschaftliche Ansatz Grundlage für eine neue Konzeption der Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Schule, vor allem der Grundschule, bei dem jetzt anstehenden Ausbau der Kinderbetreuung für Schulkinder sein sollte.

Denn aus Sicht des Autors ist dies eine Grundvoraussetzung, um auf die vielen neuen Anforderungen an die Grundschule wegen der großen Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Kindern aus verschiedenen

Florian posiert mit einem Fußball.



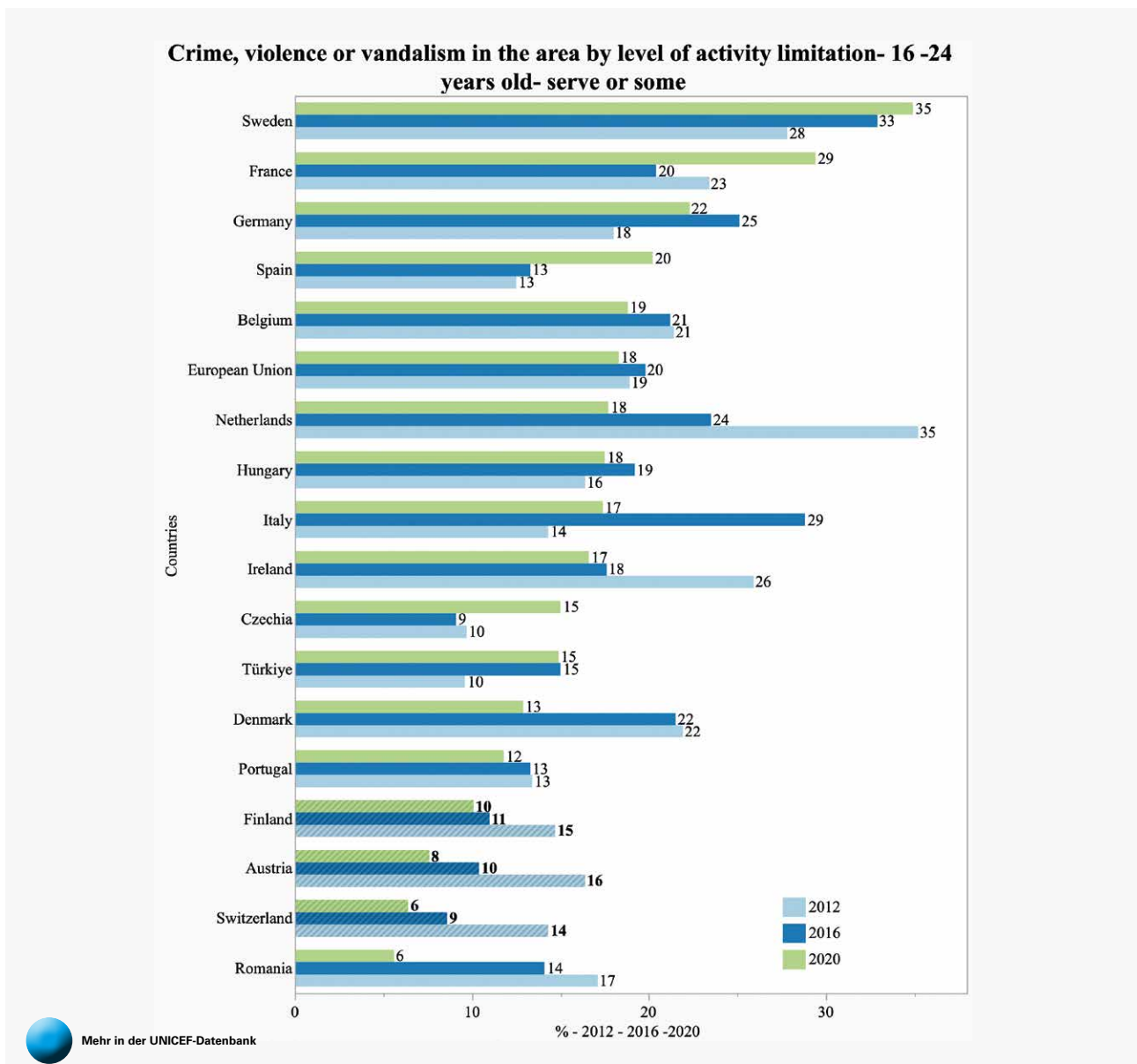
Kulturen angemessen reagieren zu können, wie auch auf die Herausforderungen, die an die kindliche Entwicklung durch die neuen Medien gestellt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus kann auf Dauer in einer diversen Welt nur funktionieren, wenn sie in einen größeren Zusammenhang eingebettet wird. Es braucht wirklich ein ganzes Dorf, um ein Kind aufzuziehen.

5.2 SUBJEKTIVE UND TATSÄCHLICHE SICHERHEIT

Eine gute Sicherheitspolitik im Inneren zeichnet sich dadurch aus, dass diese auch subjektiv von der Bevölkerung erlebt wird. Das ist in Deutschland bei den 16- bis 24-Jährigen nicht der Fall. 2012 gaben 18 % an, dass sie ihre unmittelbare Lebensumwelt nicht als sicher erleben. Kriminalität, Vandalismus und mögliches aggressives Verhalten werden vermutet und führen dazu, die eigene Bewegungsfreiheit einzuschränken. 2016 ist dieser Prozentsatz auf 25 % angewachsen, um bis 2020 wieder auf 22 % zurückzugehen. Von den hier verglichenen europäischen Ländern ist die Unsicherheit nur noch in Schweden mit 35% und in Frankreich mit 29 % höher. Deutschland kulturell sehr nahestehende Länder wie Österreich oder die Schweiz müssen eine sehr viel bessere Sicherheitspolitik betreiben, weil dort in dieser Altersgruppe nur 6 bzw. 8 % sich der gleichen Weise unsicher fühlen wie in Deutschland, Frankreich und Schweden. Es gibt auch Länder, die 2012 ein höheres Maß an Furcht, Unsicherheit und Angst vor Kriminalität aufwiesen als Deutschland, wie die Niederlande, Dänemark oder Italien. Diesen Ländern ist es aber inzwischen gelungen, das Sicherheitsgefühl wieder deutlich zu verbessern.

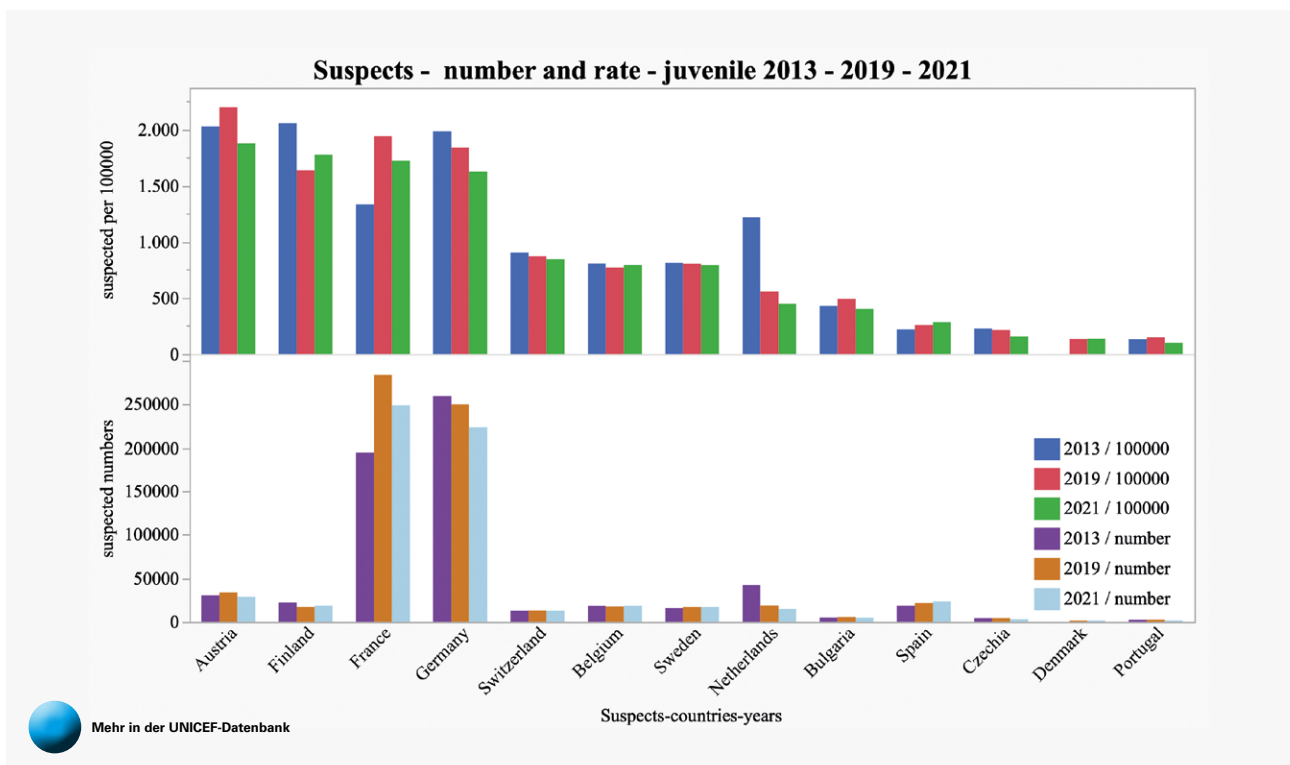
Nun mögen solche Entwicklungen vorübergehend sein, aber wenn hier noch berücksichtigt wird, dass die Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch schon im Bereich der subjektiven Zufriedenheit im europäischen Vergleich sehr geringe Werte aufwies, dann stellt sich die Frage, welche Ursachen für diese doch deutliche Einschränkung des subjektiven Wohlbefindens verantwortlich sind und welche Konsequenzen das haben kann. Bedeutet die Verunsicherung der eigenen Selbstwahrnehmung und geringen Zufriedenheit in Kombination mit Furcht vor Kriminalität auch die Vergrößerung der Bereitschaft, politische Optionen zu erwägen, die man sonst eher ablehnt? Die Daten hier beantworten diese Frage nicht, auch wenn bestimmte Wahlergebnisse in europäischen Ländern sehr spezifische Schlussfolgerungen nahelegen. Hier werden die nicht gezogen, weil das hier nicht geprüft werden kann, aber das sollte auf jeden Fall im Einzelnen geprüft werden. Denn wie soll in einer Gesellschaft Zusammenhalt, Respekt und Zukunftsorientierung entwickelt werden, wenn eine große Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen den staatlichen Institutionen nicht einmal zutraut, die Sicherheit der eigenen Lebensumwelt zu garantieren?

Prüfen lässt sich allerdings, ob in Deutschland die Kriminalität stärker ausgeprägt ist als in anderen Ländern und ob sie zugenommen hat. Untersucht man zunächst die tatverdächtigen Jugendlichen, so ist festzustellen, dass deren Zahl in Deutschland nicht nur absolut, sondern auch relativ hoch ist, was auch für Frankreich zutrifft. Allerdings gilt das auch für Länder wie Österreich oder Finnland mit einem viel höheren Sicherheitsbewusstsein als Deutschland oder Frankreich. Zudem zeigt sich, dass die Zahl der Tatverdächtigen sowohl absolut wie auch relativ zwischen 2013 und 2021 abgenommen hat. Jugendliche sind nach den Daten von Eurostat zwischen 2013 und 2021, den letzten vorliegenden Daten, weniger als Tatverdächtige aufgefallen, was eigentlich zu einer Verstärkung des Sicherheitsgefühls hätte beitragen müssen.

ABBILDUNG 42: SUBJEKTIVE EINSCHRÄNKUNG DER PERSÖNLICHEN BEWEGUNGSFREIHEIT AUS FURCHT VOR GEWALT UND VANDALISMUS


Quelle: Eurostat. Crime, violence or vandalism in the area by level of activity limitation, sex and age, [HLTH_DHC130__custom_6391182], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/HLTH_DHC130_custom_6391182/default/table?lang=en.

Prüft man neben den Tatverdächtigen noch die verurteilten Jugendlichen, ist fast schon auszuschließen, dass die Jugendlichen selbst an dieser Verringerung des Sicherheitsgefühls beteiligt sind. Denn bezogen auf die Zahl der Verurteilten pro Jahr hat sich die Zahl nicht nur verringert, sondern fast halbiert. Von 300 Verurteilten auf 100.000 Jugendliche in 2013 ist die Zahl auf 156 in 2021 zurückgegangen. Andere Länder mit einem viel höheren Sicherheitsgefühl, wie etwa die Schweiz oder Dänemark, weisen höhere Quoten von verurteilten Jugendlichen auf als Deutschland. Wenn man einmal davon ausgeht, dass die Polizei wie auch die Gerichte ihre Arbeit 2020/2021 in etwa genauso verrichteten wie 2013/2019, so ist davon auszugehen, dass das Sicherheitsgefühl, soweit das durch die entsprechenden Fragen zu messen ist, nicht durch eine Zunahme krimineller Aktivitäten verursacht wurde. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind eher friedlicher geworden als vor 6 oder 7 Jahren.

ABBILDUNG 43: TATVERDÄCHTIGE JUGENDLICHE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH


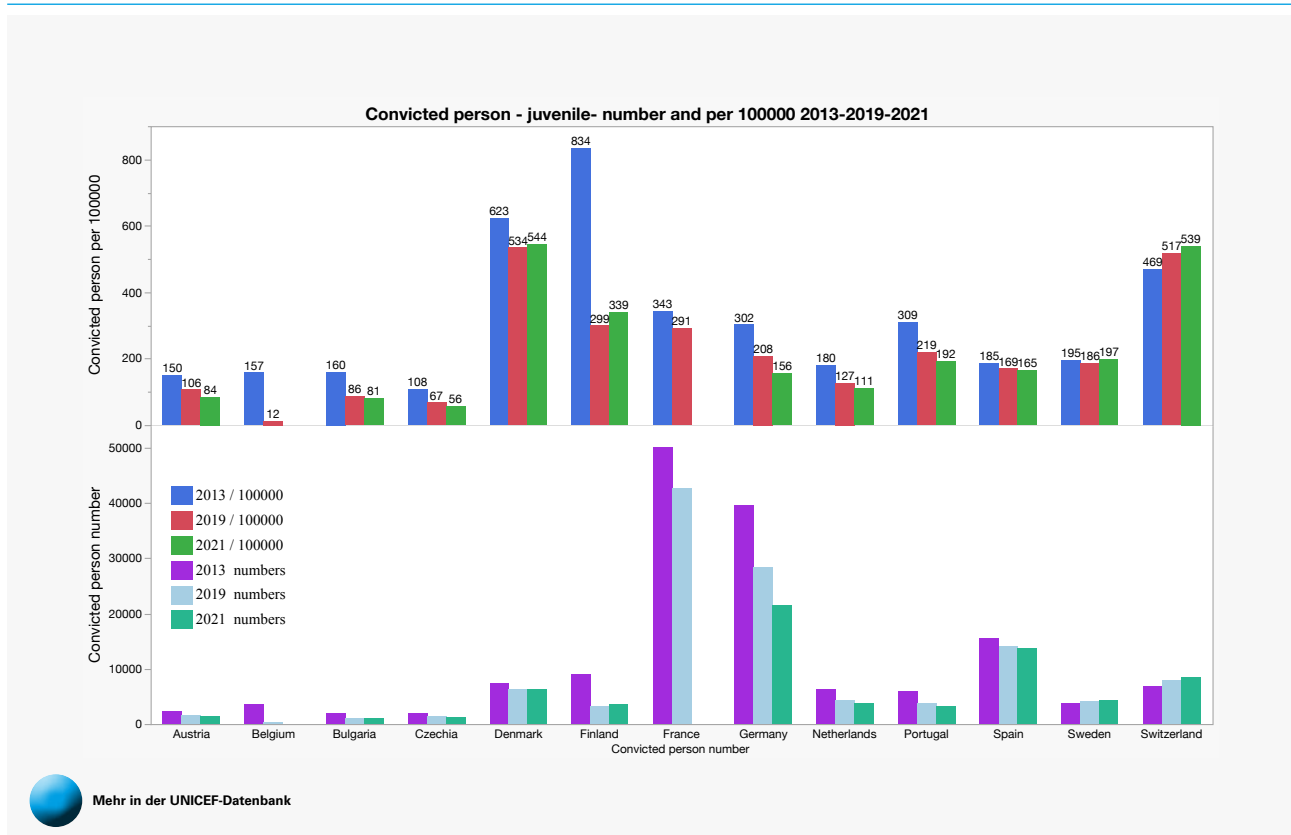
Quelle: Eurostat. Suspects and offenders by age - number and rate for the relevant age group, [CRIM_JUST_AGE__custom_6424746], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/CRIM_JUST_AGE__custom_6424746/default/table?lang=de.

Das führt zu der Frage, ob möglicherweise die Zunahme kriminellen Verhaltens durch Erwachsene das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitswahrnehmung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen beeinträchtigt hat.

Aber auch hier zeigt die Statistik, dass Deutschland bei der Analyse der Tatverdächtigen wie der Verurteilten keine Zunahme des kriminellen Verhaltens zu verzeichnen hat. Ob die geringfügige Abnahme der tatverdächtigen und verurteilten Erwachsenen im Sinne einer Tendenz zu interpretieren ist, was möglich ist, sei dahingestellt. Aber die Daten erklären nicht, warum das Sicherheitsgefühl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Zeit deutlich zugenommen hat und selbst nach der jetzt vorliegenden tendenziellen Abnahme immer noch höher liegt als beim ersten Messzeitpunkt. Dabei zeigt der europäische Vergleich, dass sich Deutschland bei den Tatverdächtigen auf einer Ebene mit Frankreich befindet. Schweden weist etwas weniger Tatverdächtige auf 100.000 Einwohner aus; die Quote der Verurteilten, bezogen auf 100.000 der Bevölkerung, entspricht wiederum französischen Verhältnissen, liegt aber deutlich unter den Schweizer Ergebnissen, obwohl die Schweizerinnen und Schweizer ein viel höheres Sicherheitsgefühl aufweisen als die Deutschen.

Es ist sicher spannend zu prüfen, wie im europäischen Vergleich in den Sicherheitsbehörden und der Justiz gearbeitet wird. Für die Frage des Sicherheitsgefühls bei den deutschen jungen Erwachsenen und Jugendlichen lassen die Daten aber nicht den Schluss zu, dass die Veränderung des Sicherheitsgefühls etwas mit den Aktivitäten von Polizei und Justiz zu tun hat. Hier bleiben zwei interessante Hypothesen. Zum einen besteht die Möglichkeit, dass sich die Kriminalität deutlich verändert hat – wenn mehr Gewalttaten zu beobachten sind und weniger Straftaten wie Betrug, dann ist der Anstieg zunehmender Verunsicherung gut zu erklären. Wenn das auch nicht der Fall ist, rückt die öffentliche Kommunikation über Straftaten in den Mittelpunkt.

ABBILDUNG 44: VERURTEILTE JUGENDLICHE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH



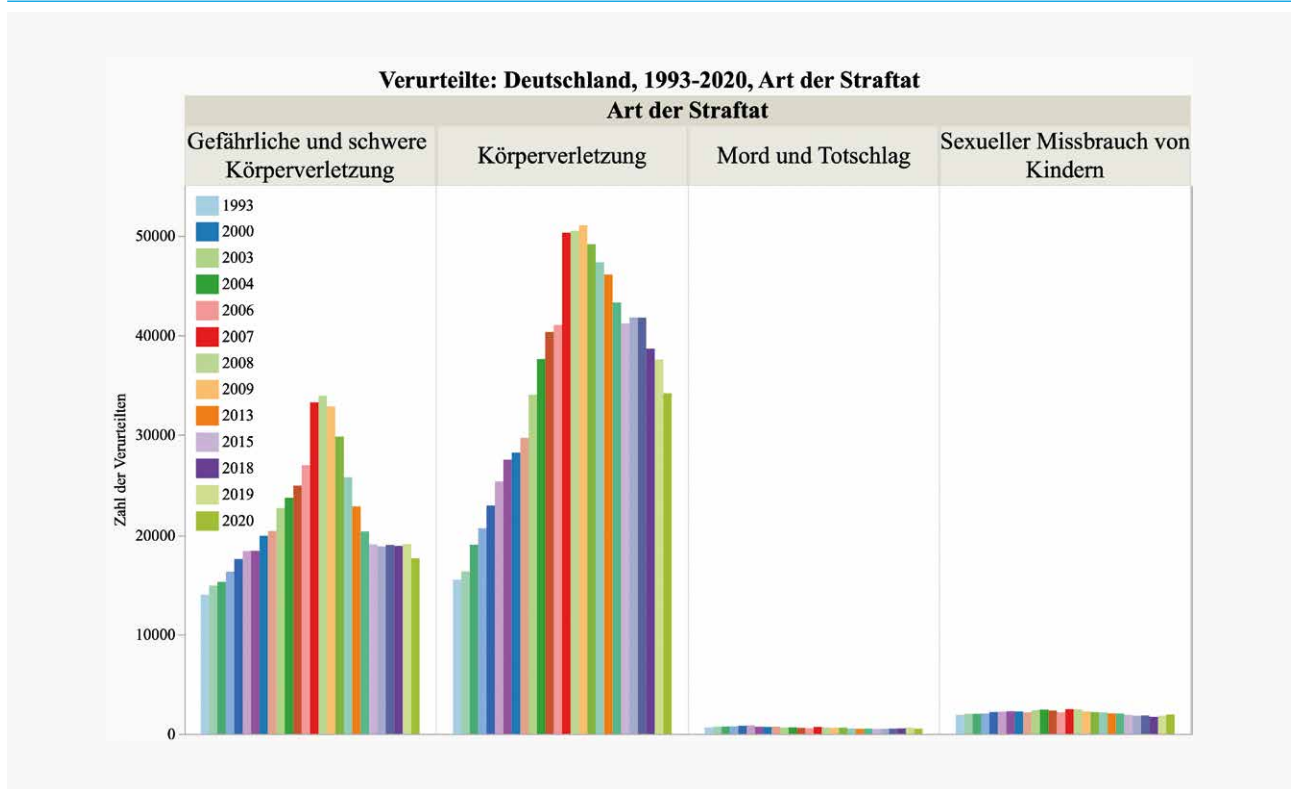
Quelle: Eurostat. Suspects and offenders by age - number and rate for the relevant age group, [CRIM_JUST_AGE__custom_6424746], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/CRIM_JUST_AGE__custom_6424746/default/table?lang=en.

Prüft man die Entwicklung von Straftaten im Zeitverlauf, wie Körperverletzung, schwere Körperverletzung, Mord und Totschlag und sexuelle Misshandlung von Kindern, und nutzt die vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamts seit Mitte der 1990er-Jahre, wird deutlich, dass die Veränderung des Gefühls von Sicherheit der jungen Erwachsenen eine zeitverzögerte Reaktion auf die tatsächliche Entwicklung von Straftaten ist, bei denen Gewalt im Spiel ist.

Anfang der 1990er-Jahre, nach der deutschen Wiedervereinigung und zu Beginn der ersten großen Migrationswelle aus Osteuropa, waren sowohl die Verurteilungen für Körperverletzung wie auch gefährliche Körperverletzung auf einem viel niedrigeren Niveau als heute. Bei diesen Straftaten gab es eine kontinuierliche Steigerung bis 2008/2009. Danach beginnt die Zahl der Verurteilten in diesem Bereich zu sinken; es gibt noch einen kleinen Anstieg von 2015 auf 2018, aber 2019 und 2020 deutet sich eine weiter sinkende Tendenz an. Bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen bewegt sich die Zahl der Verurteilten schon fast wieder in das Niveau von 1993. Bei den Körperverletzungen ist es immer noch mehr als doppelt so hoch wie 1993.

Beim Vergleich dieser Kurven mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl der jungen Erwachsenen wird deutlich, dass die jungen Erwachsenen mit einer Zeitverzögerung von etwa 8 Jahren auf diese Entwicklung reagierten. 2008 lag der Höhepunkt der Verurteilung für körperliche Gewalt und schwere Körperverletzung; 2016 vermittelt die größte Gruppe der jungen Erwachsenen und Jugendlichen das Gefühl, in ihrer Nachbarschaft durch Gewalttätigkeit und Kriminalität in ihren Bewegungsspielräumen einschränkt zu sein. 4 Jahre später ist dieses Gefühl schon wieder zurückgegangen, was auch der Ent-

ABBILDUNG 45: VERURTEILTE IN DEUTSCHLAND NACH ART DER STRAFTAT (1993–2020)



Quelle: Destatis. Strafverfolgung. Fachserie 10, Reihe 3. 2021, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Strafverfolgung-Strafvollzug/strafverfolgung-2100300217004.html>.

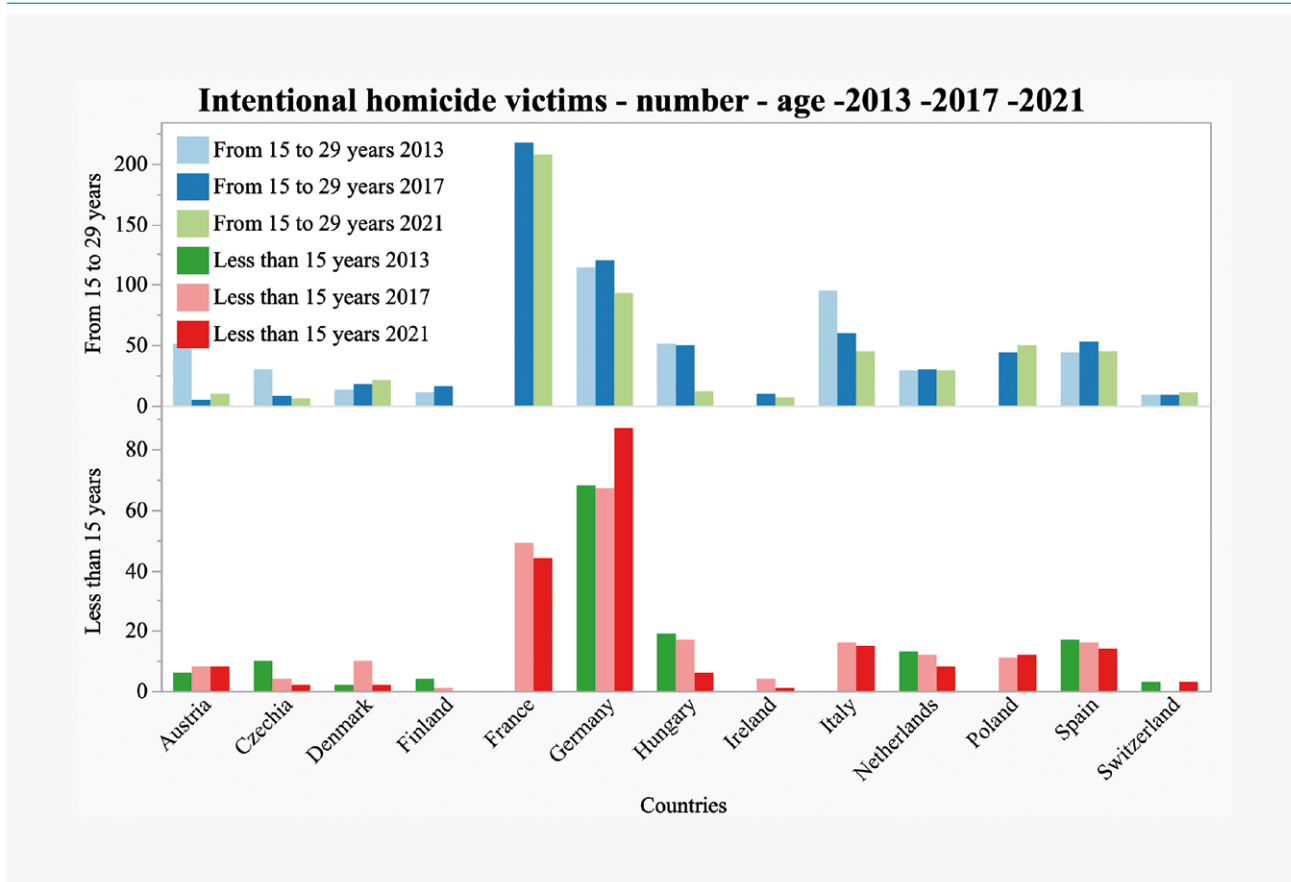
wicklung der Verurteilungen entspricht. Der Blick auf die beiden Kurven erweckt den Eindruck, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf das gesellschaftliche Umfeld reagieren. Ob diese Reaktionsmuster durch Medien oder anderes verstärkt werden, ist angesichts dieses Zusammenhangs nicht von Bedeutung. Soweit sich das aus diesen wenigen Zahlen ableiten lässt, kommt es für die jungen Erwachsenen und Jugendlichen schon darauf an, wie die tatsächlichen Bedrohungen eingeschätzt werden. Für den Staat und die staatlichen Institutionen heißt das aber auch, dass das auch nach den realen Leistungen beurteilt wird. Diese Reaktionen sind vielleicht nicht immer sofort präsent, weil die Verarbeitung gesellschaftlicher Situationen auch Zeit braucht.

Aus diesen Ergebnissen ist zunächst abzuleiten, dass die Schwankungen des Sicherheitsgefühls der jungen Erwachsenen und Jugendlichen nachvollziehbare Reaktionsmuster auf gesellschaftliche Entwicklungen darstellen. Zugleich zeigen die Ergebnisse auch, dass staatliche Institutionen, wie die Polizei und die Gerichte, hier zwar Zeit brauchen, um den neuen Herausforderungen zu begegnen, aber offenkundig in der Lage sind, sich auf die neuen Herausforderungen einzustellen und mit ihnen konstruktiv umzugehen.

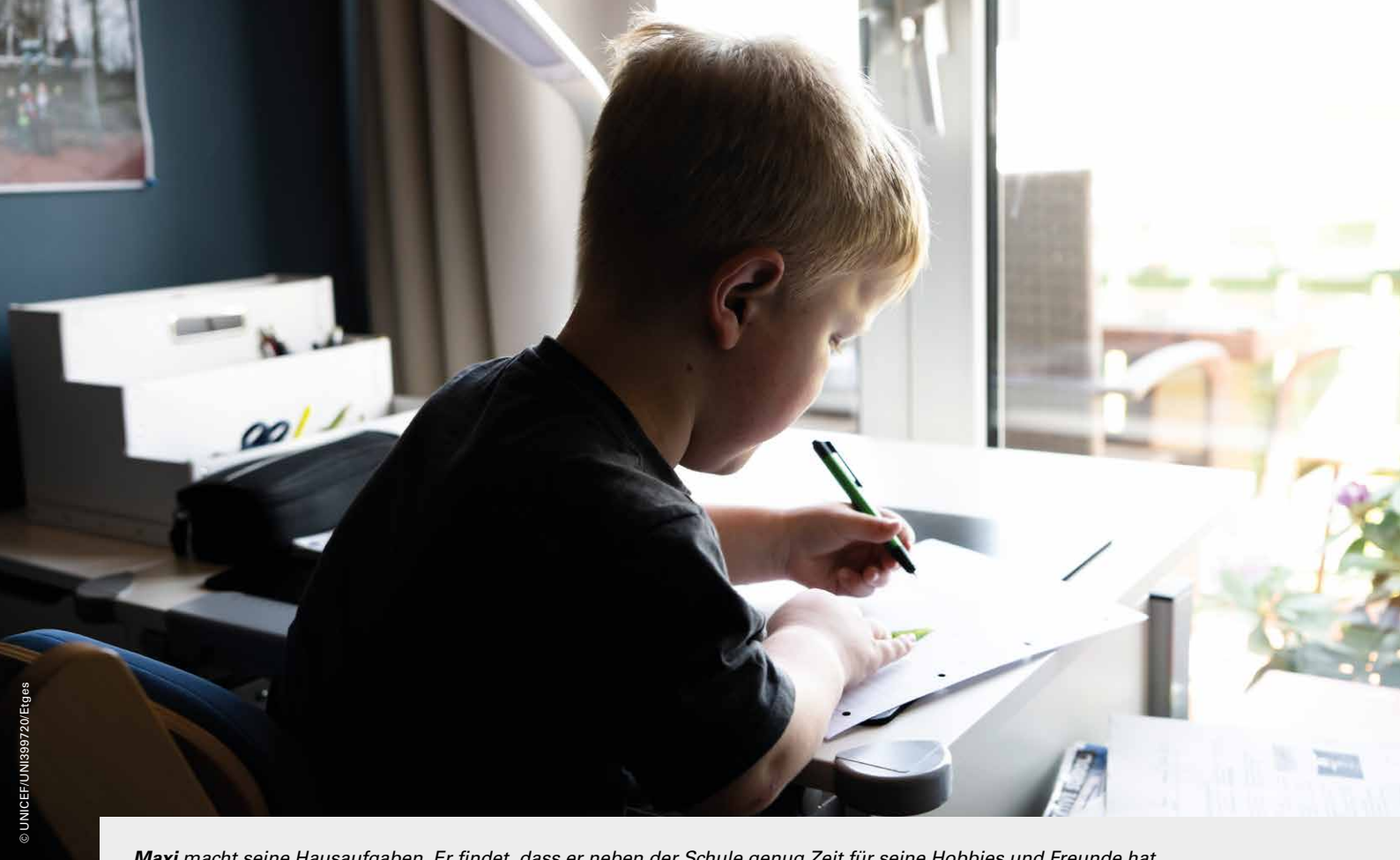
Das gilt jedoch, wie beschrieben, nicht für alle staatlichen Institutionen, vor allem nicht für die Schulen; darauf wird noch zurückgekommen. In Abbildung 45 sind nicht nur Gewalttaten von Erwachsenen gegenüber anderen festgehalten, sondern auch sexuelle Gewalt gegenüber Kindern. Zwar ist der Verlauf dieser Entwicklung insgesamt tendenziell positiv, wird aber von den gerade besprochenen gesellschaftlichen Entwicklungen kaum beeinflusst. Das ist deswegen wichtig zu betonen, weil Deutschland bei den gewaltsamen Todesfällen von Kindern leider den europäischen Spitzenplatz einnimmt.

In Deutschland wurden 2021 80 Kinder bis zu 15 Jahren getötet, in Frankreich waren es etwa 40 Kinder, in den anderen europäischen Vergleichsländern immer weniger als 20 Kinder. Auch bei den 15- bis 29-jährigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt Deutschland trotz eines leichten Rückgangs hinter Frankreich an zweiter Stelle. Das sind außerordentlich betrübliche Ergebnisse. Bei der Diskussion um das Ziel stärkerer und sicherer staatlicher Institutionen (SDG16) geht es nicht nur darum, wie gut oder wie schlecht die Polizei und die Gerichte mit gesellschaftlichen Entwicklungen umgehen, sondern es muss - auch mit der Definition als Ziel - auch darum gehen, wie gut der Staat und seine Institutionen die Sicherheit der Kinder und die Sicherheit der Entwicklung von Kindern so gewährleisten können, dass alle Kinder ihre innewohnenden Talente so entfalten können, wie sie sich das selbst vorstellen.

ABBILDUNG 46: GEWALTSAME TODESFÄLLE VON KINDERN



Quelle: Eurostat. Intentional homicide victims by age and sex – number and rate for the relevant sex and age groups, [CRIM_HOM_VAGE_custom_6428224], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/CRIM_HOM_VAGE_custom_6428224/default/table?lang=de.



Maxi macht seine Hausaufgaben. Er findet, dass er neben der Schule genug Zeit für seine Hobbies und Freunde hat.

5.3 DER STAAT: VOM WÄCHTER ZUM PARTNER

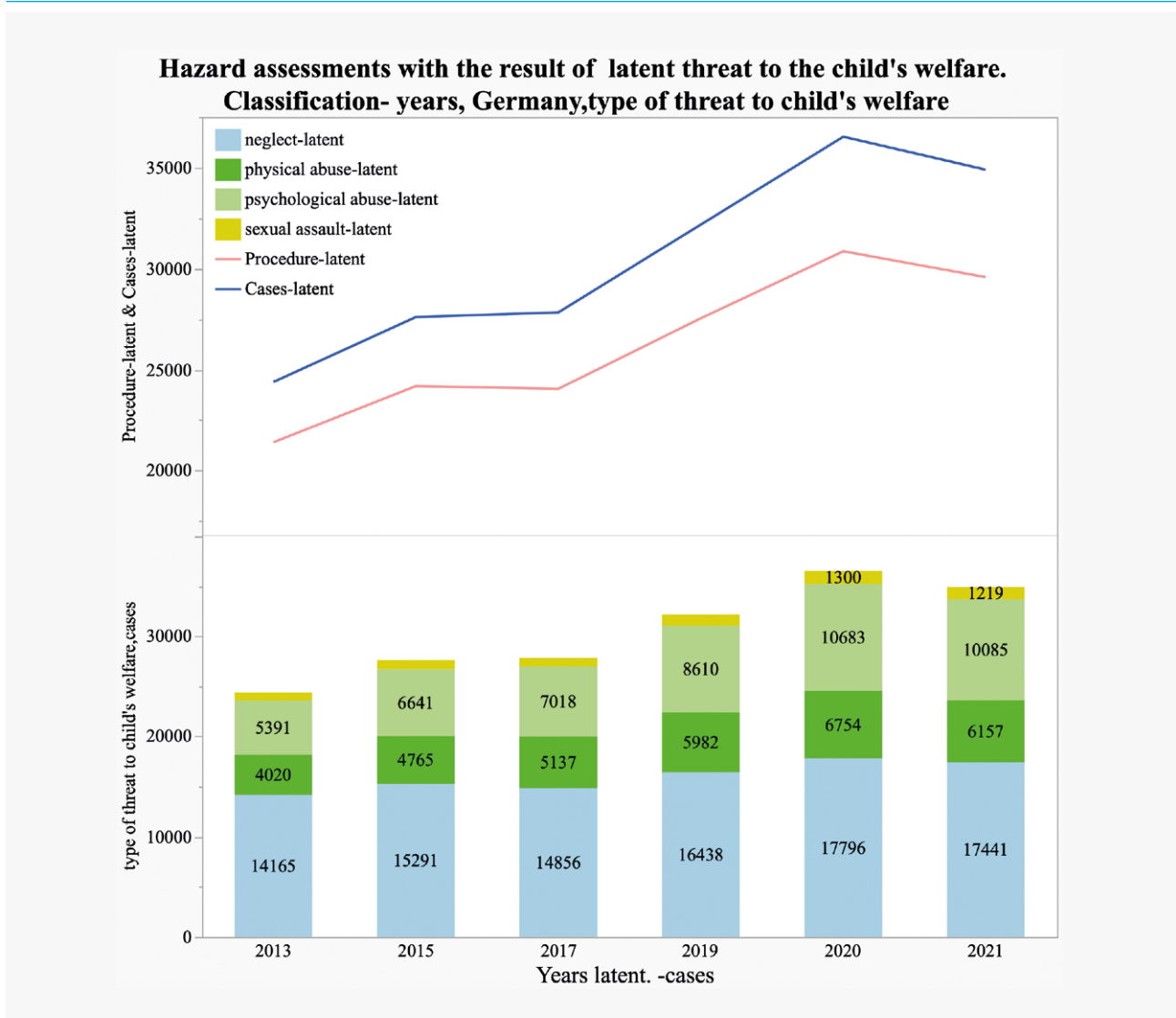
Die Statistik der Polizei und der Gerichte gibt nur die Zahlen der Fälle wieder, in denen strafrechtlich relevantes Handeln vermutet oder in einem Gerichtsverfahren festgestellt wird. Im europäischen Vergleich wurde schon deutlich, dass in allen Ländern die Zahl der Verurteilten wesentlich geringer ist als die Zahl derjenigen, bei denen die Polizei den begründeten Verdacht kriminellen Handelns hat. Im Umgang mit Kindern können aber Dinge geschehen, die strafrechtlich nicht relevant sein müssen, aber die kindliche Entwicklung und das Kindeswohl beeinträchtigen können. Das beginnt mit Vernachlässigung, etwa weil die Eltern ihre Kinder sich selbst überlassen, nicht hinreichend für sie sorgen oder sie in der schulischen Entwicklung nicht richtig unterstützen. Aber auch psychische Misshandlungen und körperliche Züchtigungen geschehen jeden Tag in vielfältiger Weise, ohne dass das im Einzelfall immer auch strafrechtlich relevant sein muss. Daneben gibt es auch im familiären Kontext sexuellen Missbrauch und sexuelle Gewalt.

Trotz dieser Taten, die das Kindeswohl gefährden, wollen viele betroffene Kinder auch weiterhin mit ihren Eltern zusammenleben. Manche dieser Gefährdungen sind auch Ergebnis der Überforderung der Eltern, die eine entsprechende Unterstützung brauchen; viel ist dem in Deutschland immer noch stark ausgeprägten Alkoholkonsum der Erwachsenen zuzurechnen. Daher ist es für die Jugendämter und die dort Beschäftigten wie Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter oder Juristinnen und Juristen, eine unglaubliche Herausforderung, einen Weg zu finden, um die Lebenssituation der Kinder so zu stärken, dass das Kindeswohl nicht mehr gefährdet ist, damit die Kinder auch subjektiv das Gefühl haben können, dass ihre Interessen und Bedürfnisse gestärkt und entwickelt werden. Zugleich ist aber auch sicherzustellen, dass die betroffenen Erwachsenen, meist die Eltern oder auch andere Personen, lernen, das Kindeswohl und die Bedürfnisse von Kindern zu respektieren.

Diese in jedem Einzelfall schwierige Situation versucht die amtliche Jugendhilfestatistik seit 2012 auch für Außenstehende transparent und nachvollziehbar wiederzugeben. Sie unterscheidet dazu zwischen latenter und akuter Gefährdung des Kindeswohls. Bei latenter Gefährdung des Kindeswohls liegen eindeutige Hinweise auf ein Fehlverhalten im Lebenskontext des Kindes vor. Dennoch gibt es Situationen, die trotz eindeutiger Merkmale und sorgfältiger Analyse und Diskussion mit allen beteiligten Personen offene Fragen hinterlassen. In vielen dieser Fälle ist es sinnvoll, das Kind und die Familie zu begleiten und die Entwicklungen zu beeinflussen, aber eindeutige Entscheidungen, die immer auch erhebliche Konsequenzen für die Kinder haben, eher noch abzuwägen.

Nach den Daten der Gesundheitsberichterstattung gab es bei den latenten Fällen seit 2013 einen kontinuierlichen Anstieg. Ob sich dieser Trend fortsetzt oder abschwächt, lässt sich gegenwärtig kaum sagen. Allerdings gilt wie bei der Entwicklung depressiver Stimmungen, wie im Abschnitt über Gesundheit berichtet, dass diese Entwicklungen lange vor der Pandemie eingesetzt haben, möglicherweise in

ABBILDUNG 47: LATENTE GEFÄHRDUNG DES KINDESWOHLS, UNTERSCHIEDLICHE FORMEN SEIT 2013



Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gefährdungseinschätzungen mit dem Ergebnis einer akuten oder latenten Kindeswohlgefährdung. Gliederungsmerkmale: Jahre, Deutschland, Alter, Geschlecht, Gefährdungseinschätzung, Art der Kindeswohlgefährdung, https://www.gbe-bund.de/gbe/pkg_isgbe5.prc_menu_olap?p_uid=gast&p_aid=71599443&sprache=D&p_help=2&p_indnr=137&p_indsp=&p_ityp=H&p_fid.

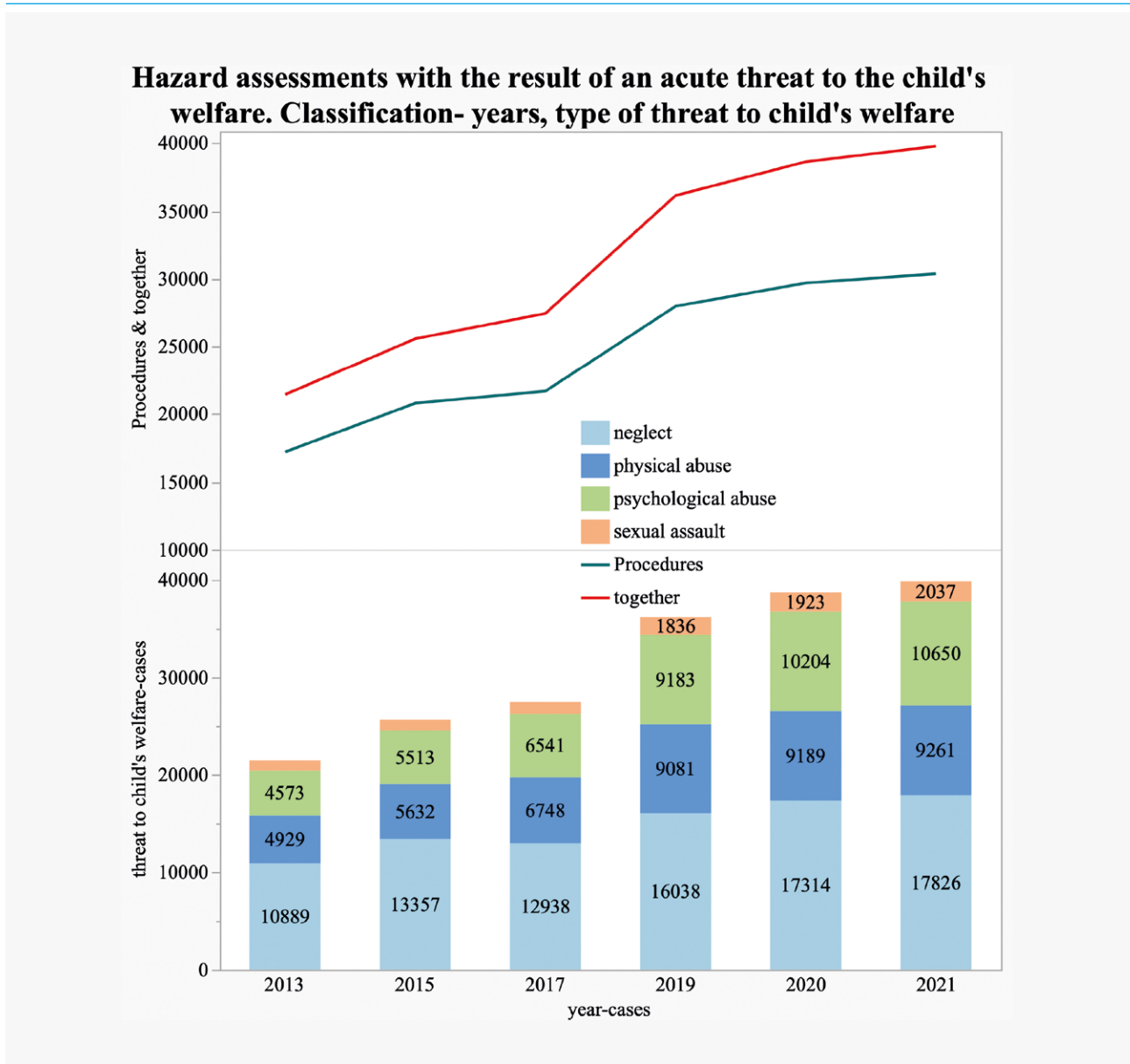


Bei einer gemeinsamen Aufräumaktion hilft **Ninas** jüngere Schwester Helen ihrer Lehrerin beim Verteilen der Kunstwerke ihrer Klassenkameradinnen und -kameraden. Helen mag kreative Aktivitäten sehr. Nach der Schulzeit möchte Nina an der Schule ihrer Schwester ein Freiwilliges Soziales Jahr machen.

der Pandemie verstärkt wurden und danach wieder etwas zurückgegangen sind. Aber das sind eher Spekulationen. Zudem hat sich die Statistik selbst noch einmal etwas geändert, weil die Jugendhilfe sorgfältig jeden einzelnen Vorgang dokumentiert, so dass auch mehrere Formen des kindlichen Wohlbefindens und des Kindeswohls pro Kind erfasst werden können. Daher sind die Fallzahlen der verschiedenen Formen immer höher als die der Verfahren, die pro Kind eröffnet werden. Auch wurde inzwischen die Begrenzung, pro Kind nur drei unterschiedliche Formen zu vermerken, aufgehoben. Daher wird auch das zweite Verfahren angegeben, weil die Fälle auch Mehrfach-Benennungen sein können.

Auch bei der akuten Kindeswohlgefährdung zeigt sich der gleiche Anstieg seit 2013, und auch die Differenzen zwischen Verfahren und Fallzahlen unterscheiden sich deutlich. Sowohl bei den latenten wie bei den akuten Fällen dominiert die Vernachlässigung der Kinder. Es mag überraschen, dass die Vernachlässigung bei der Erfassung der Kindeswohlgefährdung eine so große Rolle spielt. Es wurde schon darauf verwiesen, dass ein wesentliches Kernelement der kindlichen Entwicklung das Vertrauen und die Zuneigung einer erwachsenen Person für dieses Kind ist. Die amerikanische Akademie der Wissenschaft hat dafür den Ausdruck „crazy“ gewählt; das lässt sich mit „verrückt“ übersetzen, ist aber vermutlich mit dem Begriff „unbedingte Liebe“ besser getroffen. Diese Liebe ist ein Prozess, in dem sich die Beziehungen zwischen den Personen entwickeln. In den meisten Fällen ist dies von Anfang an kein Problem, aber wie bei allen menschlichen Beziehungen ist die Variationsbreite in diesem Entwicklungsprozess sehr unterschiedlich – von blinder Liebe bis zur physischen und psychischen Ablehnung. Das erklärt auch, dass die zweite große Gruppe die psychologischen Misshandlungen von Kindern umfasst. Insofern ist zunächst nur festzustellen, dass Jugendämter, die auf diese Entwicklungsprozesse achten und versuchen, sie auch positiv zu beeinflussen, ziemlich gute Arbeit leisten. Körperliche und sexuelle Misshandlungen stellen demgegenüber einen kleineren Teil da, sind aber trotzdem in jedem Einzelfall für das betroffene Kind eine Katastrophe.

ABBILDUNG 48: AKUTE KINDESWOHLGEFÄHRDUNG SEIT 2013, FORMEN DER KINDESWOHLGEFÄHRDUNG

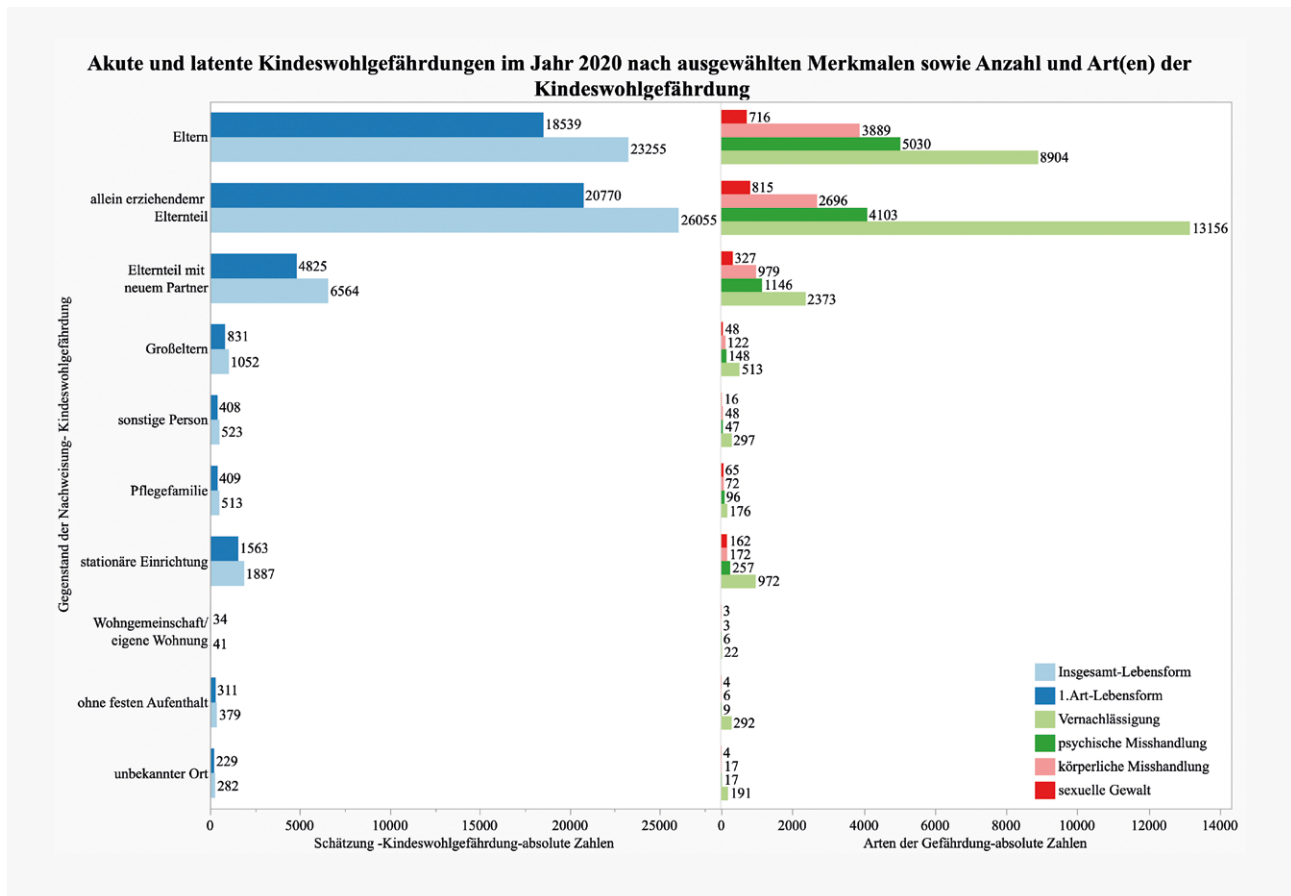


Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Hazard assessments with the result of an acute or latent threat to the child's welfare. Classification: years, Germany, age, sex, hazard assessment, type of threat to child's welfare, https://www.gbe-bund.de/gbe/pkg_isgbe5.prc_menu_olap?p_uid=gast&p_aid=6048261&p_sprache=E&p_help=0&p_indnr=137&p_indsp=&p_ityp=H&p_fid.

Der deutliche Anstieg der Fälle seit 2013 lässt sich zum einen als Ausdruck einer zunehmenden Kindeswohlgefährdung interpretieren. Doch kann die Entwicklung auch Ausdruck der Tatsache sein, dass dieses 2012 eingeführte Statistikinstrument von den betroffenen Ämtern umgesetzt werden muss, was immer eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Solche Anstiege bei der Neuentwicklung einer Statistik sind nicht selten. Es kann aber auch sein, dass die Jugendämter ihre Kooperation mit anderen Institutionen im Bereich Kindheit und Jugend inzwischen so verbessert haben, dass einfach genauer hingeschaut wird. Das wird noch einmal diskutiert. Aus der Perspektive des Kindeswohls und der kindlichen Entwicklung ist die letzte Interpretation die überzeugendste. Denn in diesem Bereich der kindlichen Entwicklung sind viele Fehler, die im Entwicklungsprozess des Kindes gemacht werden, später nur unter großem Aufwand und mit großen Schwierigkeiten zu korrigieren, teilweise sind sie nicht mehr korrigierbar.

Nun leben Kinder und Jugendliche in verschiedenen Lebensformen, und das Risiko, in der Entwicklung und damit im Kindeswohl beeinträchtigt zu werden, verteilt sich nicht in gleicher Weise auf die Lebensformen. Die meisten Kinder wachsen mit ihren beiden Elternteilen auf, rund 75 % bis zum 18. Lebensjahr.

ABBILDUNG 49: KINDESWOHLGEFÄHRDUNG UND LEBENSFORMEN



Quelle: Destatis. Kinderschutz und Kindeswohl, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderschutz/_inhalt.html#_h2l0qnk13.

Dennoch werden in der Lebensform des Zusammenlebens mit beiden Elternteilen die wenigsten akuten und latenten Kindeswohlgefährdungen gemeldet und bearbeitet. Wesentlich häufiger trifft dies für die Lebensformen mit einem Elternteil zu, und auch die Lebensform mit einem neuen Elternteil ist überproportional stark in diesem Bereich vertreten. Dabei ist für alle Lebensformen typisch, dass ein Teil der Kinder besonders hart getroffen wird, weil dort nicht nur eine Form der Gefährdung des Kindeswohls berichtet wird, sondern mehrere Formen, was für diese Kinder zusätzlich ein schweres Schicksal bedeutet.

Auch bei der Differenzierung nach Lebensformen gilt für alle Formen, dass Vernachlässigung und psychische Misshandlungen den Schwerpunkt der Kindeswohlgefährdung ausmachen. Die unterschiedliche Verteilung ist in gewisser Weise nachvollziehbar. Denn wenn Eltern sich für Kinder entschieden haben und konsensual ein gemeinsames Leben mit ihren Kindern gestalten wollen, sind die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit nicht nur deswegen positiv einzuschätzen, weil die Eltern untereinander einen Konsens über ihre Lebensperspektiven ausgehandelt haben, sondern auch zwei Bezugspersonen zur Verfügung stehen. Wer die kindliche Entwicklung kennt, weiß, dass Kinder in diesem Entwicklungsprozess, auch je nach Geschlecht und geschlechtlicher

Orientierung, ihre Bindungsorientierungen nicht immer schematisch auf eine Person fokussieren, sondern mit beiden Elternteilen sprechen und mit beiden ihre Entwicklungsprozesse durchlaufen.

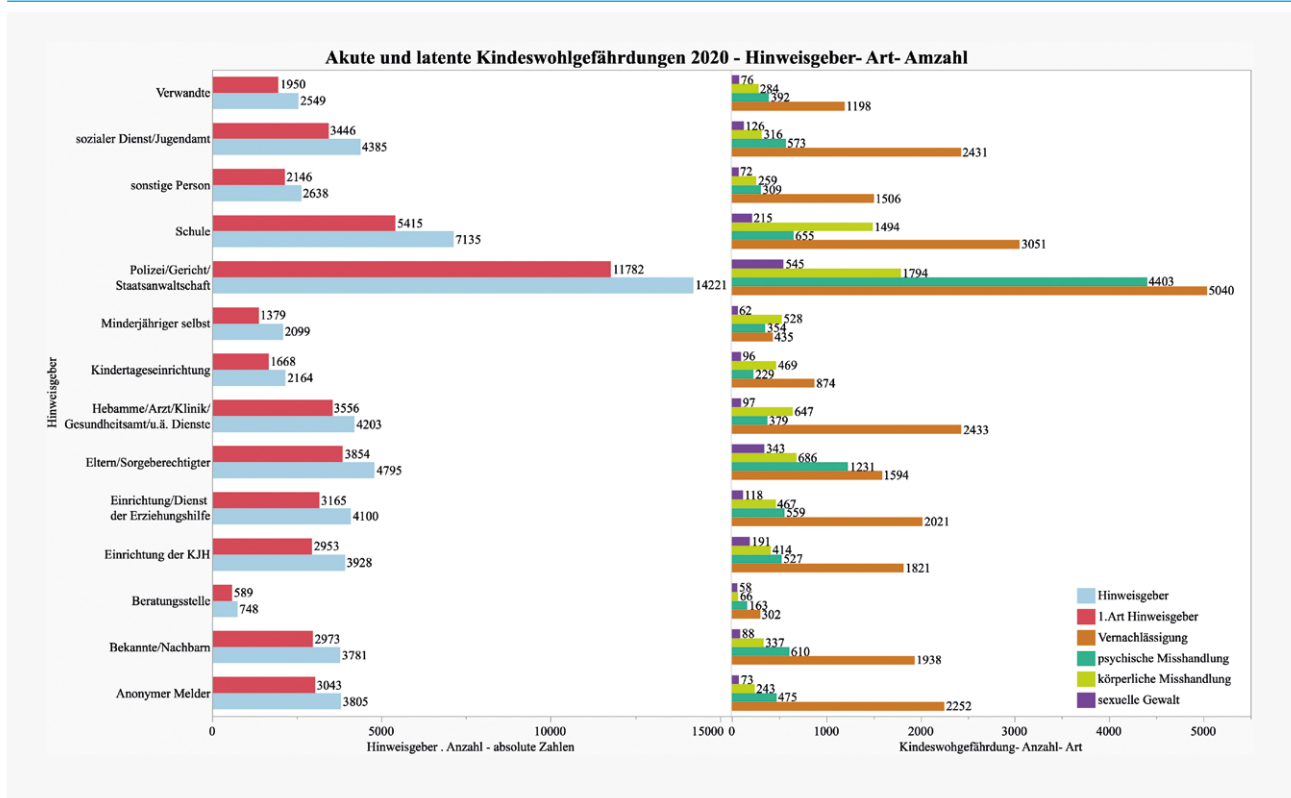
Dies ist schwieriger, wenn nur ein Elternteil zur Verfügung steht, der auch noch allein die ökonomische Basis des Familienhaushalts sichern muss. Die Möglichkeiten von Ausgleich oder Wechsel entfallen dann. Das führt zunehmend zu dem Versuch, die Fürsorge für Kinder auch bei Eltern, die nicht zusammenleben, so zu organisieren, dass die Kinder in gleicher Weise mit beiden Eltern interagieren können. Das wiederum stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen und Schwierigkeiten. Wenn dann in besonders schwierigen Fällen das Risiko einer Kindeswohlgefährdung entsteht oder sich realisiert, sind Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Erzieher und Erzieherinnen, die sich als Partner der Eltern verstehen, eine gute Voraussetzung, um die Probleme und Konflikte, die in solchen Entwicklungen entstehen können, gemeinsam mit den Eltern zu überwinden. Hier soll nicht über die Verbreitung dieser Form von Kindeswohlgefährdung in den einzelnen Lebensformen spekuliert werden, und daher wurde hier auf Prozentzahlen verzichtet, denn es werden nicht alle Fälle aufgedeckt oder gemeldet.

Auch wenn die Fallzahlen in den einzelnen Bereichen insgesamt gering sind, sollte bei der Kindeswohlgefährdung der gleiche Maßstab angelegt werden wie bei der Klimarettung. Staat und Gesellschaft wollen auf Dauer ohne CO₂-Emissionen auskommen. Das ist das Nachhaltigkeitsziel für die Rettung des Weltklimas (SDG 13). Für die Kindeswohlgefährdung, Teil des Nachhaltigkeitsziels 16, muss der gleiche Maßstab gelten. Jedes Kind hat den Anspruch, seine Fähigkeiten und seine Talente und seine Persönlichkeit so zu entfalten, wie es in Artikel 2 des Grundgesetzes sehr einfach und klar formuliert ist. Daher ist der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe von zentraler Bedeutung für die Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele.

5.4 GEMEINSAM HINSCHAUEN

Die Liste derjenigen, die auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung verweisen, zeigt trotz ihrer Vielfalt, dass vor allem die Professionellen, die mit den Kindern zu tun haben, die wichtigste Gruppe der Hinweisgebenden darstellen, nämlich die Schule, die Polizei, das Gericht oder die Staatsanwaltschaft, aber auch Gesundheitsdienste, Erziehungsberatungen, Kindertageseinrichtungen und andere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Viel seltener sind es Nachbarn, Verwandte, die Eltern und Sorgeberechtigten oder gar die Kinder selbst. Diese Breite der professionellen Hinweisgeberinnen und -geber macht deutlich, wie wichtig es ist, dass all diese Gruppen darin trainiert sind, die Anzeichen zu sehen und dann entsprechend zu informieren. Das setzt eine enge Kooperation dieser Gruppen untereinander voraus und kann nur funktionieren, wenn die Hinweisgeberinnen und -geber wissen, dass das Jugendamt mit der gebotenen Sorgfalt, Umsicht und auch Berücksichtigung der entsprechenden sozialpsychologischen Situation mit den Hinweisen umgeht. Denn in solchen Situationen ist von allen Beteiligten, schon im Interesse des Kindes, in höchstem Maße Empathie mit dem Kind gefordert und die Fähigkeit, auch mit den Eltern richtig umzugehen. Dass Bekannte und Verwandte, auch Sorgeberechtigte, aber auch die Kinder selbst möglicherweise auch subjektiv viel mehr Schwierigkeiten haben, sich in solchen Fällen selbst an das Jugendamt oder eine andere Vertrauensperson zu wenden, ist angesichts der meist vorhandenen engen Bindungen zwischen allen Beteiligten gut nachzuvollziehen.

Bisher wurde die Frage des Kindeswohls und der Kindeswohlgefährdung stark fokussiert auf Vernachlässigung, physische und psychische Misshandlungen und sexuelle Gewalt. Das Anliegen für den letzten Abschnitt ist nun, ob dieses System der Jugendhilfe nicht auch eine neue Form der Kooperation mit der Schule entwickeln muss, um bei einer vielfältigen Schülerschaft auch unterstützende Leistungen zu erbringen, die die Schule selbst nicht vorzeigen kann.

ABBILDUNG 50: HINWEISGEBERINNEN UND -GEBER FÜR KINDESWOHLGEFÄHRDUNGEN 2020


Quelle: Destatis. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII. 2021, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderschutz/_inhalt.html#_h2l0qnk13.

5.5 JUGENDHILFE UND SCHULE: AUF DEM WEG ZUM DORF

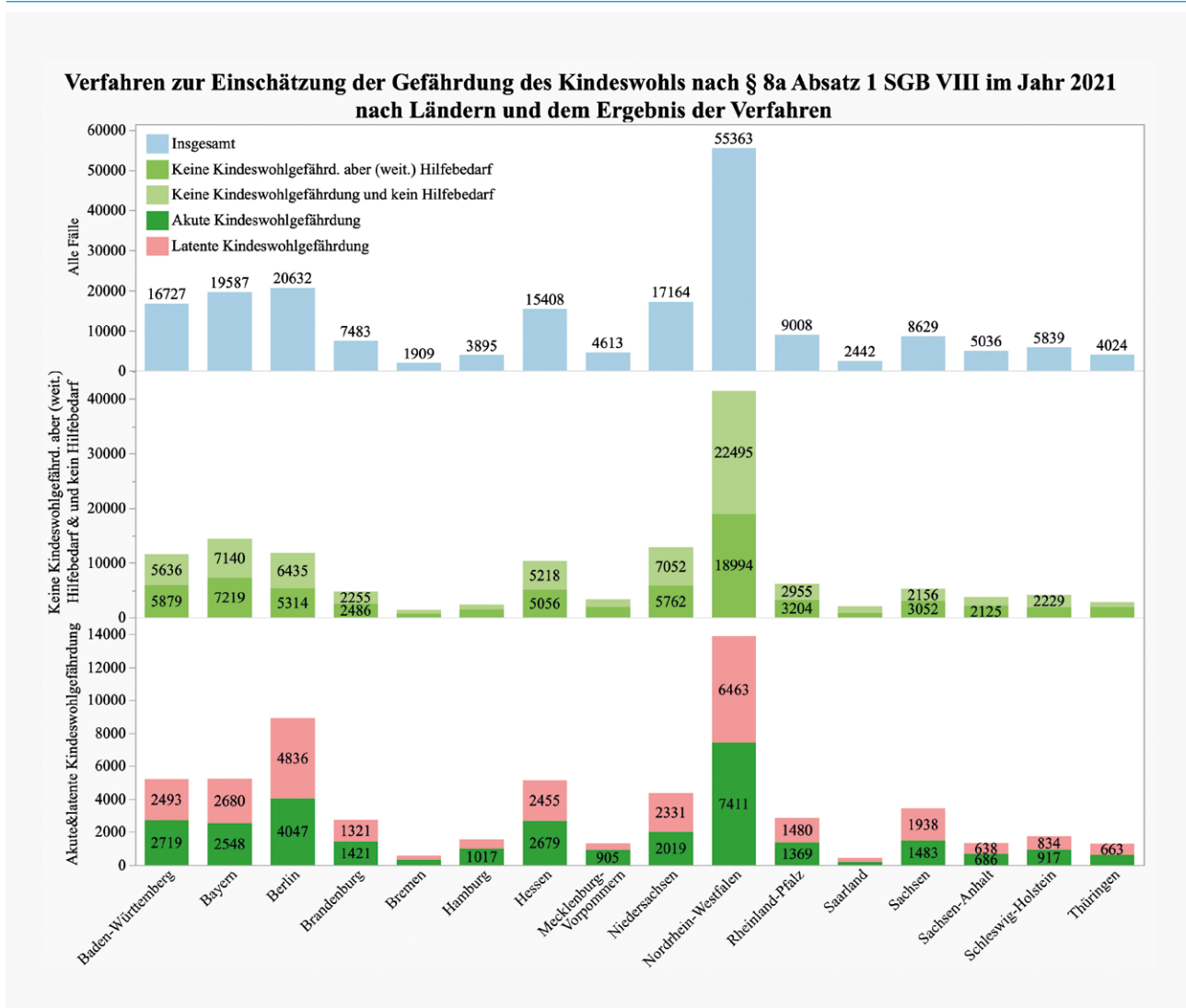
Die Darstellung folgte bisher der Logik, wie sie auch der Polizeistatistik und der Gerichtsstatistik zugrunde liegt. Es wurde lediglich zwischen den Kindeswohlgefährdungen unterschieden, die das Jugendamt eindeutig feststellte, und jenen, wo eindeutige Zeichen vorliegen, aber die Hinweise sich nicht für ein tatsächliches Geschehen zusammenfügen lassen. Das Jugendamt geht aber jedem Hinweis auf eine potenzielle Gefährdung nach. Dabei kann es sich um manifeste oder latente Gefährdungen handeln, aber auch um andere Probleme der Familie und der Kinder, die nichts mit einer Kindeswohlgefährdung zu tun haben. In Abbildung 51 finden sich in der ersten Zeile alle Fälle, die jedes Bundesland in 2020 bearbeitete. Die zweite Zeile enthält Vorfälle, die dem Jugendamt gemeldet wurden, ohne dass das Jugendamt nach Prüfung wirklich tätig werden musste. Daneben sind auch die Fälle aufgeführt, bei denen Hilfe und Unterstützung des Jugendamts erforderlich waren, aber keine Gefährdung des Kindeswohls vorlag. Der Vergleich der Fallzahlen dieser Gruppe mit den Gesamtzahlen zeigt für die meisten Bundesländer, dass die Unterstützungsleistungen des Jugendamts, die nicht im Zusammenhang mit einer Gefährdung des Kindeswohls geleistet wurden, die Fälle mit erwiesener und latenter Kindeswohlgefährdung übersteigen.

So konnten von den 55.000 Fällen in Nordrhein-Westfalen gut 41.000 sofort abgeschlossen werden, und bei 19.000 Fällen konnte das Jugendamt andere Hilfestellungen leisten. Das kann von Unterstützung bei Geldproblemen bis zur Hilfe für eine gute therapeutische Unterstützung so gut wie all das umfassen, was Familien und Kinder in schwierigen Lebenslagen als Unterstützung benötigen. Solche Hilfen und Unterstützungsleistungen machen in allen Bundesländern einen signifikanten Teil der Arbeit aus. Sie zeigen, dass in diesen Fällen das Jugendamt eher als Partner agiert und nicht in einer hoheitlichen Funktion als Wächter.

Allerdings zeigt die regionale Differenzierung auch, dass die Kinder in den Bundesländern einem unterschiedlichen Gefährdungsrisiko ausgesetzt sind. In Berlin werden insgesamt fast 9.000 Fälle akuter und latenter Kindeswohlgefährdung gezählt, im benachbarten Brandenburg etwas mehr als 2.700 Fälle. Das hat nichts mit Großstadt und ländlichen Regionen zu tun, weil in Hamburg die Fallzahl der tatsächlichen Kindeswohlgefährdung nur bei einem Viertel der Berliner liegt. Auch Nordrhein-Westfalen zeigt in diesem Bereich erschreckend hohe Zahlen. Die 7.411 Fälle akuter Kindeswohlgefährdung dort entsprechen in etwa den Fallzahlen von Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen zusammen. Die regionale Differenzierung dieser Gefährdungspotenziale ist ähnlich irritierend wie die im Gesundheitsbereich festgestellte regionale Variation bestimmter affektiver Störungen.

Der deutliche Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg ist sicherlich teilweise auch auf Zuwanderungseffekte zurückzuführen. Viele Berliner Familien sind ins Umland abgewandert, und das waren in der Regel Familien, die über die entsprechenden ökonomischen Ressourcen verfügten. Da diese Familien die von ihnen gewählte Lebensform in der Regel auch beibehalten, ist hier das Gefährdungspotenzial, wie im vorigen Abschnitt gezeigt, geringer.

ABBILDUNG 51: REGIONALE JUGENDHILFE



Quelle: Destatis. Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls nach Bundesländern, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderschutz/Tabellen/gefaehrung-kindeswohl.html>.

Im Freistaat Bayern mit dem geringsten Gefährdungspotenzial in Deutschland und den durchschnittlich besten Leseleistungen der Kinder in der Grundschule, der höchsten Beschäftigungsquote der Mütter, auch der nicht in Deutschland geborenen, sind die Lebenschancen der Kinder ohne Einschränkung in Bezug auf das eigene Kindeswohl viel besser als in Berlin. Solche Unterschiede sollte es in Deutschland nicht geben.

Diese Unterschiede zwischen den Bundesländern sind politisch bedeutungsvoll, weil sie ebenso wie die unterschiedlichen Leistungen in der Schule die Lebenschancen der Kinder in diesen Regionen beeinflussen. Sie müssen daher auch detailliert aufgeklärt werden, ähnlich wie die regionalen Variationen in verschiedenen psychischen Erkrankungen von Jungen und Mädchen in den einzelnen Bundesländern. Darauf wird im Schlusskapitel zurückgekommen. Hier ist eine andere Entwicklung von Bedeutung, die deutlich zeigt, dass die klassische Trennung zwischen Staat und Familie für die kindliche Entwicklung in der Jugendhilfe und Jugendarbeit durch eine partnerschaftliche Beziehung neu definiert wird.

Die Verfassungsmütter und -väter zogen, sensibilisiert durch die eigene ungute Erfahrung, wie massiv der Staat versuchte, in die Entwicklungsprozesse und Orientierungsmuster von Kindern und Jugendlichen einzugreifen, eine klare Grenze. Die Eltern haben die Aufgabe und die Verpflichtung, die kindliche Entwicklung und Erziehung zu fördern und zu unterstützen, und der Staat beschränkt sich in diesem Bereich zunächst auf die Kontrolle, ob etwas schiefgeht („Wächteramt des Staates“). Das war damals auch aus wissenschaftlicher Sicht eine plausible Position, weil Kinder als „unbeschriebene Blätter“ galten, für die in den ersten Lebensjahren nur die emotionale Unterstützung und Förderung durch die Eltern von Bedeutung sei. Der Ernst des Lebens begann erst mit sechs Jahren, wenn in der Schule Lesen, Schreiben und Rechnen als Kompetenz entwickelt werden sollten.

Das Bild des Kindes wandelte sich auf der Basis der entwicklungspsychologischen Forschung in den 1960er- und 1970er-Jahren grundlegend. Sowohl die Sprachforschung wie die Entwicklungspsychologie und -biologie konnten weltweit zeigen, dass Kinder mit einer Fülle von Kompetenzen und Entwicklungsmöglichkeiten geboren werden, die sich nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt durch Erziehung entfalten lassen, sondern die entsprechend der kindlichen Entwicklung im zeitlichen Verlauf zu fördern sind.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass drei Wissenschaftlerinnen, die auch Politikerinnen waren, nämlich Rita Süßmuth, Ursula Lehr und Angela Merkel, das alte Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) ersetzten. Rita Süßmuth kippte quasi im Alleingang die bereits fertige Novelle des JWG, weil sie ein Gesetz wollte, das allen Kindern das Recht auf Unterstützung in allen Lebensphasen sichert. Dieser Anspruch befindet sich bereits in Artikel 1 des KJHG, und Süßmuth integrierte die Konzeption der familienergänzenden Leistungen, die im 7. Kinder- und Jugendbericht entwickelt wurden, in das Gesetz mit der Konsequenz, dass der Staat in diesem Bereich nicht nur ein Wächteramt innehat, sondern zum Wohl der Kinder auch Angebote zur Verfügung stellen muss, wenn das erforderlich ist.

Ursula Lehr stand voll hinter dieser Reform, trotz der Angriffe aus der eigenen Partei und seitens der medizinischen Wissenschaft, weil sie sich als Einzige getraut hatte, auf die wissenschaftlichen Ergebnisse hinzuweisen, die schon damals zeigten, dass die kindliche Entwicklung am besten zu fördern ist, wenn es für Kinder auch unabhängig von ihrem Lebensalter auch Angebote außerhalb der Familie gibt. Angela Merkel hat das Gesetz dann durch den Bundestag gebracht und 1995 auch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchgesetzt. Diese Rechtsansprüche wurden ergänzt durch den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz als Verdienst von Renate Schmidt und Ursula von der Leyen, und 2026 kommt der Rechtsanspruch auf die Förderung von Schulkindern hinzu. Theoretisch stand neben der Einsicht in

den Verlauf der kindlichen Entwicklungsprozesse auch die Erkenntnis, dass die kindliche Entwicklung nicht getrennt in einzelnen Institutionen verläuft, sondern ein ganzheitlicher Prozess ist, wie es der 8. Kinder- und Jugendbericht, der parallel zur Genese des Gesetzes geschrieben wurde, als einen lebenswirklichen Prozess beschreibt.

Im Grunde ist dies die moderne Variante des afrikanischen Sprichworts „Es bedarf eines ganzen Dorfs, um Kinder zu entwickeln und zu fördern.“ Diese lebensweltliche Perspektive hatte im Kontext dieser Gesetzesreform die Konsequenz, dass der Staat hier nicht nur ein Wächteramt ausübt, sondern eine professionell gestaltete Partnerschaft zwischen Eltern und den staatlichen Angeboten entstand. Denn die meisten Menschen leben nicht mehr in Dörfern, wo die Nachbarn, die befreundete Kindergruppe und andere die kindliche Entwicklung mit beeinflussen können. Vielmehr werden in hoch differenzierten Gesellschaften die Orte für Kinder notwendigerweise organisiert, in denen sich diese breitere Einbettung der kindlichen Entwicklung in die Gesellschaft Schritt für Schritt vollzieht.

Unter dieser Perspektive zeigt die Grafik auch, dass die Jugendämter auch in Einzelfällen, wo irgendwelche Risiken vermutet werden, gemeinsam mit den Eltern überlegen, welche Lösungsoptionen in solchen Krisensituationen möglich sind. Spannend ist, dass diese Unterstützungsleistungen, die nichts mit der Kindeswohlgefährdung zu tun haben, in den meisten Bundesländern genauso stark oder sogar stärker ausgeprägt sind als Maßnahmen zur Vermeidung der Kindeswohlgefährdung.

Das wurde hier so ausführlich dargestellt, weil die Schule und die Schulpädagogik diese Revolution bis heute nicht nachvollzogen haben. Das hat nichts mit den tätigen Lehrerinnen und Lehrern zu tun und auch nichts mit der Wissenschaft, sondern damit, dass die Politik es bis heute verabsäumt hat, die notwendigen institutionellen Strukturen zu schaffen, um ein solch partnerschaftliches Verhältnis zu entwickeln. Denn die Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie, der Sozialpädagogik und auch der Sozialisationsforschung zur Notwendigkeit einer integrativen Entwicklung von Kindern ist natürlich auch Standard der gegenwärtigen Erkenntnis, es fehlen aber die institutionellen Strukturen. Auf diese wird im Schlusskapitel näher eingegangen.

6 EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

6.1 DIE VERGESSENEN KINDER

Eleanor Roosevelt machte 1950 in ihrer Rolle als Mutter der Menschenrechte deutlich, dass die Kinder dieser Welt Partner der UNO sind und die wesentliche Aufgabe der UNO darin besteht, die Lebensbedingungen und Lebensperspektiven der jetzt lebenden Kinder zu verbessern. Die Zeit damals (1950) stand an Unsicherheit und Gefährlichkeit der heutigen kaum nach.

Wie schon gezeigt, war es das Anliegen Roosevelts zu betonen, dass es selbst in einer solchen hoch gefährlichen Situation immer um die Verbesserung des Lebens der gegenwärtig lebenden Kinder geht. Ergänzend unterstrich sie, dass die kindliche Entwicklung und das kindliche Wohlbefinden nicht, wie das heute manchmal von Medizinerinnen und Medizinern interpretiert wird, ein rein medizinisches Problem sind. Gesundheit und eine gesunde Lebensführung sind wesentliche Elemente der kindlichen Entwicklung, aber nur ein Element davon.

Die breite Perspektive Eleanor Roosevelts spiegelt sich in den 17 Nachhaltigkeitszielen, auf die sich die Weltgemeinschaft verständigt hat. Da diese Ziele nicht in ferner Zukunft erreicht werden sollen, sondern bis 2030, geht es konkret um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der heute lebenden Kinder. Innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens und Umfangs war es nicht möglich, in diesem Text alle kindbezogenen Elemente der 17 Nachhaltigkeitsziele zu behandeln. Aber schon die Darstellung der Entwicklungsperspektiven der kindlichen Gesundheit (SDG3), der kindlichen Bildungsmöglichkeiten und Teilhabemöglichkeiten (SDG 4), der Bekämpfung der kindlichen Armut (SDG1) und der Bewahrung der Kinder vor Gefahren und Unsicherheit (SDG 16) haben zu einem umfangreichen Bericht geführt. Das ist auch dadurch begründet, dass die europäischen und deutschen Daten in Anlehnung an diese Nachhaltigkeitsziele aufbereitet werden und die Statistikämter ihre Daten in einer nutzerfreundlichen Zugänglichkeit präsentieren. Die Konzentration auf amtliche Daten oder Untersuchungen, die im amtlichen Auftrag durchgeführt wurden, ist darauf zurückzuführen, dass diese Daten regelmäßig erfasst werden, sodass Vergleiche über die Zeit möglich sind. Wer über Verbesserungen diskutieren will, braucht solche Daten.

Einige Nachhaltigkeitsziele, die für die kindliche Entwicklung von wesentlicher Bedeutung sind, etwa die konkrete Lebensumwelt der Kinder (SDG 10), die Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) und der Klimawandel (SDG 13), wurden nicht behandelt, werden aber noch aufbereitet. Viele der hier zusammengetragenen Ergebnisse ließen sich zu einer vernichtenden Kritik bestimmter Politikbereiche nutzen. Das ist aber nicht die Intention dieses Berichts. Dessen Kernthese besteht vielmehr darin, dass die Veränderungen der letzten Jahre in vielen Bereichen der Gesellschaft zu einer größeren Diversität und Ungleichheit aufgrund verschiedener Entwicklungen in den einzelnen Regionen und sozialen Gruppen in der Gesellschaft geführt haben. Die teilweise erschreckenden Ergebnisse sind Ausdruck dieser Veränderungen, auf die Gesellschaft, Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft reagieren müssen. Daher werden diese Mängel auch in der Zusammenfassung nochmals thematisiert, mit dem Versuch, zu jedem dieser Mängel eine Perspektive der Überwindung zu formulieren. Ob diese Perspektiven gut oder schlecht sind, müssen die Leserinnen und Leser beurteilen.

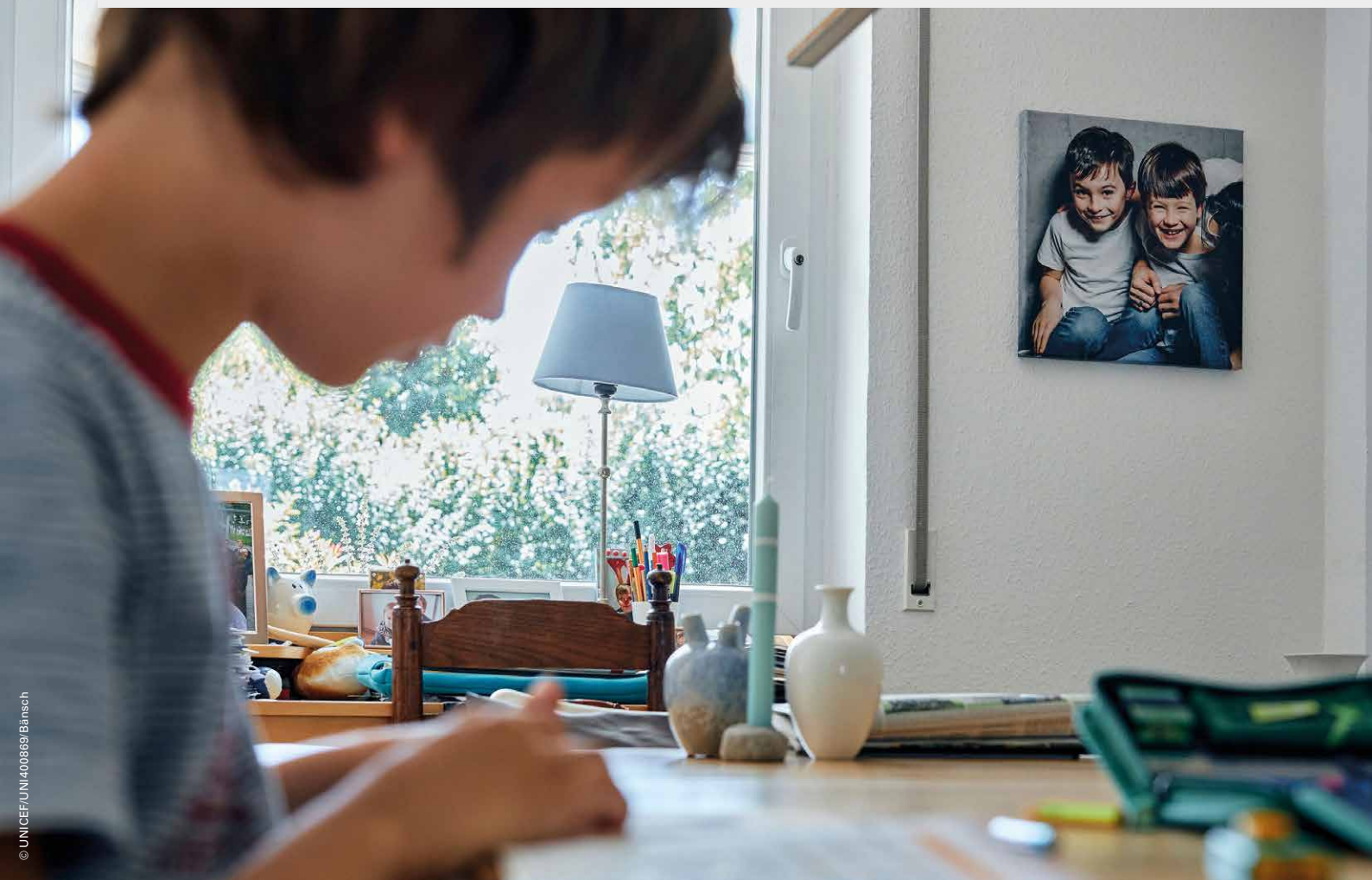
6.1.1 KINDLICHES WOHLBEFINDEN UND GESUNDHEIT (SDG 3)

Kinder und Jugendliche heute können damit rechnen, 66 gesunde Lebensjahre als Frauen und 65 gesunde Lebensjahre als Männer gestalten zu können. Deutschland liegt bei den erwartbaren Lebensjahren mit 79 Jahren bei den Männern und 83 Jahren bei den Frauen im europäischen Mittelfeld. Bei den Lebensjahren ohne ernsthafte gesundheitliche Beeinträchtigung befindet es sich fast gleichauf mit Italien und Spanien mit einer höheren Lebenserwartung und vor Frankreich, wo auch die Lebenserwartung höher ist. Spitzenreiter in dieser Bilanz ist aber Schweden, wo dort Männern wie Frauen auf fast 73 gesunde Lebensjahre bevorstehen.

Der Vergleich der europäischen Daten zur Lebensführung in Schweden und in Deutschland für Erwachsene und Jugendliche zeigt, wie sich diese Differenz erklären lässt. Schwedische Jugendliche rauchen weniger, betrinken sich weniger, leiden weniger unter Übergewicht und essen mehr Gemüse als die vergleichbaren deutschen Jugendlichen. Sie sind damit an den Erwachsenen orientiert, die sich im Verhältnis zu den deutschen Erwachsenen ebenfalls gesundheitsbewusster verhalten. Deutsche Erwachsene trinken gerne, eine gesunde Ernährung mit Gemüse steht nicht auf dem Speiseplan, es wird vergleichsweise viel geraucht, und hinsichtlich des Gewichts sind die Werte auch nicht optimal.

Das sind mit Sicherheit nicht die einzigen Faktoren, die zu diesen Unterschieden führen. Doch würde es gelingen, die Lebensführung der jungen Erwachsenen und Jugendlichen in Deutschland stärker in Richtung der jungen Erwachsenen und Jugendlichen in Schweden zu bewegen, so kann das mit sieben

Florian macht Hausaufgaben. An der Wand hängt ein Foto von ihm und seinem Bruder.



gewonnenen gesunden Jahre belohnt werden. Dass die Schwedinnen und Schweden auch länger arbeiten als die Deutschen und damit auch finanzielle Solidarität mit der nachwachsenden Generation zeigen, ist nachvollziehbar.

Die Lebenszufriedenheit der Jugendlichen in Deutschland ist von 2021 auf 2022 eingebrochen. Deutschland teilt sich mit Bulgarien bei den verglichenen Ländern den letzten Platz. Diese Veränderungen sind kaum auf die Pandemie zurückzuführen, weil andere Länder, die in der Pandemie sehr restriktive Beschränkungen bei Jugendlichen durchgesetzt hatten, wie Österreich oder auch Polen und Finnland, solche Einbrüche nicht aufweisen. Derartige Rückgänge wären eher 2021 zu erwarten gewesen und nicht 2022.

Deutschland ist seit der Pandemie durch eine tendenziell katastrophenorientierte öffentliche Kommunikation geprägt, in der, wie auch in der politischen Kommunikation, kaum mehr ein positives Zukunftsbild vorkommt. Hier ist an Eleanor Roosevelt zu erinnern, die sich in ihrer Kommunikation völlig anders positioniert hatte. Natürlich gibt es Gefahren, doch geht es darum, die Zukunft von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen der Kinder und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie die ihnen zustehende Teilhabe sowohl als Jugendliche wie später als Erwachsene auch wahrnehmen können. In der deutschen öffentlichen Kommunikation sowie in der öffentlichen Darstellung der Bundesregierung wird Nachhaltigkeit auf den Klimawandel (SDG 13) fokussiert. In der Perspektive von Roosevelt ist hier zu argumentieren: Auch wenn der Klimawandel die größte Herausforderung darstellt, dürfen die anderen Ziele zur Lebensgestaltung von Kindern und Jugendlichen nicht hintenangestellt werden. Schließlich geht es um die Zukunft dieser Kinder. Die hier skizzierte These wird auch durch jüngste Befragungen⁵⁸ gestützt, die ergeben haben, dass die Jugendlichen ihre Interessen und Perspektiven kaum noch berücksichtigt sehen.

Wenngleich dieser Absturz besonders dramatisch ausfiel, gehörte Deutschland früher schon nicht zu den Ländern, in denen die Kinder und die Jugendlichen ein besonders hohes Maß an Zufriedenheit artikulierten. Die entsprechenden Daten finden sich im Abschnitt über Gesundheit. Junge Frauen zeigten im europäischen Vergleich in Deutschland ähnlich wie in Dänemark, Schweden und Finnland viel häufiger depressive Symptome als etwa in Österreich, Spanien oder Italien. Das ist keine neue Tendenz, sondern entspricht nach der Gesundheitsberichterstattung des Bundes einer Entwicklung, die seit 2000 zu beobachten ist. Diese wird in der Öffentlichkeit häufig mit der Pandemie in Verbindung gesetzt, was jedoch mit den Krankenhausdaten der Bundesgesundheitsberichterstattung nicht übereinstimmt. Auch gibt es keine Erklärung für die erheblichen Variationen innerhalb Deutschlands. Wenn bestimmte medizinische Merkmale in bestimmten Regionen gehäuft auftreten, sind es nicht mehr Probleme von einzelnen Personen, sondern es ist von systematischen Variationen auszugehen. Solche Variationen gibt es auch bei anderen Krankheitsbildern von Kindern und Jugendlichen, etwa beim ADHS-Syndrom.

Als eine zentrale Schlussfolgerung zum Nachhaltigkeitsziel „Gesundheit“ als einem Kernelement des kindlichen Wohlbefindens ist festzuhalten, dass eine systematische Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche nicht einmal in Ansätzen erkennbar ist, obwohl in diesem Bereich außerordentlich ausdifferenzierte Daten vorliegen. Dabei sind die Kompetenzen in den Institutionen vorhanden, und auch die Krankenkassen zeigen durch ihre Aufträge an private Institute oder an ihr Zentralinstitut, dass die Daten und die Fähigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, diese Daten konstruktiv aufzubereiten, vorhanden sind. Was fehlt, ist der politische Auftrag.

58 TUI Stiftung. Junges Europa 2023. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. 2023. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_06_02-YouGov_Ergebnisbericht_TUI-Stiftung_Junges-Europa.pdf.

Da der jetzige Bundesgesundheitsminister wissenschaftlich aus dem Bereich „Public Health“ kommt, ist zu hoffen, dass er gemeinsam mit dem Jugendministerium, dem Innenministerium und dem Forschungsministerium das RKI und das Statistische Bundesamt beauftragt, in Absprache mit den Landesgesundheitsämtern die vorhandenen Daten so aufzubereiten, dass eine Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche als kontinuierliche Daueraufgabe möglich wird. Denn im Grundsatz müsste jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums und anderer Ministerien sowie die regionalen Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit für ein aktuelles Bild der Gesundheitsentwicklung in zentralen Bereichen der Kinder- und Jugendgesundheit auf seinem Bildschirm haben. Dazu braucht es keine große Kommission, denn die Kompetenzen sind in den angesprochenen Institutionen vorhanden. Zum Abschluss des Projekts ist eine Nutzerkonferenz durchzuführen, bei der Kinderärztinnen und -ärzte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, die Gesundheitsämter und die Sozialministerin vertreten sind, um zu prüfen, wie ein solches Instrument genutzt werden kann. Grundsätzlich ist eine solche Gesundheitsberichterstattung als eine Daueraufgabe zu betrachten, die schon viel früher als jetzt durch die Pandemie bestimmte Entwicklungstendenzen hätte deutlich machen können. Eine solche Berichterstattung ermöglicht Prävention.

6.1.2 KINDLICHES WOHLBEFINDEN, SCHULISCHE UND BERUFLICHE ENTWICKLUNG (SDG 4)

Das Nachhaltigkeitsziel „Bildung“ spielt in Deutschland keine Rolle mehr. Gleichgültig welche empirischen Studien zur Analyse des Lesens, des Schreibens oder des Rechnens und des naturwissenschaftlichen Verständnisses eingesetzt werden, Deutschland kann sich bei den Ergebnissen mit den weltweit führenden Ländern wie China oder Japan aktuell nicht messen. Im Gegensatz zur Gesundheitsberichterstattung, bei der die Daten für Kinder und Jugendliche nicht gut aufbereitet werden, ist der Bildungsbereich bei der Analyse der Entwicklungen in Deutschland inzwischen hervorragend positioniert. Das IOB und andere internationale Vergleichsstudien, wie IGLU oder PISA, zeichnen ein sehr differenziertes Bild, das jedoch leider für eine Nation, die international wettbewerbsfähig sein will, keine gute Zukunftsperspektive aufzeigt.

Deutschland ist seit der Wiedervereinigung und nicht erst seit 2015 eine diverse Gesellschaft. Die Zuwanderungswellen aus Osteuropa nach dem Fall der Mauer, das Schengen-Abkommen mit der Möglichkeit, in Europa seinen Wohnsitz frei zu wählen, und eine liberale Asylpolitik haben Deutschland zu einem Einwanderungsland gemacht. In der Öffentlichkeit werden fast ausschließlich Fragen der Zuwanderung aus Ländern wie Syrien, Irak oder Afghanistan diskutiert, obwohl der Großteil der Zuwandererinnen und Zuwanderer aus Europa stammt. Darauf wird auch die Asylpolitik keinen Einfluss haben, wohl aber der Klimawandel, der die Attraktivität Deutschlands auch gegenüber Südeuropa weiter steigern wird. Eine Schulpolitik, die die Bildungsentwicklung für alle Kinder verwirklichen will, unabhängig von deren sozialer Herkunft, kulturellem Hintergrund und sprachlichem Kontext, muss sich dieser Herausforderung stellen. Das ist kein vorübergehender Zustand, sondern wird ein Wesenselement einer diversen Gesellschaft bleiben.

In der Öffentlichkeit und der Politik wird der Fachkräftemangel intensiv diskutiert, und es wird nach Strategien gesucht, diesen zu verringern. Als Ursache werden häufig die demografische Entwicklung und die Verringerung des Nachwuchses genannt. Seit 2000 hat sich die Zahl der 20- bis 24-jährigen jungen Erwachsenen in Deutschland nach den Zahlen von Eurostat mit etwa 4,5 Millionen nicht verändert. Allerdings haben 11 % oder knapp 500.000 jungen Erwachsene in diesem Alter keinen Abschluss. Jedes Jahr verlassen knapp 47.000 junge Leute vorzeitig die Schule, ohne sie abzuschließen. Für die jungen Männer ist für fast alle Bundesländer festzustellen, dass die Tendenzen deutlich steigend sind. Baden-Württemberg entließ 2013 8 % der jungen Männer ohne Abschluss auf den Arbeitsmarkt, 2021



Maxi (in der Mitte) beim Mittagessen mit seinen Freunden Til und Luca.

waren es 12 %. In Sachsen waren es 2013 6 % und 2021 10 %. Es gibt Bundesländer, in denen 18 % der männlichen Jugendlichen ohne Abschluss die Schule verlassen, und selbst in Bayern ist die Quote der Schulversagerinnen und -versager von 8 auf 11 % gestiegen. Wenn jetzt noch die Abschlussquoten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden, liegt Deutschland europaweit auf einem der letzten Plätze. Das gilt für Kinder aus Europa ebenso wie für Kinder aus anderen Kontinenten. Diese Zahlen auf Basis der Ergebnisse der internationalen Kompetenzstudien und der europäischen Vergleiche zur Quote der Schulabgänger führen unausweichlich zu dem Schluss, dass das Nachhaltigkeitsziel Bildung (SDG 3) für die Politik keine Rolle mehr spielt.

In den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts zeigten internationale Vergleiche, dass Westdeutschland bei den qualifizierten Gymnasialabschlüssen weit hinter den anderen Nationen zurücklag, weshalb in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik der Ausdruck „Bildungskatastrophe“ geprägt wurde. Unabhängig von der politischen Grundorientierung wurden große Anstrengungen unternommen, um die Benachteiligung von Kindern aus den damals sogenannten bildungsfernen Schichten durch eine Veränderung der Lehrpläne, die Verbesserung der Übergangsbedingungen, den Ausbau des Bildungswesens auch im ländlichen Raum und viele andere Maßnahmen aufzuheben.

Heute stehen Bildungs- und Gesellschaftspolitik vor einer ähnlichen Herausforderung. Damals ging es zentral um die Öffnung des Bildungssystems, heute geht es im Wesentlichen darum sicherzustellen, dass niemand zurückbleibt. Denn wie will Deutschland die technischen Veränderungen in der Energiewende, bei der Digitalisierung und der Modernisierung der Verwaltung umsetzen, wenn es so verschwenderisch mit dem knappen Humankapital der Gesellschaft umgeht? Andere Länder wie China oder Japan, die aufgrund der Alterung ihrer Bevölkerung teilweise vor noch größeren Herausforderungen stehen, investieren so in ihre Bildung, dass sie in den meisten internationalen Vergleichen auf den obersten Rängen zu finden sind.

Die Frage, wie es gelingt, dass kein Kind zurückgelassen wird, hat eine wissenschaftliche, eine institutionelle und eine politische Dimension. Wissenschaftlich lautet die zentrale Frage, wie sich in einer Klasse mit 20 bis 25 Kindern, die aus vier oder fünf unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Kontexten kommen, Deutsch als Arbeitssprache so etablieren lässt, dass alle Kinder entsprechend ihren Talenten lernen können. Das ist deswegen nicht einfach, weil die Kinder in ihrem Elternhaus in der Regel in der Sprache der Eltern mit diesen kommunizieren und interagieren. Das ist auch richtig so, weil Sprache nicht nur kognitive Botschaften enthält, sondern auch die Feinheit und die Vielfalt emotionaler Reaktionen in ihr abgebildet werden können.

Inzwischen liegt dazu eine Vielzahl von Vorschlägen und Gutachten⁵⁹ vor, aber ein Kernproblem stellt für die Schule eine große Herausforderung dar. Das Sprachenlernen beginnt nicht in der Schule, sondern viel früher im Elternhaus und in der Kindertagesstätte. Hier stellt sich die Frage, wie die Verzahnung zwischen diesen beiden Bereichen in Zukunft eigentlich aussieht. Das führt auch zum institutionellen Problem. Die heutige Grundschule ist in ihrer institutionellen Form als traditionelle Vormittagsschule, die mit dem 6. Lebensjahr beginnt, eine Konstruktion des frühen 20. Jahrhunderts, als die Weimarer Reichsverfassung in Preußen von der Unterrichtspflicht zur Schulpflicht wechselte. Die Vormittagsschule blieb erhalten, weil die Kinder nachmittags weiterhin als Arbeitskräfte gebraucht wurden. Die rigorose Trennung zwischen Kindergarten und Schule begründete sich damit, dass der Kindergarten für die Kinder notwendig war, bei denen die Mütter – damals in der 48-Stunden-Woche – arbeiten mussten, während die Schule dann für alle da war. Heute sind aber der Kindergarten und auch die Kinderkrippe die Orte, denen eine erhebliche Bedeutung für die Entwicklung und damit auch für die Bildung der Kinder zukommt.

Damit besteht die Notwendigkeit einer institutionellen Diskussion, wie in einer diversen Gesellschaft diese Institutionen so aufeinander bezogen werden, dass der kindliche Entwicklungsprozess und die kindliche Sprachentwicklung, möglicherweise sogar in zwei Sprachen, die institutionelle Struktur dieses Bereichs prägen. Wie muss denn die Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen im Vorschul- und Grundschulbereich gestaltet sein? Müssen es unterschiedliche oder ähnliche Ausbildungen sein? Reichen Pädagogen aus oder weitere Disziplinen benötigt, wie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Psychologinnen und Psychologen wie auch Sprachtrainerinnen und -trainer? Der Autor als pädagogischer Laie wird hier keine neue Schulkonzeption entwerfen. Doch ist die Einforderung einer solchen institutionellen Diskussion zulässig, weil sich erst durch Antworten auf diese Fragen die Entwicklungschancen für alle Kinder verbessern lassen.

Die zentrale politische Frage ist, ob Deutschland es sich leisten kann und will, in diesem Bereich unterdurchschnittlich zu investieren. Deutschland lässt 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts in diesen Bereich fließen, Schweden 1,9 %, Finnland 1,4 % und Frankreich 1,2 %. Im deutschen Längsschnittvergleich zog die Grundschule immer den Kürzeren; sie war offenkundig politisch nicht wichtig. Diese politische Frage muss aber zuletzt gestellt werden. Zunächst ist die Wissenschaft gefordert, umsetzbare, nachvollziehbare und praktikable Konzepte zu entwickeln und deren institutionelle Konsequenzen zu verdeutlichen. Dazu gibt es eine Reihe von Gutachten, und es wäre sicherlich sinnvoll, wenn die Bundesregierung den Fortschritt für die nächsten 20 Jahre thematisiert, wie in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz, dies zu einem zentralen Thema zu machen.

Denn die Trägerinnen und Träger des Fortschritts werden die heutigen Vorschul- und Grundschulkinder sein. Wer soll die neue Technologie nicht nur montieren, sondern auch in das Alltagsleben der Menschen

⁵⁹ Mercator Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache. <https://www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/de/themenportal/themen-uebersicht/mehrsprachigkeit/>.

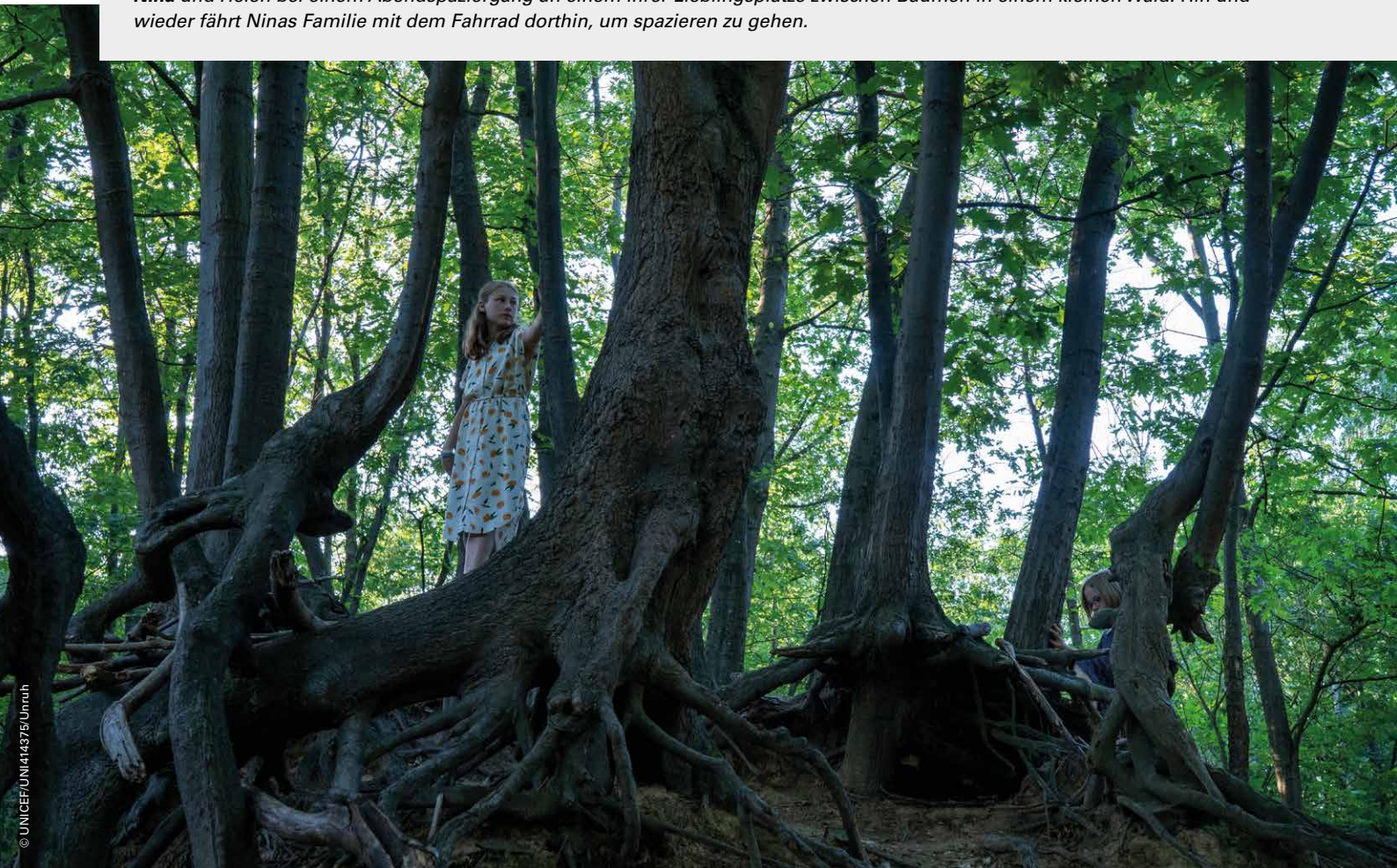
übertragen? Nicht der 50- oder 60-jährige Politiker, der heute etwas beschließt, oder der gleichaltrige Wissenschaftler, der im Fernsehen zum 20. Mal die Folgen des Klimawandels beschreibt, sondern die Kinder von heute. China und Japan scheinen das begriffen zu haben. Nach den hier zusammengetragenen katastrophalen Ergebnissen im Bildungsbereich lässt sich davon in Bezug auf Deutschland nicht mehr sicher ausgehen.

6.1.3 KINDLICHES WOHLBEFINDEN, ÜBERWINDUNG VON ARMUT DURCH TEILHABE (SDG 2)

Bei der Bestimmung des relativen Armutsrisikos von Kindern sieht man sich mit dem Problem konfrontiert, dass die OECD im internationalen Vergleich deutlich weniger Kinder (1,3 Millionen) als armutsgefährdet einschätzt als Eurostat mit 2,3 Millionen. In den Nachhaltigkeitszielen der UNO wird die Definition der OECD zugrunde gelegt, in den nationalen Nachhaltigkeitszielen jene von Eurostat. Dieser große Unterschied ist allein darauf zurückzuführen, dass OECD, Eurostat und das Statistische Bundesamt in der Berechnung des Netto-Haushaltseinkommens übereinstimmen, die OECD aber die relative Armutsgrenze bei 50 % des Medianeinkommens berechnet und Eurostat bei 60 %. Eine wissenschaftliche Begründung für diese Abweichung gibt es nicht. Das Statistische Bundesamt löst das Problem bei seiner Darstellung der Nachhaltigkeitsziele dadurch, dass es im internationalen Vergleich die OECD-Skala verwendet und bei der nationalen Analyse die Eurostat-Skala.

In diesem Bericht wurde die Eurostat-Skala zugrunde gelegt, da Eurostat und das Statistische Bundesamt die Ergebnisse sehr sorgfältig und nachvollziehbar nach den verschiedenen Lebensformen der Kinder differenzieren. Das hat den großen Vorteil, dass sich die unterschiedlichen Risiken für Kinder

Nina und Helen bei einem Abendspaziergang an einem ihrer Lieblingsplätze zwischen Bäumen in einem kleinen Wald. Hin und wieder fährt Ninas Familie mit dem Fahrrad dorthin, um spazieren zu gehen.



in den verschiedenen Lebensformen genau festlegen lassen. Kinder, die bei ihren Eltern aufwachsen, sind selten armutsgefährdet, wenn beide Elternteile arbeiten. Diese Lebensform - Eltern mit ein oder zwei Kindern, bei denen beide Elternteile arbeiten – ist aktuell in Deutschland die ökonomisch leistungsfähigste Lebensform. Die Armutsriskien von Singles, und zwar auch derjenigen unter 65 Jahren, sind höher, und auch die kinderlosen (Ehe-)Paare stehen nicht besser da als Eltern, die berufstätig sind und ein bis zwei Kinder haben. Bei dieser Lebensform ist auch zu zeigen, dass die staatlichen Leistungen zur Unterstützung von Familien von diesen völlig selbst bezahlt werden, da ihre Steuern die staatlichen Unterstützungsleistungen übersteigen. Dieses Bild ändert sich, wenn nur ein Einkommen zur Verfügung steht, was bei Familien mit drei und mehr Kindern häufig der Fall ist, auch bei Zuwandererfamilien und vor allem bei Alleinerziehenden. Der entscheidende Weg, das Armutsrisiko von Kindern zu mindern, ist die Teilhabe der Eltern am Arbeitsmarkt.

Eurostat hat dafür einen eigenen Indikator entwickelt, der die Stunden misst, die alle Personen eines Haushalts insgesamt am Arbeitsmarkt verbringen (Teilhabe am Arbeitsmarkt/Arbeitsintensität). Dieser Indikator ermöglicht eine extreme Differenzierung der Armutsriskien. Das betrifft neben den Alleinerziehenden vor allem auch Kinder aus Familien, die aus Europa oder von außerhalb Europas zugewandert sind, sowie Familien, bei denen die Qualifikation der Mütter gering ist. Der Königsweg zur Vermeidung von Kinderarmut ist somit zum einen die Sicherung der Qualifikation der Mütter, damit diese ihre Fähigkeiten und Kompetenzen am Arbeitsmarkt angemessen einbringen können, und zum anderen eine Sicherstellung der Betreuungsangebote für Kinder alle Altersstufen.

Das Zweiverdienermodell der Familie hat sich in Deutschland wie in Europa bei den qualifizierten jungen Frauen weitgehend durchgesetzt. Teilhabe bedeutet in den heutigen westeuropäischen Gesellschaften auch Teilhabe am Arbeitsmarkt, auch wenn es immer Lebenssituationen, Lebensphasen und auch persönliche Entscheidungen geben wird, die die Realisierung eines solchen Lebensmodells infrage stellen, etwa die mangelnde Qualifikation, die subjektive Entscheidung, sich allein um die Kinder zu kümmern, das Zerbrechen einer Paarbeziehung oder auch die bewusste Entscheidung, allein mit einem Kind das eigene Leben zu gestalten. In einer diversen Gesellschaft mit einer großen Vielfalt von Lebensformen sind solche Entscheidungen nicht nur zu respektieren, sondern es sollte auch die Möglichkeit bestehen, sie ohne Armutsrisiko für die Kinder zu leben.

Ob das über eine negative Einkommensteuer oder eine Kindergrundsicherung zu erreichen ist, ist eine technische Frage nach dem bürokratischen Aufwand unterschiedlicher Lösungen. Doch ist die Lösung, wie auch immer sie aussieht, im Grundsatz der Frage nachgeordnet, wie sich die Teilhabe am Arbeitsmarkt so sichern lässt, dass die Kinder und Eltern dadurch ihre Existenz sichern können. Denn aus Kindersicht, das wird in der öffentlichen Debatte häufig vergessen, ist nicht nur die Einschränkung von Ressourcen ein Problem, sondern Kinder wollen auch zu ihren Eltern aufblicken und das Gefühl haben, dass diese etwas für sie leisten. Der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton, Sohn einer alleinerziehenden Mutter, beschreibt das eindrücklich.⁶⁰ Kinder wollen sich mit ihren Eltern identifizieren, sie wollen stolz auf sie sein, und sie benötigen Geborgenheit. Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht es den Eltern, darauf entsprechend zu reagieren, wenn sie das Gefühl haben, dass die staatlichen oder besser städtischen Angebote zu Betreuung der Kinder diese Geborgenheit ebenfalls bieten.

Diese Konzentration auf die Verbesserung der Teilhabechancen der Eltern am Arbeitsmarkt zur Überwindung der Armutsriskien von Kindern lässt sich auch mit dem von Eurostat entwickelten Index

⁶⁰ Clinton, Bill. Mein Leben. Berlin: Econ, 2004.

zur Messung von Deprivation begründen. In diesem Index werden zentrale Elemente des kindlichen Lebens, wie angemessene Ernährung, Kleidung und Ähnliches abgefragt. Fehlen zwei von den zehn Indikatoren, so definiert Eurostat das als Deprivation. Kinder aus hoch qualifizierten Elternhäusern erfahren praktisch keine Deprivation. In Deutschland, Schweden und Dänemark sind auf Grund der Daten von Eurostat in dieser Gruppe etwa 2 % Kinder als depriviert einzustufen. In den untersten Bildungsgruppen sind es in Deutschland 16 %. Das sind genau die Gruppen, für die die Teilhabe am Arbeitsmarkt oft schwer zu realisieren ist. Allerdings liegt Deutschland mit den 16 % weit vor den meisten europäischen Ländern und wird nur noch von Polen übertroffen, wo nur 9 % der Kinder mit Eltern geringer Qualifikation als depriviert eingestuft sind. Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland oder die Niederlande, die in ihren sozialpolitischen Orientierungen und auch der Depression der qualifizierten Familien mit Deutschland vergleichbar sind, weisen bei den Gruppen geringster Qualifikation wesentlich höhere Werte auf, zwischen 22 und 35 % auf. Auch das spricht dafür, dass das zentrale Problem in Deutschland die mangelnde Teilhabe der Eltern dieser Kinder am Arbeitsmarkt ist.

Diese Perspektive wird im nächsten Abschnitt wieder aufgegriffen, wenngleich sie weniger öffentlichkeitswirksam ist wie eine eindeutige Zahl, mit der sich Politik machen lässt. Auch hier hat Eurostat eine elegante und überzeugende Lösung gefunden und den Indikator „dauerhafte Armutsrisiken“ entwickelt, nach dem als Vertreter der Armutsrisiken nur jene Gruppen bezeichnet werden, die auch bei einer Folgemessung nach einem Jahr noch als relativ arm einzuschätzen sind. Auch bei Zugrundelegung des 60%-Kriteriums kommt Eurostat hier auf 9 % für Deutschland. Diese niedrigere Zahl ist gut nachvollziehbar: Die Lebensumstände von Menschen und Familien können immer dazu führen, dass die ökonomische Situation schwierig wird und man unter das relative Armutsrisikoniveau sinkt, etwa bei einem Umzug, einer neuen Arbeit oder einer Trennung, doch das gilt nicht für alle. Insofern scheinen die 9 % bzw. die 1,3 Millionen armutsgefährdeten Kinder, die die OECD berechnet, eine realistische Zahl zu sein, die in etwa das Armutsrisiko für Kinder in Deutschland beschreibt. Allerdings bleibt davon die Grundargumentation unberührt, dass sich für die Kinder die Teilhabe der Eltern an der Gesellschaft, vermittelt über die Arbeitswelt, als zentrales Instrument zur Bekämpfung des Armutsrisikos darstellt.

6.1.4 KINDLICHES WOHLBEFINDEN – SICHERHEIT DURCH KOOPERATION (SDG 16)

Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland fühlen sich subjektiv durch Kriminalität und Vandalismus in ihrem Wohnumfeld in ihren persönlichen Aktivitäten begrenzt. Diesbezüglich wurde von 2012 auf 2016 ein Anstieg von 18 % auf 25 % und in 2021 ein Rückgang auf 22 % festgestellt. Gleichwohl liegen die deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit diesem Unsicherheitsgefühl in Europa an dritter Stelle und werden nur noch von Schweden mit 35 % und Frankreich mit 29 % übertroffen. Österreich, die Schweiz oder auch Finnland vermitteln den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit 6, 8 oder 10 % ein deutlich größeres Gefühl an Sicherheit als Deutschland. Dieses Unsicherheitsgefühl korrespondiert mit der geringen Lebenszufriedenheit, die schon benannt wurde, und dem prozentual sehr hohen Anteil an affektiven Störungen in bestimmten Regionen Deutschlands. Hier ist die Frage nicht zu beantworten, doch spiegeln all diese Indikatoren so etwas wie Unsicherheit, Unzufriedenheit und möglicherweise sogar Ängstlichkeit. Daraus lässt sich schließen, dass der deutsche Staat zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage ist, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Das ist nicht auf die Corona-Pandemie zurückzuführen, weil in dieser Zeit sogar ein leichter Rückgang bei diesem Gefühl zu beobachten ist und viele Länder wie Österreich oder die Schweiz seit 2016 oder 2012 sehr deutliche Rückgänge verzeichnen.

Eine besonders hohe Kriminalität kann auch nicht die Ursache sein. Sowohl die Zahl der tatverdächtigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch die Zahl der verurteilten Jugendlichen ist seit 2013

deutlich rückläufig; bei den Verurteilten haben sich die Zahlen halbiert. Eurostat zeigt ebenfalls einen Rückgang bei den Erwachsenen, und die Zahl der Verurteilungen wegen gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Körperverletzung, Mord und Totschlag und sexuellen Missbrauchs von Kindern ist auch rückläufig. Eine Ausnahme gibt es bei der Zahl der Kinder, die absichtlich getötet wurden. Aber ob das ausreicht, das Sicherheitsgefühl einer ganzen Generation zu beeinflussen, ist schwer zu beurteilen.

Die Polizei- und auch die Verurteiltenstatistik sind Täterstatistiken. Zudem wird beim Bundeskriminalamt eine ausgezeichnete Opferstatistik⁶¹ geführt, die aber diesem Zusammenhang nicht nachgeht. Die Daten der Jugendhilfestatistik sind besser geeignet, um die Entwicklung bei den Opfern (Betroffenen) nachzuzeichnen, weil das Jugendamt seiner Aufgabe gemäß bei den Kindern, in diesem Fall den Opfern, ansetzt. Hier gibt es seit 2013 bei den Kindern und Jugendlichen, die eine akute Kindeswohlgefährdung erlebten oder bei denen nicht auszuschließen war, dass sie eine solche erlebt hatten, einen deutlichen Anstieg. Das gilt sowohl für die betroffenen Kinder als auch für die Zahl der Fälle, denn manche Kinder erleben nicht nur eine Kindeswohlgefährdung, sondern mehrere. Dabei machen Vernachlässigung und psychische Misshandlung die beiden wichtigsten Fallgruppen aus, während körperliche oder sexuelle Gewalt eine geringere Rolle spielen. Der Anstieg vollzog sich nicht während der Pandemie, sondern ist als kontinuierlicher Prozess seit 2013 zu beobachten.

Bei der Differenzierung nach Lebensformen sind Kinder, die bei ihren Eltern aufwachsen, insgesamt deutlich weniger gefährdet als Kinder in anderen Lebensformen. Auch hier ist die Vernachlässigung der Hauptfaktor. Die meisten Hinweise auf mögliche Kindeswohlgefährdungen kommen aus dem professionellen Umfeld, in dem sich Kinder bewegen. Schulen, Kindergärten, aber auch Kliniken und andere Einrichtungen melden dem Jugendamt mögliche Fälle, so dass sich das Jugendamt neben der Polizei auf ein breites Netzwerk professioneller Unterstützer und Hinweisgeber stützen kann.

Die Differenzierung dieser Hinweise und der daraus entstehenden Fälle nach Bundesländern führt zu drei Schlussfolgerungen. Nur ein Teil der Hinweise betrifft bei der Analyse der benannten Fälle eine Kindeswohlgefährdung. Häufig kann das Jugendamt feststellen, dass keine weiteren Aktivitäten erforderlich sind. Es kann aber auch sein, dass das Jugendamt zu dem Schluss kommt, dass andere Maßnahmen dazu beitragen können, die Lebenssituation der Kinder und Familien zu verbessern. Dabei schwankt die Zahl der Fälle ohne notwendige Unterstützung oder mit einer anderweitigen Unterstützung und einer möglichen oder auch akuten Kindeswohlgefährdung sehr stark zwischen den Bundesländern deutlich.

Die Jugendhilfestatistik zeigt, dass das Jugendamt neben seiner Wächterfunktion zu einem Partner der Eltern geworden ist, da diesen in schwierigen familiären Lebenssituationen Hilfe und Unterstützung angeboten wird, um diese zu bewältigen. Zudem müssen Eltern und die Mitarbeitenden der Jugendhilfe aufgrund der Angebote im Vorschul- und im Schulbereich im Interesse der Entwicklung der Kinder in Kita und Hort eng zusammenarbeiten. Diese Entwicklung einer konstruktiven Partnerschaft zwischen Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamts, darauf wurde schon verwiesen, ist Ergebnis der Reform des JWG zum KJHG und möglicherweise beispielgebend für einen Neuentwurf der Grundschule.

61 Bundeskriminalamt (BKA). PKS 2021 Bund – Opfertabellen. <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2021/PKSTabellen/BundOpfertabellen/bundopfertabellen.html>.

6.1.5 DIE NEUGESTALTUNG DES DORFS

Mit dem jetzt notwendig werdenden Ausbau der Nachmittagsbetreuung der Grundschul Kinder durch den Rechtsanspruch bietet sich die Chance, noch einmal das Verhältnis zwischen Vorschule, Grundschule, Hort und Eltern zu diskutieren und eine zukunftsweisende Lösung zu finden.

Eine Möglichkeit ist die klassische Betreuung, das heißt, vormittags gehen die Kinder in die Schule, bekommen dort oder auch im Hort ein Mittagessen, und Hort und Schule sind relativ unabhängig voneinander. Die Verbindung zwischen Schule und Hort wird im Wesentlichen über die Eltern hergestellt. Die zweite Variante wäre die Entwicklung eines Ganztagschulkonzepts ähnlich wie in anderen Ländern. Der Übergang vom Vormittag zum Nachmittag würde primär über die Schule organisiert. Die dritte Variante wäre eine Erweiterung des KJHG um die Aufgabe schulergänzender Angebote.

Vor der Reform des JWG zum KJHG waren die Eltern für die ersten sechs Lebensjahre der Kinder allein verantwortlich. Durch die Erweiterung des Aufgabenbereichs um die familienergänzenden Maßnahmen war es dann möglich, die entsprechenden Rechtsansprüche der Kinder auf Betreuungsplätze durchzusetzen, ohne die Rechte der Eltern einzuschränken.

Die Schule ist eine leistungsorientierte, bürokratische Organisation, die nach eigenen internen Regeln ihren Alltag und auch die Betreuung der Kinder organisiert. Die Frage angesichts der neuen Aufgaben, die sich in dieser Lebensphase der Kinder jetzt stellen, ist, ob die Jugendhilfe als gleichberechtigter Partner mit schulergänzenden Angeboten so einbezogen wird, dass sie gemeinsam mit der Schule verpflichtet ist, die Nachmittage der Kinder zu organisieren.

Gemeinsam heißt dann auch in enger wechselseitiger Abstimmung. Denn die Stärke der Jugendhilfe liegt darin, dass sie als kommunale Behörde stärker als die meisten anderen kommunalen Einrichtungen eng und tief mit der Zivilgesellschaft verbunden ist. Ihre Ansprechpartner sind die großen Träger wie Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband oder Caritas, die alle regional zivilgesellschaftlich organisiert sind. Zudem sind die Jugendhelfemitarbeiterinnen und -mitarbeiter anders als Lehrkräfte in der Regel trainiert, Einzelfälle zu bearbeiten und auch das mühevoll Geschäft der Kommunikation mit den Eltern zu erledigen.

In dieser Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Schule kann eine konstruktive Nachmittagsgestaltung für Kinder entstehen, wo sich manche der hier beschriebenen Mängel auch überwinden lassen. Auf der einen Seite können hier Sprachkurse oder anderes organisiert werden, was in den Bereich der Schule fällt. Zum anderen können aber auch Aktivitäten für die Kinder gemeinsam mit der Zivilgesellschaft organisiert werden, seien es Sportvereine oder Musikschulen oder anderes, womit die Teilhabe der Kinder nicht nur an der Schule organisiert wird, sondern sie für die Kinder so attraktiv ist, dass alle dahin wollen.

Daher ist die Hoffnung dieses Berichts nicht, einzelne Bundesländer oder auch den Bund für eine verfehlte Politik in dem einen oder anderen Bereich zu kritisieren. Wenn dieser Bericht dazu beitragen könnte, die Gesundheitsberichterstattung für Kinder und Jugendliche zu verbessern und im Bildungsbereich eine Diskussion anzuregen, die zu einer Verbesserung der Bildungspolitik in einer diversen Gesellschaft beiträgt und zugleich die Teilhabe der Kinder aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten an der gesellschaftlichen Entwicklung zum Thema macht, wäre schon viel gewonnen.

Deutsches Komitee für UNICEF e.V.
Höninger Weg 104
50969 Köln
Tel.: 0221/93650-0
E-Mail: mail@unicef.de
www.unicef.de

Spendenkonto:
IBAN: DE57 3702 0500 0000 3000 00
Bank für Sozialwirtschaft Köln



Das DZI Spenden-Siegel bescheinigt
UNICEF Deutschland eine seriöse und
vertrauenswürdige Mittelverwendung.

